



22. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 16. Februar 2006

Mitteilungen der Präsidentin2177

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Vogelgrippe rückt näher – aktuelle Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz vor der Vogelgrippe**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO2177

Marie-Luise Fasse (CDU).....2177
Holger Ellerbrock (FDP)2179
Stefanie Wiegand (SPD)2180
Johannes Remmel (GRÜNE)2181
Minister Eckhard Uhlenberg2182
2192
Inge Howe (SPD)2185
2191
Rudolf Henke (CDU)2186
2194
Barbara Steffens (GRÜNE)2187
Dr. Stefan Romberg (FDP).....2188
Minister Karl-Josef Laumann.....2189
Friedhelm Ortgies (CDU).....2192

2 Mehr Autonomie für die Hochschulen – Nordrhein-Westfalen erhält das freiheitlichste Hochschulrecht

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1192.....2195

Manfred Kuhmichel (CDU)2195
2207
Christian Lindner (FDP).....2196
2206
Marc Jan Eumann (SPD)2198

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 2200
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 2201
Karl Schultheis (SPD)..... 2204
Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 2205

Ergebnis..... 2208

3 Hochschulbau braucht Konzepte und keine billige Kritik

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1186..... 2208

Heike Gebhard (SPD)..... 2209
Jürgen Hollstein (CDU)..... 2210
Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 2211
Christian Lindner (FDP) 2213
2218
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 2214
2219
Karl Schultheis (SPD)..... 2217

Ergebnis..... 2219

4 Prioritäten richtig setzen: Konsequenter Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1195..... 2220

Andrea Asch (GRÜNE)..... 2220
2230
Andrea Milz (CDU)..... 2221
Karl-Heinz Haseloh (SPD)..... 2222
Ralf Witzel (FDP) 2223
Minister Armin Laschet 2225
2231
Britta Altenkamp (SPD) 2227
Thomas Jarzombek (CDU)..... 2229

Johannes Rimmel (GRÜNE)2232
(zur GeschO)

Ergebnis.....2232

5 Qualitätsoffensive für unsere Hauptschulen – Bessere Chancen für alle Hauptschüler schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1194.....2232

Bernhard Recker (CDU)2233
2247

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)2234
2247

Renate Hendricks (SPD)2235
Sigrid Beer (GRÜNE)2236
2247

Ministerin Barbara Sommer.....2238
2246

Ute Schäfer (SPD).....2240
2246

Horst-Emil Ellinghaus (CDU).....2242
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)2244

Ralf Witzel (FDP).....2245

Ergebnis.....2248

6 Erhöhte Bundesverkehrsinvestitionen werden in Nordrhein-Westfalen dringend benötigt – die Landesregierung muss sich beim Bund für diese Mittel mehr engagieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1188.....2248

Bodo Wißen (SPD)2248
Bernd Schulte (CDU).....2250

Oliver Keymis (GRÜNE)2252
2265
2266

Christof Rasche (FDP)2254
2266

Minister Oliver Wittke2256
2263
2266

Dr. Axel Horstmann (SPD)2260
2264

Gerhard Lorth (CDU).....2261
Bernhard Schemmer (CDU)2265

Ergebnis..... 2268

7 UN-Menschenrechtskommission untersucht deutsches Schulsystem

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1198 – Neudruck 2268

Sigrid Beer (GRÜNE)..... 2268

Ursula Doppmeier (CDU) 2270

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) ... 2272

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 2273

Ministerin Barbara Sommer..... 2275

Klaus Kaiser (CDU) 2277

Ralf Witzel (FDP) 2279

Ergebnis..... 2279

8 Energiewirtschaft und Industrie beim Emissionshandel entlasten, Bauwirtschaft und Handwerk ankurbeln

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1187 2280

Dieter Hilser (SPD) 2280

Heinz Sahren (CDU) 2281

Reiner Priggen (GRÜNE) 2283

Christof Rasche (FDP) 2284

Minister Eckhard Uhlenberg 2285

Norbert Römer (SPD) 2287

Franz-Josef Knieps (CDU) 2288

Ergebnis..... 2289

9 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193..... 2289

Dr. Stefan Berger (CDU) 2289

Ralf Witzel (FDP) 2290

Markus Töns (SPD) 2292

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 2294

Minister Michael Breuer 2296

Ergebnis..... 2297

**10 Zickzackkurs der Bundesregierung bei der
Besteuerung von Biokraftstoffen gefährdet
zukünftige Investitionen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1197.....2298

Reiner Priggen (GRÜNE)2298
Christian Weisbrich (CDU)2298
Uwe Leuchtenberg (SPD)2299
Holger Ellerbrock (FDP)2299
Minister Eckhard Uhlenberg2300

Ergebnis.....2300

**11 Gegen neue Bürokratie und Gebühren:
Keine „Waldmaut“ in NRW!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1196.....2300

Johannes Rimmel (GRÜNE)2300
Clemens Pick (CDU)2301
Annette Watermann-Krass (SPD)2302
Holger Ellerbrock (FDP)2303
Minister Eckhard Uhlenberg2304

Ergebnis.....2304

Nächste Sitzung.....2305

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 12:00 Uhr)

Minister Dr. Helmut Linssen
(ab 11:00 Uhr)

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter
(ab 15:00 Uhr)

Ministerin Christa Thoben

Werner Jostmeier (CDU)

Josef Wilp (CDU)

Anke Brunn (SPD)
(ab 13:00 Uhr)

Martin Börschel (SPD)
(ab 13:00 Uhr)

Birgit Fischer (SPD)
(ab 13:00 Uhr)

Rainer Schmeltzer (SPD)

Svenja Schulze (SPD)

Jürgen Unruhe (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)

Dr. Robert Orth (FDP)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich und heiße Sie willkommen zur 22. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir wieder Geburtstagskinder unter uns. **Geburtstag** feiern Herr Minister Eckhard Uhlenberg

(Allgemeiner Beifall)

und Herr Kollege Uwe Leuchtenberg von der SPD-Fraktion.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch allen beiden!

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Vogelgrippe rückt näher – aktuelle Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz vor der Vogelgrippe**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 13. Februar 2006 zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Fasse für die CDU-Fraktion das Wort.

Marie-Luise Fasse (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde zum Thema Vogelgrippe soll im Hinblick auf die jüngste Entwicklung in erster Linie das Parlament über die bereits von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Schutz vor dieser Krankheit informieren. In zweiter Linie soll durch die Informierung der Öffentlichkeit eine Beunruhigung der Bürger unseres Landes vermieden und einer Hysterie vorgebeugt werden.

Vorab einige Bemerkungen zur aktuellen Lage: Nach Italien und Österreich hat die Vogelgrippe nun auch Deutschland erreicht. Auf der Ostseeinsel Rügen wurde bei verendeten Schwänen im ersten Test das auch für den Menschen gefährliche H5N1-Virus nachgewiesen.

Angesichts dieser Ereignisse soll das deutsche Geflügel ab morgen wieder in den Stall. Bundesagrarminister Horst Seehofer kündigte an, das ursprünglich für den 1. März vorgesehene Aufstallungsgebot vorzuziehen; es soll zunächst bis Ende April gelten. Auch Geflügelmärkte und -schauen sind von verschärften Maßnahmen betroffen und befristet verboten worden.

Das Virus hatte am Wochenende offenbar von Nigeria ausgehend die EU erreicht und wurde in verendeten Wildschwänen in Italien und Griechenland und am Dienstag auch in Österreich und Slowenien gefunden. Bislang sind acht Länder in Europa nachweislich von der Vogelgrippe betroffen.

Infektionen beim Menschen wurden in Europa dagegen nicht nachgewiesen, und auch außerhalb Europas sind Infektionen von Menschen durch kranke Wildvögel nicht bekannt. Bislang hatten die weltweit infizierten Menschen, auch die Toten in der Türkei, engen Kontakt zu Hausgeflügel. Die Stallpflicht ist daher eine Schutzmaßnahme für das besonders gefährdete Nutzgeflügel.

Seuchenexperten der Europäischen Union beraten heute in einem Krisentreffen in Brüssel über Abwehrmaßnahmen gegen die Tierseuche.

In Deutschland wurde das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit direkt über die aktuellen Fälle auf Rügen informiert. Dieses hat daraufhin unverzüglich die Schweriner Landesregierung über alle erforderlichen Notmaßnahmen wie Schutz- und Sperrzonen unterrichtet. Durch die Einrichtung solcher Zonen soll sichergestellt werden, dass das Virus die Nutzgeflügelbestände nicht erreicht. Demnach ist die Lage zwar ernst, aber nicht katastrophal.

Auch andere Mitgliedstaaten, namentlich die Niederlande, Belgien, Frankreich und Österreich, fassen derzeit eine erneute Ausweitung der Stallpflicht ins Auge.

Die Landesregierung, das Parlament, der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz haben sich wiederholt intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Die notwendigen und möglichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und auch zum Schutz

des Geflügels vor Ansteckung vor der Vogelgrippe sind in völliger Übereinstimmung mit dem Bund und den zuständigen Landesministerien getroffen worden.

Die Veterinärbehörden und die Verbände der Rassegeflügelzüchter haben erklärt, dass das Aufstellungsgebot bei den meisten Geflügelhaltern auf großes Verständnis stößt; denn gegen Vorbeugemaßnahmen könnten und wollten sie nichts einwenden.

Meine Damen und Herren, die Politik des konstruktiven Dialogs seitens der Landesregierung mit den Tierhaltern ist richtig, vorausschauend und klug. Denn Tierseuchenbekämpfung ist niemals Selbstzweck, sondern dient in erster Linie dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Landwirtschaft und natürlich dem Schutz der Bevölkerung. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass auch bei einer Verschärfung der Situation alle weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen.

Darüber hinaus ist bereits im vergangenen Jahr ein zusätzlicher Maßnahmenkatalog von Minister Uhlenberg erarbeitet worden. Ich darf diese schon im Oktober der Presse vorgestellten Maßnahmen kurz wiederholen:

Wichtig sind eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit und eine umfassende Information. Dies ist – wie ich eingangs bemerkte – auch vorrangiger Zweck der heutigen Aktuellen Stunde.

Die bereits in der Schweinehaltung erfolgreich angewandte Tierseuchenkontrolle wurde auf die Geflügelhaltung ausgedehnt.

Der Maßnahmenkatalog des Landes sieht die intensive Beobachtung der Wildvögel vor. Dieses Instrumentarium ist nach Darstellung des Bundesministeriums aufgrund der jüngsten Vorfälle nunmehr auch vom Bund übernommen worden. Das Land Nordrhein-Westfalen war in diesem Punkt also schon im vergangenen Herbst Vorreiter.

Es wurde ein Vertragsmodell entwickelt und erfolgreich durchgesetzt, welches die Zusammenarbeit mit den Fachverbänden und auch den erfolgreichen Einsatz frei praktizierender Tierärzte einschließlich deren Honorierung im Krisenfall regelt. Insbesondere ist eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und zwischen den Kommunen mit entsprechenden Vorschlägen erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Diese Maßnahme hat die volle Zustimmung der Kommunen gefunden.

Meine Damen und Herren, es wurde Vorsorge getroffen, dass im Krisenfall nichtwirtschaftliches Geflügel, zum Beispiel Zootiere, sofort geimpft wird.

Dieser Vorsorgemaßnahme hat auch die Europäische Union zugestimmt. Seit dem vergangenen Herbst drängt besonders Nordrhein-Westfalen und hat alle möglichen Anstrengungen unternommen, damit die Tierseuchenpolitik auf europäischer Ebene zielgerichteter und effektiver wird. Die nordrhein-westfälische Politik ist vorausschauend, das Krisenmanagement funktioniert auch deshalb so gut.

So weit zum Fünfpunkteplan unseres Umweltministers!

Zurzeit, meine Damen und Herren, kommt es in erster Linie darauf an, die Kontrollen gegen die unzulängliche Einfuhr von Geflügelfleisch und dessen Produkten lückenlos durchzuführen. Darüber hinaus muss auch die Einhaltung des bereits vom Bund angeordneten Aufstellungsgebotes bei Nutzgeflügel scharf kontrolliert und jeder Verstoß dagegen geahndet werden.

Da nun die ersten Fälle der Vogelgrippe innerhalb der EU aufgetreten sind – dieser Sachverhalt ist ja auch der Anlass der Aktuellen Stunde –, ist eine unverzügliche Information des Partners das A und O. Denn innerhalb der Gemeinschaft ist es kaum möglich, eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, da es keine lückenlosen Kontrollen gibt. So ist es nicht möglich, den privaten grenzüberschreitenden Reiseverkehr mit PKWs oder Bussen beziehungsweise der Bahn zu hundert Prozent zu kontrollieren.

Intensive Kontrollen können bei Flugreisen an den Flughäfen unseres Landes durchgeführt werden. Hier wird die Landesregierung gebeten, die Kontrolltätigkeit so weit wie personell möglich auszuweiten und zu intensivieren.

Im Übrigen ist die Landesregierung mit den bisherigen Maßnahmen zum Schutz vor der Vogelgrippe überaus gut aufgestellt. So ist zum Beispiel der Vorrat an Impfmitteln und Medikamenten größer als in anderen Bundesländern. Deshalb und wegen des Fünfpunkteplanes besteht kein Grund zur Panik. Erhöhte Achtsamkeit und Vorsicht gepaart mit möglichst intensiven Grenzkontrollen sind jedoch geboten. Vorsicht geboten ist auch bei Reisen in Gebiete, in denen Fälle von Vogelgrippe aufgetreten und bekannt geworden sind.

Meine Damen und Herren, von dem Aufstellungsgebot bei Nutzgeflügel sind selbstverständlich auch privat gehaltene Zuchttiere betroffen. Auch hier sind Kontrollen entsprechend den Hinweisen angezeigt.

Meine Damen und Herren, Ziel dieser Aktuellen Stunde ist es, die Bevölkerung über Vorsorgemaß-

nahmen zu informieren und zu erhöhter Vorsicht aufzurufen. Dazu gehört auch, dass jeder die öffentlichen Warnhinweise und ausgesprochenen Verhaltensmaßregeln beachtet. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Fasse. – Für die FDP spricht nun der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Fasse hat eigentlich alles gesagt: Es besteht ein Risiko, es ist gehandelt worden, wir wollen keine Panik machen, wir warten darauf, was der Minister uns an weitergehenden Informationen gibt. Kühles und nüchternes Analysieren, zielgerechtes Handeln – das ist es.

Das Risiko kennen wir: Das Vogelgrippevirus hat Deutschland erreicht. Wir müssen die Gefahr ernst nehmen, angemessen und vorausschauend reagieren, allerdings ohne – darauf werde ich am Ende noch zu sprechen kommen – die Menschen unnötigerweise, unzulässigerweise und aus meiner Sicht auch unverantwortlicherweise in Panik und Angst zu versetzen.

Die Übertragungswege hat Frau Fasse dargestellt; das brauche ich nicht zu wiederholen. Wir müssen weltweit zu einer vernünftigen Relation kommen. Nach Angaben der WHO sind bedauerlicherweise 90 Menschen an der Vogelgrippe gestorben; 165 Menschen sind infiziert. Dieses Risiko dürfen wir nicht kleinreden, wir müssen es aber maßstabsgerecht betrachten. Darum geht es: dieses Risiko maßstabsgerecht zu betrachten.

Meine Damen und Herren, wenn wir sagen, wir müssten die Importe kontrollieren, so ist das richtig. Aber auch bei diesem Thema dürfen wir die Menschen nicht in irgendwelchen traumtänzerischen Hoffnungen wiegen, dass dies zu hundert Prozent möglich sei. Das ist nicht zu hundert Prozent möglich. Gleichwohl bleiben wir als Staat aufgefordert, die Kontrollen, wie auch Frau Fasse eben gesagt hat, so weit wie möglich und konsequent durchzuführen.

Den Vogelzug von Nordafrika zu steuern, ist ohnehin nicht möglich. Hier muss man überlegen, inwieweit man die Vorsorgemaßnahmen, die vor Ort getroffen werden können, durch eine sachgerechte Beratung der dortigen Behörden verstärken kann. Aber auch das ist ganz normales Handeln, ganz normaler Verwaltungsvollzug.

Frau Fasse hat das Argument gebracht, wir müssten intensiv informieren, und zwar auch und gerade die Flugreisenden an Flughäfen. Das wird nach meinem Empfinden selbstverständlich getan. Wirksame Warenkontrollen im Reiseverkehr sollen durchgeführt werden, sind de facto aber auch nicht zu hundert Prozent möglich.

Wir wollen den Weg, den der Umweltminister aufgezeigt hat, ein besonderes Wildvögelmonitoring zur Risikobewertung zu verstärken, mittragen; das halten wir für vernünftig. Wir müssen auch eine vernünftige labordiagnostische Überwachung unseres Nutzgeflügels in Gang setzen. Aber auch das läuft alles schon. Die Aufstallung von Freilandgeflügel ist sicherlich eine sinnvolle Sache.

Meine Damen und Herren, wir dürfen keine unbegründeten Ängste vor der Vogelgrippe schüren. Wir müssen das Risiko analysieren und sagen: Da ist ein Problem. Wir handeln so und so. – Aber die Menschen in Panik zu versetzen, dazu besteht erstens kein Anlass und das ist zweitens unverantwortlich.

Die auch in den öffentlichen Medien besonnene Darstellung des Umweltministers finde ich vernünftig. Das hebt sich ab vom Management by Chaos, Management by Angstmachen einer anderen Amtsperson, die früher hier in Nordrhein-Westfalen tätig war.

Ich finde es schon schlimm, dass, wie ich der „Saarbrücker Zeitung“ entnehme, die frühere Umweltministerin lauthals sagt, jemand müsse nur in Vogelkot treten und das Virus dadurch in den Hühnerstall tragen – das ist sachlich richtig –, wir müssten uns darauf vorbereiten, Millionen Tiere zu keulen, und wir müssten sofort Angst haben. Diese Schlussfolgerung darf nicht sein. Das ist die eine Seite der Medaille.

Allerdings, Frau Höhn ist ja eine umfassend gebildete Dame: Im ddp Berlin vom heutigen Tage ist hinsichtlich der Aufstallungspflicht zu lesen – Zitat –, die sofortige Anordnung der Stallpflicht hingegen sei schon ein bisschen Aktionismus. – Dazu muss ich sagen: Frau Höhn, für einen Weg müssen Sie sich entscheiden. Entweder es ist zu viel oder es ist zu wenig.

(Beifall von FDP und CDU)

Aber die Leitlinie, die von Grün wieder nach draußen getragen wird – Kritik allerorten, egal woran, Hauptsache ich komme mit Kritik in die Medien –, halte ich vor dem Hintergrund der begrenzten realen Gefahr durch die Vogelgrippe für unverantwortlich. Hier wird mit der Angst der Menschen

Politik gemacht. Und das ist eine schlimme Sache.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, habe ich Ihr Verhalten als ausgesprochen sachgerecht und positiv empfunden. Ich gehe nicht nach draußen und mache immer Lobhudeleien, aber man muss das einfach einmal vergleichen. – Ich danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die SPD spricht nun Frau Wiegand.

Stefanie Wiegand (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeit des heutigen Themas der Aktuellen Stunde, die Vogelgrippe, hat uns inzwischen eingeholt. Die ersten Fälle in Deutschland zeigen, dass auch wir in NRW die Augen nicht verschließen dürfen. Daher unterstützen wir die Bemühungen der NRW-Landesregierung, sich an die Spitze der Bundesländer zu stellen, wenn es um die Eindämmung und Bekämpfung der Vogelgrippe geht.

Dieses Thema ist wichtig. Es geht uns alle an. Eine typische Oppositionshaltung oder die leider in dieser Legislaturperiode oftmals zutage tretende Gutsherrenart der regierungstragenden Fraktionen wären hier fehl am Platze.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen gemeinsam handeln, wir müssen handeln, ohne irrationale Ängste zu schüren.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Wir sind froh, dass das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dabei auf die guten Erfahrungen aus unserer Regierungszeit zurückgreifen kann: 2003 ist der Umgang mit der Geflügelpest beispielhaft gemanagt worden.

(Beifall von der SPD)

Wir haben daher auch diesmal wieder Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter im Ministerium und vor Ort. Wir haben auch Vertrauen, dass sich das Land aktiv und zielführend in den Prozess der Abstimmung auf Bundesebene einbringen wird. Dort werden maßgebliche Weichenstellungen wie die Anordnung der Stallpflicht getroffen.

Trotzdem sind noch viele Fragen offen und klärungsbedürftig.

Mit Erstaunen mussten wir beispielsweise bei einem Besuch der Biologischen Station in Wesel feststellen, dass man auf die Hilfsangebote der erfahrenen Fachleute bislang gar nicht eingegangen ist. Das bestätigen auch Nachfragen bei anderen Biologischen Stationen.

Die Biologische Station in Wesel betreut im Winter zum Beispiel fast 100.000 Wildgänse und wäre daher prädestiniert, Kotproben zu sammeln und analysieren zu lassen. Entsprechende Angebote liegen vor, auf die man bislang leider nicht eingegangen ist. Auch sind diese Fachleute nicht an runden Tischen oder Krisenstäben beteiligt.

Wir brauchen eine verstärkte Forschung zu den Ursachen der Vogelgrippe, der Verbreitung und der Inkubationszeit. Das kostet jedoch Geld. Geld und verstärkte Forschungsaktivitäten in diese Richtung sind jedoch gut angelegt und kommen uns am Ende kostengünstiger als die Vorbereitung oder gar die Bekämpfung einer Grippewelle oder gar Pandemie.

Wir brauchen neue Erkenntnisse, die wir nur an lebenden Vögeln gewinnen können, zum Beispiel durch Blutentnahmen. Bislang konnte der Erreger allein an verendeten oder fast verendeten Tieren nachgewiesen werden. Wir müssen aber wissen, ob, inwieweit und in welcher Form Wildvögel diesen Erreger bereits in sich tragen, ohne dass die Krankheit zum Ausbruch kommt, wie weit sie infiziert noch fliegen können und vor allem wohin sie fliegen.

Vor allen Dingen müssen wir wissen, warum in Europa überwiegend Höckerschwäne der Vogelgrippe zum Opfer fallen, die überhaupt keine klassischen Zugvögel sind. Deshalb muss Geld für die Untersuchung und Beringung der Wildvögel zur Verfügung gestellt werden. Auch hier stehen die Biologischen Stationen in den Startlöchern.

Wir bieten unsere konstruktive Mithilfe im Hinblick auf das Zurverfügungstellen von Haushaltsmitteln für die notwendigen Maßnahmen an.

Generell müssen wir das Wildvögelmonitoring ausdehnen, um gezielte Maßnahmen angehen zu können. Wir können und dürfen uns hier nicht auf die Mitarbeit der freiwilligen Helfer verlassen. Schließlich ist bislang noch immer ungeklärt, wie und wo sich die verendeten Vögel mit dem Virus infiziert haben.

Wichtig und klärungsbedürftig ist auch die Frage, die in Gesprächen mit Tierärzten immer wieder aufgeworfen wird: Können Haustiere, zum Beispiel Katzen, die auf infizierte Vögel zugreifen, als Wirtstiere für den Erreger auftreten? Welche Fol-

gen hätte das für uns, welche für die Landwirte mit aufgestalltem Geflügel und welche für die Tiere selber? Dies alles zeigt, wie wichtig die weitere Erforschung ist. Wir appellieren daher auch, die bereits bestehende Expertenkommission um Fachleute aus der Wildtierforschung und -beobachtung zu erweitern.

Bei allen Maßnahmen dürfen wir aber nicht außer Acht lassen, dass wir mit den anderen Bundesländern und den Anrainerstaaten zusammenarbeiten müssen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Putenmast. Brütereien findet man in Baden-Württemberg, Mastbetriebe in NRW und Schlachtereien zum Beispiel in Sachsen. Wir haben es also mit einem Geflügeltransport quer durch die Republik zu tun und sind dabei oft sogar nur das Transitland.

Ein anderer Punkt ist die Aufstallpflicht. Die Aufstallpflicht ist sicher wichtig und richtig. Aber warum wird – wie wir hören – der Geflügelmist weiterhin auf nordrhein-westfälischen Feldern ausgebracht? Das Friedrich-Loeffler-Institut beschreibt die potenzielle Gefahr durch Geflügelkot. Gleichwohl gibt es einen Misttourismus von und nach NRW, auch in die Ortschaften – zum Beispiel am Niederrhein –, die von Zugvögeln frequentiert werden. Je nach Erregerart kann der Erreger bei den derzeitigen Witterungsbedingungen mehrere Tage oder gar Wochen aktiv bleiben. Dabei kommt der hier ausgebrachte Mist nicht nur aus NRW, sondern auch aus anderen Bundesländern und den Niederlanden. Wir wünschen uns hier eine schnelle und einheitliche Regelung, um die Schutzmaßnahmen zu einem Gesamtkonzept werden zu lassen.

Aber wenn es doch zu einem Ausbruch der Vogelgrippe in NRW kommen sollte – was hoffentlich nicht passieren wird –, stellt sich für uns eine Reihe von weiteren Fragen:

Wie werden die Menschen geschützt, und wie werden die hiesigen Landwirte unterstützt? Wie wir alle wissen, sind unsere Landwirte von einem reibungslosen zeitlichen Ablauf in der Geflügelmast abhängig. Ein Transportverbot oder ein einbrechender Absatz von Geflügel und Geflügelprodukten wäre für die Landwirte in unserer Region fatal und könnte kleinere Landwirte in den Ruin treiben. Die Brütereien haben schon jetzt Probleme, ihre Tiere an den Hof zu bringen. Wir fordern die Landesregierung auf, ein Konzept vorzulegen, wie betroffenen Landwirten im Ernstfall geholfen werden kann.

(Beifall von der SPD)

Eine weitere spannende Frage ist, wie unsere Tierärzte, Kreisveterinäre und die mit Geflügel umgehenden Menschen, auch zum Beispiel in der Jägerschaft, informiert und vor potenzieller Ansteckung geschützt werden können und sollen.

Eine letzte Frage – ohne hier den Super-GAU an die Wand malen und die Bevölkerung aufschrecken zu wollen –: Gibt es überhaupt Untersuchungen zu den Gesundheitsgefahren von Roheiern und ihren Produkten? Wie soll die Bevölkerung überhaupt informiert werden?

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es gibt noch viel zu tun und zu klären. Packen wir es gemeinsam an! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Wiegand. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Sachanalyse, in der Bewertung und auch in dem Vertrauen, dass die Regierung das Notwendige tun wird, sind wir uns erst einmal einig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Allerdings frage ich mich, warum wir heute Morgen eine Aktuelle Stunde zu diesem veranstalten und diese Aktuelle Stunde so aufziehen, wie sie aufgezogen wird. Ich habe schon gestern im Vorgespräch gefragt, ob es an dieser Stelle nicht sinnvoller wäre, dass zuerst der Minister berichtet, denn in Krisenzeiten ist es die Aufgabe der handelnden Regierung, über ihr Handeln zu berichten.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Warum sollen wir über ein solches Thema, bei dem wir alle zusammenstehen müssen, gezwungenermaßen eine kontroverse Debatte führen? Das ist nun einmal der Charakter von Aktuellen Stunden: dass wir uns über aktuelle Themen auch streiten. Ich will mich an dieser Stelle aber nicht streiten.

Auch über die Gründe, warum wir doch eine Aktuelle Stunde abhalten müssen, kann ich nur spekulieren. Ich nehme mal an, dass die Regierungraktionen ein Wahrnehmungsproblem hatten und deshalb gesagt haben: Okay, dann müssen wir auch zu diesem Thema mal eine Aktuelle Stunde beantragen. – Die Berliner Regierung ist an dem Punkt im Übrigen souveräner. Minister Seehofer

gibt dazu heute eine Regierungserklärung ab. Das wäre der richtige Umgang mit diesem Thema.

Wir müssen uns eventuell auch überlegen, ob diese Aktuelle Stunde ausreicht. Was ist unsere Aufgabe als Parlament? Wir sind die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube, unsere Aufgabe ist es, hier die Fragen zu platzieren – Frau Wiegand hat das gemacht –, nicht aber, die Deklaration der Regierung zu übernehmen. Das wird sie schon selber tun.

Und da gibt es ein paar Fragen. Eine lautet, warum die Schwäne auf Rügen – das ist der aktuelle Fall – so lange herumgelegen haben. Offensichtlich haben sie ja mehrere Tage herumgelegen. Daraus ergibt sich die Frage: Würde so etwas in Nordrhein-Westfalen auch passieren, oder sind die Behörden hier angewiesen worden einzugreifen? Das ist eine Frage, die alle interessiert.

Eine zweite Frage: Was passiert, wenn ein konkreter Fall des Übergreifens auf Nutztiere vorliegt? Reicht die Einsatztruppe aus? Was ist, wenn das an mehreren Stellen passiert? Gibt es einen Vorsorgeplan, der vorsieht einzugreifen? Ist ausreichend Personal vorhanden? Auch das fragen die Menschen.

Die dritte Frage ist eben schon angesprochen worden: Ist es nicht jetzt sinnvoll, die Monitoringmaßnahmen auszuweiten, um präventiv und möglicherweise frühzeitig eingreifen zu können?

Die vierte Frage, die sich mir stellt: Sind die Geflügelhalter in Nordrhein-Westfalen ausreichend informiert? Werden sie persönlich informiert? Wie werden sie informiert? Schriftlich? Werden ihnen Verhaltenshinweise gegeben? Gibt es dazu entsprechende Vordrucke und Flugblätter?

In diesem Zusammenhang ist mir eine Information des bayerischen Umweltministeriums zugekommen. Ich fand es sehr gut, wie systematisch sie es dort aufbereitet haben. In Nordrhein-Westfalen habe ich das bisher noch nicht gesehen. Vielleicht habe ich es aber auch noch gar nicht bekommen. Es wäre schön, wenn auch die Parlamentarier, wenn die Kolleginnen und Kollegen mit solchen Materialien versorgt würden, um das bei Nachfragen weiterzugeben.

Darüber hinaus stellen sich aktuell natürlich ein paar weiter gehende Fragestellungen, die bisher auch nicht beantwortet worden sind – beispielsweise die Fragestellung, ob es nicht sinnvoll ist, bei der an diesem Freitag einsetzenden Aufstallpflicht auch diejenigen zu unterstützen, die bei der Geflügelhaltung auf Freiland gesetzt haben. Das heißt: Wir haben in diesem Lande ja ein Agrarin-

vestitionsprogramm. Ist es nicht sinnvoll, hier kurzfristig auch eine Unterstützungsleistung auf den Weg zu bringen, um gerade diejenigen zu unterstützen, die in diesem Bereich sehr aktiv sind?

Des Weiteren möchte ich die Frage nach den Übertragungswegen stellen. Auch das ist eine aktuelle Fragestellung, die sich aufgrund der Vorkommnisse auf Rügen ergibt. Man kann davon ausgehen, dass die Übertragung dort nicht durch Vogelzug zustande gekommen ist, sondern muss davon ausgehen, dass es schon seit längerem eine latente niedrig pathogene Infizierung im Bestand gibt. Müssen wir also nicht auch stärker im Bereich der Forschung arbeiten, um uns auf diese Frage einzustellen? Wir wissen viel zu wenig über die Wege der Übertragung dieses Virus.

Die letzte Frage, die sich mir – zumindest im Augenblick – in diesem Zusammenhang stellt, ist, wie wir uns ausreichend vor illegalen Importen schützen. Das Friedrich-Loeffler-Institut, das als Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit in dieser Frage federführend ist, schätzt gerade beim Punkt der illegalen Importe die Gefahr als ausgesprochen hoch ein. Es sind also nicht so sehr der Wildvögelzug, der Personen- und Fahrzeugverkehr und der illegale Handel, sondern es ist der illegale Import – und zwar nicht nur kleinteiliger Import, sondern auch Ware, die möglicherweise im Ausland falsch deklariert worden ist.

Im Moment hilft uns das nicht sehr viel. Mittel- und langfristig ist es aber sicherlich eine wichtige Frage, wie wir darauf einwirken, genauer erkennen zu können, woher die Ware kommt und von wem sie geliefert worden ist. In diesem Zusammenhang müssen wir auf europäischer Ebene für klare Deklarationsvorschriften eintreten und dies auch politisch entsprechend fordern.

Es gibt also eine Reihe von Fragen, die sich den Menschen im Lande stellen. Meine Auffassung ist, dass dieser Punkt in der Aktuellen Stunde nicht abschließend erledigt werden kann. Insofern behalten wir uns vor, kurzfristig auch eine aktuelle Ausschusssitzung dazu zu beantragen; denn es ist unsere Aufgabe, die Fragen, die die Menschen im Lande haben, auch in dieses Parlament und in die Gremien zu tragen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten habe ich an dieser Stelle und auch in dem entsprechenden Fachausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen mehrfach zur Ausbreitung der Vogelgrippe berichtet – zunächst über Fälle am Ural, dann über Fälle im Donaudelta und anschließend über Fälle in der Türkei. In den letzten Wochen wurden erstmals Fälle von Vogelgrippe innerhalb der Europäischen Union festgestellt. Bisher sind hier die Länder Griechenland, Italien, Österreich und Slowenien betroffen.

Mittlerweile hat die Vogelgrippe auch Deutschland erreicht. Der H5N1-Virus wurde bei toten Schwänen und einem Habicht nachgewiesen, die auf der Insel Rügen gefunden wurden. Die Ursachen dafür sind noch nicht bekannt. Wahrscheinlich handelt es sich um Zugvögel, die das Virus eingeschleppt haben. Wir müssen damit rechnen, dass wir das Virus auch in anderen Regionen Deutschlands bei Wildvögeln finden werden. Damit ergibt sich für die heimischen Geflügelhaltungen eine neue Gefährdungslage.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung trifft uns nicht unvorbereitet. Es war schon seit geraumer Zeit klar, dass sämtliches Hausgeflügel im Frühjahr wieder aufzustallen sein würde. Das Auftreten der Vogelgrippe in Südeuropa und nunmehr auch in Deutschland hat lediglich dazu geführt, dass der Termin für das Aufstallgebot vom 1. März auf den 17. Februar vorgezogen werden musste. Diese Maßnahme wurde gestern zwischen meinem Kollegen, Herrn Bundesminister Horst Seehofer, und den Ländern abschließend abgestimmt. Ich habe bereits am Mittwoch einen Erlass zur fristgerechten Umsetzung der Bundesverordnung herausgegeben und die Geflügelhalter aufgefordert, unverzüglich schon jetzt ihre Tiere aufzustallen. Heute Mittag treffe ich mich mit den betroffenen Verbänden, um das weitere Verfahren abzustimmen.

Meine Damen und Herren, das Aufstallgebot alleine reicht aber nicht aus, um eine mögliche Viruseinschleppung zu verhindern. Unsere Schutzmaßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, den Viruseintrag aus dem Wildvogelbestand in unsere Nutzgeflügelbestände zu verhindern. Nach wie vor besteht nach Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts – Herr Kollege Rimmel hat es gerade angesprochen – die größte Gefahr durch einen illegalen Import von Geflügel oder Geflügelfleisch aus den gefährdeten Regionen. Ein einziges infiziertes Tier, das illegal eingeführt wird,

kann schon einen Seuchenzug in unseren Beständen auslösen.

Ohne die Kontrollbemühungen innerhalb unseres Landes zurückfahren zu wollen, bin ich mit meinen Kollegen im Bund und in den Ländern einig, dass die effektivsten Kontrollen nur an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden können. Das haben unsere Erfahrungen mit den Kontrollen vor allem von Autobussen gezeigt. Die Reiseverkehrskontrollen an den EU-Außengrenzen werden ein wichtiges Thema sein, wenn am nächsten Montag der EU-Agrarrat zusammentreten wird. Vielfach trafen die Busse an den Haltestellen gar nicht ein, wenn schon vermutet wurde, dass sich dort Kontrollposten aufhielten.

Herr Bundesminister Horst Seehofer wird dieses Thema beim EU-Agrarrat problematisieren und die Mitgliedstaaten, die Außengrenzen zu Drittländern haben, auffordern, ihre Kontrollen zu intensivieren. In Nordrhein-Westfalen haben wir die Flughafenkontrollen in Zusammenarbeit mit den Zollbehörden nochmals verstärkt. Immer wieder gelingt es, illegal eingeführte Lebensmittel sicherzustellen. Des Weiteren wird sich Herr Kollege Seehofer bei der EU-Kommission dafür einsetzen, eine generelle Deklarationspflicht für Reisende aus Drittländern einzuführen.

Diese Schutzmaßnahmen werden wie im letzten Herbst von einem dichten Monitoring sowohl bei Haus- als auch bei Wildgeflügel begleitet. Wir haben gemeinsam mit Wildbiologen die Gebiete ermittelt, in denen die besonders gefährdeten Wildvögel ihren Sommer verbringen. Frau Kollegin Wiegand hatte dieses Thema angesprochen. Sie können sich darauf verlassen, dass es eine intensive Zusammenarbeit gibt.

Beim Wildvogel-Monitoring werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf diese Gebiete legen und innerhalb dieser Gebiete auf Schwäne, die bei der Vogelgrippe als wichtige Indikatortiere gelten, zurückgreifen. Zur Entnahme der Proben werden wir allerdings keine Tiere töten. Wir konzentrieren uns vielmehr auf die Entnahme von Kotproben, was sich im letzten Herbst bereits bewährt hat.

Meine Damen und Herren, diese Fragen sind gerade mehrmals angesprochen worden: In Nordrhein-Westfalen fangen wir bei den Kotproben und beim Monitoring im Frühjahr nicht neu an. Allein im Herbst des vergangenen Jahres haben wir über 4.000 Proben in Nordrhein-Westfalen genommen, bei denen wir – Gott sei Dank – keine Vogelgrippe festzustellen brauchten.

Wir müssen auch ein verstärktes Augenmerk auf Geflügelausstellungen und -märkte haben. Geflügelausstellungen werden ausnahmslos verboten sein. Für Geflügelmärkte gelten sehr weitgehende Einschränkungen. Konkret sind 14 Tage vor dem Abverkauf eine tierärztliche Untersuchung des Herkunftsbestandes sowie ein konsequentes Aufstallen gefordert.

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen insbesondere auf die Zuchtbetriebe im ostwestfälischen Raum abzufedern, konnte auf meine Initiative hin erreicht werden, dass der mobile Handel mit lebendem Geflügel nicht – wie anfangs vorgesehen – komplett verboten ist, sondern jetzt unter kontrollierten Bedingungen nach wie vor erlaubt sein wird.

(Beifall von der CDU)

Bei all unseren Schutzbemühungen dürfen wir nämlich nicht vergessen, dass die Auswirkungen der Maßnahmen mitunter existenzgefährdende Ausmaße annehmen können. Deshalb werde ich gleich im Anschluss an diese Aktuelle Stunde ein Gespräch mit den besonders betroffenen Geflügelhaltern in Ostwestfalen führen.

Mit dem Bund und den Ländern haben wir natürlich auch die Frage der Impfung erörtert. Hinsichtlich der Impfung von Zoogeflügel liegt bereits eine Entscheidung der Europäischen Kommission vom Herbst des letzten Jahres vor. Von der darin eröffneten Option haben die Niederlande bereits Gebrauch gemacht und ihr Zoogeflügel geimpft. Sollte sich die Seuchenlage verschärfen, oder sollte Nordrhein-Westfalen sogar von einem Ausbruch betroffen sein, werden wir diese Möglichkeit selbstverständlich auch für unsere Zoos prüfen.

Mit mehr Zurückhaltung wird dagegen die Frage der Impfung von Hobby- und Rassegeflügel bewertet. Hierbei handelt es sich um eine Fragestellung, bei der neben rein veterinärfachlichen auch handelspolitische und vor allen Dinge sozialetische Aspekte bedacht werden müssen, zum Beispiel hinsichtlich der seltenen, vom Aussterben bedrohten Rassen.

Diese Frage werden wir unabhängig vom aktuellen Seuchengeschehen am 27. März anlässlich eines wissenschaftlichen Symposiums in Duisburg diskutieren, zu dem die Beteiligten aus Wissenschaft, Verwaltung und den Verbänden geladen sind. Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse wird dann über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden sein. Fakt ist jedoch, dass wir auch diese Option ernsthaft in Erwägung ziehen werden, wenn es die Seuchenlage erfordert. Da-

mit können wir verhindern, dass wertvolles Rassegeflügel getötet werden muss.

Mit diesem Maßnahmenpaket, das meine volle Unterstützung findet – Aufstallgebot, Verbot von Märkten und Ausstellungen, Monitoring bei Haus- und Wildgeflügel und Reiseverkehrskontrollen –, hoffen wir, eine Verbreitung des Virus bei Hausgeflügelbeständen verhindern zu können. Deutschland geht dabei im Gleichschritt mit benachbarten EU-Ländern vor, vor allem mit den Niederlanden. Auch dort wird es voraussichtlich ab dem 20. Februar ein Aufstallgebot geben, das allerdings nach den unterschiedlichen regionalen Risiken gestaffelt sein soll.

Die geschilderten Präventivmaßnahmen belasten die Wirtschaft zum Teil sehr schwer. Deshalb suche ich bei der Verhängung belastender Maßnahmen den engen Schulterschluss mit den betroffenen Verbänden. So stehe ich in engem Kontakt mit den Landwirtschafts- und Geflügelwirtschaftsverbänden, um ihnen das Maßnahmenpaket zu erläutern.

Ich hatte bereits erwähnt, dass wir uns gleich im Anschluss an diese Sitzung hier treffen werden. An dieser Stelle möchte ich mich für die wirklich konstruktive Zusammenarbeit bei den Verbänden sehr herzlich bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine Hotline für besorgte Verbraucherinnen und Verbraucher besteht beim Infoservice meines Ministeriums. Aktuelle Informationen sind auch auf der Internetseite meines Hauses abrufbar. Ich appelliere in diesem Zusammenhang an die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, beim Auffinden von toten Vögeln – vor allem von Schwänen – diese Tiere nicht zu berühren, sondern das zuständige Veterinäramt einzuschalten. Von dort werden dann die weiteren Maßnahmen veranlasst.

Meine Damen und Herren, völlig unverständlich – das muss ich leider im Rahmen dieser Aktuellen Stunde sagen – sind mir die Aussagen meiner Vorgängerin, Frau Höhn,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht dramatisieren!)

im Falle einer Infektion müssten Millionen Tiere getötet werden. Die Länder seien nicht in der Lage, diese Tötungsaktionen durchzuführen.

Fakt ist, dass bei einem Ausbruch der Seuche ein Sperrgebiet im Radius von 3 km um den Seuchenherd gebildet wird. Das gilt auch für das sogenannte Standstill: Im Umkreis von 1 km würden wir dann die Tiere töten. Im Jahr 2003 wurden

beim Ausbruch der Geflügelpest ca. 60.000 Tiere getötet. Im Umkreis von 10 km würde ein sogenanntes Beobachtungsgebiet gebildet.

Bezüglich einer hoffentlich nicht erforderlichen Tötungsaktion möchte ich darauf hinweisen, dass wir bestens vorbereitet sind. Ich kann wirklich nur alle warnen: Mit diesem Thema kann man sehr leicht in die Medien kommen. Missbrauchen Sie es nicht, um die Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter zu verunsichern – diejenigen, die davon betroffen sind und Ängste haben, aber auch die 23.000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen, die Geflügel halten und sich in vielen Fällen wirklich in einer deutlichen Existenzkrise befinden.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir mit unseren vorbereiteten Maßnahmen sowohl auf Bundesebene, als auch auf Landesebene gemeinsam mit den anderen Ländern – für uns in Nordrhein-Westfalen sind besonders die Niederlande ganz wichtig – gut vorbereitet sind und alle Voraussetzungen erfüllt haben, was hoffentlich dazu beiträgt, dass die Vogelgrippe nicht nach Nordrhein-Westfalen kommt. Als Landesregierung haben wir alle Vorkehrungen getroffen.

Ich möchte mich für die gute Zusammenarbeit auch bei den Kreisveterinärbehörden und bei allen Verbänden herzlich bedanken. Wir stehen in täglichem Kontakt miteinander. Hoffen wir, dass die Geflügelgrippe nicht zu uns nach Nordrhein-Westfalen kommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD spricht nun Frau Howe.

Inge Howe (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Vogelgrippe ist in Deutschland angekommen. Entgegen der Prognosen verbreitet sich die Vogelgrippe wesentlich schneller als erwartet. Nach der WHO-Definition befinden wir uns in Deutschland derzeit noch in der dritten Phase. Doch für die vierte Phase müssten wir schneller vorbereitet sein, da die Eigenschaften des Pandemievirus zur Mutation nicht vorausgesagt werden können.

In den kommenden Monaten ist wieder mit verstärktem Reiseverkehr zu rechnen, sodass vielfältige Infektionswege möglich sind. Nordrhein-Westfalen ist bezüglich der Bevorratung mit antiviralen Mitteln auf einem guten Weg. Dennoch bleiben viele Fragen offen.

Die erste Anlaufstelle bei Auftreten der Vogelgrippe im Humanbereich sind die 26.000 Arztpraxen im ambulanten Bereich. Nach eigenen Aussagen der Mediziner ist es schwierig, in der Diagnostik die Vogelgrippe zu anderen viralen und bakteriellen Infekten abzugrenzen. Eine Untersuchung reicht hier nicht aus, sondern es bedarf einer konkreten Labordiagnostik. Hier ist es dringend geboten, flächendeckende ärztliche Fortbildung anzubieten. Nach Rücksprache mit dem Bereich gibt es diese Angebote zum Beispiel in Westfalen-Lippe immer noch nicht.

Frage: Was unternimmt die Landesregierung beziehungsweise das Gesundheitsministerium, um die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen, um die Ärzte im ambulanten Bereich zu schulen? Derzeit läuft die Informationsgewinnung lediglich sehr zeitaufwendig über Ärztezeitschriften und das Internet.

Das gleiche Problem stellt sich für die ambulanten Pflegedienste. Ein Hinweis des Staatssekretärs Prof. Dr. Winter aus dem Gesundheitsministerium auf die allgemeine Fortbildungspflicht ist dann absurd, wenn keine entsprechenden Veranstaltungen angeboten werden.

(Beifall von der SPD)

Ein Chefarzt aus dem Klinikum Aachen berichtete am 14. Februar in der „Aktuellen Stunde“ des WDR-Fernsehens, dass es Probleme mit der Bereitstellung von Notfallbetten geben könne, wenn sich der Erreger schneller als vermutet ausbreite.

Meine Frage: Wie schafft es die Landesregierung, die notwendigen Ressourcen, nämlich bis zu 10 % Betten dafür bereitzustellen, und das bei fortschreitendem Bettenabbau in den Krankenhäusern?

(Minister Karl-Josef Laumann: Ach, nein!)

Offen ist ebenfalls, wie im Pandemiefall die Ansteckung weiterer Personen, während die Diagnostik noch läuft, verhindert werden soll. Was sieht der Katastrophenschutzplan hier vor?

Da verschiedene Ressorts und Ministerien beteiligt sind, bedarf es für den Ernstfall einer engen Verzahnung und Abstimmung. Ist diese Ablauforganisation gewährleistet?

Weitere Fragen sind, ob schon konkrete Handlungsempfehlungen für den ambulanten Bereich erstellt sind und wie sie frühzeitig verbreitet werden.

Als letzten Punkt möchte ich die Information der Bevölkerung ansprechen. Um nicht angebrachte

Panik zu verhindern, ist es notwendig, die Menschen über folgende Dinge hinreichend aufzuklären: die Infektionswege von Mensch zu Tier und Mensch zu Mensch, die Einschleppungsrisiken vor allem durch den jetzt zunehmenden Reiseverkehr, das Ernährungsverhalten beim Verzehr von Geflügel und deren Produkte, das Risiko des Imports von entsprechenden Lebensmitteln vor allem bei Pkw- und Bahnreisenden, den möglichen Schutz und Prävention zur Krankheitsvermeidung, den Umgang mit gefährdeten Tieren und vieles andere mehr.

Frühzeitige Transparenz und Information über die Vogelgrippe und die Humaninfektionen sind zum jetzigen Zeitpunkt dringend erforderlich, da sich ein großer Teil der Bevölkerung nicht eigenständig über das Internet informiert beziehungsweise informieren kann, da kein Internetzugang vorhanden ist. Hier vonseiten der Landesregierung offensiv zu werden, ist nicht nur eine präventive Maßnahme, sondern gehört auch zur staatlichen Daseinsvorsorge. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Howe. – Für die CDU spricht nun der Kollege Henke.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Frau Howe, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass man keine Panik erzeugen soll. Dann erzeugen Sie auch keine Panik!

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen haben wir insgesamt rund 140.000 Krankenhausbetten. Im Falle einer Pandemie, von der wir weit entfernt sind, könnten zusätzliche Behandlungskapazitäten gewonnen werden, indem man planbare Eingriffe und Operationen vermeidet. Die durchschnittliche Belegung der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser lag im Jahre 2005 bei unter 75 %. In einer Situation, in der wir in der Tat mit Bettenzahlen besser ausgestattet sind als die meisten anderen Bundesländer, davon zu reden, woher die Betten kommen sollen, halte ich für unangemessen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich füge hinzu: In der jetzigen Situation besteht keine Epidemiegefahr für Menschen. Das ist vielleicht die wichtigste Feststellung aus der Warte der öffentlichen Gesundheit. Unsereins steckt sich

nur sehr selten und normalerweise nur nach engem Kontakt zu infiziertem Geflügel mit dem entsprechenden Virus an. Das ist eine Geflügel-Vogelgrippe und keine Menschen-Vogelgrippe. Sie kann natürlich den Menschen befallen, und der Mensch, den sie befällt, ist dann in hoher Gefahr. Aber es gibt bis zum heutigen Tag kein einziges belegtes Beispiel dafür, dass eine Übertragung des – ich wiederhole – auch für den Menschen gefährlichen Virusstamms H5N1, wenn man ihn sich denn vom Geflügel einfängt, je von einem Menschen auf einen anderen erfolgt wäre.

Eine solche Situation hat es bislang nicht gegeben. Menschen haben sich immer vom Geflügel die Vogelgrippe eingefangen und sind dann in einer äußerst hohen Gefahr, weil es eine sehr schwer verlaufende Form der Vogelgrippe beim Menschen ist.

Die Situation ist also gänzlich anders als bei der normalen Grippe, nur kann niemand garantieren, dass die Situation auf Dauer auch gänzlich anders bleibt. Die Hauptbedrohung für die öffentliche Gesundheit besteht darin, dass es zu einem sogenannten genetischen Shift kommen kann, das heißt zu einer genetischen Rekombination zwischen einem Vogelgrippevirus und einem auf den Menschen angepassten Influenzavirus, also Grippevirus.

Wenn es diese genetische Rekombination zwischen dem Vogelgrippevirus und dem Influenzavirus vom Menschen gäbe, hätten wir einen Erreger beziehungsweise ein Virus, gegen das nur sehr wenige Menschen immun sind. Wo die Immunität nicht verbreitet ist, kann es zu einer Pandemie-Situation kommen, die den Pandemien von 1918/19 von 1957 und 1968, also der Spanischen Grippe, der Asiatischen Grippe und der Hongkong-Grippe ähnelt. Weil das möglich ist, müssen wir uns konsequent auf eine solche Situation vorbereiten. Wir müssen streng die jetzt fehlende Epidemiegefahr für den Menschen, die hohe Epidemiegefahr für Tiere und die möglichen Gefahren einer Pandemie auseinander halten.

Es ist wichtig, einmal zu betonen, dass das Antreffen verendeter Höckerschwäne und eines verendeten Habichts auf Rügen, für die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie beim Menschen keinen Unterschied macht. Natürlich würde es zu der vorhin genannten genetischen Rekombination zwischen einem aviären und einem humanen Influenzavirus am ehesten dort kommen, wo das H5N1-Vogelgrippevirus über die längste Zeit und am stärksten im Haus- und Wildgeflügel verbreitet ist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das in einer leider sehr langen Reihe asiatischer Länder der Fall.

Wenn es allerdings von dort aus zur Pandemie kommt, müssen wir uns auf eine Lage bei uns einstellen, bei der uns die Nachrichtenagenturen der Welt in kurzen Abständen das Auftreten entsprechender Erkrankungsfälle in immer mehr Ländern der Erde melden werden.

Was ist zu tun? – Ich sehe sieben spezielle Elemente, die zur Strategie einer klugen Vorbereitung auf eine Influenzapandemie für die öffentliche Gesundheit gehören.

Erstens: die Überwachung der zirkulierenden Grippeviren.

Zweitens: die bereits geleistete Erarbeitung und nachfolgend ständige Aktualisierung des Pandemieplans sowohl national als auch auf Landes- und für die Gemeindeebene.

Drittens: die Förderung der jährlichen Grippeimpfung. Es war richtig, eine entsprechende Empfehlung für Nordrhein-Westfalen auszusprechen.

Viertens: die Versorgung der Bevölkerung mit einer adäquaten Menge an antiviralen Medikamenten und an Grippepandemieimpfstoff. Was den Vorrat an antiviralen Medikamenten angeht, ist Nordrhein-Westfalen Spitze. Dafür danke ich der Landesregierung und dem zuständigen Minister. Enorm wichtig ist zu wissen, dass wir 30 % der Bevölkerung behandeln können, weil die Entwicklung und Massenproduktion eines Impfstoffes erst nach Kenntnis des genetisch rekombinierten Pandemievirus eingeleitet werden könnte und danach voraussichtlich vier bis sechs Monate braucht. Wir brauchen dazu natürlich – wie bei den antiviralen Medikamenten – die notwendigen Verträge mit den pharmazeutischen Unternehmen.

Fünftens: Es gibt eine ständige Notwendigkeit zur zeitnahen Überprüfung der gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen. Als ein Beispiel möchte ich die Einschränkung des Reiseverkehrs nennen.

Sechstens: Die Strukturen, in denen wir das Krisenmanagement betreiben, sind vorzubereiten und in ständiger Bereitschaft und Übung zu halten. Dazu gehören Bereitschaftspläne, Telefon- und E-Mail-Verzeichnisse und die Sicherstellung einer raschen Kommunikation auf persönlicher Ebene auch zu ungünstigen Zeiten.

Siebtens: Wir brauchen eine offene und vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit.

Insgesamt glauben wir, dass sich Nordrhein-Westfalen im Rahmen dessen, was geht, sehr gut auf die Möglichkeit einer Influenzapandemie vorbereitet und dass wir – ich habe dafür konkrete Beispiele genannt – wesentlich weiter sind als an-

dere Bundesländer. Es gibt auch noch Verbesserungsmöglichkeiten. Eine wichtige Möglichkeit wäre die baldige Einrichtung der im Juli 2005 zwischen Bund und Ländern vereinbarten nationalen Pandemiekommission durch die Bundesregierung. – Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Henke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bisher habe ich noch nicht ganz verstanden, warum wir zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde haben. Alles, was man an Aktuellem hätte diskutieren können, hat bis jetzt noch keine Rolle gespielt.

(Beifall von Carina Gödecke [SPD] – Zuruf von der CDU)

In den neuen Tickermeldungen steht, dass in Nordrügen die Anzahl der infizierten Tiere wahrscheinlich sehr viel höher sein kann – zumindest die Anzahl der gefundenen toten Tiere. Die Rede ist von hundert toten Tieren, die noch nicht geborgen sind. Dabei bestehen noch Schwierigkeiten aufseiten der Bergungskräfte. Auch das ist, finde ich, kein Grund, um Panik zu bekommen.

Aber das ist ein Grund, um nachzufragen, ob ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen richtig, ausreichend und auf alle Eventualitäten vorbereitet ist. Dabei verstehe ich nicht, dass man Fragestellungen oder bestimmte Dinge, die aufgeworfen werden, als „Panikmache“ tituliert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich wünsche mir, dass auf die Fragen, die gestellt worden sind, eine klare Ansage vonseiten des Ministeriums kommt, ob diese Fragen im Nachgang zur heutigen Aktuellen Stunde zügig beantwortet werden können.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wenn ich noch Redezeit habe!)

– Als Minister dürfen Sie, glaube ich, immer reden. Auch in einer Aktuellen Stunde werden Sie den Abgeordneten wahrscheinlich sagen können, ob Sie die Beantwortung der Fragen vielleicht nach dieser Debatte schriftlich nachreichen können. Ich denke, dass es für die Abgeordneten wichtig ist, über die Fragen informiert zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was ist die Situation in Nordrhein-Westfalen? – Wir brauchen nicht darum zu streiten, ob Nordrhein-Westfalen als Bundesland gut aufgestellt ist. Wir brauchen auch keine Aktuelle Stunde, um NRW zu loben, dass es nun genug antivirale Medikamente bevorratet hat. Aber wir müssen uns schon die Frage stellen, wie ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, das eine 30-prozentige Bevorratung hat, damit umgeht, wenn zuerst in anderen Bundesländern ein Vorfall passiert und die Vogelgrippe als Pandemie vielleicht in einem anderen Bundesland, das nur eine Bevorratung von 4,5 % hat, auftreten würde.

Was machen wir dann in Nordrhein-Westfalen? Machen wir die Grenzen nach Nordrhein-Westfalen dicht, oder verteilen wir die Medikamente an alle und haben dann nicht genug für Nordrhein-Westfalen? – Nein, beides wird nicht die Lösung sein.

Also stellt sich die Frage, wie Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene agiert. Ich kann mir nicht erklären, warum Sie, Herr Henke, aber auch die Kollegen der FDP in der letzten Sitzung des Ausschusses Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht auf den Vorschlag des Kollegen Garbrecht eingegangen sind, sich gemeinsam als Bundesland Nordrhein-Westfalen an die Adresse des Bundes und der anderen Bundesländer zu wenden und klar zu machen, dass alle ausreichend antivirale Medikamente bevorraten sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich verstehe auch nicht, warum Sie als CDU, die Sie auch im Bund regieren, nicht auf Bundesebene klare Kante fahren und auf die anderen Bundesländer größeren Druck ausüben, damit diese dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen.

Es geht nicht darum, Panik zu schüren, sondern es geht darum, zu handeln und für den Ernstfall richtig gerüstet zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt nennen, von dem ich glaube, dass das Land Nordrhein-Westfalen sehr wohl eine große Verantwortung trägt. Das ist der Bereich der Krisenpläne und der Katastrophenschutzvorbereitungen, bei dem zusätzlich die Kommunen eine große Rolle spielen. Den Kommunen obliegt insofern zu einem hohen Teil Eigenverantwortung.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wenn ich mir die Situation in Nordrhein-Westfalen ansehe, sind die Kommunen sehr unterschiedlich aufgestellt. Deshalb muss das Land hier Verant-

wortung übernehmen und schauen, inwieweit die für Katastrophenschutz und Gesundheitspolitik zuständigen Minister stärker auf die Kommunen einwirken und ihnen deutlich sagen, bis wann welche Schritte eingeleitet werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat alles nichts mit Panikmache zu tun. Es hat nur etwas damit zu tun, dass Sie uns auch die Fragen stellen lassen und uns die Fragen beantworten müssen, wenn Sie uns auffordern, in einer Aktuelle Stunde das Thema Vogelgrippe zu diskutieren. Es ist die Rolle des Parlaments, Fragen zu stellen und dafür Sorge zu tragen, dass die Landesregierung das umsetzt, was geboten und notwendig ist. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Steffens. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Romberg das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Fragen waren nicht so ganz passend. Die Verhältnismäßigkeit wurde bei manchen Fragen nicht beachtet. Die letzten Fragen, die Frau Steffens gestellt hat, will ich davon gänzlich ausnehmen.

Wenn aber die Opposition fragt, ob jede Biologische Station Vogelkot einsammeln muss, ob der Vogelmist jetzt vollständig vernichtet werden muss, wenn Herr Rimmel fragt, ob jetzt jeder tote Vogel in Nordrhein-Westfalen sofort eingesammelt und untersucht werden muss, dann muss ich sagen: Wir haben einen strengen Winter und es ist ganz normal, dass Tausende Vögel eines natürlichen Todes sterben. Dann ist die Verhältnismäßigkeit gefragt. Diese war bei vielen Fragen nicht vorhanden, auch nicht bei denen von Frau Howe.

Herr Henke ist dankenswerterweise schon auf die Krankenhausbetten eingegangen. Weltweit ist die Bettendichte nirgendwo so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Dann sollen wir bettenmäßig nicht auf einen eventuellen Krankheitsfall eingerichtet sein? Das war echt lächerlich, Frau Howe.

(Beifall von der FDP)

Genauso lächerlich fand ich Ihre Sorge um das Fachwissen der Ärzte. Als müsste der Staat das Fachwissen der Ärzte herstellen! Sie können beruhigt sein. Die Ärzte werden gut vorbereitet sein, um die Menschen angemessen zu behandeln. Diese Sorge ist sicher unberechtigt.

Herr Henke hat richtigerweise gesagt: Es handelt sich um eine Vogelkrankheit. Wie sieht es eigentlich, wendet man den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit an, mit dem Engagement bei menschlichen Erkrankungen aus? Wie ist es bei den Volkskrankheiten, an denen jährlich Hunderttausende Menschen sterben?

Wenn wir als Parlament bei diesen menschlichen Krankheiten ein solches Engagement an den Tag legen würden wie bei dieser Vogelkrankheit, wäre ich als Arzt und Gesundheitspolitiker begeistert. Ich nenne Volkskrankheiten wie Schlaganfall und Herzinfarkt sowie den Umgang mit Suchtmitteln, zum Beispiel mit Alkohol und Nikotin. In dieser Hinsicht sind andere europäische Länder deutlich weiter als wir.

Wenn wir wirklich Todesfälle in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen verhindern wollen, sollten wir darüber nachdenken, ob es nicht sinnigere Ansätze gibt, als an dieser Stelle Fragen über Eventualitäten bis ins letzte Detail zu stellen, die irgendwann nach außen hysterieformend wirken.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie haben doch die Aktuelle Stunde beantragt! Wir haben doch eine ganz andere haben wollen!)

Die Befassung mit dem Aspekt Bevorratung finde ich völlig richtig und wichtig. Dort sind riesige Unterschiede bei den Bundesländern. Dort ist NRW Spitze. Natürlich soll jeder darauf einwirken.

(Carina Gödecke [SPD]: Den Schwachsinn kann man sich doch nicht anhören!)

– Sie brauchen gar nicht so erregt zu sein.

(Carina Gödecke [SPD]: Doch! Es ist Ihre Aktuelle Stunde! Was haben Sie für ein Parlamentsverständnis!)

Wenn ich mir Ihre Bundesgesundheitsministerin anschau, hat sie schon Verantwortung, wenn es darum geht, wie sie die Prävention bei der Vogelgrippe aufzieht.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

– Wollen Sie einmal zuhören?

(Carina Gödecke [SPD]: Das entscheide ich auch ganz allein!)

Sie hat schon Verantwortung.

Wenn in den unterschiedlichen Bundesländern so unterschiedlich bevorratet wird und in manchen Bundesländern eben nur für 5 % der Bevölkerung Medikamente angeschafft wurden, dann stelle ich mir schon die Frage, was Ulla Schmidt macht. Kann sie nicht einmal eindeutig an die Adresse

dieser Bundesländer gerichtet erklären: Dies ist zu wenig. Ich als Bundesgesundheitsministerin wünsche eine bessere Vorsorge? – Das hat Frau Schmidt nicht gemacht. Sie schimpft seit Wochen nur über Ärzte. Das ist traurig und steht einer Gesundheitsministerin in diesem Punkt wirklich schlecht an.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Maßnahmen dieser Landesregierung sind im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sehr gut. Es wird nicht übertrieben, sondern sorgfältig und adäquat gehandelt.

Ich persönlich schätze die Gefahr als wirklich gering ein. Es ist eine Vogelgrippe und keine Menschengrippe, die uns alle befällt, nur weil irgendwo tote Vögel herumliegen. Ich möchte Sie alle bitten, dies auch nach außen hin zu vertreten und keine weitere Panik zu initiieren. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung möchte jetzt Herr Laumann reden. Bitte schön.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass der nordrhein-westfälische Landtag heute Morgen über die Vogelgrippe debattiert. Ich finde es auch gut, dass sehr deutlich geworden ist, dass wir es in diesem Land zurzeit mit einer Tierseuche zu tun haben und noch nicht mit einer Grippeentwicklung, die uns vor akute Herausforderungen stellt.

Deshalb ist es völlig klar, dass die Bemühungen der Landwirtschafts- und Umweltminister im Fokus stehen. Wir sind aktuell daran beteiligt, eine sehr verständliche Handlungsempfehlung zum Arbeitsschutz zu erarbeiten, zum Beispiel wenn es in Nordrhein-Westfalen um die Entsorgung von der Krankheit befallener Tierkadaver gehen sollte.

Hier ist nämlich Vorsicht geboten, weil bis jetzt alle Übertragungen auf Menschen nur durch einen direkten Kontakt mit einem infizierten Tier oder einem infizierten Tierkadaver zustande gekommen sind. Jeder weiß, dass wir es zumindest bei den Wildvögeln auch für Nordrhein-Westfalen in den nächsten Tagen überhaupt nicht ausschließen können, dass solche infizierten Tiere oder Tierkadaver gefunden werden.

Aber, wie gesagt, es ist eine Vogelgrippe. Aus Sicht eines Gesundheitsministers und des Gesundheitssystems entwickelt sich daraus erst dann eine

sehr problematische Situation, wenn der Vogelgrippevirus seine Eigenschaften verändert, die Übertragung von Mensch zu Mensch erfolgt und wir damit gegebenenfalls eine Pandemie in Europa – oder, wie man wohl fast sagen muss: auf der Erde – bekommen. Deswegen steht natürlich im Fokus meines Hauses, wie wir uns darauf einstellen.

Erstens. Gegen einen neuen Grippeerreger – um es einmal etwas allgemein auszudrücken, damit die Menschen es auch verstehen – gibt es kein Impfmittel. Das kann es auf dieser Erde nicht geben. Sollte dieser Fall überhaupt eintreten, werden die Forschungsinstitute dieser Welt vier bis sechs Monate brauchen, um überhaupt ein Impfmittel zu entwickeln.

Aus diesem Grund haben die nordrhein-westfälische Landesregierung und mein Haus dafür gesorgt, dass wir für diese vier bis sechs Monate nach bestem Wissen und Gewissen ausgestattet sind, um erkrankten Menschen helfen zu können. Als einziges Bundesland in Deutschland haben wir für 30 % der Bevölkerung antivirale Medikamente gekauft. Sie wissen, dass wir dafür 67 Millionen € aufgewandt und 6,35 Millionen Therapieeinheiten an Medikamenten bekommen haben. Zurzeit sind Medikamente für 1,25 Millionen Menschen hier in Nordrhein-Westfalen eingelagert; Ende dieses Jahres werden es die gesamten 6,35 Millionen Therapieeinheiten sein.

Da alle Fachleute davon ausgehen, dass, wenn diese Grippewelle ausbricht, daran etwa 30 % der Bevölkerung erkranken werden, kann man nach dem jetzigen Stand der Wissenschaft sagen, dass Nordrhein-Westfalen als einziges Land in Deutschland in der Lage sein wird, für alle diese erkrankenden Menschen Medikamente zur Verfügung zu stellen. Diese Situation muss man sehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die zweite Feststellung betrifft die aktuelle Situation in Berlin. Wir wissen, dass viele Bundesländer nur für 5 % bis 15 % ihrer Bevölkerung diese Medikamente gekauft haben. Wahr ist, dass, wer jetzt bestellt, aufgrund der weltweiten Nachfrage nach diesen Medikamenten diese Medikamente erst in anderthalb Jahren erhalten wird.

Was ich an dieser ganzen Geschichte im Moment überhaupt nicht verstehe – das sage ich ganz deutlich –, ist das völlige Wegtauchen des Bundesgesundheitsministeriums sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Fachebene,

(Beifall von der CDU)

wenn es darum geht, auch andere Länder dazu aufzufordern, konsequenter für ihre Bevölkerung vorzusorgen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Verhalten des Bundesgesundheitsministeriums finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss sich ja nur einmal den Fall einer Pandemie vorstellen. Wie wollen wir denn etwa dort, wo ich wohne, wo die niedersächsische Grenze teilweise nur 10 oder 15 km entfernt ist, bei der Ausgabe in Apotheken unterscheiden zwischen einem nordrhein-westfälischen Patienten mit einer Verordnung und einem niedersächsischen Patienten mit einer Verordnung?

Hier muss auf Bundesebene mehr Druck ausgeübt werden, damit auch andere Länder ihre Verantwortung wahrnehmen, so schwierig es auch angesichts der Finanzkraft der öffentlichen Hände sein mag, die dafür notwendigen Mittel in den Haushaltsplänen auszuweisen. Ich gebe zu: Auch bei uns war das nicht einfach. Als ich am 29. Juni ins Amt kam, gab es zwar schon das Problem, aber noch nicht einmal einen einzigen Euro in irgendeinem Haushaltstitel, um dieses Problem zu lösen. Das möchte ich hier auch noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte mich auch bei meinen Kollegen im Kabinett sehr herzlich dafür bedanken, dass man diese Summe Geldes zur Verfügung gestellt hat, damit wir für diesen Fall gut vorbereitet sind.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen mit unserer Kapazität von 140.000 Krankenhausbetten gut ausgestattet; und wenn alle Stricke reißen, können wir zusätzlich auf einiges an Kurkliniken zurückgreifen. Der Kollege Henke hat darauf hingewiesen: In einer solchen Situation wird ja kein planbarer medizinischer Eingriff mehr in anderen medizinischen Disziplinen vorgenommen, sodass eine gewaltige Anzahl von stationären Betten bereitsteht.

Kern für die Versorgung der Menschen in einem solchen Fall ist natürlich das System der niedergelassenen Ärzte. Daran besteht kein Zweifel. Wo gehen die Leute bei Grippeerkrankungsmerkmalen hin? Sie gehen doch erst einmal zum niedergelassenen Arzt. Ich glaube, da können wir auf unsere 26.000 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte hier in Nordrhein-Westfalen vertrauen.

Wir haben dafür gesorgt, dass man sich in den Regionen, auf den kommunalen Ebenen damit beschäftigt, wie auf eine Pandemie zu reagieren ist. Zum Beispiel ist es dann ganz wichtig, über die Adressen aller Ärzte, aller Pflegerinnen und Pfleger und aller Beschäftigten in den ambulanten Pflegediensten zu verfügen. Denn bei diesem medizinischen Personal müssen die Medikamente natürlich zuerst eingesetzt werden, damit diese Personen nicht erkranken.

Es ist doch völlig klar, dass diese ganzen Vorkehrungen nur regional getroffen werden können und regional zu entscheiden ist, welches Krankenhaus im Kreis X das erste ist, welches für die erkrankten Menschen, um sie so lange wie möglich zu isolieren, freigezogen wird. Dies ist ein fortlaufender Prozess, für den wir aus der Landesregierung heraus die kommunalen Ansprechpartner sensibilisiert haben.

Natürlich ist die Frage, wie man in einer solchen Situation mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln umgeht, in einem Landkreis anders zu beantworten als in einer großen Stadt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, ich erinnere Sie an Ihre Redezeit.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wir sind für diesen Fall, der nach wie vor als unwahrscheinlich zu bezeichnen ist, nach allem, was man aus der Wissenschaft weiß und was man organisatorisch tun kann, hier gut vorbereitet.

Es ist ja nun auch nicht so, dass mein Haus und die Landesregierung nicht offen mit den Informationen umgingen. Die Obleute im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales werden ständig über meinen Staatssekretär informiert. Mein Staatssekretär steht allen Fraktionen des Landtags und den Arbeitsgruppen des Landtags selbstverständlich, wie es ja auch schon gelegentlich in Anspruch genommen worden ist, für Auskünfte zur Verfügung.

Ich finde, dass die Nachfragen immer wieder auch Anregungen sind, damit wir in der Vorbereitung noch besser werden. Aber man sollte auch einmal zugestehen, dass Nordrhein-Westfalen nach menschlichem Ermessen bis jetzt alles getan hat, was man tun kann. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Wegen der Bedeutung des Themas habe ich das Überziehen der Redezeit zugelassen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Danke schön!)

Normalerweise ist das bei einer Aktuellen Stunde nicht üblich. – Jetzt hat als nächste Rednerin Frau Howe von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Inge Howe (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Beantragung dieser Aktuellen Stunde wurde unter anderem als Begründung angeführt – ich zitiere –:

„Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass der Landtag über die aktuelle Lage informiert wird und sich mit dem weiteren Vorgehen befasst.“

Deshalb habe ich auch die eben erwähnten Fragen aufgeworfen.

Und, Herr Minister Laumann, ich möchte Ihnen viele Grüße von Bundesministerin Schmidt bestellen. Wir haben gerade mit ihr telefoniert. Das Bundesministerium – explizit Frau Schmidt – ist gerade von der WHO aufgrund der hervorragenden Vorbereitung in Sachen Vogelgrippe gelobt worden.

Einige Bundesländer haben ihren Pandemieplan in Berlin schon vorgelegt. Frage von meiner Seite: Wann wird das Land Nordrhein-Westfalen das tun?

(Beifall von der SPD)

Dann noch eine kurze Reaktion auf Herrn Henke: Herr Henke, ich möchte keineswegs Panik machen. Aber wenn Sie negieren, dass die Vogelgrippe auch beim Menschen ausbrechen kann, ist das schon ein starkes Stück.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

In Asien hat es immerhin schon Tote gegeben.

Dann noch zur Krankenhausauslastung! Natürlich sind durchschnittlich 75 % der Krankenhausbetten ausgelastet. Das ist völlig korrekt. Wir haben aber für den Eventualfall nur 1.700 Infektionsbetten. Sie geben mir sicherlich Recht, wenn ich sage, dass die Patienten, die in einem Pandemiefall stationär behandlungsbedürftig sind, in Quarantäne gehören. Es ist nicht einfach möglich, komplett leer stehende Krankenhausbetten flächendeckend mit Patienten zu belegen, die in Quarantäne gehören. Das erfordert ein hohes logistisches Niveau aufseiten der Krankenhäuser. Man kann das nicht von jetzt auf gleich organisieren und garantieren.

Fortbildung der Ärzte! Herr Henke, Sie wissen das als Vorsitzender des Marburger Bundes: Natürlich ist es nicht Aufgabe des Ministeriums, Ärzte fortzubilden, sondern das ist Aufgabe der Ärztekammern und der Kassenärztlichen Vereinigungen. Die haben ihre Schularbeiten in Westfalen-Lippe nicht gemacht. Meine Anregung lautete, dass sich das Ministerium als oberstes Aufsichtsgremium darum bemüht, dass das entsprechend auf den Weg gebracht wird. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Howe. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Ortgies das Wort.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reaktion der Opposition veranlasst mich, doch noch einmal ein paar Sätze zu sagen. Als wir am Montag die Aktuelle Stunde beantragt haben, Herr Kollege Rimmel, wussten wir noch nicht, wie aktuell diese Aktuelle Stunde wirklich ist. Dass Sie das hier zum Thema machen, veranlasst mich zu der Frage: Wie aktuell soll sie eigentlich noch sein?

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– Sie ärgern sich darüber, dass Sie sie nicht beantragt haben. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Die Reaktionen der Opposition zeigen, dass Sie wirklich krampfhaft nach jedem Haar in der Suppe der Regierung suchen, aber keins finden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat heute durch beide zuständigen Minister umfassend dargestellt, welche Vorbereitungen dieses Land und diese Regierung zum Eindämmen der Vogelgrippe ergriffen haben. Sie haben alles gehört, ich will es nicht wiederholen.

Ich wundere mich schon: Jeder spricht davon, keine Panik machen zu wollen; gleichzeitig redet Frau Howe von Katastrophenschutzplänen. Das ist Panikmache in allerhöchster Form, liebe Frau Howe.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Thema eignet sich wahrlich nicht zum politischen Schlagabtausch. Die Vogelgrippe kennt keine Landesgrenzen und keinen Unterschied zwischen Biohuhn und Käfighuhn. Ich glaube, dass wir uns an der Stelle etwas zurückhalten sollten.

Bis jetzt ist in Nordrhein-Westfalen noch kein Fall aufgetreten. Ich hoffe, dass sich das nicht ändert. Aber die Geschwindigkeit der Ausbreitung der Vogelgrippe bereitet uns schon Sorgen.

Meine Damen und Herren, es ist mehrfach gesagt worden: Die Vogelgrippe ist eine Tierseuche. Sie ist so schnell nicht auf den Menschen übertragbar. Das Virus wird beim Erhitzen abgetötet. Bis jetzt wurde es nur bei Wildvögeln festgestellt. Es ist nicht zu unterschätzen, dass sich dieses Virus auch auf Nutztierbestände ausbreiten kann. Wir machen uns große Sorgen um die Wirtschaftlichkeit der betroffenen Betriebe.

Ich danke dem Minister, dass er gleich im Anschluss Gespräche mit den Geflügelwirtschaftsverbänden führt, um dort Schaden zu begrenzen.

Ein Beispiel: In meiner Region, Ostwestfalen-Lippe, gibt es eine Vielzahl von Geflügelzüchtern, die sich auf die Züchtung und den Verkauf von lebenden Tieren auf Märkten und über den Direktvertrieb konzentriert haben. Dieser Markt droht komplett zusammenzubrechen, weil zurzeit natürlich kein Mensch daran denkt, sich Hühner oder Geflügel anzuschaffen. Hunderte von Familienbetrieben stünden vor dem Ruin. Wir müssen versuchen, diesen Betrieben zu helfen.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang noch einmal: Bei vernünftigem Umgang mit Tieren ist nicht damit zu rechnen, dass das Virus auf den Menschen übergreift. Hierzulande ist es wohl auch nicht die Regel, dass wir mit dem Geflügel unter einem Dach oder im selben Wohnraum leben.

Deshalb hoffe ich, dass uns die Bilder aus der Türkei mit in Schutzanzügen verummten Menschen, die durch Dörfer patrouillieren, erspart bleiben.

Sie werden uns erspart bleiben, wenn wir verantwortungsvoll handeln und nicht in Panik verfallen. Die Landesregierung hat heute bewiesen, dass sie mit Augenmaß und ohne Aktionismus handelt. Wir werden als Landtagsfraktion ihre Aktionen weiter unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ortgies. – Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Minister Uhlenberg um das Wort gebeten.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Ich gehe gerne noch einmal auf die einzelnen Punkte ein, die eben von den Vertretern der Koalitionsfraktionen, aber auch der Oppositionsfraktionen angesprochen worden sind.

Es ging zunächst um die Frage: Inwieweit unterstützt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Betriebe, die jetzt davon betroffen sind?

Herr Abgeordneter Rimmel, wir können die Betriebe jetzt nicht finanziell unterstützen. Es geht um 23.000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen, die ab morgen ihre Tiere einsperren müssen: 23.000 Betriebe. Eine Unterstützung tritt dann ein, wenn der Seuchenfall eintritt. Für diesen Fall haben wir die Tierseuchenkasse in Nordrhein-Westfalen. In der Phase des Aufstallens – es war im Herbst die gleiche Situation – sind wir nicht in der Lage, die Betriebe zu unterstützen. Sie erwarten das auch nicht.

Sie erwarten permanente Informationen, ein gutes Abstimmen der Vorgehensweise der Landesregierung mit dem Landesernährungsamt. Deswegen findet in wenigen Minuten das nächste Gespräch mit den Verbänden statt. Das ist entsprechend eingestelt.

Wir haben Informationsmaterial an alle in Nordrhein-Westfalen verteilt, und zwar über die Tierseuchenkasse. Die Betriebe zahlen Beiträge für die Tierseuchenkasse in Nordrhein-Westfalen und sind über die Tierseuchenkasse informiert worden.

Antworten zu Detailfragen, wie zum Beispiel zur Übertragbarkeit der Infektion auf Hunde und Katzen, sind auf der Homepage des Ministeriums nachzulesen. Ich möchte jetzt im Einzelnen auf diese speziellen Fragen nicht eingehen, sondern nur sagen: Hunde erkranken nicht. Bei Katzen besteht eine gewisse Gefahr.

Wie sieht es mit dem Dung aus, der in der nächsten Zeit noch ausgebracht werden muss? Ich glaube, Frau Abgeordnete Wiegand hatte diese Frage gestellt.

Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Auf der einen Seite fordern Sie, die Betriebe mehr zu unterstützen. Auf der anderen Seite haben Sie gerade, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gefordert, dass jetzt eigentlich kein Dung mehr ausgebracht werden darf. – Was glauben Sie, was das für unsere über 20.000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen bedeuten würde, wenn die den Dung jetzt nicht auf den Feldern ausbringen dürften?

Im Zusammenhang mit der Seuchenbekämpfung gibt es ein klares Szenario: In dem Moment, in dem der Seuchenfall in einem Bundesland festge-

stellt wird, darf der Dung auf den Feldern nicht mehr ausgebracht werden. Das ist völlig abgeklärt. In Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern geht man genau so vor. Es wäre allerdings für die Betriebe eine Katastrophe, wenn gerade zum Frühjahr der Dung nicht auf den Feldern ausgebracht werden dürfte.

Dass es am Niederrhein nicht zu einer engeren Kooperation mit der biologischen Station gekommen ist, hängt offensichtlich damit zusammen, dass man sich finanziell nicht einigen konnte. Die Kreisveterinärbehörde im Kreis Kleve war bereit, dieses Monitoring, das Ziehen der Kotproben, kostenlos durchzuführen. Die biologischen Stationen wollten Geld dafür. Wir haben in dem Zusammenhang gespart und uns der Kreisveterinärbehörde bedient. Im letzten Herbst ist diese Aktion sehr gut durchgeführt worden.

Nordrhein-Westfalen ist auch deswegen besser aufgestellt als die anderen Bundesländer – ich sage ausdrücklich: Das ist kein Verdienst dieser neuen Landesregierung –, weil wir im Jahre 2003 in Nordrhein-Westfalen Erfahrungen mit der Vogelgrippe gesammelt haben. Ausgehend von den Niederlanden ist damals die Vogelgrippe zu uns nach Nordrhein-Westfalen in den Kreis Viersen gekommen. Das hat

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– richtig, wir sind entsprechend gut aufgestellt – dazu geführt, dass bei der Vogelgrippe der entsprechende Veterinär aus dem Kreis Viersen in die Türkei gefahren ist, um dort zu helfen. Es ist ganz wichtig, dass wir in den Gebieten, in denen die Geflügelpest jetzt um sich greift, helfen, dass wir vor dem Hintergrund der nordrhein-westfälischen Erfahrungen unsere Fachkenntnis einbringen. Der Tierarzt kehrt morgen aus der Türkei zurück. Er wird uns von seinen Erfahrungen berichten.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Krisenszenario in allen Details vorbereitet. Das ist für die Öffentlichkeit ganz wichtig. Ich bin auch gerne bereit, die Fraktionen und den Ausschuss in der nächsten Zeit, wenn es gewünscht wird, täglich über die weitere Vorgehensweise zu informieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Ich habe noch eine weitere Wortmeldung von Herrn Henke von der CDU-Fraktion.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich auf die von Frau Howe an mich gerichteten Bemerkungen antworten möchte.

Sie hat so getan, als wäre ich völlig ahnungslos, würde von nichts etwas verstehen, weil ich gesagt hätte, dass die Vogelgrippe den Menschen nicht befallen könne.

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass es zurzeit keine Epidemiegefahr für Menschen gibt. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um die Geflügelvogelgrippe handelt und nicht um eine Menschenvogelgrippe.

Das bedeutet: Die Geflügelvogelgrippe kann natürlich vom Geflügel aus einen Menschen befallen. Es ist sogar so, dass es in der Differenzialdiagnose zwischen einer Influenza, also einer menschlichen Grippe, und einer Geflügelvogelgrippe, die den Menschen befällt, eine zentrale diagnostische Rolle spielt, ob es in der vorherigen Zeit einen engen Kontakt zwischen Mensch und Geflügel gegeben hat.

Und es ist sogar so, dass diese Nähe in den Fortbildungsunterlagen für Ärzte inhaltlich definiert ist: Wenn Sie sich einem befallenen Tier auf mehr als einen Meter genähert haben, dann ist das die Nähe, die als Diagnostikum mit für die Etablierung der Diagnose gebraucht wird.

Natürlich weiß ich, dass Menschen, die von dem Geflügelvogelgrippevirus befallen werden, daran sterben können. Die meisten auf der Welt, von denen man weiß, dass sie erkrankt sind, sind daran auch gestorben. Aber dies ist eine niedrige dreistellige Zahl, Frau Howe.

Deswegen muss man unterscheiden – es ist auch gut, dass Sie diese Fragen noch einmal stellen, denn das macht deutlich, dass offensichtlich Verständnisprobleme herrschen –, zwischen den Begrifflichkeiten „Krankheit beim Menschen“ und „Epidemie“; das ist ein großer Unterschied. Seit Jahrhunderten führen Grippeviren regelmäßig zu regional begrenzten Epidemien. Sporadisch gehen solche Epidemien in weltweite Ausbrüche über, die sogenannten Pandemien: Spanische Grippe 1918/19, Asiatische Grippe 1957 und Hongkonggrippe 1968. Das ist eine Folge der genetischen Instabilität des Influenzavirus beim Menschen und beim Tier. Weil diese genetische Instabilität vorhanden ist, breitet sich im Fall einer Pandemie ein neuartiges Influenzavirus rasch aus.

Es ist aber wichtig zu unterscheiden, dass dieses neuartige Virus im Falle einer erneuten men-

schenbefallenden Pandemie eben nicht das Vogelgrippevirus sein wird. Es gibt jedenfalls keine Garantie dafür. Es ist fahrlässig, davon auszugehen, das sei dann H5N1. Das wissen wir nicht. Es gibt Staaten auf dieser Erde, die ihre Präventionsstrategie darauf gründen, dass sie sicher sein wollen, es wäre dann H5N1, Frau Howe, Staaten, die jetzt den Vogelgrippeimpfstoff für den Menschen aufzukaufen versuchen. Das ist eine Strategie, die niemand in Deutschland ernsthaft verfolgt. Keine Bundesministerin, kein Robert-Koch-Institut, keine Landesregierung verfolgt diese Strategie. Und es ist gut und richtig so, dass sie nicht verfolgt wird, weil man davon ausgeht, dass ein neues Virus die Ursache wäre, das sich aus der genetischen Rekombination dieses H5N1-Vogelgrippevirus und eines Influenzavirus beim Menschen ergäbe.

Erst dann kann die Impfstoffproduktion in Gang kommen und haben Sie eine Situation, die, wenn sie regional begrenzt ist, Epidemie ist, und wenn sie weltweit auftritt, Pandemie ist. So sind die Verhältnisse.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was hat denn Nordrhein-Westfalen gekauft?)

– Es gibt eine Vereinbarung der Bund-Länder-Kommission, dass sich der Bund um die Frage der Entwicklung des weltweiten Pandemie-Impfstoffs kümmert. Ich kann nur sagen: Wir halten es für notwendig, dass man entsprechende die Verträge mit den pharmazeutischen Unternehmen schließt. Das ist eine Frage, die in der Zuständigkeit der Bundesministerin für Gesundheit zu entscheiden ist, weil das eine Bundesangelegenheit ist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wir haben doch 30 Millionen € für Impfstoff ausgegeben!)

– Wir haben Geld für Tamiflu ausgegeben. Tamiflu ist ein Virustatikum, ein gegen Viren gerichtetes Arzneimittel, das den Zweck hat, in der Phase, in der kein Impfstoff zur Verfügung steht, ein möglichst wirksames Instrument zu haben,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Aha!)

mit dem man Menschen behandeln kann, die an Grippesymptomen erkranken und deren Erkrankungsschwere und Todesfallwahrscheinlichkeit reduziert werden sollen. Tamiflu ist kein Impfstoff, sondern ein gegen Viren gerichtetes Arzneimittel. Dieses Arzneimittel wird übrigens bei schwer erkrankten Grippekranken heute auch schon eingesetzt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Rudolf Henke (CDU): Es macht aber keinen Sinn, es vorbeugend einzusetzen, weil Sie damit nur das Entstehen von Resistenzen fördern. Deswegen müssen Sie es an eine ärztliche Indikation und Einzelfallverordnung koppeln.

Letzte Bemerkung, Frau Howe: Das, was ich vorgetragen habe, befindet sich in guter Gesellschaft; denn es ist der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Reinhard Kurth, der gestern gegenüber Reuters TV in Berlin erklärt hat, dass für Menschen momentan kein erhöhtes Gefährdungspotenzial besteht, da bisher wenige Tiere infiziert sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Rudolf Henke (CDU): Es besteht aber ein Gefährdungspotenzial, wenn man sich den Tieren nähert und in Kontakt mit ihnen kommt. – Danke, dass Sie mir noch einmal zugehört haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Henke. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr für die Aktuelle Stunde und ich schließe sie deshalb.

Wir kommen zu:

2 Mehr Autonomie für die Hochschulen – Nordrhein-Westfalen erhält das freiheitlichste Hochschulrecht

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1192

Ich eröffne hierzu die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kuhmichel das Wort. Bitte schön.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mittwoch, der 25.01. dieses Jahres, war ein wirklich guter Tag für unser Land, ein guter Tag für seine Hochschulen. Da hat nämlich der Innovationsminister und stellvertretende Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen dankenswerterweise der Öffentlichkeit die neuen Eckpunkte für das geplante Hochschulfreiheitsgesetz vorgestellt.

Ich bin ausgesprochen dankbar, Herr Minister -ich sage das für die CDU-Fraktion in aller Bescheidenheit –, dass die von uns seit 1995 erarbeiteten

Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen nahezu 1:1 in Ihre Eckpunkte eingeflossen sind.

(Beifall von der FDP)

Ich darf noch einmal die drei Kernbereiche zitieren, damit es ins Protokoll kommt:

Erstens. Die Hochschulen werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts verselbstständigt und sind künftig keine staatlichen Einrichtungen mehr. Wir lösen damit die Hochschulen aus dem staatlichen Weisungsrecht und übertragen ihnen weitreichende Kompetenzen und die Verantwortung für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen.

Zweitens. Wir schaffen neue starke Leitungsstrukturen in den Hochschulen mit klarer Aufgabenverteilung zwischen Hochschulleitung und hochschulinterner Selbstverantwortung sowie mit einer engeren Anbindung an das gesellschaftliche Umfeld. Handlungsfähigkeit und Beweglichkeit der Hochschulen werden nachhaltig erhöht.

Drittens. Wir stellen das Verhältnis von Staat und Hochschule auf eine völlig neue Basis. Auf der Grundlage konkreter Zielvereinbarungen mit dem Land werden die Hochschulen ihre eigene Strategie und Entwicklungsplanung vornehmen können. Der Staat zieht sich aus der Detailsteuerung zurück und stärkt die Eigenverantwortung der Hochschulen.

So weit die Kernpunkte einer Reform, aus der jetzt das wahrlich revolutionäre Hochschulfreiheitsgesetz entwickelt wird, zu dem wir heute als Koalitionsfraktionen den Auftrag geben in der Hoffnung, dass die Opposition doch noch mitmacht.

Schlimm ist allerdings Folgendes: Alles hätte schon viel früher so sein können.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf an einen Antrag unserer Fraktion vom 12. Januar 1996 erinnern, gut zehn Jahre her, in dem wir diese Leitlinien schon gefordert hatten. Sie haben mindestens diese zehn Jahre - ich meine, eher noch länger – der Hochschullandschaft Zeit gestohlen und damit den jungen Menschen Chancen verbaut.

Wir haben damals, am 12. Januar 1996, Thesen der Hochschulrektorenkonferenz zu einem Antrag erhoben und sie hier vorgetragen, mit dem Ziel, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Hochschullandschaft mehr Freiheit begehrt.

Wir haben zum Beispiel gefordert – wie gesagt, im Januar 1996 –, der Landtag möge die damalige rot-grüne Landesregierung auffordern, im Dialog mit den Hochschulen unseres Landes ein abgestimmtes Strukturkonzept für die Weiterentwicklungen der Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten und vorzulegen. Das Konzept soll das Leitziel verfolgen, die Eigenverantwortung der Hochschulen zu stärken und die staatliche Einflussnahme zurückzudrängen. Ich wiederhole: Das war am 12. Januar 1996.

Weitere Stichworte sind: autonome Steuerung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen, Studiengängen, Studienfächer in die Kompetenz der Hochschulen, Selbstrekrutierung der Wissenschaftler, Bereitschaft fördern, sich verstärkt auf Marktmechanismen einzulassen, freie Auswahlprozesse beim Hochschulzugang für Studierende und Hochschulen, Orientierung der Hochschulfinanzierung in Lehre und Forschung an Kriterien wie Grundbedarf, Leistungen und Innovation, Abbau der staatlichen Regulierung usw. All das sind Forderungen aus dem Januar 1996.

Die dazu gehörige Debatte am 25. Januar 1996 habe ich noch einmal nachgelesen – vor allen Dingen das, was Kollege Dietrich Kessel für die SPD vorgetragen hat –: ein Beitrag, wie gesagt, vor gut zehn Jahren, geprägt und durchdrungen von Misstrauen und Zweifel an der Kompetenz der Hochschulen, Angst vor jeglichem Neuen in der Hochschulpolitik und vor allem von der Sorge um den Verlust staatlicher Einflussnahme.

Ich will aus der Debatte nur einige Sätze des ansonsten geschätzten Kollegen Kessel wiedergeben. Er sagte, es sei lediglich eine in die Zeit – 1996 – passende Behauptung, dass mehr Eigenverantwortung und weniger Staat die Leistungsfähigkeit der Hochschulen automatisch verbessern. Der Nachweis, ob dies tatsächlich zutrefte, sei in den nächsten Jahren zu erbringen. Dann hat er gesagt: Wir warten es ab. – Anschließend wurde der Antrag abgelehnt.

Dann haben wir gewartet und gewartet und gewartet – bis heute. Heute kommt der Paradigmenwechsel durch unsere Beantragung. Was ist bei dem Warten herausgekommen? Wir haben doch jetzt ein Ergebnis, ein Ergebnis der Vorauswahl für die NRW-Hochschulen zur ersten Runde der Exzellenzinitiative. Schlimmer konnte die Bilanz von 39 Jahren rot-grüner Hochschulpolitik nicht ausfallen. Trotz der immer wieder zitierten dichtesten Hochschullandschaft in Europa sind die Hochschulen bei uns bis auf wenige Ausnahmen im bundesweiten Vergleich bestenfalls Mittelmaß, weil sie gewartet und gewartet und der

Autonomie immer wieder die kalte Schulter gezeigt haben.

Ihre jetzige Situation haben unsere Hochschulen nicht zu verantworten, sondern sie ist Ausdruck jahrzehntelanger verfehlter Hochschulpolitik. Jahrzehntlang konnten die Hochschulen ihr Potenzial nicht ausschöpfen. Ziel der neuen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist es, die Hochschulen wieder zu Impulsgebern für Forschung, Entwicklung und Innovation zu machen. Der internationale Wettbewerb stellt unsere Hochschulen vor immense Herausforderungen. Sie wissen das seit vielen Jahren und haben es unterlassen zu handeln.

Diese Herausforderungen sind nur dann zu bestehen, wenn die Hochschulen neben einer hinreichenden finanziellen Ausstattung zugleich mehr Freiheit erhalten für schnellere Entscheidungen, unbürokratische Handlungsmöglichkeiten, effektiven Ressourceneinsatz und strategische Eigenverantwortung.

Die neue Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen von CDU und FDP schaffen mit dem geplanten Hochschulfreiheitsgesetz die notwendigen Rahmenbedingungen. Dieses Gesetz, zu dem wir jetzt den Auftrag erteilen, wird auf der Basis der eben noch einmal vorgestellten Eckpunkte die Grundlage für einen Systemwechsel in der Hochschulpolitik sein – hin zu mehr Freiheit und mehr Verantwortung.

Wir geben den Hochschulen ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit, Freiheit für Forschung und Lehre, echte Autonomie, eine verlässliche Hochschulfinanzierung sowie ein klares Bekenntnis zu Wettbewerb und Spitzenleistung. Das sind die Eckpfeiler des neuen Hochschulfreiheitsgesetzes. Jede einzelne Hochschule soll in die Lage versetzt werden, selbst den besten Weg zu einem starken Profil, zu mehr Exzellenz sowie zu bester Ausbildung und Lehre zu beschreiten.

Ich würde mir wünschen, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie diesen Weg weitestgehend mitgehen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuhmichel. – Für die FDP-Fraktion, die zweite antragstellende Fraktion, hat Herr Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Freiheit ist konstitutiv für das Hochschulwesen, und das Wort

„Freiheit“ führen Hochschulpolitiker aller Couleur im Mund. Das war bei den Vorgängerministerinnen von Herrn Pinkwart so, bei Anke Brunn, bei Frau Behler, bei Frau Kraft, und das ist auch heute so. Aber es stellt sich die Frage, was gemeint ist, wenn von Freiheit im Wissenschafts-, im Hochschulsystem die Rede ist.

Die heutige Opposition – die früheren Regierungsparteien – versteht unter Freiheit im Bildungssystem vor allen Dingen die Freiheit von Markt, wie sie sagt, die Freiheit, auf Ergebnisse, die aus dem Wettbewerb erzielt worden sind, verzichten zu wollen.

Wer oder was steuert aber dann Entwicklungen im Hochschul-, im Wissenschaftssystem, von wem gegen Impulse aus? In einem Wissenschaftssystem, das so verfasst ist, müssen Impulse notwendigerweise von Bürokratien ausgehen, von planmäßigen Festlegungen, die in Ministerien und öffentlichen Verwaltungen getroffen werden.

Die Ergebnisse dieses Wissenschaftssystems haben wir in Nordrhein-Westfalen bei den Abbrecherquoten und bei der Studiendauer, mithin der Qualität der Ausbildung im tertiären Bereich besichtigen können. Zuletzt haben wir durch die Ergebnisse der nationalen Exzellenzinitiative ein Signal bekommen, dass die dichteste Hochschullandschaft in Europa noch nicht die beste ist. Dieser Vorstellung setzen wir unseren Freiheitsbegriff als Koalition der Erneuerung entgegen: Das ist die Freiheit zur Verantwortung.

Wir haben uns hier bereits über ein Element dieses Kulturwechsels intensiv miteinander austauschen können: über die Einführung von Studienbeiträgen. Auch das ist Freiheit zur Verantwortung. Denn auch die Freiheit etwa der Studierenden, sich selbst zu bilden, findet dort eine Grenze, wo es die Verantwortung für die eigene Lebenszeit und die Inanspruchnahme öffentlicher Ressourcen betrifft.

Heute beraten wir über die Eckpunkte für ein Hochschulfreiheitsgesetz, das diese Ordnungsvorstellung auch auf die Organisation und die Struktur des Hochschulwesens übertragen will. Die Hochschulen können seit diesem Jahr – insofern war die Vorgängerregierung auch schon auf dem Weg – mit ihren Mitteln freier wirtschaften, weil sie über einen Globalhaushalt verfügen. Zukünftig werden die Hochschulen bei der Auswahl ihrer Studierenden und der dort tätigen Lehrpersonen Freiheit gewährt bekommen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Hatten wir auch schon!)

Sie werden frei über Strukturen und Organisation entscheiden können, werden sehr viel effizienter mit ihrem Vermögen umgehen können und werden sich unternehmerisch dort engagieren dürfen, wo es für die Hochschule sinnvoll ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Und Pleite gehen!)

– Herr Eumann, Sie sagen, sie gingen Pleite. Natürlich droht in einem solchen System in der Theorie auch der Wettbewerbsnachteil, droht das Scheitern. Aber gerade der Wettbewerb und das Wissen darum, dass im Wettbewerb auch negative, nachteilige Ergebnisse erzielt werden können, setzen Kräfte frei und motivieren die Menschen zu Höchstleistungen, weil sie sich im Hochschulsystem nicht mehr an Plänen, sondern an den Entscheidungen von Menschen orientieren, zum Beispiel von Studierenden oder Hochschullehrern, die sich in der Regel für mehr Qualität entscheiden, die bessere Leistungen entwickeln, die besser mit knappen Ressourcen umgehen wollen und die immer wieder neue Impulse für die Anwendung von bestehendem Wissen erhalten.

Deshalb hat der Vorsitzende der Landeshochschulrektorenkonferenz, Herr Ronge, völlig zu Recht davon gesprochen, dass hier nicht weniger geplant ist als eine Revolution des Hochschulwesens, die Ihresgleichen in Deutschland sucht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Den zitiere ich gleich auch!)

– Sie zitieren ihn auch? Dann zitieren Sie vollständig, wenn Sie ihn etwa aus der Westdeutschen Zeitung zitieren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ich zitiere ihn vollständig! Keine Sorge, Herr Lindner, das habe ich an der Hochschule gelernt!)

Meine Damen und Herren, noch nie ist mit den Hochschulrektoren so früh über die Eckpunkte eines solchen Gesetzes gesprochen worden. Bereits bevor die Eckpunkte öffentlich vorgestellt worden sind, haben der Ministerpräsident und der Fachminister das Gespräch mit den Rektoren der Hochschulen und der Fachhochschulen geführt.

Wir alle wissen aus den Gesprächen, die wir mit einzelnen Rektoren geführt haben, dass es dort eine positive Aufnahme der Pläne der Landesregierung gegeben hat. Vielleicht mag es im Detail noch Anregungen geben, die auch willkommen sind. Deshalb können wir als Koalitionsfraktion die Landesregierung nur ermutigen, den couragierten Weg, den sie sich vorgenommen hat, weiterzugehen und dem Landtag ein Gesetz auf der Grundlage der hier formulierten Eckpunkte vorzulegen.

Zum Schluss möchte ich noch eine persönliche Bemerkung -an Sie gerichtet, Herr Eumann – machen: Ich will mich an dieser Stelle noch einmal dafür bedanken, dass Sie mir bei der letzten Gelegenheit, die wir hier zur wissenschaftspolitischen Debatte nutzen können, das Buch „Willy Brandts Erinnerungen“ geschenkt haben. Ich habe zwischenzeitlich noch ein wenig darin gelesen, und deshalb möchte ich – aber auch zum letzten Mal, Herr Vesper – in einer wissenschaftspolitischen Rede Willy Brandt zitieren – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident. Willy Brandt hat in seiner berühmten Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gesagt:

„Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

Genau das ist auch unser Anspruch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lindner. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindner, Sie sind noch nicht auf Seite 244 bei den Erinnerungen angekommen. Da werden Sie lesen, was Willy Brandt damit genau gemeint hat. Ich kann Ihnen zusagen: Er meint nicht Ihren Freiheitsbegriff; denn Sie missbrauchen den Freiheitsbegriff. Er meint einen anderen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Er meint nämlich, dass jeder in diesem Land eine Chance haben soll – unabhängig von der sozialen Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern – und dass Leistung, Talent und auch Ehrgeiz zählen. Das ist das, was Willy Brandt mit Freiheit und Verantwortung gemeint hat. Sie, Herr Lindner, missbrauchen den Freiheitsbegriff – Sie und Ihre FDP.

(Rudolf Henke [CDU]: Das war damals eine sozial-liberale Koalition!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen den Bologna-Prozess umsetzen. Sie müssen mithelfen, die Lissabon-Ziele zu erreichen. Sie müssen im nationalen, europäischen und internationalen Wettbewerb bestehen.

Klar ist auch: Lehre und Forschung, die Umsetzung in Technologie, Produkte und Dienstleistungen

sind künftig der entscheidende Wettbewerbsvorteil, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand in unserem Land zu sichern.

Auch deshalb tragen die Forschenden, die Lehrenden, die Studierenden und auch die nichtwissenschaftlich Beschäftigten eine große Verantwortung. Auch deshalb gilt es, ihnen allen Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie ihren Beitrag leisten können.

Es geht darum, Forschung gezielt mit Mitteln zu unterstützen, Forschungsmittel wettbewerbsfähig zu verteilen, Leistung und Erfolg zu honorieren, die Zusammenarbeit von Forschern zu fördern, universitäre und außeruniversitäre Forschung zu vernetzen, Nachwuchsforscher heranzubilden und auch gezielt anzuwerben. Es gilt, aus der Fülle der globalen Trends genau die Themen zu identifizieren, mit denen wir in Nordrhein-Westfalen weiter exzellent sein können. Es geht um die Schwerpunkte in den Feldern Life-Sciences, Energie und Umwelt, Logistik und Verkehrssysteme, neue Materialien und Innovationen in der Produktion, Informations- und Kommunikationstechnologie, neue Medien und Mikrosystemtechnik. Es geht um die Fragen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.

(Christian Lindner [FDP]: Aber wer hat die denn? – Ja, die Menschen!)

Nordrhein-Westfalen ist heute schon auf vielen Feldern gut aufgestellt. Das belegt unter anderem das überdurchschnittlich erfolgreiche Abschneiden der NRW-Hochschulen und Forschungseinrichtungen beim aktuellen 6. EU-Forschungsrahmenprogramm. Ich frage die Landesregierung: Wo bleibt Ihre Position zum siebten? – Darauf warten wir. Unser Problem ist nur: Brüssel wartet darauf nicht.

Klar ist auch, meine Damen und Herren: Wir müssen und wir können noch besser werden. So gilt es auch, die richtigen Schlussfolgerungen aus den bisherigen Ergebnissen der nationalen Exzellenzinitiative zu ziehen. Da sind wir gar nicht weit voneinander entfernt.

Minister Pinkwart hat Eckpunkte für ein sogenanntes Hochschulfreiheitsgesetz vorgelegt und ein Gesetz angekündigt. Die Koalitionsfraktionen haben die erstaunliche Leistung vollbracht, diese Eckpunkte abzuschreiben und daraus einen Antrag zu machen. Es steht in dem Antrag nichts Neues, was ich nicht schon am 25. Januar in dem sehr viel umfangreicheren Sprechzettel von Herrn Pinkwart habe lesen können.

Aber, meine Damen und Herren, schon der Titel „Hochschulfreiheitsgesetz“ ist irreführend. Ich

stimme dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege ausdrücklich zu, wenn er sagt ...

(Christian Lindner [FDP]: Der gehört doch der SPD gar nicht mehr an! Der ist doch nach links abgewandert!)

– Mit kritischen Geistern haben Sie, Herr Lindner, leider nichts zu tun, denn für Sie gibt es nur einen Tunnelblick: Augen zu und durch. Für mich ist Christoph Butterwege, auch wenn er nicht mehr Mitglied der SPD ist, ein interessanter, wichtiger und kompetenter Gesprächspartner, und ich finde es gut, was er sagt – ich zitiere –:

„Bei dem Hochschulfreiheitsgesetz, das die wirklichen Absichten der Landesregierung schon im Namen durch einen wahrhaft Orwell'schen Neusprech verdeckt, geht es um die Marktgängigkeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen, was aber mehr Marktabhängigkeit und für die Beschäftigten weniger Freiheit bedeutet.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

So weit Christoph Butterwege.

Noch einmal: Sie missbrauchen den Freiheitsbegriff. Dies gilt übrigens auch für den Begriff Gerechtigkeit. Denn Ihr sogenanntes Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen bedeutet eben nicht mehr Gerechtigkeit, sondern weniger Gerechtigkeit, bedeutet nicht mehr Chancengleichheit, sondern weniger Chancengleichheit.

(Christian Lindner [FDP]: Blablabla!)

Aber Sie missbrauchen nicht nur den Freiheitsbegriff und den Gerechtigkeitsbegriff, Sie verwechseln auch die Inhalte. Privatisierung bedeutet eben nicht automatisch Freiheit. Und: Hochschulen sind keine Unternehmen, Herr Lindner.

Um es hier ganz klar zu machen: Das ist kein Widerspruch zu wichtigen Stichworten wie Wettbewerb, Profilbildung, Aufgabenentwicklung, Stärken- und Schwächenanalyse.

Keine Frage: Die SPD will wettbewerbsfähige Hochschulen. Aber wir verwechseln nicht Unternehmen mit Hochschulen und Hochschulen mit Unternehmen. Uns geht es um verlässliche Rahmenbedingungen, Chancengerechtigkeit und fairen Wettbewerb.

Ich frage Sie, Herr Minister Pinkwart: Wie stellen Sie sicher, dass unsere vielfältige Hochschullandschaft erhalten bleibt? Wie stellen Sie sicher, dass wir nicht nur in vermeintlich profitablen Zukunftsfeldern Exzellenz haben, sondern auch Exzellenzen im Bereich der Geistes- und Kulturwissen-

schaft? Wie stellen Sie sicher, dass es in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig ein umfassendes Fächerangebot geben wird? Wie stellen Sie sicher, dass es einen fairen Wettbewerb auch um Drittmittel gibt? Was bedeutet Ihr Wettbewerb für die Hochschulen, die andere Ausgangsbedingungen haben, zum Beispiel Duisburg/Essen? Nicht alle haben die gleichen Bedingungen. Darauf muss es unterschiedliche Antworten geben.

(Christian Lindner [FDP]: Das war eine Zwangsheirat!)

Was bedeutet das für Siegen und Wuppertal? Sie nennen es Freiheit, und tatsächlich ist es Verantwortungslosigkeit, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

(Beifall von der SPD)

Jetzt, Herr Lindner, zitiere ich Herrn Ronge, und zwar aktueller, als Sie es mit diesem Zeitungsbericht getan haben.

Professor Ronge trifft mit seiner Kritik vom 9. Februar 2006 – das ist die Mitteilung der Bergischen Universität – unter der Überschrift „Befreiung vom Staat ...“ – ein sehr interessanter, sehr bemerkenswerter Beitrag – den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt:

„Die politische Idee hinter der Philosophie der gesamten Neuerung stammt aus der Wirtschaft. Nur: Sie passt überhaupt nicht auf die Funktion von Lehre, Studium, Bildung. Größere Autonomie – aber Befreiung vom Staat? Das Hochschulbefreiungsgesetz wird im Zeichen von ‚Autonomie‘ verkauft, bedeutet aber faktisch überzogene ‚Liberalisierung‘.“

So lautet das vollständige Zitat von Professor Ronge. Herr Lindner, schauen Sie nach, was die Leute sagen, bevor Sie sie hier mit Zeitungsausschnitten missbrauchen.

Professor Ronge hat Recht. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen, und deswegen fordern wir Sie auf: Nehmen Sie sich die Freiheit, eine Trendwende Ihrer bislang angekündigten Politik einzuleiten.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Mit der Einführung von Studiengebühren bauen Sie neue Hürden auf. Das bedeutet mehr Ungerechtigkeit und weniger Chancen.

Mit ihrem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz leiten Sie eine Ökonomisierung der Hochschulen ein, die nur auf den ersten Blick mehr Freiheit bedeutet. Am Ende stehen weniger Hochschulen,

ein geringeres Fächerangebot und weniger Chancengerechtigkeit in diesem Land.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie sich die Freiheit und ziehen Sie Ihr sogenanntes Hochschulfreiheitsgesetz zurück! – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Seidl.

(Christian Lindner [FDP]: Herr Eumann, wissen Sie, dass Herr Butterwege einmal aus der SPD ausgetreten ist? – Marc Jan Eumann [SPD]: Ja, das weiß ich doch alles! – Christian Lindner [FDP]: Vor allen Dingen deshalb, weil er die Hochschulpolitik der SPD als neoliberal eingestuft hat?)

– Meine Herren, wenn Sie sich unterhalten wollen, setzen Sie sich doch zusammen. Das brauchen Sie doch nicht durch den ganzen Saal zu brüllen. Das ist doch gar nicht nötig.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Genau. Außerdem bin ich jetzt dran.

(Christian Lindner [FDP]: Entschuldigung!)

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Frau Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich kann ja verstehen, dass Sie Minister Pinkwart mit seinen Eckpunkten zur Hochschulfreiheit nicht allein im Regen stehen lassen wollen und dass Sie ihn mit Ihrem Antrag unterstützt haben.

Er braucht nämlich tatsächlich Rückendeckung, wenn man sich die Reaktionen auf den noch nicht vollendeten Referentenentwurf zu dem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz vor Augen führt. Das freiheitlichste Hochschulgesetz weit und breit, wie Sie es so gerne nennen, wird von den Hochschulen mit großer Skepsis begleitet. Das zeigen doch die öffentlichen Stellungnahmen sehr deutlich, meine Damen und Herren. Da macht sich doch ganz klar die Angst vor einem ungebremsten Marktradikalismus breit, der die Freiheit von Forschung und Lehre an unseren Hochschulen gewaltig einschränken wird.

Wer trägt denn die Verantwortung, wenn Hochschulen Pleite gehen? Wer garantiert für eine koordinierte Landesplanung in der dichtesten Hochschulregion Europas? Wer sorgt dafür, dass wir ein ausgewogenes Fächerspektrum behalten, bei

dem die kleinen oder eben nicht drittmittelstarken Fächer nicht schon bald baden gehen? Wer wirkt dem Einfluss von Hochschulräten entgegen, die die Geschicke der Hochschulen zukünftig unter unternehmerischen Gesichtspunkten lenken sollen?

Diese falsch verstandene Freiheit für die Hochschulen will niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung. Das meint unter anderem der Sprecher der Landesrektorenkonferenz, Prof. Ronge. Ich zitiere ihn hier noch einmal. Dieses Interview hat nur wenige Tage vor dem Erscheinen der Mitteilung stattgefunden, aus der der Kollege Eumann zitiert hat.

„Aus meiner Sicht ist das Ganze ja nicht eine veränderte Autonomie im Rahmen der bisherigen Beziehungen zwischen Hochschulen und Staat, sondern durch die Auskoppelung aus dem Staat bedeutet es im Grunde eine Liberalisierung, eine politische Liberalisierung.“

Das sagt er immer wieder. Er ist der Sprecher der Hochschulen, der Universitäten in diesem Land.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass gerade Ihr Ministerium, Herr Pinkwart, im Oktober 2005, also noch dem ersten Entwurf des Hochschulfreiheitsgesetzes, bei einer IHF-Tagung in München hat verlauten lassen – ich zitiere –, „dass in keinem anderen Bundesland die Hochschulen so viele Freiheiten genießen wie in Nordrhein-Westfalen“.

Das Ministerium lässt weiter verlauten:

„Unsere Hochschulen genießen in hohem Maße Planungssicherheit im Bereich von Haushalt und Finanzierung, die sie dem so genannten Qualitätspakt verdanken.“

Da kann ich nur sagen: Wem verdanken die Hochschulen denn den sogenannten Qualitätspakt, der seit 1999, mit zehnjähriger Laufzeit, vertraglich abgesichert ist? Der ist doch nicht von Ihnen auf den Weg gebracht worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist schon ganz schön heftig: Sie schmücken sich mit fremden Federn und preisen im Grunde die Verdienste der alten Landesregierung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Auch die neue Steuerung, von der Sie schwärmen, geht auf unsere Initiative zurück: weg von der staatlichen Detailsteuerung, hin zu neuen Steuerungselementen wie Globalhaushalt, Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelvergabe. Eine staatliche Fachaufsicht gibt es nur

noch bei der Personalverwaltung, beim Haushalt, bei der Hochschulzulassung und den Gebühren. Wir haben die Berufung von Professorinnen und Professoren sowie die Einrichtung, Aufhebung und Änderung von Studiengängen vollständig an die Hochschulen delegiert.

Eine weitgehende Gestaltungsfreiheit haben die Hochschulen überdies bei der Binnenorganisation, also dem Zuschnitt der wissenschaftlichen Organisationseinheiten.

Darüber hinaus haben sie schon länger die Wahl zwischen Rektorats- und Präsidialverfassung.

Mit anderen Worten: Es ist genau so, wie Ihr Ministeriumsvertreter im Oktober 2005 vor dem Institut für Hochschulforschung München betonte – ich zitiere –:

„Es mag Sie überraschen, wenn ich behaupte, dass in keinem anderen Bundesland die Hochschulen so viele Freiheiten genießen wie in Nordrhein-Westfalen.“

Wo ist also der Autonomiegewinn, den Sie jetzt noch durch Hochschulfreiheitsgesetz erreichen wollen? Die Einführung von Hochschulräten bedeutet sicherlich nicht mehr Entscheidungsfreiheit für die Rektorate oder die Senate an den Hochschulen. Ganz im Gegenteil: Durch den Hochschulrat erfolgt eine völlige Umorientierung von Verantwortlichkeit in Richtung einer Unternehmensstruktur mit Auswirkungen auf die Profilbildung der Hochschule und die Freiheit in Forschung und Lehre. Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz sieht darin sogar – ich zitiere noch einmal – „eine ganz erhebliche Machtmonopolisierung und Steuerungsmonopolisierung“. Ist dies nicht exakt das Gegenteil von dem, was Freiheit an den Hochschulen bedeutet?

Zweiter Punkt: die Dienstherreneigenschaft der Hochschulen. Die Beamt(inn)en und Angestellten werden dann nicht mehr dem Land, sondern den Hochschulen gehören. Damit werden im Ergebnis die Möglichkeiten des Landes für Versetzungen massiv beeinträchtigt. Bezüglich des Tarifrechts ist dies ganz klar auch ein Versuchsballon für den Ausstieg aus dem öffentlichen Dienst.

Drittens. Wenn Sie die Fachaufsicht des Ministeriums komplett abschaffen, wird zukünftig niemand mehr zentral darüber wachen, ob die Hochschulen ihre Aufgaben sachgemäß erfüllen. Im Ergebnis führt dies zu einem großen Verlust an Steuerungsmöglichkeiten im Sinne einer Landesplanung. Aber das scheinen Sie auch gar nicht mehr zu beabsichtigen. Das schreiben Sie in Ihrem Antrag auch ganz deutlich, Herrn Lindner:

„Jede einzelne Hochschule soll in die Lage versetzt werden, für sich selbst den besten Weg zu einem starken Profil, zu mehr Exzellenz sowie zu bester Ausbildung und Lehre zu beschreiten.“

Ich versuche jetzt, das aus meiner Sicht auf den Punkt zu bringen: Sie lassen die Hochschulen alleine und verlassen den Weg eines landesplanerischen Konzeptes. Das nennt sich dann „Verantwortung à la Pinkwart“ für eine Hochschullandschaft mit fast 500.000 Studierenden und über 50 Fachhochschulen und Universitäten.

Was ich in diesem Zusammenhang beleidigend finde, meine Damen und Herren von der Regierung, das ist die Aufforderung an die Hochschulen, für unsere Gesellschaft jetzt endlich Impulsgeber für Forschung, Entwicklung und Innovationen zu werden. Was meinen Sie denn, was unsere Hochschulen eigentlich tun und was sie in den vergangenen Jahren geleistet haben?

Aufgabe der Hochschulpolitik und des Ministeriums ist es vielmehr, Vorschläge zu machen für eine Bündelung und Vernetzung von Lehre und Forschung, von Wissenschaft und Wirtschaft sowie für eine Profilierung von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten. Auch sollen strukturelle Vorschläge gemacht werden, wie wir in Nordrhein-Westfalen Innovationen in Technologien zur Marktreife führen.

Der Staat muss seine Fürsorgepflicht für die Bildung im Land behalten. Die Hochschulautonomie ist nämlich kein Wert an sich. Herr Lindner, wenn Sie meinen, dass Sie Nordrhein-Westfalen dadurch an die Spitze bringen, dass Sie die Hochschulen einem ungebremsten Wettbewerb ausliefern, heißt das, dass Sie die Freiheit von Forschung und Lehre in der Tat auf dem Altar der Marktwirtschaft opfern. Das ist ein Freiheitsverständnis, das sich vielleicht mit den Worten von Janis Joplin ausdrücken lässt – vielleicht hat sie es auch so gemeint –: „Freedom is just another word for nothing left to loose.“ – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit gerne nutzen, die zentralen Ziele des Hochschulfrei

heitsgesetzes noch einmal in den Vordergrund meiner Ausführungen zu stellen. Dies sind zwei, nämlich mehr Gestaltungsfreiheit für die Hochschulen und mehr Gestaltungsverantwortung. Damit das gelingt, wollen wir das freiheitlichste Hochschulgesetz in Deutschland schaffen.

Warum mehr Gestaltungsfreiheit? Weil wir auf die Kreativität und die Kraft zur Gestaltung unserer Hochschulen setzen und weil wir ihnen gegenüber in der Pflicht sind, Rahmenbedingungen herzustellen, die es ihnen erlauben, ihr Potenzial auch wirklich auszuschöpfen!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Deshalb streichen Sie 800 Stellen?)

Unser bisheriges Abschneiden in der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern kann doch nicht alles gewesen sein, meine Damen und Herren. Wir haben mehr Potenzial zu Spitzenleistung in unseren Hochschulen. Aber wer Höhenflüge erwartet, muss die Hochschulen auch aus dem goldenen Käfig entlassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Schon jetzt sorgt allein die Ankündigung für Aufbruchstimmung – nicht nur bei uns in Nordrhein-Westfalen. Manchmal wundere ich mich, mit welchen Vertretern von Hochschulen die Opposition im Land spricht, wenn ich das hier bilanziert bekomme. Meine Aufnahme ist eine ganz andere. Ich kann Ihnen dazu gleich auch noch Zitate vortragen. Ich kann Ihnen das aber auch glaubwürdig aus meinen Gesprächen vermitteln.

Aber nicht nur in Nordrhein-Westfalen ist eine andere Aufnahme gegeben, als Sie sie hier vortragen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Fahren Sie doch einmal in andere Bundesländer! Reden Sie doch einmal mit Hochschulvertretern in Bayern oder Baden-Württemberg! Die schauen neidisch auf das, was hier in Nordrhein-Westfalen möglich wird.

In der „Zeit“ – Sie können es nachlesen – ist unlängst ein Gespräch mit Hochschulvertretern aus Sachsen wiedergegeben worden, die sich Gedanken darüber machen, wie es in den neuen Ländern gelingen könnte, in der nächsten Runde der Exzellenzinitiative besser abzuschneiden. Dort wird die Prorektorin der TU Dresden mit folgenden Worten zitiert – mit Genehmigung der Präsidentin darf ich Ihnen das vortragen –:

„Wir könnten zu den Besten gehören. ... Man lässt uns nur nicht!“

In diesem Beitrag wird auch darauf abgestellt, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Hoch-

schulfreiheitsgesetz gerade die Voraussetzung dafür schaffen wollen, dass die Hochschulen sich besser entfalten können.

Meine Damen und Herren, mit der Gestaltungsfreiheit verabschieden wir uns aber auch von der Fiktion der Ergebnisgleichheit. Das ist auch bitter nötig. Dass alle irgendwie auf allen Gebieten gleich gut sind, ist niemals wahr gewesen. Die Hochschulpolitik auf eine solche Fiktion zu gründen hat in Wahrheit auch noch nie irgendjemandem genützt, am wenigsten den Hochschulen.

Wir wollen unsere Hochschulpolitik auf die Wahrheit gründen, dass die Hochschulen unterschiedliche Stärken und Profile haben. Wir wollen jede einzelne Hochschule in die Lage versetzen, für sich selbst den geeigneten Weg zu einem starken Profil, zu mehr Exzellenz, zu bester Ausbildung und Lehre zu beschreiten. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz geben wir ihnen endlich die Chance, sich strategisch zu entwickeln, ihre Stärken auszubauen und sich als Forschungspartner der Wirtschaft zu etablieren. Dabei sollen drei Bereiche den Kern der Reform ausmachen.

Der erste Bereich: Die Hochschulen werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts verselbstständigt und sind künftig keine staatlichen Einrichtungen mehr. Wir lösen damit die Hochschulen aus dem staatlichen Weisungsrecht und übertragen ihnen weitreichende Kompetenzen und die Verantwortung für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen.

Zweitens schaffen wir neue, starke Leitungsstrukturen in den Hochschulen mit klarer Aufgabenverteilung zwischen Hochschulleitung und hochschulinterner Selbstverantwortung sowie mit einer engeren Anbindung an das gesellschaftliche Umfeld. Die Handlungsfähigkeit und Beweglichkeit der Hochschulen wird auf diese Weise nachhaltig erhöht.

Drittens. Wir stellen das Verhältnis von Staat und Hochschule auf eine völlig neue Basis. Auf der Grundlage konkreter Zielvereinbarungen mit dem Land werden die Hochschulen ihre eigene Strategie- und Entwicklungsplanung vornehmen können. Der Staat zieht sich aus der Detailsteuerung zurück und stärkt die Eigenverantwortung der Hochschulen. Über die Zielvereinbarung kommt der Staat seiner Gewährleistungsverantwortung für ein funktions- und leistungsfähiges Hochschulsystem und für ein ausgewogenes Studienangebot nach.

Damit ist es – anders, als es gerade unter anderem von Frau Seidl thematisiert worden ist – eben nicht so, meine Damen und Herren, dass sich der

Staat aus seiner Verantwortung zurückziehen würde. Er verteilt die Verantwortung vielmehr so, dass jede Ebene, die Verantwortung trägt, sie auch tatsächlich erfüllen kann, weil Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung in diesem Land endlich zusammengebracht werden, wie es auch notwendig ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, diese neue Dimension von Gestaltungsfreiheit ist kein Selbstzweck. Sie ist untrennbar mit Gestaltungsverantwortung verbunden. Mit gesicherten Ressourcen und mehr Gestaltungsfreiheit übernehmen die Hochschulen einen klaren Auftrag zur Profilbildung, zur Ausbildung von Exzellenzspitzen und zur Internationalisierung des Studiums.

Auf dieser Basis muss auch der Transfer von Forschungsergebnissen der Wissenschaft in die Wirtschaft eine neue Qualität erreichen. Exzellente Wissenschaft, hochwertige Ausbildung und intensive Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft sind das Fundament für die Innovationsfähigkeit des Landes, für zukunftssichere Arbeitsplätze sowie für die kulturelle und die wirtschaftliche Wertschätzung Nordrhein-Westfalens.

Sicherlich – das ist angesprochen worden –, das Hochschulfreiheitsgesetz ist ein mutiger Schritt: für die Hochschulen, aber auch für uns, die Landesregierung, das zuständige Ministerium und den Landesfinanzminister, und auch für Sie, das Parlament. Der Staat verabschiedet sich mit diesem Gesetz von der Idee, fast alles besser zu wissen, im Zweifel überall mitzumischen und jeden Schritt kontrollieren zu können. Trotz alledem gibt es in den Hochschulen unseres Landes bereits heute international geschätzte und nachgefragte Exzellenz. Denken Sie nur an die RWTH Aachen.

Meine Damen und Herren, der Staat darf sich aber nicht damit begnügen, dass Exzellenz trotzdem möglich ist. Wir wollen Exzellenz nicht nur an wenigen Plätzen möglich machen. Wir wollen nicht, dass die Hochschulen sagen: „Trotzdem geht etwas“, sondern wir wollen, dass sie sagen können: Es geht, weil die Rahmenbedingungen so sind, dass wir uns hier entsprechend entfalten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich Ihnen mitteilen – weil hier so viel zitiert worden ist –, was drei Rektoren in den letzten Tagen zum Hochschulfreiheitsgesetz gesagt haben.

Eine Aussage des Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz, Ronge, vom 9. Februar ist bereits

zitiert worden. Ich möchte eine Aussage von ihm vom 10. Februar aus der wichtigen „Deutschen Universitätszeitung“ zitieren: Insgesamt sind wir sehr einverstanden.

(Beifall von der CDU)

Der Rektor der Universität zu Köln sagte in der „Kölnischen Rundschau“ vom 11. Februar – ich zitiere –:

„Die geplante Reform eröffnet uns eine Reihe von Chancen und Möglichkeiten zu größerer Selbstständigkeit und Flexibilität.“

Er fährt fort:

„Ich finde es sehr wichtig, dass wir autonomer und freier agieren können.“

Und schließlich:

„Das ist eine spannende Herausforderung.“

Meine Damen und Herren, das ist die Botschaft des Hochschulfreiheitsgesetzes. So wird sie draußen wahrgenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich ein drittes Zitat hinzufügen, das vom Rektor der Universität Aachen stammt, der dies auch in seiner gegenwärtigen Funktion als Vorsitzender der bundesweiten Hochschulrektorenkonferenz gesagt hat. Er hat es auf einen ganz kurzen Nenner gebracht: Rundum zufrieden. – Meine Damen und Herren, das ist seine Antwort auf die Eckpunkte unseres Hochschulfreiheitsgesetzes.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte der Opposition zurufen: In Anbetracht dieser Aufnahme, wie ich sie sehe und wie sie sich dokumentiert, wäre es doch trotz aller berechtigten Fragestellungen, auf die wir in der Debatte der nächsten Wochen und Monate sicherlich werden eingehen müssen, angezeigt, wenn das Hohe Haus bei Zielkonformität in der Frage, wie wir Nordrhein-Westfalen bei Forschung, Wissenschaft und Technologie auch mit Blick auf das Lissabon-Ziel, das Sie dankenswerterweise noch einmal angesprochen haben, wieder nach vorne bekommen, es als gemeinsame Aufgabe betrachten könnte, einen solchen notwendigen und von den Hochschulen offensichtlich auch gewünschten Befreiungsschlag als Chance für Nordrhein-Westfalen zu begreifen, und nicht polemisieren würde, auch mit Blick auf die Gestaltungskraft der Hochschulen nicht mit Zahlen durch das Land gehen würde, mit denen versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als wollten wir die Hochschulen

nicht hinreichend finanzieren, obwohl Sie wissen, dass diese Landesregierung wie keine vorher trotz desaströser Haushaltslage zu den Vereinbarungen mit den Hochschulen steht.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Vorsicht mit solchen Erklärungen! – Hannelore Kraft [SPD]: Was bestätigen uns denn dann die Hochschulen? – Zuruf von der SPD: 36 Millionen sind gar nichts!)

Sie haben Musterpressemittelungen verteilen lassen, obwohl wir über die Agenturen am Wochenende schon deutlich gemacht haben, dass Sie einer Falschmeldung aufgesessen sind. Sie verteilen sie trotzdem. Sie müssen sich von den Kanzlern der Hochschulen darlegen lassen, dass Sie mit Ihrer Angstkampagne falsch liegen.

Lassen Sie mich abschließend zur Frage der Hochschulfinanzierung noch einmal den Rektor der Universität Köln, Herrn Freimuth, aus seinem Interview vom 11. Februar in der „Kölnischen Rundschau“ zitieren:

„Bei aller Freiheit muss die Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen gesichert bleiben. Viele Kanzler und Rektoren haben es als das erste Wunder 2006 bezeichnet, dass dieses Jahr entgegen allen Erwartungen kein Geld im Landeshaushalt für die Hochschulen gekürzt wurde!“

Meine Damen und Herren, bei den Hochschulen ist das angekommen. Ich würde mir wünschen, dass das auch bei Ihnen der Fall wäre. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die haben den Haushalt auch noch nicht gesehen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in unserer Fraktion lange überlegt, ob wir zu diesem Antrag überhaupt reden sollen. Es ist ein Jubelantrag,

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine Tatsachenbeschreibung!)

der von CDU und FDP zu einem Gesetzentwurf vorgelegt wird, der dem Landtag überhaupt noch

nicht vorliegt. Es ist interessant, über ein Gesetz zu debattieren, das es noch gar nicht gibt.

Als Abgeordneter, der die Interessen des Parlaments wahrnehmen will, finde ich es seltsam, über die Eckpunkte eines solchen Papiers durch die Presse informiert zu werden.

(Beifall von der SPD)

Das war der Einstieg in die Information über dieses Gesetzesvorhaben, das ja zentrale Bedeutung hat, wie Sie, Herr Minister Pinkwart, auch selbst herausgestellt haben. Also muss man sich doch fragen: Welches Selbstverständnis haben wir als Abgeordnete, wenn wir einen solchen Jubelantrag beraten und womöglich noch beschließen?

Ich kann vorwegschicken: Die SPD wird dem Antrag natürlich nicht zustimmen und Ihnen damit den Persilschein, den Sie gerne hätten, nicht erteilen. Den müssen Sie sich schon selbst erteilen.

Herr Kuhmichel, Sie haben heute Ihr politisches Vermächtnis vorgetragen: zehn Jahre Leiden unter sozialdemokratischer Hochschulpolitik. Die Hochschulen haben das nicht so empfunden.

(Widerspruch von der FDP)

– Nein. In der Tat ist die Hochschulgesetzgebung Nordrhein-Westfalens die fortschrittlichste in der Bundesrepublik. Herrn Minister Pinkwart, der sich zurzeit schwerpunktmäßig in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zum Wahlkampf aufhält, wird das dort natürlich auch vermittelt. Das ist so.

(Beifall von der SPD)

Die Schwerpunkte und Wahrnehmungen, die ein Aufenthalt bewirkt, nimmt man mit; das sind in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz andere als hier.

Meine Damen und Herren, man fragt sich auch, warum dieser Antrag gerade jetzt gestellt wird, bevor das Gesetz eingebracht ist. Das kann doch nur daran liegen, dass man langsam merkt, dass das, was tatsächlich beabsichtigt ist, durchsickert, dass die Menschen mitbekommen, was in den Hochschulen los ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Was heißt „durchsickern“? – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, wenn Sie von Hochschulen sprechen, muss man Ihnen die Frage stellen: Wer ist „die Hochschule“? Wenn man sich die Eckpunkte durchliest, kann man sehr gut analysieren, was Sie unter „Hochschule“ verstehen. Wir verstehen

unter „Hochschule“ alle Mitglieder dieser Einrichtung.

Meine Damen und Herren, zum Exzellenzwettbewerb: Die Evaluation des Hochschulwesens ist damit nicht betrieben worden. Es ist ein Wettbewerb gewesen. Es gibt viele andere Kriterien, die zu Rate zu ziehen sind, wenn es darum geht, die Qualität unserer Hochschulen zu bewerten. Dazu gehört nach wie vor, dass wir in Nordrhein-Westfalen die meisten Sonderforschungsbereiche und auf wichtigen Feldern Exzellenzcluster haben, die im Wettbewerb nicht zum Tragen gekommen sind, aber anderweitig zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Schwerpunkten des Eckpunktepapiers. Im Antrag steht:

„Die Hochschulen werden Arbeitgeber bzw. Dienstherrn ihres Personals.“

Hieran kann man genau ablesen, welches Selbstverständnis sie haben. Wer ist die Hochschule?

Wir müssen fragen: Sind die Hochschulen in der Lage, die Voraussetzungen hierfür zum 1. Januar 2007 aus dem Stand zu schaffen? Ist auf diesem Wege qualifiziertes Personal zu gewinnen, auch im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern? Sind wir dort wettbewerbsfähig? Behalten die Beschäftigten ihre bisherigen Rechte und Pflichten in vollem Umfang – das wird so formuliert –, und, wenn ja, wie wollen Sie das gewährleisten? Das können wir nicht aus einer Pressemitteilung ablesen. Wir müssen wissen, wie das Personalvertretungsrecht in Zukunft aussehen wird. Werden die Vertretungsrechte beibehalten? Wie sieht es mit den Tarifverträgen aus? Sie wollen es ja ermöglichen, dass die Einzelhochschule aus dem öffentlichen Tarifbereich aussteigen kann.

Zu den Berufungsverfahren müssen wir fragen, ob sie hier in der Tat die besten Professorinnen und Professoren gewinnen werden. Wir sehen hier große Defizite und große Gefahren, wenn sich Nordrhein-Westfalen auf einen solchen singulären Weg begibt.

Zur Zuschussfinanzierung:

Meine Damen und Herren, Sie sprechen immer von Staat. Es ist ganz seltsam: Der Landtag kommt jedoch in Ihrem Staatsbegriff überhaupt nicht vor. Wenn es um die Finanzierung der Hochschulen geht, zum Beispiel über Zuschüsse – da hätte ich Bedenken, wenn ich sehe, wie schnell Herr Papke bei Zuschüssen die Rasierklinge ansetzt –: Wie ist da die Position des Landtages? Wie soll der Landtag hier im Rahmen der Landes-

planung steuern? Welche Aufgaben hat der Landtag? Das ist bisher in keiner Weise geklärt.

Der Hochschulrat, den Sie einsetzen wollen – Sie haben zwar noch eine kleine Option eingebaut –, bedeutet doch in der Tat Fremdbestimmung der Hochschulen. Dieses Gremium, das Sie einrichten wollen, bedarf in keiner Weise einer besonderen Legitimation. In diesem Gremium können interessante Persönlichkeiten vertreten sein, gerade aus der Wirtschaft, die dort womöglich sogar versagt und Unternehmen nicht erfolgreich geführt haben, die dazu beigetragen haben, Arbeitsplätze abzubauen. All das müssen Sie doch berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass man einem solchen Hochschulrat die strategische Steuerung, die Vereinbarung über die Ziele usw. überträgt und gleichzeitig diejenigen, die Hochschule insgesamt ausmachen, entmachtet.

Diesen Fragen müssen Sie sich stellen. Die Damen und Herren in den Hochschulen merken, dass es an ihre originären Universitätsrechte geht, die aber notwendig sind, damit sich Kreativität entwickeln kann. Das ist einer unserer Hauptkritikpunkte. Und diesen Kritikpunkt werden wir in der Debatte, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Karl Schultheis (SPD): ... in der Auseinandersetzung über dieses Gesetzesvorhaben weiter vortragen, das dem Landtag leider noch nicht vorliegt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich einen solchen Antrag bestellt, lieber Herr Pinkwart, der hat es wirklich nötig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, Sie haben es auch nötig. Ich werde wahrscheinlich als einziger in dieser Debatte nicht Herrn Prof. Ronge zitieren. Aber es wäre doch schön, wenn wir uns, wie Sie das am Ende Ihrer Rede gesagt haben, auf ein paar Gemeinsamkeiten verständigen könnten, wenn wir aus der Rückschau herauskämen und feststellen könnten, wo wir unterschiedlicher Ansicht sind.

Sie bauen Gegensätze auf, wo keine sind. Sie tun so, als wäre nichts passiert. Die positiven Rückmeldungen, von denen Herr Lindner und andere gesprochen haben, beziehen sich doch auf das, was schon längst passiert ist unter der Vorgängerregierung. Sie wissen doch, dass auch wir für weitestgehende Autonomie der Hochschulen und für Wettbewerb zwischen den Hochschulen sind, dass auch wir dafür sind, dass Hochschulen unterschiedliche Gesichter bilden können.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Dann stimmen Sie doch zu! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber das soll als Popanz hochgespielt werden!)

All dies ist doch überhaupt keine Frage. Es gibt hier gar keinen Dissens zwischen uns.

Es gibt jedoch einen Unterschied, auf den ich hinweisen möchte: Hochschulen haben einen öffentlichen Auftrag. Sie sind keine privaten Einrichtungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Hochschulen sind aus den Steuern der Menschen aufgebaut worden, und zwar überwiegend einfacher Menschen, die selbst überhaupt keine Chance hatten, an eine Hochschule zu kommen, die jetzt aber ein Anrecht darauf haben, dass ihre Kinder an eine Hochschule gehen können. Deswegen ist es falsch, die Hochschulen aus dem Staat auszukoppeln. Es ist falsch, die innere Demokratie dort zu kastrieren. Es ist legitim, nach der demokratischen Legitimation von Hochschulräten zu fragen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Vesper!

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Ich komme sofort zum Schluss. – Wir reden hier nicht über die Bertelsmann-Stiftung oder über eine Privatuniversität wie Harvard, sondern wir reden über öffentliches Vermögen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben die Verantwortung, dass dieses Vermögen im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt wird. Darüber lassen Sie uns diskutieren und nicht über all die hohlen Begriffe, die Sie immer wieder in die Debatte bringen, als hätten wir irgendetwas dagegen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Der pinkwartsche Popanz!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion der Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ich bin in dieser Debatte und in vorherigen Debatten immer wieder an die Diskussion erinnert worden, die es in Deutschland gab, als vor wenigen Jahren das Zündholzmonopol gefallen ist.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hören Sie auf damit! – Marc Jan Eumann [SPD]: Ist das Ihr Beitrag zur Ernsthaftigkeit? – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Damals haben Sie vorgetragen, es gäbe keine Streichhölzer mehr. Jetzt tragen Sie vor: Wenn wir den Hochschulen Freiheit geben, gäbe es keine Bildung mehr.

(Zustimmung von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Das zeigt sich auch daran, dass Herr Eumann nicht anders kann, als ausgerechnet Herrn Butterwege zu zitieren.

(Zuruf von der SPD: Ja und?)

Das ist jemand, der aus der SPD ausgetreten ist, weil er Ihre Hochschulpolitik als neoliberal empfunden hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Das zeigt doch Ihre Orientierungslosigkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer solche Vergleiche bringt, ist orientierungslos! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sind nach links abgedreht. Die SPD ist nach links abgedreht. Sie haben sich in eine Frage verannt.

(Widerspruch von der SPD)

Meine Bitte an Sie ist: Bitte kehren Sie um! Kommen Sie zurück in eine ehrliche Diskussion!

(Zurufe von der SPD)

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen, weil er im Zusammenhang mit dieser Debatte steht: Sie befürchten immer, Hochschulen würden Unternehmen. Hochschulen werden keine Unter-

nehmen; sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie waren auch schon einmal besser, Herr Lindner!)

Aber mich beschäftigt Ihr Unternehmerbild. Wenn Sie so vehement davor warnen, Hochschulen dürften keine Unternehmen werden,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sind keine!)

welches Bild haben Sie von Unternehmen und von Unternehmern?

(Hannelore Kraft [SPD]: Dazu hat Herr Vesper vieles gesagt!)

Ich habe häufig den Eindruck: Wenn Sie von Unternehmern sprechen, haben Sie Bosse mit Zylinder und Zigarre im Blick, die ihre Arbeiter am Fließband ausbeuten.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

Das ist doch ein falsches Unternehmerbild.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

– Jetzt regen Sie sich doch nicht so auf. Wir müssen lernen, mit Kritik auch ein bisschen sportlich umzugehen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat überwiegend der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Sie sind aber in den vergangenen Monaten sehr dünnhäutig geworden.

(Widerspruch von der SPD)

Sie sind offenbar auf Machtentzug.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU - Widerspruch von der SPD)

Unser Leitbild – ob das der Unternehmer, der Arbeitnehmer, der Arbeiter oder der Beamte ist – ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Christian Lindner (FDP): ... ist das Leitbild eines Menschen, der Verantwortung für sich und andere in Freiheit übernimmt. Dieses Leitbild werden wir als roten Faden – das ist das Einzige, was in diesem Land rot bleiben soll – ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner!

Christian Lindner (FDP): ... durch unsere Landespolitik weben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Sie sind eingeladen mitzumachen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie nicht mitmachen, wird die Karawane weiterziehen, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner, Ihre Redezeit ist um.

Christian Lindner (FDP): ... auch wenn die Hunde bellen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Lindner. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Kuhmichel das Wort.

(Karl Schultheis [SPD]: Jetzt wird es seriös! – Marc Jan Eumann [SPD]: 1996 – erzählen Sie doch mal! – Weitere Zurufe von der SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU): Schönen Dank für Ihren Beifall!

(Zuruf von der SPD: Beifall?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich musste um des Ganzen willen eben aus 1996 zitieren. Das ist richtig. Ich musste zitieren, dass Sie auf staatliche Lenkung gesetzt haben. Genau das machen Sie heute wieder. Ich musste zitieren, dass Sie Misstrauen gegenüber der Kompetenz der Hochschulen haben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Das haben Sie heute wieder bestätigt. Ich bedaure das. Vor allen Dingen musste ich zitieren, dass Sie damals – wie heute bestätigt – eine unbegrenzte Angst vor dem Neuen haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die Welt hat sich weitergedreht, Herr Kuhmichel!)

Ich zitiere jetzt noch einmal Herrn Ronge. Das wird Ihnen nicht gefallen. Denn, Herr Eumann, Sie haben sich, was Ihre Argumentation angeht, einen schlechten Zeugen genommen. Das ist ein guter Mann,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aha!)

aber für Sie ist er ein schlechter Zeuge. Er hat 1999 – nicht 1996 – ...

(Marc Jan Eumann [SPD]: 9. Februar 2006!)

– Nun warten Sie doch ab!

Damals ging es um Ihr Gesetz, das heute noch in Kraft ist und das wir abschaffen werden. Das haben Sie als etwas Neues verkaufen wollen. Dann haben wir eine Anhörung durchgeführt. Auch Herr Ronge hat als Rektor der Uni Wuppertal teilgenommen – heute ist er Sprecher der Rektoren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber nicht, weil er gewählt wurde, sondern weil er dran war!)

Wissen Sie, was er zu Ihrem Gesetz im Dezember 1999 gesagt hat? – Ich zitiere: Das Ganze sei eine „halbierte Unternehmersierung“. Den Unternehmensleitungen in den Hochschulen müsse es doch möglich sein, die Signale des Marktes aufzunehmen, umzusetzen und nach innen zu vertreten. Sein Urteil ist, dass das Leitbild Ihres Gesetzes

„ein unternehmerisches Leitbild ist, das eher sozialistischen Vorbildern folgt als dem Markt.“

(Beifall von CDU und FDP – Helmut Stahl [CDU]: Hört, hört!)

Dies beschere den Hochschulen eine Menge unlösbarer Probleme. – So Ronge im Dezember 1999 zu Ihrem Gesetz.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war im letzten Jahrtausend! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte in den letzten drei Jahren den Eindruck, dass sich bei Ihnen etwas in Sachen Hochschulautonomie tut. Das waren zarte Pflänzchen: ein wenig weg von der Monopolstellung der ZVS, die Auswahlfrage haben Sie zumindest angepackt und an den Globalhaushalt haben Sie sich auch getraut.

Ich habe gedacht: Jetzt könnte etwas kommen. Vielleicht machen die jetzt mit, wenn wir diesen Schritt einleiten.

(Zuruf von der SPD: Den haben wir eingeleitet!)

Aber heute war es ein Rückschritt. Herr Kollege Eumann und Herr Kollege Schultheis, das muss ich leider so sagen.

(Zuruf von der SPD)

Sie von der SPD haben als staatstragende Partei – man kann ruhig von „geschichtsträchtig in Nordrhein-Westfalen“ sprechen – heute die große

Chance, sich an diesem Systemwechsel zu beteiligen, und sollten nicht aussteigen.

Gestern hat Ihre Fraktionsvorsitzende von dem Zug gesprochen, der fährt. Der Zug fährt in Sachen mehr Freiheit. Sie haben die Chance, noch aufzusteigen oder aufzuspringen. Gehen Sie mit uns diese neuen Wege und bleiben Sie nicht auf den alten Gleisen. Sie haben ein schönes Lied, das sie oftmals auf Ihren Parteitagen anstimmen oder wenn Sie sich sonst wo treffen.

(Heiterkeit von Karl Schultheis [SPD])

Da heißt es: „Mit uns zieht die neue Zeit.“

(Lachen von der CDU)

Das höre ich immer ganz gerne, weil es eine schöne Zeile ist. Nur: Was machen Sie denn jetzt? – Sie ziehen nicht in die neue Zeit. Ich fordere Sie auf: Nutzen Sie die Chance!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir ziehen Seit' an Seit'!)

Lassen Sie sich später nicht vorhalten, dass Sie die Chance verpasst haben, in Sachen Hochschulfreiheit mitzumachen. Ziehen Sie mit der neuen Zeit! Ziehen Sie mit uns!

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kuhmichel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Die Antragsteller haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages** von CDU und FDP **Drucksache 14/1192**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Hochschulbau braucht Konzepte und keine billige Kritik

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1186

Ich eröffne die Beratung und gebe für die antragstellende Fraktion der Kollegin Gebhard das Wort. Bitte.

Heike Gebhard^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, schade, dass jetzt so viele den Saal verlassen. Jetzt, wo wir hochschulpolitisch konkret werden und nicht irgendwo in einem Wolkenkuckucksheim sind, wäre es eigentlich schön, wenn wir beieinander bleiben könnten.

„Wer hat, dem wird gegeben“ – so titelte die „Süddeutsche Zeitung“ am 6. Februar dieses Jahres. Diese Schlagzeile bezog sich nicht etwa auf den gestern eingebrachten Landeshaushalt von NRW – obwohl sie auch dazu zutreffend wäre –, sondern sie galt der Verteilung der Bundesmittel für den Hochschulbau. Da sich das Motto „Stärken stärken“ wie ein roter Faden durch Ihre Landespolitik zieht, um noch einmal auf den roten Faden von vorhin zurückzukommen, müsste Ihnen diese Linie eigentlich sehr sympathisch sein. Dies ist vielleicht auch der wahre Grund dafür, dass Ihr Einsatz für Nordrhein-Westfalen im Bund beziehungsweise Ihr Widerstand gegen diese Art der Mittelverteilung beim Hochschulbau aus unserer Sicht bisher recht dürftig gewesen ist. Dieses noch auf die Vorgängerregierung schieben zu wollen, wie es in Ihrer Presseerklärung am 1. Februar dieses Jahres geschehen ist, ist wirklich billig.

(Beifall von der SPD)

Herr Pinkwart, auch wenn es Ihnen immer noch so vorkommt, als wären Sie erst seit gestern in der Regierungsverantwortung: Sie sind schon ein paar Monate länger dran. – Zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen in Berlin war es Ihr Ministerpräsident Rüttgers, der die Interessen Nordrhein-Westfalens in den Koalitionsverhandlungen vertreten hat. Da Sie offensichtlich zu keinem Zeitpunkt auf die vielfältigen Hinweise gehört haben, die unter anderem wohl auch aus Ihrem Hause kamen, haben wir Sozialdemokraten eine Aktuelle Viertelstunde für den 8. Dezember des letzten Jahres beantragt, um Ihr Augenmerk endlich auf dieses Thema zu lenken. Schon damals haben wir auf das Problem hingewiesen, welches sich daraus ergibt, dass die Referenzperiode 2000 bis 2003 zugrunde gelegt werden soll.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben im Ausschuss zwar das Ergebnis bedauert, aber die Vorzüge der Föderalismusreform herausgestellt, wonach Sie die Mittel flexibel verteilen können. Mein Kollege Schultheis hat Ihnen schon damals empfohlen, eine Bundratsinitiative zu starten, um die Referenzperioden zur Berechnung der den Ländern zustehenden Mittel zu ändern. Er hat auch hinzugefügt, welche Perioden geeignet wären, um das Ergebnis signifikant zu verbessern. Ich füge

zu dem, was vor zwei Monaten gesagt wurde, ergänzend einen weiteren Parameter hinzu: Würde die tatsächliche Studentenzahl berücksichtigt, würde dies eine Verbesserung für die Situation in Nordrhein-Westfalen bewirken.

Was haben Sie seitdem unternommen? Wir haben von keiner Initiative Kenntnis erhalten. Ein bloßes Ansprechen im Kreise der Wissenschaftsministerkollegen reicht nicht aus. Es reicht schon gar nicht aus, zwei Monate später die Vorgängerregierung dafür verantwortlich zu machen. Das sagte ich bereits.

Dieser mangelnde Einsatz legt den Verdacht nahe, dass es Ihnen gar nicht so unlieb ist, weniger Geld vom Bund zu erhalten. Dann lassen sich Kürzungen der Landesmittel nach außen leichter vertreten. Unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen brauchen aber klare und verlässliche Zusagen, auch für die Sanierung ihrer Bauten.

Lassen Sie mich das Problem einmal ganz praktisch am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum darstellen. Diese Hochschule wurde vor rund vier Jahrzehnten gebaut. Ich glaube, es ist für niemanden verwunderlich, dass dort ein großer Sanierungsbedarf besteht. Zusammen mit allen Beteiligten ist inzwischen ein Standortentwicklungsplan von der Ruhr-Universität verabschiedet worden, der auch mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen abgestimmt ist. Dieser Plan sieht eine schrittweise Sanierung vor, um den Betrieb nicht zu gefährden. Derjenige, der nicht vor Ort davon betroffen ist, macht sich gar keine Vorstellung davon, welche Zeitdauer dies bedeutet. Bei einer Sanierungsdauer von 18 bis 24 Monaten pro Gebäude wird dieses in der Tat gewaltige Sanierungsprogramm 13 bis 16 Jahre in Anspruch nehmen, das heißt, es wird weit in die 20er-Jahre dieses Jahrhunderts hinein reichen. Stellen Sie sich einmal vor.

Neben den Mitteln, die der BLB bereitstellt – wenn es ihn dann noch gibt –, werden jedes Jahr 30 bis 40 Millionen € vom Land zu finanzieren sein. Macht es da nicht Sinn, für eine bessere Berücksichtigung des Landes NRW in Berlin zu streiten?

(Beifall von der SPD)

Sind Sie bereit, jetzt und hier Verantwortung für eine solche Zusage zu übernehmen und für diesen langen Zeitraum zu sagen, dass sich die Hochschule auf die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen verlassen kann? Sind Sie bereit, diese Verantwortung zu übernehmen? Diese kla-

ren Worte brauchen wir von Ihnen heute und nicht erst in zehn Jahren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hollstein das Wort.

Jürgen Hollstein (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eines an diesem Antrag, den wir vorliegen haben, ist richtig, der Titel zumindest teilweise, nämlich „Hochschulbau braucht Konzepte“. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Die neue Landesregierung bietet den Hochschulen Chancen, Perspektiven und Konzepte für eine richtige Entwicklung. Dafür sind CDU und FDP gewählt worden. Dafür haben wir die Weichen gestellt. Darüber haben wir beim letzten Tagesordnungspunkt in der vergangenen Stunde ausführlich diskutiert.

Wir haben auch in der aktuell schwierigen Haushaltslage eine sichere finanzielle Basis geschaffen. Mit der Einführung des Globalhaushalts ist die Eigenbewirtschaftung der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel möglich geworden.

Ich zitiere ebenfalls den eben schon – ich glaube, von Ihnen, Herr Minister – erwähnten Rektor der Universität zu Köln, Axel Freimuth, der sagt:

„Viele Kanzler und Rektoren haben es als das erste Wunder 2006 bezeichnet, dass dieses Jahr entgegen aller Erwartungen kein Geld im Landeshaushalt für die Hochschulen gekürzt wurde.“

Das ist ein Zeichen für die richtige Politik, in der wir uns bewegen.

Ein zweiter Punkt ist die Verbesserung der finanziellen Basis durch die mögliche Erhebung von Studienbeiträgen. Dadurch werden in den nächsten Jahren bis zu 300 Millionen € pro Jahr für die Hochschulen akquiriert. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Schritt, ebenso wie die Vorbereitung des Hochschulfreiheitsgesetzes, über das wir gerade gesprochen haben.

Konkret zur baulichen Situation an Hochschulen ...

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich glaube, der Kollege hat eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie wollen die offensichtlich auch beantworten.

Jürgen Hollstein (CDU): Dazu bin ich bereit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Dann hat Herr Kollege Bollermann das Wort.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Kollege, dass die Einnahmen, die Sie gerade angesprochen haben, dann in den Hochschulbau gehen sollen?

Jürgen Hollstein (CDU): Nein, das haben Sie mit Sicherheit nicht richtig verstanden. Ich habe davon gesprochen, dass wir die richtigen Weichen gestellt haben. Wenn Sie den letzten Satz richtig mitbekommen haben, wissen Sie, dass ich gesagt habe, jetzt komme ich konkret zum Bereich der baulichen Substanz an Hochschulen. Das ist sicherlich ein Missverständnis, dem Sie da aufgesessen sind.

Der Sanierungsstau, von dem wir hier sprechen, kommt natürlich nicht von ungefähr und erst recht nicht überraschend. Bereits im Frühjahr 1997 hat der Wissenschaftsrat die Universitätskliniken Bonn und Köln besucht und verweist auf den problematischen Altbaubestand und die damit verbundenen strukturellen Mängel. Im Frühjahr 1999 fand ein ähnlicher Besuch in Düsseldorf und Essen statt. Auch da wurden die entsprechenden Mängel dargestellt.

Sie haben das völlig richtig beschrieben. Es gibt einen Sanierungsbedarf in Höhe von rund 3 Milliarden €. Aber Sie haben daraus mit Sicherheit die falschen Schlussfolgerungen gezogen. Der Sanierungsbedarf ist nicht deswegen so hoch, weil – ich zitiere aus dem SPD-Antrag – „der überwiegende Teil der nordrhein-westfälischen Hochschulen in den 60er- und 70er-Jahren gegründet worden ist“.

Richtig ist vielmehr: Der Sanierungsbedarf ist deswegen so hoch, weil die alte rot-grüne Landesregierung zwar munter gebaut, aber die bauliche Substanz weder gepflegt noch erhalten hat. Da kann ich dem zustimmen, was Herr Vesper beim letzten Tagesordnungspunkt gesagt hat. Das ist tatsächlich öffentliches Vermögen, das Sie hier haben verfallen lassen.

Nicht nur jeder Experte, sondern jeder, der ein Haus oder auch nur eine Laube im Schrebergarten besitzt, weiß, dass es eine Faustregel gibt: Die laufende Bauunterhaltung macht ungefähr 1 % der Investitionssumme aus. Dies ist in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Sehr wohlwollende Schätzungen gehen bestenfalls von 0,3 % aus. Das Ergebnis Ihrer Politik

ist zwischen undichten Dächern, herabfallenden Deckenplatten und schadstoffbelasteten Bauelementen zu beobachten.

Die Situation erinnert mich nur zu gut – oder vielleicht: nur zu schlecht – an das, was wir bei der Substanz unserer Schulen – diesmal nicht Hochschulen, sondern Schulen – in meiner Heimatstadt Köln vorgefunden haben, als bei der Kommunalwahl 1999 die CDU in die Verantwortung kam. Damals gab es einen Sanierungsstau von rund 500 Millionen €. Den haben wir bis 2005 auf rund 180 Millionen € zurückgeführt. Ein solcher Weg muss auch im Land gegangen werden.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass die Universität zu Köln gemeinsam mit der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg jetzt Modellstandort ist, an dem erprobt wird, wie die Hochschulen selbst ihre Liegenschaften bewirtschaften und erhalten.

Rot-Grün hat in den vergangenen Jahren, wahrscheinlich sogar Jahrzehnten, die Chance gehabt, eine solche solide Sanierungspolitik in Gang zu bringen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das!)

Wenn Sie das getan hätten, stünden wir jetzt zwar nicht ohne Probleme da, aber sicherlich wesentlich besser.

Noch schlimmer ist eigentlich: Ich habe mit Schrecken in den „Ruhr-Nachrichten“ vom 2. Februar 2006 gelesen, dass die alte Landesregierung die ihr zustehenden Mittel von rund 22 % aus dem Bundestopf nicht einmal vollständig abgerufen hat. Ich habe bis jetzt keinen Widerspruch dazu gefunden. Vielleicht war dies Ihr persönlicher Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushalts. Besser wäre es gewesen, Sie hätten dieses Geld in die Sanierung unserer Hochschulen gesteckt.

Der vorliegende Antrag ist die in Schrift gefasste Ablenkung von einer nicht erfüllten Verantwortung für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Ihr Vorschlag, den Referenzzeitraum für Westdeutschland auf 1965 bis 1975 festzulegen, ist der vergebliche Versuch, in vermeintlich gute alte sozialdemokratische Zeiten zu flüchten.

Ich bin sicher, dass die Regierung darstellen wird, welche Gespräche mit den anderen Ländern im Rahmen der Föderalismusreform laufen und gelaufen sind.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was wollen Sie denn machen?)

Ich war froh, im „Kölner Stadt-Anzeiger“ heute zu lesen, dass NRW mit einer Einsicht des Bundes rechnet. Ich zitiere:

„In der NRW-Landesregierung herrscht Zuversicht, dass es zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern kommen wird. Man baut darauf, dass der Bund sich bewegen wird.“

Herr Minister, Sie werden uns sicherlich dazu gleich noch etwas sagen.

Ich weiß allerdings nicht, wie der Minister den Kollegen aus Bayern, Baden-Württemberg oder anderen Ländern erklären soll, dass diese, die in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht haben, auf Mittel verzichten sollen, um jetzt die Fehler einer ehemaligen abgewählten rot-grünen Regierung zu korrigieren.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Gucken Sie doch nach vorne und nicht immer zurück! Das bringt uns doch nicht weiter!)

– Die Bauten sind aber in der Vergangenheit verfallen, als Sie dafür verantwortlich waren und sich nicht darum gekümmert haben.

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass wir Ihren Schauantrag hier ablehnen. Ich vertraue darauf, dass im Rahmen der Darstellungen des Ministers und der Landesregierung hier dargelegt wird, wie wir auf diesem Weg weiterkommen. Ich bin sicher, dass wir für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen einiges tun werden. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hollstein. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja gar nicht zu bestreiten, was die SPD in ihrem Antrag sagt. Der aktuelle Sanierungsbedarf an den NRW-Hochschulen ist tatsächlich riesig, und zwar bedingt durch die Gründungswelle der 60er- und 70er-Jahre.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Das sind alles Gebäude, die nach einer Zeit von 40 oder 50 Jahren in eine Sanierungsnotwendigkeit gekommen sind.

Es ist auch richtig, dass der Kuhhandel, den die große Koalition in Berlin nun geschlossen hat,

wenn er denn tatsächlich so in Kraft träte, für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen eine regelrechte Katastrophe wäre.

Deswegen, Herr Hollstein, verstehe ich auch nicht ganz, wie Sie an diese Dinge herangehen. Sie können sich hier keinen schlanken Fuß machen. Das ist ein Problem, das uns alle angeht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Das ist kein Problem, bei dem Parteitaktik eine Rolle spielen sollte.

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist nur rückwärtsgewandt, was sie machen!)

Für die Sanierung unserer Hochschulen müssen wir uns alle einsetzen. Deswegen – das kann ich nun wiederum der SPD nicht ersparen – erinnere ich auch noch einmal daran, dass der Hochschulbau ja schon bei den Föderalismusverhandlungen der Herren Müntefering und Stoiber eine wesentliche Rolle spielte, leider auch schon damals allerdings weniger als inhaltlicher Schwerpunkt, sondern vielmehr als finanzielle Verfügungsmasse.

Schon damals haben wir Grüne intensiv davor gewarnt, einem Kompromiss zuzustimmen, der die NRW-Hochschulen gerade in der Phase ins Mark treffen würde, in der sie den höchsten Sanierungsbedarf haben.

Wohin diese Lösung, die damals ausgekungelt wurde, nun faktisch dann führt, das sehen wir heute. Wieder hat sich offenbar niemand mit den wirklichen Problemen des Hochschulbaus und insbesondere mit den strukturellen Problemen unseres Landes aufgrund seiner besonderen Geschichte im Hochschulbau auseinander gesetzt. Man wird leider den Eindruck nicht los, meine Damen und Herren, dass der Hochschulbau auch beim großkoalitionären Föderalismusgekungel wieder nur als Jongliermasse für die Finanzpolitik eine Rolle spielte. Das ist wirklich schlecht, und zwar im Sinne und im Interesse unserer Hochschullandschaft.

Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD haben Recht, wenn sie sagen, dass Ministerpräsident Rüttgers für Nordrhein-Westfalen hier schlecht verhandelt hat. Das ist keine Frage. Aber wir kennen das ja schon seit der beeindruckenden NRW-Repräsentanz in der Bundesregierung, wie erfolgreich er in der Regel in Berlin auftritt.

(Widerspruch von der CDU)

Sie haben natürlich auch Recht damit, Herrn Pinkwart darauf hinzuweisen, dass es sein Chef

persönlich war, der den NRW-Hochschulen dieses faule Ei ins Nest gelegt hat. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch die Feststellung, dass der Misserfolg wie so oft mehrere Väter und Mütter hat, darunter eben auch einige mit einem roten Parteibuch in der Tasche. Wie gesagt: Es soll gar nicht um Schuldzuweisungen gehen, sondern wir wollen nach vorne blicken und schauen, wie wir dieses Problem anpacken können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fakten, aus denen die strukturelle Benachteiligung Nordrhein-Westfalens ersichtlich wird, liegen klar auf dem Tisch: Verfolgt man nämlich, welcher Anteil der Bundesmittel seit Einführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Jahre 1970 in welche Länder gegangen ist, stellt man fest, dass etwa 20 % aller Bundesmittel nach Nordrhein-Westfalen geflossen sind und – nehme ich Baden-Württemberg als Vergleichsland – 17 % nach Baden-Württemberg. Das hört sich für Außenstehende auf den ersten Blick ganz normal an. Aber schon der Vergleich mit dem Königsteiner Schlüssel lässt aufhorchen; denn nach diesem Schlüssel, der, wie wir alle wissen, für die meisten Verteilungen auf die Bundesländer angewandt wird, hätte Nordrhein-Westfalen einen Anteil von über 21 %. Die Zahlen hinter dem Komma habe ich nicht behalten; aber es geht um über 21 %. Für Baden-Württemberg sind es nur etwa 13 %.

Meine Damen und Herren, wenn man dann noch berücksichtigt, dass in den Seminarräumen, Hörsälen und Laboren, die mit diesen Mitteln gebaut werden, in Baden-Württemberg nur 11 % aller bundesdeutschen Studierenden lernen und arbeiten, während es in Nordrhein-Westfalen 26 % sind, ist es doch offensichtlich, dass es hier ein systematisches Missverhältnis gibt, das so auf keinen Fall in die Zukunft fortgeschrieben werden darf. Alle Hochschulpolitiker in diesem Hause sollten sich einig darin sein, dass das nicht sein kann.

Ganz am Rande bemerkt: Aus diesen Zahlen kann man vielleicht auch herauslesen, dass Nordrhein-Westfalen trotz der schlechten Raumausstattung für viele Studierende eben so unattraktiv doch nicht sein kann, wenn dennoch 26 %, also weit über dem Landesdurchschnitt, hier studieren.

Meine Damen und Herren, über die Ursachen kann man lange spekulieren. Ich will nicht in die Zeiten der Kohl-Regierung zurückgehen. 1985 bis 1995 bekam Baden-Württemberg sogar mehr Bundesgeld als Nordrhein-Westfalen. Aber ich gebe zu: Leider ist dieser Trend auch zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung nicht verändert worden, wobei das auch auf die relativ langen

Bewilligungs- und Vorlaufzeiten zurückzuführen sein kann.

Tatsache ist, dass die paradiesischen Verhältnisse in Baden-Württemberg oder Bayern, von denen Herr Brinkmeier, Herr Kuhmichel, Herr Lindner und auch Herr Pinkwart immer wieder gerne schwärmen, wesentlich auch durch die Entwicklungshilfe des Bundes letztlich zulasten NRWs geschaffen worden sind. Das muss man hier einfach einmal sagen und erkennen dürfen. Dem kann man wohl kaum widersprechen.

Tatsache ist auch, dass als Folge dieser Entwicklung eine Studierende oder ein Studierender in Baden-Württemberg heute fast doppelt soviel Platz in Seminarräumen, Hörsälen oder Labors zur Verfügung hat wie in Nordrhein-Westfalen. Dass man unter solchen Bedingungen besser studieren kann, ist klar. Warum aber letztlich die Studierenden in Nordrhein-Westfalen hierfür die Zeche zahlen sollen, sollen uns doch bitte einmal diejenigen erklären, die diesen Kompromiss ausgekungelt haben, der das Missverhältnis in die Zukunft fortschreiben will.

Um es noch einmal mit den Vergleichszahlen von vorhin zu sagen: Im Zeitraum von 2000 bis 2003, der jetzt als Referenzzeitraum vorgesehen ist, haben Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg nahezu gleich viele Hochschulbaumittel vom Bund bekommen, nämlich jeweils etwa 15 % der Gesamtmittel. Das sind jeweils 15 % für 11 % der Studierenden auf der einen Seite und 26 % der Studierenden auf der anderen Seite. Meine Damen und Herren, wie Sie, Herr Hollstein, dies wegschieben wollen, kann ich wirklich nicht verstehen. Sie kommen mir vor wie Klein Egon, der den von der Mutter dargebotenen Mantel nicht überziehen will mit dem Ausspruch: Es ist mir doch egal, wenn ich mich erkälte!

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Oppermann aus Niedersachsen hat es in schlichten Zahlen ausgedrückt: Wenn es nach dem tatsächlichen Bedarf gemessen beispielsweise an der Zahl der Studierenden ginge, müsste Nordrhein-Westfalen mehr als 80 Millionen € pro Jahr mehr bekommen als jetzt geplant, Bayern aber 37 Millionen € weniger und Baden-Württemberg 24 Millionen € weniger.

Deswegen unterstütze ich das Anliegen dieses Antrages. Alle Verantwortlichen in Bund und Ländern sollten sich den Herausforderungen stellen, die Referenzperiode aktuell so neu festzulegen, dass sie die besonderen Bedingungen von NRW berücksichtigt, und dann endlich daran gehen, ein

Konzept zu entwickeln, wie es nach 2013 weitergehen soll, wenn die zweckgebundene Unterstützung des Bundes ausläuft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Als nächster Redner hat der Kollege Lindner für die FDP-Fraktion das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Als dritter Redner hat man hier und heute auf dieser Grundlage fast gar nichts mehr zu sagen, weil die Vorlage nicht soviel Substanz hat, dass man eine ganze Debatte mit Kritik bestreiten könnte.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sind der vierte Redner!)

– Ich habe selbstverständlich die Einbringung des Antrags nicht mitgezählt. Ich habe von Kritik gesprochen. Ich habe aber Frau Gebhard nicht unterstellen wollen, dass sie den eigenen Antrag selbstkritisch beleuchten würde. Dann hätte sie nämlich feststellen müssen, dass jemand, der anderen billige Kritik vorwirft, wie Sie das tun, selbst einen Antrag vorlegen müsste, der nicht billig und polemisch ist. Sonst würden nämlich – wenn Sie mit dem Finger auf andere zeigen – drei Finger Ihrer Hand auf Sie zurückzeigen. Genau das passiert hier vorliegend, denn Ihr Antrag ist billig und letztlich auch beschämend.

Auf manches ist hingewiesen worden. Es ist darauf hingewiesen worden, wer eigentlich Verantwortung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen hatte. Herr Hollstein hat seriöserweise deutlich gemacht, dass der Unterhalt von Liegenschaften eine Aufgabe ist, die sich über die Erstellung hinaus zeitlich ausdehnt. Wenn seit den 60er-/70er-Jahren tatsächlich nichts in den Erhalt investiert worden wäre, wäre das fahrlässig, was Sie in Ihrem Antrag so glauben machen wollen.

(Karl Schultheis [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben im Übrigen – darauf hat Herr Vesper dankenswerterweise aufmerksam gemacht – die Kritik mit Ihrem Punktfeuer an die falsche Stelle gerichtet. Tatsächlich gab es Vorfestlegungen in der Förderalismuskommission. Bekanntlich haben insbesondere die Herren Stoiber und Müntefering Verhandlungen geführt. Dieses Paket im Rahmen der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD aufzuschnüren – wir haben bei diesem Punkt als Freie Demokraten Zustimmung signalisiert –, wäre schlechterdings nicht möglich gewesen. Dann

wäre die Reform des Föderalismus insgesamt in Frage gestellt worden.

Insofern stehen wir vor einer Herausforderung im Hochschulbau, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Niemand hier kann ein Interesse daran haben, die bauliche Substanz der Hochschulen weiter dem Verfall preiszugeben. Einseitige Schuldzuweisungen, egal, an welche Seite sie sich richten, sind falsch. Im Ergebnis aber ist es richtig, wie der Minister das öffentlich getan hat, darauf hinzuweisen, dass Nordrhein-Westfalen im Ergebnis am Ende dieses Prozesses nicht gut dasteht und wir daran arbeiten müssen, die Situation zu verbessern.

Ihr Vorschlag, die Referenzperioden zu verändern, ist nun wirklich ein Wunschkonzert.

(Karl Schultheis [SPD]: Was haben Sie für einen Vorschlag?)

Warum sollten sich andere, wenn man das so schlicht vorträgt, darauf einlassen? Hier geht es doch um Verteilungsfragen zwischen Bund und Ländern, respektive unter den Ländern. Ich glaube nicht, dass solche Verhandlungen, wenn Sie einfach nach Mehr rufen, von Erfolg gekrönt sein können.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, andere allgemein gültige systematische Kriterien wie zum Beispiel die Anzahl der Studierenden zugrunde zu legen, wie das der Wissenschaftsrat anregt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Christian Lindner (FDP): Es könnte ein Weg sein, der mehr Erfolg verspricht.

Im Übrigen wird sich die Förderung des Hochschulbaus in Zukunft auch weiterhin nach den konkreten Bedarfen zu richten haben, egal, von wo aus finanziert wird. Das Thema wird Eingang in die Beratungen zum Landeshaushalt in diesem Hause finden müssen.

Bei den Verhandlungen über den Hochschulpakt, die gegenwärtig geführt werden, wird es sicherlich eine Rolle spielen müssen, dass die Hochschulen – darauf hat Herr Vesper ebenfalls hingewiesen – in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgelastet sind. Deshalb wird es eine unterschiedliche Behandlung bei der finanziellen Förderung im Rahmen des Hochschulpakts geben müssen. Das zumindest muss unsere Ausgangsposition für Verhandlungen sein.

Ich resümiere: Dieser Antrag ist kein guter Ausgangspunkt für eine offene, auch konzeptionelle Debatte über den Hochschulbau. Er ist ein PR-Instrument der SPD gewesen. So werden wir ihn auch in den weiteren Beratungen behandeln.

(Beifall von FDP und)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Pinkwart das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wenn Sie Brandt zitieren, sind Sie besser, Herr Kollege! – Christian Lindner [FDP]: Da werfen Sie Perlen vor die Säue! – Karl Schultheis [SPD]: Können Sie das noch einmal wiederholen? – Christian Lindner [FDP]: Das können Sie im Protokoll nachlesen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Herr Pinkwart – jedenfalls überwiegend.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion hat drei Elemente zum Gegenstand.

Zum einen – damit möchte ich beginnen – geht es darum, ob die Regierung für das Jahr 2006 ff. etwas zum Hochschulbau gesagt hätte. Das wird angemahnt. – Diese Kritik, soweit es eine sein sollte, geht an der Sache vorbei. Auch künftig wird sich der Hochschulbau an Bedarf und Dringlichkeit ausrichten müssen.

Dies wird Gegenstand der jährlichen Haushaltsverhandlungen sein, die in Zukunft, wenn die neue Zuständigkeit der Länder so beschlossen wird, in der Zuständigkeit des Landes, des Landtages liegen wird. Für den aktuellen Zeitraum 2006 bis 2009 haben wir den absehbaren Bedarf in den Anmeldungen zum 35. Rahmenplan dokumentiert, den der Landtag am 1. Februar 2006 zur Kenntnis genommen hat. Das heißt, der Landtag hat hierüber bereits die Information über das, was 2006 ff. stattfinden soll.

Der zweite Gedanke, der Gegenstand des Antrages ist, beschäftigt sich mit dem Hochschulkonzept „Hochschulpakt 2020“ der Bundesebene, der mit den Ländern mit Blick auf zukünftig zu erwar-

tende steigende Studierendenzahlen angedacht wird. Hier liegt natürlich noch kein Ergebnis vor. Eines ist klar: Wenn es zu einer Mehrbelastung kommt und der Bund sich mit einbringen will, dann wäre es jedenfalls aus meiner Sicht auch sinnvoll, wenn der Bund bei seiner neuen Zuständigkeit, im Rahmen seiner neuen Möglichkeiten, auch dem Hochschulbau die entsprechende Beachtung schenken würde. Denn eine Ausbildung der jungen Menschen findet in Gebäuden statt.

Darauf bezog sich wohl auch Ihr Antrag, nämlich auf eine Äußerung von mir des Inhalts, dass ich mir auch vorstellen könnte, dass die Hochschulbaumittel durch den Bund – auch Sie tragen dort im Übrigen politische Verantwortung, unter anderem der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident in der Funktion des Finanzministers –, die noch unter Ihrer Verantwortung in Berlin gekürzt worden sind, in den nächsten Jahren angehoben würden. Dann wäre das, was zur Verteilung anstünde, jedenfalls auskömmlicher, als das, was wir gegenwärtig vorfinden.

Ich komme zum dritten Punkt: Wie sieht es mit der Verteilung aus? Was können wir in den Verhandlungen diesbezüglich noch erreichen? War es nicht so, meine Damen und Herren, dass es, wenn ich mich richtig erinnere, gerade die SPD war, die im Zuge der Föderalismusreform diesen 30%-Anteil für die sogenannte Forschungsförderung ausgehandelt hat und damit den Anteil, der für den reinen Hochschulbau verbleiben sollte, verringert hat? Gerade die SPD im Bund hat einen starken Willen gezeigt, einen hohen Anteil an Forschungsförderung auszuhandeln.

Das hätte man auch auf einem anderen Weg erreichen können: indem man nämlich nicht die Hochschulbaumittel um die Mittel für die Forschungsförderung verringert, sondern auf die ohnehin zu geringen Hochschulbaumittel im Kontext der zu erwartenden steigenden Studierendenzahlen die Forschungsförderung obendrauf gesetzt hätte. Stattdessen haben Sie den Kuchen, über dessen Verteilung wir heute reden, erst einmal so klein wie eben noch zuträglich gemacht und damit die Lage für die Hochschulen in Deutschland insgesamt nicht verbessert, um es sehr freundlich auszudrücken.

Ich bin Herrn Vesper natürlich sehr dankbar, dass er in seinem sehr sachlichen Beitrag die Fronten in Sachen Verteilung ein bisschen geklärt und versucht hat, die Vergangenheit sachbezogen zu beleuchten.

Wir als neue Landesregierung wurden in der Föderalismusreform -das wissen Sie – mit einem

Verhandlungsergebnis konfrontiert, welches aus dem Spätherbst des Jahres 2004 datiert. Eine solche Verhandlung ist immer von den Versuchen geprägt, unterschiedliche Interessen zu einem Ganzen zusammenzufügen.

Wenn man aus einem solchen Verhandlungsergebnis, aus einem solchen Knäuel von Ergebnissen, auf die man sich einmal verabredet hat, im Nachhinein einzelne wieder herausziehen will, dann ist das – das wissen wir – bekanntermaßen außergewöhnlich schwierig. Das kann dazu führen, dass Sie entweder das Gesamtprojekt infrage stellen oder aber erkennen, dass Sie von früheren Festlegungen kaum mehr herunterkommen. Das ist im Prinzip die Verhandlungssituation, wie wir sie gegenwärtig vorfinden. Es ist äußerst schwierig, solche einzelnen Punkte und Festlegungen noch einmal aufzudröseln.

Nichtsdestotrotz sind wir in den Gesprächen bemüht, etwas zu erreichen, auch in der Fragestellung: Wie sollen jetzt die 30 % der Forschungsförderungsmittel verteilt werden? Was ist mit der seinerzeit – wie ich meine – viel zu hoch angesetzten sogenannten Bagatellgrenze von 5 Millionen € für Forschungsprojekte, die dazu führen würde, dass aus dem Fonds in den nächsten Jahren nichts Wesentliches abfließen würde, wenn diese Grenze nicht deutlich abgesenkt wird?

Hier sind wir in den Verhandlungen. Hier wollen wir versuchen, für die Hochschulen noch ein besseres Ergebnis zu erreichen, aber – noch einmal –: Das müssen wir in dem Kontext diskutieren, dass wir offensichtlich – ich habe jedenfalls von Ihnen keine andere Stimme gehört – alle zu einem Ergebnis dieser Föderalismusreform kommen wollen. Unter dem Gesichtspunkt müssen wir jetzt das bewerten, was auf der Ebene der Fachminister, aber auch der Ministerpräsidenten an möglichen Korrekturen erfolgt.

Dabei ist natürlich wichtig, dass wir uns fair mit dem auseinander setzen, was in den letzten Jahren – man muss sagen –, auch Jahrzehnten an Hochschulbauaktivitäten stattgefunden hat.

Nun wird nach einer besseren Referenzperiode gefragt. Da ist es hilfreich, wenn man in Richtung 1970 vordringt. Solange haben wir die Gemeinschaftsaufgabe. Wer noch weiter zurückgehen will, bewegt sich außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe für Hochschulbau. Dann ist man zwar bei nordrhein-westfälischen Interna, aber man ist nicht mehr auf einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage, auf der man sich mit anderen Bundesländern unterhalten könnte.

Wir können also sagen, wir gehen bis 1970 zurück. Nur, meine Damen und Herren, zwischen 1970 und heute hat sich etwas für Deutschland ereignet, was wir alle recht positiv bewerten, nämlich die deutsche Einheit.

Deswegen kann man nicht willkürlich, nur weil es einem besser gefiele, argumentieren: Wir nehmen einen Referenzzeitraum, den wir weiter zurücklegen als die deutsche Einheit. Dadurch würden wir die neuen Bundesländer wiederum in einer Verteilung von Mitteln und ihren Möglichkeiten unterminieren.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Ja, das wären aber die Ergebnisse. Wir haben Ihnen die Zahlen vorgelegt.

Solcherlei Verteilungen würden, ausgehend von dem Kompromiss, zwingend dazu führen, dass sich die neuen Länder verschlechterten. Oder Sie kommen zu einer Ergänzungsformulierung, wie Sie sie vorgeschlagen haben, nur sind sie dann in einem völlig neuen Zusammenhang. Den hätte Herr Müntefering mit Herrn Stoiber verhandeln können, aber das ist damals nicht gemacht worden. Das heißt, Sie kommen mit Ihrem Vorschlag in einen Bereich hinein, wo Sie noch einmal neu verhandeln müssten, und das ist hier nicht Gegenstand.

Wenn Sie sich also in einem realistischen Kontext bewegen, dann müssten Sie vorschlagen: nicht 2000 bis 2003, sondern 1990 bis 2003. Dann bräuchten wir nur eine Zahl auszuwechseln. Meinetwegen auch 1990 bis 2005. Dann müssten wir nur den Referenzzeitraum, auf den man sich als solchen im Kontext verständigt hat, ändern.

Nur: Schauen Sie sich den doch mal an. Wir reden gegenwärtig davon, dass Nordrhein-Westfalen in Zukunft 15,4 % dieser Hochschulbaumittel bekommen soll. Das ist weniger als der Königsteiner Schlüssel von etwa 21,6 %; das ist weniger als der Anteil der in Nordrhein-Westfalen Studierenden von annähernd 27 %. Das ist alles zutreffend.

Nur: Wie hoch war denn der Anteil Nordrhein-Westfalens in dem aus meiner Sicht überhaupt nur diskussionsfähigen Referenzzeitraum von 1990 bis 2004? Das kann ich Ihnen sagen: Der betrug noch nicht einmal diese 15,4 %, der betrug 12,69 %.

Ich muss eine kleine Einschränkung – Herr Präsident, Sie sehen es mir nach –, mit Blick auf den Debattenredner Vesper machen, der zwar nicht ganz fachzuständig war, aber immerhin zehn Jahre Mitverantwortung in der Regierung getragen hat.

Wenn Sie vortragen, dass in diesem Zeitraum von 1990 bis 2004, in dem Nordrhein-Westfalen nur einen Länderanteil von 12,7 %, Bayern jedoch einen Anteil von 19,2 % hatte – ich habe bisher nicht gelernt, dass Bayern annähernd doppelt so groß wäre wie Nordrhein-Westfalen –, verglichen mit dem Königsteiner Schlüssel, der über diesen Zeitraum 21,7 % betrug, Nordrhein-Westfalen 2,87 Milliarden € aus den Hochschulbaumitteln weniger erhalten hat, als Nordrhein-Westfalen eigentlich hätte erhalten müssen, wenn Nordrhein-Westfalen über diesen ganzen Referenzzeitraum mindestens entsprechend dem Königsteiner Schlüssel an der Mittelverteilung teilgenommen hätte, könnten Sie sagen: Na ja, da war der Sanierungsbedarf noch nicht so groß, denn Anfang bis Mitte der 90er-Jahre, Anfang dieses Jahrzehnts, waren die Bauten der 60er- und 70er-Jahre noch alle voll funktionstüchtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann aus meiner eigenen Studienzeit Anfang der 80er-Jahre berichten, dass dort die sogenannten Traditionshochschulen, in die in den 60er- und 70er-Jahren nicht investiert worden war, schon damals Sanierungsbedarfe in dreistelliger Millionenhöhe vor sich hergeschoben haben. In Bonn tropfte es von der Decke, in Münster hatten wir erhebliche Sanierungsbedarfe, von Köln und anderen ganz zu schweigen. Das hat sich aufgeschaukelt.

Ich habe Ihnen hier vor einigen Monaten vorgebracht, dass wir den Sanierungsbedarf für die Hochschulen zwischen 1,5 und 3 Milliarden € und für die Klinika auf 2 Milliarden €, sprich: in der Summe zwischen 3,5 und 5 Milliarden €, einschätzen. Wenn man dabei berücksichtigt, dass Sie es während Ihrer Verantwortung über 15 Jahre versäumt haben, 2,9 Milliarden € abzurufen, die dem Land eigentlich aufgrund seiner Größe und erst recht aufgrund der Anzahl der Studierenden zugestanden hätten, lagen die Versäumnisse in der Vergangenheit.

Auch mit einem solchen Antrag kann man sich nicht herausreden. Sie haben in der Vergangenheit zu wenig getan. Sie haben die Hochschulpolitik, was die Hochschulbauten anbetrifft, unter fiskalischen Gesichtspunkten geführt und nicht unter hochschulpolitischen Notwendigkeiten. Sie haben in der Föderalismusreform durch Ihren Chefverhandler Herrn Müntefering nicht für die Hochschulen gedacht, sondern für Zuständigkeiten des Bundes, auch in der Forschungspolitik, und andere Schwerpunkte in den Vordergrund gerückt.

Damit ist jetzt ein Zustand erreicht, der uns vor ein doppeltes Dilemma stellt – das will ich gerne einräumen –: einmal das Dilemma, dass wir in den

Schlussverhandlungen der Föderalismusreform nur noch marginale Spielräume haben. Ich kann Ihnen versichern, wir werden sie nutzen.

Und zum Zweiten stehen wir vor einem riesigen Sanierungsstau, den Sie uns hinterlassen haben. Für die optimale Auflösung dieses Staus müssen wir darauf bauen, dass der Landtag den Hochschulen in den nächsten Jahren die dafür notwendigen Mittel gibt, soweit das finanzpolitisch möglich ist. Und wir wollen darüber hinaus den Hochschulen die Instrumente geben, in Zukunft mit diesen letztlich nur begrenzten Mitteln effektiver umgehen zu können.

Vorhin haben wir über das Hochschulfreiheitsgesetz gesprochen, das hierzu neue Wege eröffnen könnte. Da haben Sie sich noch verweigert. Vielleicht werden Sie Ihre Haltung vor dem Hintergrund dieser Sachdarlegung noch einmal überdenken. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Inhaltlich kann ich in dieser Rolle nicht dazu Stellung nehmen, sondern nur das Wort an Herrn Abgeordneten Schultheis, SPD-Fraktion, weiterreichen.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pinkwart, eingangs Ihrer Rede war ich davon ausgegangen, dass wir nicht bei Schuldzuweisungen stehen bleiben. Das Ende in Ihrer Rede war jedoch wieder von Schuldzuweisungen geprägt.

Wir hätten diesen Antrag überhaupt nicht ins Parlament eingebracht, wenn wir auf dem am 8. Dezember im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie eingeschlagenen Weg weitergegangen wären. Es gab das klare Signal unsererseits, gemeinschaftlich – einmal mit den Möglichkeiten der Opposition und zum anderen Ihrerseits mit den Möglichkeiten der nordrhein-westfälischen Landesregierung – daran zu arbeiten, eine für dieses Land gute Lösung zu finden.

(Beifall von der SPD)

Das war die Absicht. Aber wenn ich die Wortmeldungen und die Einlassungen der Redner der Koalitionsfraktionen höre, ist die Botschaft scheinbar nicht angekommen oder soll als solche nicht wahrgenommen werden.

Es geht einfach darum, dass wir in eine Situation eintreten, die uns über einige Jahre begleiten wird. Nachdem wir – die SPD-Fraktion und keine andere – am 8. Dezember beantragt haben, dass

zunächst einmal die Landesregierung berichtet, welche Auswirkungen die Föderalismusreform für Nordrhein-Westfalen bringt, müssen wir nun gemeinschaftlich überlegen: Wie können wir den Hochschulbau für Nordrhein-Westfalen sinnvoller und besser gestalten?

Um das zu beantworten, brauche ich keine Vergangenheitbewältigung zu betreiben; denn es geht darum, Zukunft zu gestalten.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das können Sie in Berlin machen!)

– Das haben wir auch angeboten. Dort ist die Konstellation eine andere; auch Ihr Partner gehört dazu. So schwach sehe ich uns da eigentlich nicht, und deshalb hatten wir von Ihnen als Landesregierung auch Konzepte erwartet.

Wir haben Vorschläge gemacht, über die man diskutieren sollte. Dass das Zahlenwerk vorliegt, mit dem man sich auseinander setzt, haben wir beantragt, um das Ganze ein Stück weit zu objektivieren und unsere Argumentationsfähigkeit zu stärken.

Wenn ein konkreter Vorschlag präsentiert wird, kann ich darüber diskutieren: Nehme ich die Referenzperiode oder eine andere oder gehe ich nicht doch auf den Königsteiner Schlüssel, weil es sinnvoller wäre, oder nehme ich die Studierendenzahlen? Das können wir gerne machen, aber man muss es tun. Wir erkennen keinerlei Signal, dass sich die Landesregierung in irgendeiner Weise in diese Richtung bewegt hätte.

(Beifall von der SPD)

Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Das ist legitim und das einzige uns zur Verfügung stehende Mittel. Ich sage es noch einmal: Es muss doch im Interesse aller hier im Plenum sein, dass wir unsere politischen Möglichkeiten nutzen, für Nordrhein-Westfalen das Beste herauszuholen.

Herr Kollege Vesper hat deutlich gemacht, wie sich in der Vergangenheit die Zuweisungen an das Land Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. – Wir haben die Mittel nicht immer entsprechend unserem prozentualen Anteil erhalten. Sie wissen, dass die Rahmenplanung so nicht funktioniert. Dann hätte es in der Tat schon von vornherein eine Pauschalierung der Mittel gegeben – oft von Bundesländern, auch von Nordrhein-Westfalen, beantragt und diskutiert: Lasst uns die Mittel entsprechend dem Königsteiner Schlüssel aufteilen, pauschalieren. Dann bekommt jedes Land seinen Anteil.

Das ist nicht durchgesetzt worden. Insofern kam ein anderes Verfahren, begleitet vom Wissen-

schaftsrat, der auch hier seine prioritären Entscheidungen vorangebracht hat, zum Zug. Die Rahmenpläne sind ein Spiegelbild dessen. Wir wissen, dass solche Gremien nicht unpolitisch sind. Das hat dazu geführt, dass die süddeutschen Länder besser bedient worden sind als Nordrhein-Westfalen. Das ist gar keine Frage und lässt sich auch nachweisen.

Aber das ist Vergangenheitsbewältigung. Wir müssen nach vorne schauen. Wir wollen, dass wir in Berlin – es ist reichlich spät – mit konkreten Verfahrensvorschlägen antreten können. Wenn wir das gemeinsam tun wollen, müssen wir das wissen. Wenn man weiß, man muss das gemeinsam auf den Weg bringen, ist es nicht gut, sich zu beschimpfen. Ich war recht erstaunt, als in der Presse auf einmal die letzte Landesregierung in den Fokus der Diskussion rückte, statt sich darum zu kümmern, das Problem für unsere Hochschulen zu lösen.

Herr Hollstein, die Globalhaushalte, die jetzt hier verabschiedet werden sollen, haben mit dem, was nach dem HBFVG für Baumaßnahmen zur Verfügung steht, zunächst einmal überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört!)

– Doch, ich habe gut zugehört. Die HBFVG-Mittel fließen überhaupt nicht in die Globalhaushalte ein. Das mag in der Zukunft so sein, wenn wir uns hier im Landtag darauf einigen, diese Haushaltsmittel, die wir vom Bund erhalten, über Zielvereinbarungen oder Ähnliches in die Globalhaushalte einzubringen.

Zum jetzigen Zeitpunkt geht es darum: Was haben wir in den nächsten Jahren überhaupt zu verteilen? – Darum geht es. Darüber möchten wir gemeinsam streiten, weil wir wissen, dass wir in gemeinsamer Verantwortung stehen, und diesen Weg werden wir auch weitergehen.

Über die 70 %-/30 %-Aufteilung lässt sich in der Tat streiten, aber insgesamt kommen diese Mittel ja der Forschungsinfrastruktur zugute. Es ist nicht so, dass diese 30 % der Mittel insgesamt an NRW vorbeigehen werden und dass sie nicht im Innovations- und Forschungsbereich, der Ihnen und uns besonders wichtig ist, eingesetzt werden.

Man kann sagen: Die prozentuale Aufteilung ist nicht okay, wir hätten lieber einen höheren Prozentsatz für den grundständigen Anteil, der an die Länder geht. – Das kann man machen, aber: Die Aufteilung wird umso günstiger, je mehr Geld wir in den Taschen haben, um es zu verteilen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist der einzige Knackpunkt. Ich werbe noch einmal dafür, dass wir in der Tat – Herr Dr. Vesper hat es noch einmal deutlich gemacht – nicht mit Schuldzuweisungen arbeiten, sondern gemeinsam eine gute Lösung finden wollen und hoffen, dass Sie auch diesen Weg beschreiten. Ich sehe einen solchen gemeinsamen Weg im Moment nicht.

Insbesondere stehen diesem Bemühen die Äußerungen von Herrn Lindner entgegen. Ich fand es eine Unverschämtheit, dass Sie, Herr Lindner, meinen, Ihre Wortbeiträge wären „Perlen vor die Säue werfen.“ Ich sage das jetzt einmal, weil die Leute nicht mitbekommen haben, wie Sie hier Ihre Kolleginnen und Kollegen einschätzen.

(Christian Lindner [FDP]: Ich sage das gleich auch noch einmal!)

Ich finde das eine Unverschämtheit. Das ist nicht das Niveau, auf dem wir uns hier bewegen wollen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bei manchen schon!)

– Ja, leider ist es das. – Ich finde das wirklich schade, denn wir tragen gemeinsam Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Ich sage es ja gleich noch einmal!)

– Ja, das war bestimmt wieder ganz anders – klar. Ich habe glücklicherweise noch ein gutes Gehör. –

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Freiheit nehme ich mir, das müsste Ihnen doch gefallen!)

Herr Lindner, das ist nicht okay. Wir sollten uns bemühen, im Interesse der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Wir sind dazu bereit, unsere Kräfte – das sollte die CDU in der großen Koalition genauso tun, wie wir das tun werden – dazu zu bringen, Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland ein Stück weit im Auge zu behalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, Herr Lindner hat mir signalisiert, dass er genau zu diesem Punkt noch etwas sagen möchte und es mir damit erspart, selbst dazu etwas zu sagen.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Schultheis, bevor mich heute der zweite SPD-Politiker – nach dem ehemaligen Bundeskanzler – verklagt, möchte ich

noch einmal das Wort nehmen, um einen Sachverhalt gerade zu rücken. Ich habe gesehen, dass Sie das eben sehr emotional aufgenommen haben. Das tut mir Leid. Vielleicht kann ich es aufklären und die Sache aus der Welt schaffen.

Herr Eumann hatte mir eben nach meinem Beitrag freundlicherweise zugerufen, dass ich bei den Tagesordnungspunkten, bei denen ich Willy Brandt zitierte, besser sei als bei denen – wie jetzt gerade eben –, wo ich auf solcherlei Zitate verzichte.

Daraufhin hatte ich ihm zugerufen, dass dann aber auch eine entsprechende Antrags- und Beratungsgrundlage vorliegen müsste, die von der Würde her ein Brandt-Zitat rechtfertigte. Ich hatte das in den mundartlichen Ausspruch gefasst: Das sei wie Perlen vor landwirtschaftliche Nutztiere werfen. Ich habe das mundartlich auch noch entschärfen wollen.

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie den Spruch insbesondere so aufgefasst hätten, dass mir Brandt-Aussprüche nur unter besonderen Voraussetzungen würdig erscheinen, hier zitiert zu werden, also auch nur dann hier eingebracht werden dürfen, wenn ein bestimmter Anlass besteht. Sie haben es anders aufgefasst; das tut mir Leid.

Ich nehme die Aussage, wenn Sie sich dadurch beschwert gefühlt haben, natürlich jederzeit zurück. Ich hoffe nur, Sie verstehen dann, dass es nicht darum ging, durch unsportliches Verhalten aufzufallen, sondern nur noch einmal in besonderer Weise auf den Kollegen Eumann zu antworten. Sie kennen ja unseren Austausch und unseren Depeschenwechsel. – Ich danke Ihnen.

(Karl Schultheis [SPD]: Hier ging es auch um die Würde des Vortragens!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Im Grunde reden wir ja nicht über landwirtschaftliche Fragen, sondern über Hochschulbau. Dazu hat sich jetzt – obwohl seine Redezeit erschöpft ist – noch einmal Minister Pinkwart gemeldet. Er möchte zwei Sätze sagen, hat er behauptet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir zählen!)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Vielen Dank, Herr Präsident für die Gelegenheit. Ich wollte nur noch einmal deutlich machen, dass wir diese 30 %-Möglichkeit natürlich ausschöpfen wollen und darin sogar eine Chance für Nordrhein-Westfalen sehen. Deswegen bemühen wir uns – das möchte ich hier deutlich machen – in den Verhandlungen ja auch, zu anderen Rege-

lungen als den gegenwärtig vorgesehenen zu kommen, damit wir möglichst viel auch von diesem Teil abschöpfen können.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der erste!)

Zweitens – ich würde mich freuen, wenn wir insofern Unterstützung bekämen, aber die sollte dann natürlich realistisch bleiben –, muss ich Sie auf die Genese des Zustandekommens der Verhandlungen zur Föderalismusreform aufmerksam machen dürfen und muss Ihnen auch sagen können, welche Aussichten es hat, wenn nicht – auch auf Bundestagsseite – grundlegende Veränderungen zu diesen Fragen erfolgten. Ich habe bisher nichts von solchen Veränderungen gehört.

(Karl Schultheis [SPD]: Herr Rüttgers ist stellvertretender Bundesvorsitzender! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das war der zweite Satz!)

– Ja, einen Moment. Sie müssen dabei immer die Betroffenen bedenken, wenn Sie eine ausgehandelte Regelung ändern wollen und ändern. Das wollte ich Ihnen hier vor Augen führen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war der dritte Satz!)

Bitte nehmen Sie das in den Blick. Jeder mag an seiner Stelle das tun, was hier helfen könnte. Sie können versichert sein, dass die Landesregierung – das habe ich Ihnen hier auch dargelegt – das Ihrige – allerdings unter realistischen Annahmen – tun wird.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war der vierte Satz!)

Ein letzter Gedanke. Ihr dritter Punkt im Antrag – Stichwort: gleiche Lebensbedingungen – setzt natürlich voraus, dass im Hochschulpakt auch der Hochschulbau entsprechende Berücksichtigung finden müsste.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Selbst unter Anwendung der neuen Rechtschreibung waren das sehr viele Kommata, aber das macht nichts. Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/1186** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt

dieser Empfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

4 Prioritäten richtig setzen: Konsequenter Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1195

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat als Vertreterin der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesen Zeiten, in denen wir notwendigerweise oft sehr kontroverse Positionen diskutieren, ist es vielleicht auch einmal ganz gut, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Diese Gemeinsamkeiten gibt es ganz offensichtlich in der Frage, welche Bedarfe Familien in Deutschland vordringlich haben, welche Schwerpunkte die Familienpolitik in Zeiten überschuldeter Haushalte und knapper Kassen setzen muss.

Wir stellen erfreut fest, dass es in der CDU offenbar zu einem Paradigmenwechsel gekommen ist. Jahrzehntelang wurde das Modell der Alleinverdienerehe gepflegt und mit immensen Transferleistungen ausgestattet. Das geschah alles nur, um zu befördern, dass Mutti zu Hause am Herd und bei den Kindern bleibt. Aber da hat sich etwas geändert. Auch wenn wir die Auswirkungen dieser jahrzehntelangen falschen Politik heute ausbaden müssen, weil wir im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine beschämend geringe Platzzahl in der Ganztagsbetreuung von Schulkindern und bei den unter Dreijährigen haben, freuen wir uns, dass es zu einer Änderung in den Positionen gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt haben wir den Schock der demographischen Entwicklung. Wir kennen das zwar seit ungefähr einem Jahrzehnt, aber erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir diese demographische Entwicklung auch ganz konkret als Herausforderung und Handlungsauftrag an die Politik wahrnehmen und ihr gegensteuern müssen.

Dann wird endlich auch wahrgenommen, dass der Lebensentwurf von potenziellen jungen Eltern, von jungen Leuten ganz anders ist, als sich das in einer traditionellen Familienstruktur wiederfindet. Vor allem junge Frauen wollen sich heute nicht

mehr auf die drei Ks – Kinder, Küche, Kirche – reduzieren lassen. Sie fordern Unterstützung dabei, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also diskutiert nun endlich auch die große konservative Volkspartei über Konzepte, das zu ermöglichen.

Eine Anmerkung zu der Debatte, die im Moment in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt ist – das freut mich zwar, aber zum Teil finde ich die sehr instrumentelle zweckorientierte Art und Weise, wie da über Familienpolitik und über Politik für Kinder diskutiert wird, doch nicht gut –: Es darf uns bei allen Lösungsansätzen nicht nur um Fragen der Demographie oder um Lebensentwürfe von Eltern gehen und schon gar nicht darum, primär Arbeitsplätze im haushaltsnahen Dienstleistungssektor zu schaffen. Nein, wir Grüne wollen, dass das Kind in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt wird. Uns geht es um die optimale Förderung von Kindern. Es geht darum, den Kindern die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vor allen Dingen geht es uns darum, Kinder vor materieller und vor Bildungsarmut zu schützen. Wir Grüne sagen: Wir wollen alle Kinder mitnehmen, wir wollen keinen verlieren, jede und jeder soll sein Potenzial entwickeln können, unabhängig von der Herkunft oder dem Einkommen der Eltern.

Wenn man diese Kriterien zugrunde legt, das heißt, das Kind selbst in den Mittelpunkt stellt und dann auch die Bedürfnisse der Eltern hinzunimmt, und wenn man das als Folie betrachtet, anhand derer wir Familienpolitik in Deutschland betreiben müssen, dann kommt man in der Tat zu Positionen, die im Gegensatz zu dem stehen, was in Berlin vereinbart worden ist.

Die Bundesregierung bewegt sich nämlich mit ihren Instrumenten ausschließlich auf dem Terrain der finanziellen Entlastung. Sie betrachtet das alles unter fiskalischen Gesichtspunkten, als ob alles gelöst wäre, wenn die Eltern ein paar Euro mehr in der Tasche hätten.

Aber sowohl nach endlosen Schleifen endlich zu Ende geführter Steuerdebatte als auch der Debatte um das Elterngeld kommen wir zu dem Schluss, dass alle Lösungen, die auf den Tisch gelegt werden, bedeuten: Wer mehr hat, bekommt jetzt auch noch mehr dazu. – Das kann es nicht

sein. Das ist ein Prinzip, das unsozial und ungerecht ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darauf hat ja auch der Ministerpräsident Anfang des Jahres richtigerweise in seinen Neujahrsreden hingewiesen.

Mit dem jetzt vorgelegten Modell des Elterngeldes wird das Problem der Kinderarmut in Deutschland eher verfestigt, es wird mitnichten gelöst. Wir haben gerade letzte Woche die Stellungnahme der katholischen Familienverbände zu diesem Thema erhalten. Sie fordern die Wahlfreiheit zwischen Erziehungsgeld in der alten Form und dem Elterngeld, weil der jetzt festgelegte Sockelbetrag des Elterngeldes niedriger ist als das bisherige Erziehungsgeld. Zu allem Überflus soll der dann auch noch auf andere Sozialleistungen angerechnet werden. Damit, meine Damen und Herren, haben Familien mit geringem oder ohne Einkommen zukünftig weniger zur Verfügung als vorher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir über ein Modell reden, mit dem wir unmittelbar wachsende Kinderarmut in Deutschland produzieren. Daneben wird die richtige Reihenfolge der familienpolitischen Instrumente verkehrt.

Familien brauchen aber zunächst eine verlässliche Infrastruktur, ausreichend Betreuungsplätze, und zwar gerade auch für die Kleinsten. Hier drückt der Schuh am meisten. Minister Laschet hat zu Recht in der Aktuellen Stunde am 18. Januar darauf hingewiesen, dass sich nach einem Jahr Elterngeld eine Lücke auftut, da die Eltern wieder auf sich selbst gestellt sind, weil die notwendigen Betreuungsplätze fehlen.

Hier müssen wir ansetzen. Wir brauchen verlässliche Betreuungsstrukturen, damit Eltern wissen, dass ihre Kinder auch gut versorgt sind, wenn sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen. Das ist das familienpolitische Gebot der Stunde: Infrastruktur vor finanzieller Entlastung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung teilt diese Sichtweise; wir sind da einer Meinung. Minister Laschet hat das gestern noch einmal in der Presse bekräftigt, und er hat die Ablehnung des Elterngeldes im Bundesrat in Aussicht gestellt.

Deshalb fordern wir heute die CDU-Fraktion auf: Bekennen Sie in dieser Frage Farbe. Stellen Sie sich in dieser Frage zu Ihren eigenen familienpolitischen Konzepten. Stehen Sie zu den Aussagen

Ihres Ministerpräsidenten und Ihres Fachministers.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind gespannt, wer sich an dieser Stelle in der familienpolitischen Debatte in der Koalition durchsetzen wird. Wird das die CDU-Fraktion als größere Fraktion sein, oder wird es wie so oft sein, dass sich die kleine Fraktion FDP durchsetzt, also der Schwanz mit dem Hund wackelt? Ich bin gespannt auf Ihre Beiträge zu unserem Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Abgeordnete Milz von der CDU-Fraktion das Wort.

Andrea Milz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen liest, könnte man auf den ersten Blick sogar erfreut sein und sagen: Es ist schön, dass den Qualitäten unseres Minister ein eigener Antrag gewidmet wird. – Das ist doch toll, Herr Laschet. Das haben wir nicht so oft.

Ich bin immer dabei, wenn wir uns in dem zuständigen Fachausschuss über die besten Wege auseinander setzen. Dort habe ich nicht immer den Eindruck, als ob sich Frau Asch und Herr Laschet unheimlich gut verstehen oder gar in den Armen liegen würden. Aber das mag meine falsche Sicht der kleinen Dispute sein, die dort untereinander ausgetragen werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nun gut! Ich könnte, wenn ich den Antrag zum zweiten Mal lese und vielleicht nicht mehr so erfreut bin, auch zu der Einsicht kommen: Der ist gar nicht gestellt worden, um hier über Neuigkeiten nach der Aktuellen Stunde im Januar zu diskutieren – damals haben wir nämlich schon einmal über dieses Thema diskutiert –, sondern nur, um die CDU ein bisschen zu ärgern oder sie vielleicht sogar in Konflikte zu bringen: Was sagt Frau von der Leyen? Was sagt Herr Laschet? – Auch das ist ein Weg, wie man den Antrag lesen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur eines: Sie brauchen uns nicht zu sagen, dass wir unseren Minister unterstützen sollen. Das tun wir wirklich aus voller Überzeugung und auch jede Woche, nicht nur dann, wenn in der Zeitung irgendetwas steht, was uns gerade zupass kommt. Das will ich an der Stelle von uns aus bemerken.

Die Wege, die wir alle austarieren müssen, um für Familien und Kinder das Beste zu tun, sind so

vielfältig, dass es, wie ich glaube, falsch wäre, dem Antrag, wie er heute gestellt ist, zuzustimmen. Das wiederum würde nämlich Herrn Laschet ganz enorm binden. Insofern ist unsere Haltung die, dass wir keine Nachhilfe brauchen und deshalb auch den Antrag ablehnen.

Vor zwei Tagen stand in der „FAZ“ ein Artikel – aber vielleicht vertue ich mich da auch wieder –, wonach die familienpolitische Sprecherin der Bundesgrünen gesagt hat, auch sie wollten im Prinzip ein Elterngeld, nur nicht jetzt und nicht so und irgendwie anders.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Offensichtlich haben Sie da einen Dissens über kleine Schwerpunktveränderungen innerhalb des Landes und des Bundes. Auch das ist eine spannende Frage. Aber darüber reden wir heute nicht. Ich will hier keine große Familiendebatte anzetteln. Das haben wir oft genug getan und werden es, gerade wenn wir in den nächsten Monaten das Kindergartengesetz ändern werden, mit Sicherheit immer und immer wieder tun, um wirklich alle gemeinsam um den besten Weg zu ringen.

Insofern hoffe ich, dass Sie es, wenn Herr Laschet dann etwas sagt, auch so toll finden und vielleicht noch einmal einen Antrag zu Papier bringen. Für heute sage ich danke schön und tschüss.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Abgeordneter Haseloh, SPD-Fraktion, das Wort.

Karl-Heinz Haseloh (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen arbeitet schnell, und sie macht jetzt auch Tempo. Die Fraktion hört zu und macht die Aussagen von Minister Achim Laschet in der Aktuellen Stunde zur Grundlage ihres Antrags.

Aber ich meine, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übersieht in ihrer Eile die aufgestellten Wegweiser und marschiert in die falsche Richtung. Wenn wir über den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder sprechen, ist nicht Berlin die zuständige Baustelle, sondern allein wir in Nordrhein-Westfalen haben per Gesetz die Verantwortung und den Auftrag, Betreuungsangebote für Kinder bereitzustellen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sollte Bündnis 90/Die Grünen aus seiner Regierungsbeteiligung in der letzten Legislaturperiode

noch wissen. Da Bündnis 90/Die Grünen, jedenfalls aus meiner Sicht, dieses große Hinweisschild übersehen hat, sage ich für die SPD: Wir werden den vorliegenden Antrag nicht mittragen. – Ich sage Ihnen auch, warum die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen kann. Frau Löhrmann hat in der zitierten Aktuellen Stunde erklärt – Ihre eigenen Worte –: Wir wollen, dass Kinder unabhängig vom Portemonnaie der Eltern den Kindergarten besuchen. – Weiter erklären Sie: Eltern, und insbesondere Frauen, muss ermöglicht werden, Kinder und Karriere unter einen Hut zu kriegen, dass sich wieder mehr für Kinder entscheiden.

Ich frage mich, warum Sie dann die Einführung des Elterngeldes kritisieren, wie es von der großen Koalition in Berlin vorgesehen ist. Denn – ich sage das bei allen Fragen, die man dazu haben kann – ein Obolus kann die Entscheidung für den Nachwuchs durchaus befördern, gerade bei den Qualifizierten. Ich rede nicht von Hochqualifizierten, sondern z. B. von ganz normalen Facharbeitern, Müttern und Vätern, denen dieser Schritt zum Kind erleichtert werden soll. Dadurch wird der Einkommensausfall deutlich abgefedert. Unsere nordischen Nachbarn haben jedenfalls gute Erfahrungen mit dem Elterngeld gemacht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die haben aber auch eine Betreuungsstruktur!)

– Ja, deswegen müssen wir auch an beiden Sachen arbeiten und nicht so ausschließlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: First things first!)

In Schweden wurde das Elterngeld schon vor drei Jahrzehnten eingeführt. Wenn man sich die Wirkungen auf die Geburtenrate ansieht, kann man feststellen, dass sie 2004 dort bei 1,8 Kindern pro Frau lag, in Deutschland aber nur bei 1,3. 2004 betrug die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Schweden 75,9 %, in Deutschland 59 %. Man muss sich schon fragen, was so ganz verkehrt daran ist, wenn man Kraftanstrengungen unternimmt, um den Schritt hin zum Kind zu erleichtern.

Zum zweiten Grund der Ablehnung! Sie beziehen sich auf die Aussage von Minister Laschet, der mit den Worten zitiert wird: Unsere Priorität ist der Ausbau der Betreuung, denn die Entscheidung für oder gegen Kinder hängt wesentlich davon ab, ob die Vereinbarkeit und das Betreuungsangebot vorhanden sind. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, derselbe Minister hat angekündigt, bei den Kindergärten massiv zu kürzen: über 104 Millionen € bei den Sachkosten und bei der Bezu

schussung der Kindergartenbeiträge. Er verlagert diese Verantwortung auf die Kommunen

(Zuruf von den GRÜNEN)

– doch, das ist so – und zwingt sie indirekt zu einer Beitragserhöhung. Mehr noch: Derselbe Minister kürzt bei der gesamten Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien: in der Jugendhilfe, in der Familienberatung und in der Erziehungsberatung.

Ich möchte Ihnen anhand meines Heimatkreises Minden-Lübbecke verdeutlichen, welche zusätzlichen Herausforderungen dort auf die insgesamt elf Städte und Gemeinden zukommen, die in vier Jugendamtsbezirken zusammengefasst sind.

(Minister Armin Laschet: Ich denke, Sie reden über Kinder!)

– Ja, wir reden über Kinder, über die Strukturen und über diejenigen, die auf der Landesebene und auf der kommunalen Ebene die Verantwortung tragen. Wir reden auch über die Eltern. Ich war Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. Ich weiß, was es bedeutet, mit einer differenzierten Kreisumlage umzugehen, wenn das, wie für Minden-Lübbecke, heißt, dass dem Kreis 1,2 Millionen € verloren gehen. Der Stadt Minden gehen 600.000 € verloren, der Stadt Porta Westfalica 300.000 € und der Stadt Bad Oeynhausen 400.000 €.

Dann sind Sie in einem Jahr bei 2,2 Millionen €. Da das Ganze in diesem Jahr nicht aufhört, sind Sie in dieser Legislaturperiode – um nur bei dem Betrag der 84 Millionen € zu bleiben – bei 10 Millionen €, die diesen Kommunen, diesen Gebietskörperschaften entzogen werden. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von der SPD)

Darauf müssen wir achten, wenn wir über die Betreuungsstruktur reden.

Ich denke, dass diese Sparbeschlüsse einseitig nur dem Land Luft verschaffen und unsere Städte und Kindergartenträger in die Zwangslage bringen, Elternbeiträge massiv erhöhen zu müssen. Erneut werden mit derlei Beschlüssen zusätzliche Finanzierungslasten und -risiken auf die Städte und Gemeinden abgewälzt.

An dieser Stelle wiederhole ich einmal etwas, was schon oft gesagt worden ist: Herr Minister Laschet, man muss aufpassen. Die Grünen meinen ja, sie hätten da einen richtigen Verbündeten. Ich glaube eher, dass Sie in dieser Regierung vielleicht der Kammerdiener sind, und erinnere daran, was mit den Landwirtschaftskammern passiert ist.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie müssen aufpassen, dass so etwas hier nicht passiert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist schon passiert!)

Es fällt mir schwer, das jetzt so zu sagen. Aber wir leben ja in der karnevalistischen fünften Jahreszeit. Außerdem halte ich es schon für angebracht, darauf hinzuweisen. Meine Befürchtung ist, dass das ganze Kabinett nach diesen vier Jahren als größte Kammerdienerveranstaltung dasteht – auch in anderen Bereichen. Das wird man schon sehen, glaube ich.

Damit will ich Folgendes sagen: Man muss aufpassen, dass hier nicht nur Geld in tradierte Besitzstände gesteckt wird, sondern dass tatsächlich neue Strukturen entwickelt werden. Und da müssen wir hinschauen – das ist meine Ansage an die Grünen –, welche Baustelle wir haben. Warum wir diesen Antrag ablehnen, ist ziemlich klar: Wir denken, dass man das Elterngeld – je nachdem, wie es ausgestattet wird – eben auch noch nicht ad acta legen kann. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Jetzt hat der Abgeordnete Witzel, FDP-Fraktion, das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst sehr herzlich bei Frau Kollegin Asch für die permanente Wertschätzung bedanken, die die Grünen der Arbeit der FDP und unserer Stellung hier entgegenbringen. Das tut schon gut, wenn man weiß, welche traumatischen Erfahrungen Sie in den letzten zehn Jahren zu verarbeiten hatten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dort vorne steht die Speerspitze der familienpolitischen Kompetenz!)

Gleichwohl legen Sie uns hier regelmäßig dar, dass wir auf partnerschaftlicher Augenhöhe – Partnerschaft ist ja auch ein gutes Stichwort für diesen Antrag – gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auftreten und uns eng abstimmen müssen. Da können Sie völlig beruhigt sein. Es gibt keinerlei Dissens zwischen den Regierungsfractionen. Keiner redet gegen den anderen. Wir gehen gemeinsam vor. Wir werden auch diesen Ihren Antrag gemeinsam ablehnen. Wir haben nämlich gemeinsam als Koalition der Erneuerung den richtigen Reformkompass für NRW.

(Beifall von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Deshalb streben wir auch keine neuen Ufer an.

Zur Sache selbst: Ihr Antrag ist reichlich kurz gesprungen. Er reduziert Familienpolitik auf den Ausbau der Betreuungsangebote. Dabei sprach doch selbst in Ihrer alten gemeinsamen – nun abgewählten – Bundesregierung die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt unter Mitverantwortung der Grünen im Bund vom Policy-Mix, einem Mehrklang aus Kinderbetreuung, effektiver finanzieller Unterstützung und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen.

Auch die Grünen waren im vergangenen Jahr schon einmal weiter. In ihrem alten, überholten Wahlprogramm zur Bundestagswahl hieß es nämlich:

„Wir setzen auf den Ausbau der Infrastruktur, ohne die tatsächlich notwendigen Transfergeleistungen zu vernachlässigen.“

Ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungssystem vor allem für unter Dreijährige ist dabei eine wichtige Komponente, aber eben auch nur eine Komponente, zu der sich auch alle Fraktionen hier im Hause bekannt haben. Die Grünen hatten aber sowohl im Bund als auch im Land viele, viele Jahre – eigentlich viel zu viele – die Chance, ein solches auch in die Tat umzusetzen.

Diese Zeit haben Sie – wie in vielen anderen Politikbereichen auch – wieder einmal ungenutzt verstreichen lassen. Rot-Grün hat die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen – diese Zahl muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen; deshalb wundere ich mich, dass Sie proaktiv dieses Thema suchen, anstatt sich für Ihre eigene Bilanz zu schämen – mit einer Betreuungsquote kleinerer Kinder von 2,8 % verlassen. Das ist die Bestandsaufnahme zum Ende Ihrer Regierungszeit. Bei Ihrer Abwahl waren es in Nordrhein-Westfalen 2,8 %. Damit haben Sie das von Ihnen selbst gesteckte Ziel von 20 % bis zum Jahr 2006 immens verfehlt.

Selbst der kostenneutralen Umwandlung von nicht mehr benötigten Kindergartenplätzen in solche für kleinere Kinder hat die von den Grünen mitgetragene Landesregierung in der letzten Legislaturperiode nur auf Druck stattgegeben. Wir erinnern uns sicherlich alle zum Beispiel an den Fall in Langenfeld. Sie wollten das Geld ursprünglich nämlich lieber als willkommenen Beitrag zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher einsetzen.

Die Grünen haben bereits vor der Bundestagswahl 2002 versprochen, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur dürfe nicht zulasten der Länder

und Kommunen finanziert werden – und dann genau Gegenteiliges getan. Mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz – TAG – haben Sie auf der Grundlage falscher Zahlen und unter Annahme falscher Tatsachen den Kommunen 2,5 Milliarden € Entlastungen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugesagt, wovon sie 1,5 Milliarden € in den Ausbau der Infrastruktur investieren sollten. Leider ist das Geld bis heute aber nicht bei den Kommunen angekommen. Im Gegenteil: Viele Städte und Gemeinden klagen seitdem über Mehrausgaben im Vollzug von Hartz IV.

(Frank Sichau [SPD]: Falsch!)

Auf Nachfrage der FDP-Kollegen im Bund antwortete die inzwischen abgewählte, aber damals noch von den Grünen mitgetragene Bundesregierung lapidar: Sollte die Entlastung der Kommunen den Betrag von 2,5 Milliarden € über- oder unterschreiten, wird der Anteil des Bundes rückwirkend zum Jahresbeginn angepasst. – So einfach ist es also, in dem Moment, in dem man in Regierungsverantwortung steht, eine Zusage für einen Zeitpunkt nach der eigenen Abwahl zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist es fast schon dreist, wenn auf der Homepage der Grünen unter der Rubrik „Das haben wir erreicht“ öffentlich steht – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –:

„Deshalb haben wir ... das Gesetz zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren umgesetzt. Damit haben wir erreicht, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind.“

Wenn das, was Sie dort auf Ihrer Homepage schreiben, stimmt, muss sich jeder, der klar denken kann, fragen: Warum legen Sie dann heute noch diesen Antrag in dieser Form vor?

Betreuung ist nicht alles. Der Familienatlas 2005 von Prognos und der „Zeit“ zur Lebenssituation von Familien in einzelnen Regionen Deutschlands zeigt, wie sehr Kinder- und Familienfreundlichkeit auch von anderen Faktoren abhängig sind wie wirtschaftlichem Wohlstand, Arbeitsmarktsituation etc. So werden beispielsweise die neuen Länder trotz flächendeckender Betreuungsplätze nicht als familienfreundlich bewertet, da es dort wegen der schlechten Arbeitsmarktlage an anderweitigen Perspektiven mangelt.

Nachhaltige Familienpolitik ist damit nun eine echte Querschnittsaufgabe, die Zukunftschancen sichert. Familienpolitik muss nach unserer Auffassung als FDP-Landtagsfraktion den Tatsachen insgesamt ins Auge sehen und auch veränderte

Lebensbedingungen zur Kenntnis nehmen. Längere Ausbildungszeiten, ein härterer Wettbewerb am Arbeitsmarkt insgesamt, besonders um hoch qualifizierte Positionen, steigende Anforderungen an Flexibilität und Mobilität – all das sind Faktoren, die es jungen Menschen schwerer machen, sich für Kinder zu entscheiden.

Eine erfolgreiche Familienpolitik trägt dem Bedürfnis nach materieller Unabhängigkeit, vor allem von Transferleistungen des Staates, und beruflichem Fortkommen trotz Kind Rechnung. Aber Familienpolitik darf sich auch nicht überschätzen. Denn Politik kann eben nicht alle Ursachen von Kinderlosigkeit beheben. Als Stichworte sei hier nur verwiesen auf eine steigende Lebenszufriedenheit jüngerer Menschen ohne Kinder sowie auf ganz pragmatische Fragen wie das Fehlen des richtigen Partners.

(Zuruf von der SPD)

Auch wenn die Grünen meinen, mit der Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrages sowie mit Einführung des Kindergeldzuschlages für ALG II-Empfänger einen riesigen Schritt nach vorne gemacht zu haben, so irren sie. Jeder weiß – und die geringe Geburtenrate von 1,3 Kindern zeigt es deutlich –, dass diese familiären Zahlungen nicht alleine den Ausschlag geben, Kinder zu bekommen. Denn sie sind im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten, die Eltern für ein Kind aufbringen müssen – wenn man sich am anerkannten Ifo-Institut und der dortigen Berechnung orientiert, sind das bis zum 18. Lebensjahr rund 150.000 € –, nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenngleich sie einen Baustein im Gesamtsystem ausmachen.

Sicherlich sind vor dem Hintergrund, dass nirgendwo in Europa die familienpolitischen Transferleistungen so hoch und die Geburtenraten so niedrig sind, die gesamten familienbedingten Subventionen zu überdenken und weiter zu entwickeln. Aber die Aufregung der Grünen bezüglich des Elterngeldes ist für uns nicht nachvollziehbar. Das ist sie schon deshalb nicht, weil Sie das System Elterngeld – Sie haben es als Lohnersatzleistung für Eltern nach schwedischem Modell bezeichnet – als Instrument der Familienpolitik für die zu Ende gegangene Wahlperiode im Bundestag in Erwägung gezogen haben.

Was man diskutieren kann und muss, ist die genaue Ausgestaltung. Es gibt sicherlich vieles im Detail, was zu kritisieren ist, zum Beispiel die im aktuellen Modell vorgesehene Männerquote. Dazu sagen wir: Entscheidend ist die persönliche Freiheit und nicht der staatsdirigistische Eingriff in

die Geschlechter. Die Aufgabenverteilung soll jeder zu Hause privat für sich entscheiden.

(Zuruf von der SPD: Da wissen Sie ja sehr genau, worüber Sie sprechen!)

So gibt es im Detail viele Punkte, die sicherlich zu diskutieren sind.

Wir als FDP-Landtagsfraktion setzen auf eine nachhaltige Familienpolitik. Wir glauben, dass alle Aufgaben ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Ralf Witzel (FDP): Ich sehe zu, dass ich unverzüglich zum Schluss komme, Herr Präsident.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie könnten sich Ihre Lobeshymnen sparen!)

Uns ist es wichtig, dass wir die Familien stärken. Denn jede Aufgabe, die subsidiär wahrgenommen wird, entlastet den Staat. Das gilt aber als Anspruch für viele Bereiche, die damit verbunden sind – auch in der Bildungspolitik. Ich lade Sie herzlich ein: Machen Sie deshalb mit, damit wir die Vereinbarkeit von Familie ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Aber jetzt sollten Sie zum Ende kommen.

Ralf Witzel (FDP): ... und Beruf stärken. Stimmen Sie mit uns für die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen, denn für viele junge Alleinerziehende ist die betriebsstättennahe Beschulung wichtiger als das reine Wohnortprinzip. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Das muss doch ein Witzel gewesen sein!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Minister Laschet das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen bietet eigentlich die Chance, einmal eine grundsätzliche Debatte darüber zu führen, welche Prioritäten man in der Familienpolitik setzt. Woran liegt es eigentlich, dass angesichts der Lage, die mehrere Redner – zuletzt Herr Witzel – beschrieben haben, in Deutschland weniger Menschen Ja zum Kind sagen als in der gesamten Europäischen Union?

Ich glaube, dafür gibt es sicherlich sehr unterschiedliche Gründe. Das eine betrifft die Frage: Sind wir eigentlich eine kinderfreundliche Gesell-

schaft? Ist es in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union vorstellbar, dass jemand gegen eine Kindertagesstätte klagt, weil sie das Bundes-Immissionsschutzgesetz für Lärm überschreitet, sodass sie geschlossen werden muss? Ich denke, dies müssen Politik, aber auch viele andere leisten; man kann es nicht per Gesetz verordnen.

Das Zweite sind die familienpolitischen Leistungen, die angesprochen worden sind: Wir geben in der gesamten Europäischen Union mit das meiste Geld für Familienpolitik aus. Trotzdem haben wir mit die geringste Geburtenrate in der Europäischen Union. Da ist im System etwas falsch. Dieses Geld wird nicht da eingesetzt, wo es eingesetzt werden müsste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist die Debatte über richtige Prioritätensetzung sehr wichtig. Die Sorge, die auch der Ministerpräsident geäußert hat, ist, dass man bei dem vielen Geld, das man jetzt in Berlin in die Hand nimmt, erneut die falschen Schwerpunkte setzt und nicht exakt am Kernproblem ansetzt.

Nun hat Frau Asch einige Beispiele genannt und das alte Klischee „Kinder, Küche, Kirche“ hochgehalten, das aus meiner Sicht seit mindestens zwei Jahrzehnten überwunden ist – wahrscheinlich noch länger. Wir haben viele Jahre damit verthan, dass der Staat eine bestimmte Vorstellung in eine falsche Richtung vorgeben wollte.

Ich halte die Kritik der Grünen auf Bundesebene in den letzten Tagen für nicht richtig. Sie behaupten, wir seien gegen Alleinverdiener und brächten irgendjemanden zurück an den Herd. Das wird dann so schön als Zahlung einer „Herdprämie“ formuliert. Das ist alles nicht die Frage.

Der große Schritt, den wir in den 80er-Jahren gemacht haben, war, danach zu fragen: Wie kommt man dazu, Erziehungs- und Familienarbeit gleichermaßen anzuerkennen? Das war eine neue Definition von Arbeit, die Heiner Geißler in der Oppositionszeit damals unter dem Begriff „neue soziale Frage“ angesprochen und zusammen mit Rita Süßmuth in den 80er-Jahren in ein Gesetz umgesetzt hat.

Man hat erstmals gesagt: Auch derjenige, der Kinder erzieht, leistet Arbeit: Das werden wir in den Sozialversicherungssystemen auch anerkennen. Zum ersten Mal nach 100 Jahren Sozialversicherung aus Bismarck'scher Zeit ist man dazu gekommen, Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anzuerkennen. Damals hat man das Erziehungsgeld eingeführt, was man aller-

dings nie richtig angepasst hat. Deshalb haben wir ja heute die Probleme. Das hat einmal mit 600 DM begonnen und ist dann Stück für Stück abgesunken, sodass kaum noch jemand in den Genuss des Erziehungsgeldes kam.

Außerdem hat man den Erziehungsurlaub, wie man ihn damals nannte, eingeführt, den wir heute Elternzeit nennen. Damit hat man, wenn man aus dem Beruf aussteigt, für drei Jahre eine Arbeitsplatzgarantie.

Ich habe die Sorge, dass das Elterngeld nun ein Schritt zurück ist.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Mich wundert, dass die SPD mit wehenden Fahnen für dieses Elterngeld ficht: eine – wie Sie das immer so schön sagen – Umverteilung von unten nach oben. Zum ersten Mal werden Kinder nicht mehr gleich behandelt, zum ersten Mal wird die Tochter der Rechtsanwaltsgehilfin schlechter behandelt als die Tochter der Rechtsanwältin.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Dass das von einer sozialdemokratischen Partei mit so viel Engagement vorangetrieben wird, ist mir bis heute unverständlich. Ich glaube, dass viele Ihrer Mitglieder und Ihrer Wähler, die in Zukunft weniger Geld haben werden, weil der Sockelbetrag unter dem Elterngeld liegen wird, Ihnen das in vielen Diskussionen vorhalten werden, wenn das Ganze erst einmal umgesetzt ist. Es hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wenn die Kinder der Reichen mehr Geld bekommen als die Kinder sozial Schwächerer.

Insofern halte ich, wenn wir so viel Geld in die Hand nehmen, den Ansatz für richtig, erst einmal das Betreuungsangebot auszubauen.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Was hilft es denn der Frau – sie ist ja meist diejenige, die aus dem Beruf aussteigt –, wenn sie nach zehn Monaten in den Beruf zurückkehren will, dann aber kein Betreuungsangebot für ihr Kind hat?

Und glauben Sie doch nicht, dass aufgrund solcher Lohnersatzleistungen irgendjemand Ja zu einem Kind sagen würde.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Deshalb ist folgende Prioritätensetzung richtig: erstens Betreuungsangebot verbessern, zweitens Ganztagschulen ausbauen, so wie es sich diese Landesregierung vorgenommen hat, drittens familienfreundlichere Flexibilisierung auf dem Ar-

beitsmarkt vorantreiben, viertens die Qualität der Betreuung verbessern. Und wenn dann noch finanzielle Spielräume da sind, kann man auch über Lohnersatzleistungen oder Ähnliches nachdenken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Grund, weshalb man Ihrem Antrag nicht zustimmen kann, ist die Passage, die sich auf den Kompromiss bei der Steuer bezieht, den man jetzt in Berlin beschlossen hat. Auch das hätte man anders machen können.

Aber ich denke, dass Familien durch die neuen Beschlüsse der großen Koalition ganz erheblich entlastet werden. Selbst wenn die Elternbeiträge, die seit 1993 nicht mehr angehoben wurden, um wenige Euro steigen würden – Herr Kollege Haseloh, Sie haben das eben dramatisch an die Wand gemalt –, wären die sozial Schwachen davon gar nicht betroffen. Sie wissen, dass 22 % der Menschen gar keine Elternbeiträge zahlen.

(Zuruf von Karl-Heinz Haseloh [SPD])

Eine Steigerung um 25 %, die jetzt auch vonseiten der Verbände immer wieder genannt wird, bedeutet für viele nicht mehr als 7 €, 8 € oder 9 €. Jede Familie wird sich durch das, was in Berlin zum Abzug der Kinderbetreuungskosten im Steuerrecht beschlossen worden ist, besser stehen. Insofern entspricht das Horrorszenario, das Sie an die Wand gemalt haben, dass sich das Kinderbetreuungsangebot dadurch verschlechtern wird, nicht der Realität.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt, der über das Betreuungsangebot hinausgeht, erwähnen. Wie die Kollegen es hier beschrieben haben, gibt es eine Fülle an familienpolitischen Leistungen, die in dem System von Bund, Ländern und Kommunen aber so kompliziert organisiert sind, die so kostspielige Verschiebeparkplätze haben, dass wir hier über eine völlige Neuordnung nachdenken müssen. Zum Beispiel werden nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Leistungen angerechnet, wenn man Arbeitslosengeldes II bezieht. Ich frage mich, welchen Sinn es hat, einer Alleinerziehenden mit viel Aufwand im Rahmen des Unterhaltsvorschusses Geld zu geben und es ihr beim Arbeitslosengeld II gleich wieder abzuziehen. Wir denken bereits darüber nach, wie man hier zu einer Vereinfachung kommen kann. Auch das wäre ein wichtigerer Schritt, als jetzt das Elterngeld einzuführen.

Wir werden die Debatte in den nächsten Wochen mit der Bundesregierung in Berlin führen müssen: über Familien mit geringeren Einkommen, die

durch diese Regelung benachteiligt werden, im Sinne der Alleinerziehenden, denen dieses Modell nicht weiterhilft, und unter dem Gesichtspunkt, ob wir auch denjenigen anerkennen, der Familienarbeit leistet. Was ist beispielsweise mit dem, der Ja sagt zum Kind, der ein Kind bekommt, der die zehn Monate in Anspruch nimmt

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer?)

– oder die –, wo auch der Mann, Frau Altenkamp, die vorgesehenen zwei Monate in Anspruch nimmt, und dann das zweite Kind bekommt? Ab diesem Zeitpunkt ist er auf den Sockelbetrag heruntersgesetzt. Auch das zeigt, dass das, was bisher zum Elterngeld vorgeschlagen wird, völlig unausgegoren ist und dass die jetzt stattfindende Diskussion einem Elterngeldgesetz nutzen wird.

Betreuung ist der Schwerpunkt der Landesregierung. Wir haben bereits unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung damit begonnen, zu den vorhandenen 38.700 Plätzen für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen, Spielgruppen und Kindertagespflege Betreuungsplätze für weitere 16.500 Kinder zu schaffen. Wir wollen darüber hinaus in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 25 Millionen € aus ESF-Mitteln zur Verfügung stellen, um Eltern, die lange Zeit arbeitslos waren und nun wieder eine Tätigkeit aufnehmen wollen, oder Väter und Müttern, die vorzeitig aus der Elternzeit zurückkehren möchten, einen Zuschuss zu den Kosten für die Betreuung der unter Dreijährigen zu geben.

Wir werden mit einer Reform des GTK die Tagespflege ausbauen. Wir wollen mehr Plätze für über Dreijährige in Plätze für unter Dreijährige umwandeln. Sie kennen unsere Zielvorgabe von 20 % für diese Wahlperiode. Insofern ist der Grundansatz richtig: Kinderbetreuung muss Priorität haben. Kinderbetreuung erleichtert das Ja zum Kind. Dazu sind heute oft Schweden oder andere skandinavische Länder zitiert worden. Für uns ist viel eher Frankreich ein Muster, ein Beispiel, wie Familientätigkeit und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren sind. In Frankreich ist das A und O eine gute, qualifizierte Kinderbetreuung. An der wollen wir ebenfalls arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laschet. – Für die SPD spricht nun die Kollegin Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man könnte meinen, der Antrag der Grünen sei, wenn man von der Über-

schrift einmal absieht, eine ganz sinnvolle Geschichte. Der Hintergrund dieses Antrags ist aber, einen Keil zwischen die Partner der großen Koalition auf Bundesebene zu treiben. Nach den Äußerungen des Ministers kann ich nur sagen: Das scheint irgendwie gelungen zu sein. Das muss man wohl mal sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn das, was Sie gerade gesagt haben, ist eine Kritik an der Familienministerin von der Leyen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Eine berechtigte Kritik!)

Das ist auch eine Kritik an dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Ich würde der FDP raten, vielleicht einmal darauf zu achten, wie das Koalitionsverständnis einiger Mitglieder des Landeskabinetts ist. An Ihrer Stelle wäre ich da vorsichtig. Das scheint ja noch heiter zu werden. Mich delectiert das, für mich wird das lustig. Ob das für Sie so komisch wird, weiß ich nicht.

Augenscheinlich haben die Grünen und auch unser Minister Laschet ein Problem mit dem Elterngeld und den familienfördernden Maßnahmen der Bundesregierung. Das ist Ihr gutes Recht. Das kann man durchaus so sehen. Der Antrag bringt uns aber in der Sache – es geht um familienfördernde Maßnahmen – nicht weiter, weil es eigentlich, wie geschildert, um etwas anderes geht.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Johannes Remmel [GRÜNE])

Was sind die Vorbehalte gegen das Elterngeld? Es gibt zum Beispiel Vorbehalte gegen die Bezugsdauer beim Elterngeld von zwölf Monaten im Vergleich zur Bezugsdauer beim Erziehungsgeld von zwei Jahren. Und es gibt Vorbehalte wegen der Ungerechtigkeiten gegenüber dem Erziehungsgeld heute, vor allem bei Alleinerziehenden, wie wir gehört haben.

Wie ist denn die Situation beim derzeitigen Erziehungsgeld? Letztlich macht man ja eines nach dem anderen. Das heißt: Erst einmal bleibt beim Erziehungsgeld alles beim Alten. Nach Schätzungen aus dem Jahr 2004 erhalten überhaupt nur 25 % der Eltern Erziehungsgeld. 15 % erhalten das Erziehungsgeld nur ein halbes Jahr lang. 35 % erhalten ein vermindertes Erziehungsgeld. Rund ein Viertel der Bezieher erhält das volle Erziehungsgeld für zwei Jahre.

Man kann davon ausgehen, dass sich beim Elterngeld, wie es heute konzipiert ist – mit allem, was man noch miteinander besprechen muss –,

87 % der Paarfamilien besser stehen, weil sie mehr Geld erhalten würden als heute.

(Zustimmung von der SPD)

85 % der Alleinerziehenden werden nach den Regelungen, die Sie genannt haben, vermutlich mehr erhalten als heute. Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Es ist nicht richtig, dass das Elterngeld per se ungerecht ist.

Jetzt sage ich Ihnen eines: Nach meinem Dafürhalten gibt es nichts Ungerechteres als das Kindergeld. Denn das Kindergeld ist für alle Kinder gleich. Das heißt aber noch lange nicht, dass dem Staat alle Kinder gleich viel wert sind. Und das bedeutet: Wir müssen darauf achten, dass es für das einzelne Kind bei den Bedingungen, in denen es aufwächst, nicht zu einer Gleichmacherei kommt. Vor diesem Hintergrund ist ein einkommensorientiertes Elterngeld möglicherweise eine sehr viel gerechtere Lösung, als den gleichen Betrag für alle Kinder auszuschütten, wie es beim Kindergeld heute der Fall ist.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von den GRÜNEN)

Festzuhalten bleibt: Eine längere, aber geringere Leistung als das derzeitige Erziehungsgeld wird keine Wirkung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen entfalten. Das ist nachgewiesen.

Der Kollege Haseloh hat auf Skandinavien hingewiesen. Eines ist klar: Die Einführung des Elterngeldes und der Ausbau der Betreuung im U3-Bereich stehen nicht kontradiktorisch zueinander, sondern sind miteinander verbunden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Erklären Sie das den kleinen Arbeitern!)

Das ist im Koalitionsvertrag auf Bundesebene auch deutlich gemacht worden.

Damit sind wir bei der Frage, die landespolitisch interessant ist, nämlich: Was tut diese Landesregierung – mehrheitlich CDU-geführt –, um die Betreuungssituation für Kinder unter drei Jahren zu verbessern? Da muss ich sagen: Bei allem, was ich bislang zu erkennen versucht habe, ist nichts zu sehen, was auch nur den Namen „Konzept“ verdienen würde.

Bei der Anhörung zu unserem Antrag zur Verbesserung der U3-Betreuung beziehungsweise zur Umsetzung des TAG wurde deutlich, dass die Betreuung der unter Dreijährigen eine besondere Qualität braucht. Ein Ausbau der Tagespflege beispielsweise, um auf quantitative Aspekte zu set-

zen, bedeutet nach Meinung der Experten bei dieser Anhörung letztlich einen Holzweg.

Es wird also um einen schrittweisen Aufbau der institutionellen Angebote gehen, um das TAG in NRW umzusetzen. Wir wollen in unserem Antrag zunächst ein Angebot für 20 % der unter dreijährigen Kinder machen. Dies – habe ich gehört – will die Landesregierung ja auch. Dann soll es step by step bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das Elterngeld ab 2008 muss auch in NRW mit einem entsprechenden Betreuungsangebot für unter Dreijährige flankiert werden.

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen: Besonders die langzeitarbeitslosen Eltern aus den ESF-Mitteln zu fördern ist keine Erfindung Ihrer Regierung. Das wurde von der alten Landesregierung ausgedacht.

Mir scheint es wichtig, dass wir jetzt beginnen, sowohl das Elterngeld zu verfolgen als auch die Verbesserung der Betreuung der unter Dreijährigen. Das muss nicht nach Prioritätenlisten stattfinden. Wir sind vielmehr wegen der verpassten Chancen in der Familienpolitik in Deutschland in den letzten 20 Jahren leider in der Situation, dass wir auf breiter Front alles gleichzeitig machen müssen, um die Situation der Familien zu verändern.

Eines sei noch gesagt: Dieser Antrag vermengt die unterschiedlichen Maßnahmen der unterschiedlichen politischen Ebenen, wie wir finden, in unzulässiger Weise. Auch deshalb stimmen wir dem Antrag nicht zu. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Altenkamp. – Für die CDU spricht jetzt der Kollege Jarzombek.

Thomas Jarzombek (CDU): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Altenkamp, Sie hätten sich gar nicht so sehr mühen und Ihre Redezeit bis aufs Letzte ausnutzen müssen. Wir werden diesem Antrag ohnehin nicht zustimmen.

(Zuruf von der SPD: Oh! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das spricht gegen Sie!)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich kann Ihnen allerdings Folgendes beschreiben: Als ich mit Minister Laschet darüber gesprochen habe, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen, hat er sich wirklich gefreut. Er hat sich sehr gefreut. Wir hätten fast einen Entschließungsantrag gestellt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir freuen uns, dass Sie sich in Ihren Anträgen so charmant über unseren Minister äußern. Das tut einem Minister auch schon mal gut, vor allen Dingen in Anbetracht dessen, was Frau Asch ihm im Generationenausschuss immer gesagt hat.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir haben aber schon verstanden, was das Ziel Ihrer Operation ist: Das Ziel Ihrer Operation ist, uns möglichst in jeder Sitzung mit der neuen großen Koalition in der Bundesregierung auseinander zu dividieren.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Danke, dass Sie mit mir kommunizieren, Herr Remmel. Ich begrüße Sie dann auch als mittlerweile erfolgreichste Oppositionspartei in Deutschland: Sie sind in keinem Parlament mehr vertreten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: In keinem Parlament mehr? Hier sind wir!)

– Entschuldigung! Sie sind in keiner Regierung mehr vertreten und haben natürlich locker die Möglichkeit, hier so etwas zu machen.

Aber Sie werden sich von mir anhören müssen – das ist mittlerweile guter Brauch bei mir –, mit welcher Bilanz und mit welcher Priorität Sie hier eigentlich abgetreten sind.

Wir haben für 2,8 % der unter Dreijährigen Betreuungsangebote. Damit liegen wir ziemlich am Ende. Selbst der westdeutsche Durchschnitt liegt bei 4 %. Wir haben eine Fertilitätsrate von 1,3. In all den Ländern, die Sie hier immer anführen, liegt sie deutlich höher, nämlich mindestens bei 1,9 – siehe Frankreich. In den letzten Umfragen darüber, ob Deutschland als kinderfreundliches Land gewertet wird, haben 68 % gesagt: Nein. Deutschland ist nicht kinderfreundlich. – Das ist die Bilanz dessen, was Sie in vielen Jahren Rot-Grün im Land wie im Bund erreicht haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Seit einigen Monaten sind Sie auch auf Bundesebene aus der Regierung abgewählt. Und Sie erzählen uns jetzt: Wir brauchen Priorität für die Infrastruktur. Wir müssen jetzt in Betreuungsangebote investieren. Wir müssen viel Geld in die Hand nehmen und Betreuungsangebote ausbauen. – Dann frage ich mich, wo diese Initiative in den letzten Jahren geblieben ist,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da waren Sie noch nicht in diesem Parlament!)

als Ihre Finanzminister hier gestanden haben und erklären mussten, wie die jährliche Neuverschuldung aussieht. Sie hinterlassen uns 112 Milliarden € Schulden, stellen sich, nachdem Sie die Regierungsverantwortung verloren haben, heute hier hin und erklären uns allen Ernstes, wir müssten endlich anfangen zu investieren, um hier einmal richtige Politik zu machen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Seriös ist da etwas anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können über dieses Thema diskutieren, wie wir möchten, eines müssen Sie der neuen Bundesregierung von Angela Merkel und auch unserer neuen Bundesfamilienministerin zugestehen: Jetzt wird in der Politik zum ersten Mal wirklich über Kinder diskutiert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh!)

Die Diskussion und der Wettkampf darum – da freue ich mich auf Frau Altenkamp –, was man mehr tun kann, damit die Menschen mehr Kinder bekommen und damit wir kinder- und familienfreundlicher werden, ist doch eine tolle Sache. Das haben Sie in all den Jahren Rot-Grün in der Form nie erreicht.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Es gab höchstens einen Kanzler, der an dieser Stelle von „Gedöns“ geredet hat.

Wenn Sie mit Ihrer Initiative heute das Ziel verfolgen, uns gegen die Bundesregierung auszuspielen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Wir stärken den Ministerpräsidenten und den Minister! Das haben Sie nur noch nicht gemerkt!)

dann kann ich Ihnen sagen: Das wird Ihnen an dieser Stelle nicht gelingen.

Ich kann das auch auf das bezogen anmerken, was von den Kollegen der SPD hier vielfältig argumentiert worden ist, nachdem man sich ja in Berlin nach langem Hin und Her und täglich neuen Meldungen – wir haben das hier in einer aktuellen Stunde diskutiert –, endlich auf eine Position verständigt hat: dass wir die Konsolidierung fortzuschreiben, die Sie in der Kinder- und Jugendpolitik in den letzten Jahren selber konstruiert haben. Da frage ich mich: Wo ist der Vorwurf?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Thomas Jarzombek (CDU): Nein. Vielen Dank. Ich möchte das gerne erst einmal zu Ende führen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wer so schlaun redet, wird doch eine Zwischenfrage zulassen!)

– Frau Löhrmann, dazu haben wir noch so viele Gelegenheiten.

Kommen wir zu dem Thema Elternbeitragsdefizitverfahren.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Er ist unsicher!)

Das ist der Punkt, an dem ich die SPD anspreche. Auf Bundesebene stellen Sie sich hin und sagen: Am liebsten hätten wir die Kindergärten beitragsfrei. – Insofern würde das Thema für uns entfallen. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, dass wir Ihre Konsolidierung fortführen, sei verkehrt. Das Interessante ist, dass Sie jetzt in Stadträten wie Düsseldorf sagen: Wir müssen den Kindergarten beitragsfrei machen. – Das ist ja überhaupt erst durch die Gesetzesänderung möglich, die Sie hier im Landtag so vehement bekämpfen. Ich empfehle Ihnen sehr: Schließen Sie sich doch mal mit Ihren Kollegen in den Stadträten zusammen und kommen Sie zu einer einheitlichen Linie! Das wäre an dieser Stelle sicherlich hilfreich.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf das an dieser Stelle damit abbinden, dass wir diesem Antrag natürlich nicht zustimmen werden, wenngleich ich mich darüber freue, dass Sie unseren Minister an dieser Stelle so loben.

Die Bilanz, die Sie uns hinterlassen haben, ist für uns ein Ansporn, es besser zu machen. Geben Sie uns doch die Chance! Lassen Sie uns unsere Politik im Land wie auch im Bund mal machen! Sie werden schon sehen: Das wird eines Tages besser werden, nämlich dann, wenn wir unsere Programme umgesetzt haben. Ich hoffe, dass Sie es dann auch an dieser Stelle zu würdigen wissen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Debatte ist etwas

Wichtiges passiert: Die Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern in den familienpolitischen Positionen haben sich sehr klar und sehr deutlich gezeigt.

Herr Witzel, von Ihnen als FDP haben wir natürlich nichts anderes erwartet. Das haben Sie hier noch einmal bestätigt. Mit dem Elterngeld, mit dem Besserverdienende noch gefördert werden, wird natürlich auch Klientelpolitik betrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kennen wir von Ihnen. Dass Sie ein solches Modell unterstützen, ist jedenfalls für uns nichts Neues.

(Zuruf von der FDP: Das ist doch jetzt peinlich!)

Interessant ist, dass Frau Milz – bei aller Wertschätzung – auf die inhaltliche Debatte im Grunde überhaupt nicht eingegangen ist. Sie haben letztlich nur auf irgendwelche Interaktionen zwischen dem Minister und mir abgehoben. Ich sage ganz klar das – das habe ich hier schon einmal gesagt –: Uns Grüne zeichnet eine differenzierte Position aus.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Oh!)

Das heißt, wenn wir im Ausschuss Positionen nicht für richtig halten, die Herr Laschet darstellt und repräsentiert, dann sagen wir das sehr klar und deutlich. Dann streite ich mich mit ihm. Aber wenn er eine Position vertritt, die wir für richtig halten, dann sagen wir das genauso deutlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt, wir machen nicht das, was Sie hier machen. Sie sagen: Im Grunde haben die Grünen ja Recht. – Das ist das, was bei den inhaltlichen Positionen der CDU-Fraktion herübergekommen ist. Im Grunde geben Sie uns Recht.

Der Minister hat es noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt: Es geht um die Prioritätensetzung in der Familienpolitik. Es geht darum, in Zeiten knapper Kassen da anzufangen, wo der Schuh am meisten drückt. Und das ist die Infrastruktur. Da sind wir vollkommen einer Meinung. Ich habe aus der CDU-Fraktion dazu auch nichts Gegenteiliges gehört.

Um unsere grüne Position noch einmal zu verdeutlichen: Wir haben nie gesagt, dass wir das Elterngeld ablehnen. Wir haben nur gesagt: Man muss mit intelligenten Konzepten in einer solchen Haushaltslage anders beginnen. Man muss dort beginnen, wo die Bedürfnisse der Eltern und wo die Bedürfnisse der Kinder liegen. Und das ist der

Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Das heißt, es geht um Prioritätensetzung, es geht um ein Nacheinander. Der Minister hat das eben inhaltlich auch noch einmal deutlich gemacht. Wir können das nur unterstreichen.

Spannend ist an dieser Stelle, wie dieser Koalitionskonflikt zwischen Ihnen gelöst wird. Da wird es interessant: Bei der Frage der Videothekenöffnungszeiten am Sonntag, die eine marginale Frage war, wurde die Abstimmung freigegeben; da konnte die FDP allein ihre Position deutlich machen. Aber in einer Frage, die Sie als CDU zum zentralen Punkt Ihrer Politik erklärt haben, lassen Sie sich jetzt von Ihrem kleinen Koalitionspartner knebeln

(Beifall von den GRÜNEN)

und lassen sich sozusagen vorschreiben, wie Sie hier abzustimmen haben. Das ist vollkommen absurd, zeigt aber die Kräfteverhältnisse in Ihrer Koalition.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Asch. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist doch deutlich geworden – alle Redner haben das gesagt –, dass das Thema „Kinder und Familie“ plötzlich quer durch die Republik diskutiert wird, dass es eben nicht mehr so ist wie zu der Zeit, als der frühere Bundeskanzler das „Gedöns“ nannte, sondern dass jetzt endlich alle erkannt haben: Das ist ein wichtiges Thema.

Wenn das so ist, und wenn im Bund eine große Koalition aus Schwarz und Rot regiert und wenn hier eine schwarz-gelbe Koalition erfolgreiche Arbeit leistet und wenn in manchem Stadtrat ganz andere Konstellationen herrschen, dann ist es doch auch völlig normal, dass es darüber unterschiedliche Meinungen gibt. Ich finde, das gehört zur Debattenkultur in diesem Landtag, dass man das auch mal so austragen kann: dass ein Ministerpräsident auch mal in einem Punkt einer Bundesfamilienministerin widersprechen kann und dass wir jetzt hier die Frage stellen, wie am Ende der beste Weg aussieht und wie das beste Ergebnis erreicht werden kann. Das hat also überhaupt nichts damit zu tun, dass hier irgendjemand einen Keil zwischen irgendetwas treiben will. In solchen Debatten werden einfach auch unterschiedliche Positionen deutlich.

Bei der SPD werden sie ja nur verdeckt. Bei Ihnen gefällt das auch nicht jedem, dass Sie den kleinen Leuten jetzt das Geld wegnehmen und die Besserverdienenden besser stellen.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Das ist doch auch in der SPD nicht Konsens. Da werden Sie noch Probleme haben, wenn einmal in Ihren Unterbezirken erörtert wird, was Sie da eigentlich im Moment an Familienpolitik in Berlin vorantreiben.

Wenn wir so offene Debatten führen, dann ist es am Ende natürlich keine Frage, die Koalitionspartner bei der Antragstellung, Frau Asch, gegeneinander auszuspielen. Ich habe gesagt, weshalb Ihr Antrag einige Defizite hat, einige Schwerpunkte falsch setzt, und habe auch Kritik geübt an den Steuerpunkten, die im Moment in Berlin abgestimmt werden. Insofern kann man guten Herzens, ohne dass ein kleinerer Koalitionspartner einen dazu drängen muss, zu diesem Antrag Nein sagen und dennoch in 80 oder 90 % der Ideen übereinstimmen, aber eben nicht bezogen auf den ganzen Antrag. Das ist ein völlig normaler Vorgang. Das findet in Parlamenten so statt.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Dennoch war es eine gute Debatte im Interesse der Kinder und im Interesse der Familien.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Vesper?

Minister Armin Laschet: Ich bin schon fertig.

Präsidentin Regina van Dinter: Nein. – Dann hat jetzt zur Geschäftsordnung Herr Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung beantragen wir Einzelabstimmung – wir wollen damit den Bedenken des Ministers Rechnung tragen –, und zwar zu I:

„Der Landtag unterstützt die Haltung von Minister Laschet: ‚Unsere Priorität ist der Ausbau der Betreuung.‘“

– Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Antrag zur Kenntnis genommen. Also lasse ich in direkter Abstimmung getrennt zunächst über Punkt I und dann über den gesamten Antrag abstimmen.

In der ersten Abstimmung stimmen wir also darüber ab, wer **Punkt I** des **Antrags** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1195** seine Zustimmung geben kann.

(Peter Biesenbach [CDU] meldet sich zu Wort.)

– Wir sind schon in der Abstimmung, Peter.

(Peter Biesenbach [CDU] bespricht sich mit der Präsidentin.)

Beantragt ist, zuerst über die Forderung Nr. I im Antrag der Fraktion der Grünen abzustimmen – „Der Landtag unterstützt die Haltung von Minister Laschet: ‚Unsere Priorität ist der Ausbau der Betreuung.‘“ – und anschließend über den Gesamtantrag abzustimmen.

(Peter Biesenbach [CDU] stellt der Präsidentin eine Frage.)

In der ersten Abstimmung geht es nur um die Forderung, um diesen einen Satz. In der zweiten Abstimmung geht es um den Gesamtantrag. Haben das jetzt alle verstanden? – Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer der Forderung unter Nr. I „Der Landtag unterstützt die Haltung von Minister Laschet: ‚Unsere Priorität ist der Ausbau der Betreuung.‘“ zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das wird **abgelehnt**.

Jetzt stimmen wir über den **Gesamtantrag Drucksache 14/1195** ab. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind der Antrag und die Forderung unter Nr. I in direkter Abstimmung mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

5 Qualitätsoffensive für unsere Hauptschulen – Bessere Chancen für alle Hauptschüler schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1194

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Recker für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen wichtigen Antrag zu beraten. Vor Ihnen steht jemand, der an der Schulform Hauptschule fast 20 Jahre lang engagiert und mit viel Freude gearbeitet hat, jemand der weiß, welche Möglichkeiten diese Schulform hat, der aber auch weiß, mit welchen Problemen diese Schulform zu kämpfen hat. Uns war immer klar, dass diese Schulform nur dann eine Chance hat, wenn sie zumindest die Rahmenbedingungen wie auch andere Schulen erhält.

Meine Damen und Herren, das ist leider jahrelang nicht geschehen. Kommen Sie an eine Hauptschule, werden Sie feststellen: Es geht wirklich ein Aufatmen durch die Hauptschulen. Eltern, Lehrpersonen und vor allem die betroffenen Schüler bekommen endlich die Chancen, die sie an dieser Schulform verdienen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Fast 20 % der Schüler in Nordrhein-Westfalen besuchen diese Schulform. Ihre Begabungen liegen schwerpunktmäßig im konkreten, anschaulichen Denken und vor allen Dingen im praktischen Umgang mit Dingen und Menschen. Genau diese Jugendlichen müssen wir fördern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

Fakt ist: Die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen ist von der rot-grünen Landesregierung gegenüber anderen Schulformen Jahre, ja Jahrzehnte lang massiv benachteiligt worden.

Ich will Ihnen das nur anhand eines Beispiels verdeutlichen: Jahrelang haben wir hier und an anderer Stelle intensiv eingefordert, dass diese Schulform endlich auch die Möglichkeit einer Ganztagsbeschulung bekommt. Es war für uns pädagogisch und sozial nicht vertretbar und nicht verständlich, dass man dieser am meisten belasteten Schulform diese Möglichkeit nicht gibt.

Wir alle wissen: Diese Schulform hat eine doppelte Integrationsaufgabe zu leisten. Sie ist zum einen die Schulform, die die höchste Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund aufnimmt, zum anderen muss sie während der Schuljahre eine Fülle von Rückläufern in bestehende Klassenverbände aufnehmen. Angesichts auch dieser Tatsache, unter der diese Schulform leidet, muss sie endlich die Anerkennung bekommen, die sie seit Jahren verdient.

(Beifall von Rudolf Henke [CDU])

Meine Damen und Herren, an der Stelle Dank auch an die Ministerin und ihr Ministerium. Hier leisten wir endlich den finanziellen Kraftakt, näm-

lich 30 % Lehrerbzuschlag, von denen 10 % für Sozialarbeit genommen werden können. Das ist ein fantastisches Angebot für die Hauptschulen und endlich eine Riesenchance für diese Schulform.

(Beifall von der CDU)

Was dieses Angebot konkret bedeutet, entnehmen Sie nur einmal ganz deutlich einem Zitat aus der „Westfalenpost“ vom 14. Februar. Frau Präsidentin, ich darf mit Ihrer Erlaubnis zitieren:

„In Siedlinghausen war es der Kampf ums Überleben, der den Ausschlag für die Ganztags-hauptschule gab. ‚Die Schülerzahl ging Ende der 80er-Jahre stetig zurück, irgendwann betrug sie nur noch 150‘, blickt Loffing zurück. Als letzte Alternative entschieden Schulaufsicht und -träger, aus der normalen Hauptschule eine Ganztags-hauptschule zu machen. ‚Die Schülerzahlen stiegen direkt wieder an. Die Nachfrage war groß‘, sagt Loffing. Heute sind es 280 Schüler, mehr können aus Platzgründen nicht genommen werden.“

Meine Damen und Herren, genau diese Wachstumschancen haben Sie dieser Schulform und damit einer großen Gruppe von individuell förderbedürftigen Schülern verweigert. Das ist der eigentliche Skandal, den Sie sich mit dieser Schule geleistet haben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es gehört aber noch ein Stück mehr dazu: Gerade Schüler der Hauptschule sollen eine Schulform erfahren und erleben, die sie in ihrem Bildungsanspruch ernst nimmt und optimal auf ihre Lebenszeit vorbereitet. Die Hauptschule muss daher ihren Schwerpunkt vor allem auch in der praktischen Intelligenz ihrer Schüler sehen und als gesellschaftlichen Schwerpunkt auch ihre Integrationsleistung. Es gibt bereits erfolgreiche Modelle – zum Beispiel im Saarland –, wo durch eine Erhöhung der Praxisanteile am Unterricht die Schüler wesentlich motivierter waren und wesentlich bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Zur Sicherung der Ausbildungsfähigkeit muss auf Grund- und Basiswissen erheblich mehr Wert gelegt werden. Junge Menschen haben auf dem Arbeitsmarkt nur dann eine echte Chance, wenn sie einen Schulabschluss haben und befähigt werden, eine Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen.

Alle Bekundungen für die Wichtigkeit der Hauptschule bleiben Worthülsen, solange die Rahmenbedingungen angesichts dieser vielfältigen Aufga-

ben, die sie pädagogisch zu leisten hat, nicht gegeben sind. Genau diese Voraussetzung schaffen wir.

Die Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt muss eine wesentliche Aufgabe der neuen Hauptschule sein. Die Schüler sollen wirtschaftliche, soziale und technische Grundkenntnisse erwerben. Vor allen Dingen müssen sie in den Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen und Schreiben gestärkt werden. Jeder Schüler, der einen Hauptschulabschluss erwirbt, muss für einen Beruf qualifiziert werden. Er muss für eine Ausbildungsfähigkeit echt qualifiziert sein. Wir müssen sie für diesen weiteren Lebensweg vorbereiten. Sie müssen ein Stück „Profis für die Praxis“ werden, damit jeder weiß: Wer diese Schulform besucht hat, hat auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance, eine echte Chance für das weitere Leben.

Ich glaube, diesem Antrag kann man nur zustimmen. Geben wir dieser Schulform mit ihren Schülerinnen und Schülern die Chance, die sie seit Jahrzehnten verdient haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Recker. – Für die FDP spricht Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liege Kolleginnen und Kollegen! 50.000 vollwertige Ganztagsplätze bis 2012, 250 dauerhaft eingerichtete Stellen für Sozialpädagogen und 500 zusätzliche Lehrerstellen für individuelle Förderung, dazu ein neues und konsequent durchdachtes pädagogisches Konzept – das ist die frohe Botschaft der neuen Landesregierung an alle Lehrer und Schüler unserer Hauptschulen, die auch die Zukunftshoffnungen betroffener Eltern für ihre Kinder wieder wachsen lässt.

Dieses neue pädagogische Konzept, das damit verbunden ist, greift endlich die Probleme auf, die Hauptschulen in den letzten Jahren hatten. Das pädagogische Konzept vermittelt in den ersten Jahren wieder verstärkt die Grundfähigkeiten, die Basiskenntnisse in allen Fächern, die notwendig sind, um Jugendlichen in der Ausbildung die erforderliche Kenntnis zu vermitteln, dass sie die Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das hatten sie lange Jahre nicht. Sie konnten nicht mehr partizipieren. Die letzten Jahre der Hauptschule sind vor allen Dingen dafür vorgesehen, die Schülerinnen und Schüler in der Berufs- und Ausbildungsfähigkeit zu stärken, berufsbedingte und berufsbezogene Kenntnisse zu vermitteln. Dies ist wirklich die große Neuerung, ver-

bunden mit der großen finanziellen und inhaltlichen Kraftanstrengung, um den Hauptschulen wieder die Bedeutung zu geben, die sie früher einmal hatten und die sie rein rechtmäßig aufgrund ihres garantierten Status in der Landesverfassung haben müssten.

Die Hauptschulen haben unter der alten rot-grünen Landesregierung lange Jahre ein Schattendasein geführt. Die neue Landesregierung schnürt ein echtes Qualitätspaket. Dafür danken wir der Schulministerin sehr. Sie hat alle unsere Unterstützung, um diese Vorhaben durchzusetzen.

Wir wissen: Die ersten 20 Hauptschulen sind bereits zum 1. Februar mit großem Engagement, mit großer Hoffnung an den Start gegangen. Viele andere befinden sich in den Startlöchern. Sie werden zum neuen Schuljahr mit dem Ganzttag beginnen.

Es ist ein vollwertiger Ganzttag, wie wir eben schon gehört haben, mit 30%igem Zuschlag, was zum einen die Möglichkeit eröffnet, sehr viele Lehrer neu einzustellen, für die individuelle Förderung zu nutzen und dafür einzusetzen, dass die Basisqualifikationen der Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen wiederum verbessert werden.

Es gibt aber auch genügend Flexibilität, um darüber hinaus andere pädagogische Expertise in den Hauptschulganztag einzubeziehen, sodass wir zuversichtlich sein können, dass in Zukunft unsere Hauptschülerinnen und Hauptschüler wieder eine echte Teilhabe am Ausbildungsmarkt haben werden. Das war lange Jahre nicht der Fall, so dass sich wirklich Hoffnungslosigkeit bei Hauptschülern, bei den Eltern, in der Gesellschaft breit gemacht hat und wir mit sozialen Brennpunkten fertig werden mussten, die wir auch durch die Einführung des Ganztages sicherlich entschärfen können. Es ist also rundherum eine gelungene Initiative, die Hoffnung für die Zukunft weckt und wachsen lässt und unsere Hauptschüler endlich aus der Ecke herausholt, in der sie zweimal bei Pisa-Untersuchungen waren.

75 % unserer Hauptschüler zählen zur sogenannten Pisa-Risikogruppe. Diese Pisa-Risikogruppe besteht aus 25 % der gesamten Schülerschaft. Drei Viertel dieser 25 % befinden sich bisher an Hauptschulen. Das ist nicht länger hinnehmbar. Das müssen wir ändern. Das werden wir ändern. Diese neue Landesregierung hat sich auf den Weg gemacht, das zu verändern. Die ersten Auswirkungen werden wir schon bald spüren. Viele Bewerbungen sind auf dem Weg.

Die Kommunen, die alle finanziell eng gebeutelt sind, werden insofern einen Lichtblick sehen, selbst wenn bauliche Erweiterungen vorgenommen werden müssen. Sie wissen, dass sie an dem Bundesinvestitionsprogramm partizipieren können, auch mit Blick auf den Ausbau der Räumlichkeiten der Hauptschulen, wenn etwa Kantinen für die Mittagsbetreuung errichtet werden müssen. In gleicher Weise wie bisher werden die offenen Ganztagsgrundschulen daran partizipieren können. Es ist also ein rundum gelungenes Konzept, bei dem man nicht einfach von der Landesebene aus sagt: Nun machen wir was. Es wird zwar zu weiteren Problemen in den Kommunen kommen, aber das geht uns nichts an! – Doch, es geht uns etwas an. Wir tun auch hier etwas: Wir sorgen dafür, dass die Kommunen, die Schulträger nicht alleine stehen werden, sondern dass sie Unterstützung bekommen, wenn sie bauliche Erweiterungen vornehmen müssen.

Ganz herzlichen Dank der Schulministerin für diese Initiative, die die volle Unterstützung der FDP-Fraktion findet. Wir sind zuversichtlich: Bei der nächsten Pisa-Erhebung werden sich die Zahlen der Hauptschülerinnen und Hauptschüler bereits anders darstellen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Landesregierung möchte das modernste Schulsystem Deutschlands schaffen. Nordrhein-Westfalen braucht eine grundlegende bildungspolitische Wende, so Sie, Frau Sommer, in der „Zeit“.

Mit der „Qualitätsoffensive für unsere Hauptschulen – Bessere Chancen für Hauptschulkinder schaffen“ feiern Sie eine Wende, die eigentlich keine ist. Es ist nämlich nicht richtig, dass die Hauptschule jahrzehntelang die vernachlässigte Schulform gewesen ist.

(Heiterkeit von der CDU)

Herr Recker, Ihre geradezu blumenreich vorgelegte Schilderung der Schulen im Saarland kann ich leider so nicht stehen lassen. Sie gehen von zwei unterschiedlichen Voraussetzungen aus: Erstens hat das Saarland keine Hauptschulen mehr. Zweitens können alle Schulformen im Saarland Ganztagsschulen werden.

Dass die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen keine vernachlässigte Schulform ist, kann man un schwer an den Rahmenbedingungen ablesen, die sie hatte. Richtig ist allerdings – und das ist ein bundesweiter Trend, der nicht nur in Nordrhein-Westfalen festzustellen ist –, dass die Eltern die Hauptschule für ihre Kinder nicht mehr wählen.

Sie konnten heute der Presse entnehmen, dass nur noch eine Übergangsquote von 16,3 % von Schülerinnen und Schülern die Hauptschule besuchen wollen. In Ihrer Begründung argumentieren Sie mit 20 %.

(Zuruf von Minister Dr. Ingo Wolf)

– Wir können gerne darüber diskutieren, Herr Wolf, aber die Ansätze sind sicherlich noch etwas anders, als Sie es jetzt vermuten.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist keine Qualitätsoffensive für die Hauptschulen, sondern ein Herumdoktern an Symptomen. Sie gehen davon aus, dass Kinder mit einer schulformbezogenen Begabung auf die Welt kommen.

(Widerspruch von Bernhard Recker [CDU])

Das lässt sich an den Darstellungen Ihres Referentengesetzes feststellen. Diese angeborene Begabung, meine Damen und Herren, soll nach Ihren Vorstellungen dann individuell gefördert werden. Dazu dienen die unterschiedlichen Schulformen.

Tatsache aber ist, dass die frühe Aufteilung zehnjähriger Kinder auf unterschiedliche Schulformen dazu führt, dass insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern den Kürzeren ziehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Reanimierung des Systems findet durch Regulierung und Zwang statt. Nicht Freiheit der Wahl der Schule, sondern staatliche Intervention soll zukünftig die Kinder der vermeintlich richtigen Schulform zuführen. Das, meine Damen und Herren, ist staatliche Planwirtschaft, wie wir sie eigentlich aus anderen politischen Systemen kennen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Und es ist kinderfeindlich!)

– Da kann ich Ihnen nur zustimmen, Frau Löhrmann.

Damit es die Eltern nicht gar so schmerzt und die ungeliebte Hauptschule attraktiver wird, bekommt sie fortan einen 30%igen Stellenzuschlag. An diesem Punkt, meine Damen und Herren, haben Sie

in der Tat eine wirkliche Besserstellung der Hauptschulen vor allen anderen Schulformen erreicht. Allerdings erreichen Sie damit nicht, dass sich die Sozialniveaus an den Schulen verändern.

Dies ist die grundlegende Voraussetzung für bessere Bildungschancen. Alle anderen Schulformen können sich über einen solchen Ganztagszuschlag nicht freuen. Alle anderen Schulformen – das haben Sie in diesem Hohen Haus wiederholt gesagt – erhalten keinen Ganztagszuschlag.

(Michael Solf [CDU]: Früher bekamen es nur die Gesamtschulen!)

– Jetzt bekommen es nur noch die Hauptschulen. Das ist dann der Paradigmenwechsel in der Politik. Da haben wir es. Darüber freuen wir uns dann wirklich!

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Realschulen, Gymnasien, die im Anschluss an die offene Ganztagsgrundschule eine Betreuungskette fortsetzen möchten, haben die Chancen nicht. Ihnen ist auch bekannt, dass es entsprechende Anträge aus den Regionen gibt, die Sie zurzeit alle abschlägig bescheiden.

(Michael Solf [CDU]: 15 Jahre lang sind alle Anträge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium ...)

– Und Sie haben das als falsch eingestuft, Herr Solf, und machen jetzt denselben Fehler.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Kinder, die mit einer entsprechenden ganztägigen Förderung auch an einer anderen Schulform eine reelle Chance hätten, einen anderen Schulabschluss zu machen, grenzen Sie mit diesen Plänen aus.

Die Probleme der Hauptschulen werden in den städtischen Gebieten auf diese Art und Weise sowieso nicht gelöst. Ich weiß, wovon ich rede. Bonn besitzt zwei Ganztags Hauptschulen. Um der positiven Diskriminierung zu entgehen, die durch einen einseitigen Ausbau der Ganztagschule stattfindet, haben zwei dieser Hauptschulen schlicht und einfach beantragt, Gesamtschulen zu werden, gerade in den letzten Wochen.

Meine Damen und Herren, Ihre Qualitätsoffensive der Hauptschule ist keine Qualitätsoffensive, sie ist ein Rückschritt in die 50er-Jahre und dient den Kindern und den Eltern nicht.

(Bernhard Recker [CDU]: Das sagen Sie mal den Hauptschulen!)

Wir haben ein Interesse an einer vernünftigen Bildungsoffensive – dafür stehen wir Ihnen auch gerne zur Verfügung –, aber nicht für ein Roll-back in die 50er-Jahre.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Hendricks. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die gesamte Polemik über die Vernachlässigung der Hauptschule von Herrn Recker packe ich jetzt einfach zur Seite

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

und gehe darauf nicht ein, denn Herr Recker hat sich aktuell nicht so sehr als der Hauptschulkenner ausgewiesen, wenn er meint, dass es im Saarland noch Hauptschulen gibt. Leider haben Sie uns auch nicht verraten, dass aktuell in der Bilanz für die Hauptschule 500 Stellen minus anzurechnen sind, trotz der groß angelegten Ganztagsoffensive.

Die Probleme der Schulform Hauptschule resultieren nicht daher, dass die Pädagogik schlechter ist. Ganz im Gegenteil! Sie resultieren nicht daher, dass Lehrer und Lehrerinnen an der Hauptschule weniger engagiert sind. Ganz im Gegenteil! Aber der Hauptschulabschluss hat keine Zukunftsoption auf einem Arbeitsmarkt, der nach hoch qualifizierten Abschlüssen verlangt. Er bringt keine Zukunftsoption auf einen Arbeitsplatz in einem Arbeitsmarkt, der im sogenannten Sektor der Wissensarbeiter und Wissensarbeiterinnen wächst und dabei im Bereich der manuellen Produktion Arbeitsplätze immer weiter abbaut.

Die Prognosen der OECD machen deutlich, dass wir darauf hinsteuern, dass gerade noch ca. 10 % der Arbeitsplätze zukünftig im Bereich der manuellen Produktion liegen werden. Woraufhin bilden Sie eigentlich diese jungen Menschen aus?

Meine Damen und Herren von der Regionsfraktion, Sie belasten die Hauptschule aktuell sogar zusätzlich, indem Sie das sogenannte begabungsgerechte Schulsystem – ich finde, das ist ein weiterer Beitrag für die Kandidatenliste für das Unwort des Jahres – perfektionieren wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In der Folge Ihrer Argumentationen und Begrifflichkeiten, die sich immer wieder in die Debatten einschleichen, etikettieren Sie Hauptschüler und

Hauptschülerinnen als praktisch begabt und theorie-schwach und sogar minderbegabt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Das entspricht in keiner Weise dem breiten kognitiven Fähigkeitspotenzial, das die internationalen Studien gerade Hauptschülern und Hauptschülerinnen attestieren. Sie operieren aber weiterhin mit einem Begabungsbegriff, der wissenschaftlich nicht haltbar und nicht seriös ist.

In seiner Präsentation der Pisa-Ergebnisse im Herbst hat es auch Prof. Prenzel konsequent abgelehnt, sich auf diese Begrifflichkeit überhaupt einzulassen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Ablehnung des Konstrukts der begabungsgerechten Schulform schallt Ihnen aus jeder Fachdiskussion entgegen, weshalb Sie diese offensichtlich meiden.

Hauptschulen stärken, Hauptschulen strukturell verändern – das sind die Themen, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

Punkt 1: Hauptschulen stärken. Ja, die Hauptschulen brauchen Unterstützung, weil vor allem sie die Last der Auswirkungen des gegliederten Schulsystems tragen müssen. Sie müssen unter erschwerten Bedingungen arbeiten, weil durch die Zusammensetzung ihrer Schüler- und Schülerinnenschaft benachteiligende Lernmilieus geschaffen werden,

(Ralf Witzel [FDP]: Was schlagen Sie denn vor?)

weil sie die Schüler und Schülerinnen auffangen müssen, die andere Schulformen abgeben und die gesagt bekommen: Du bist hier falsch, du gehörst hier nicht hin, du bringst es nicht.

Auf die Idee, deshalb eine Hauptschulinitiative, wie Sie sie hier vorlegen, auf den Weg zu bringen, sind übrigens schon andere CDU-regierte Länder gekommen, die sich auch davon versprochen haben, durch vermehrte Zuweisung von Kindern in den Hauptschulbildungsgang, durch Ressourcenaufstockung und Ganztags die grundlegenden Probleme der Hauptschule im hierarchischen Schulsystem zu heilen.

Meine Damen und Herren, all diese Initiativen haben die Grundprobleme nicht gelöst.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Schauen Sie doch einmal in die Bundesländer – auch in die CDU-regierten –, welche Initiativen es dort gibt. Gerade in Hamburg – ich erinnere aktu-

ell daran – sagen Ihre Parteikollegen und Parteikolleginnen: Die Schulform Hauptschule hat keine Zukunft.

Dr. Ernst Rösner vom Schulforschungsinstitut in Dortmund führt dazu aus – ich zitiere –:

„Die Stärkung der Hauptschulen“

– übrigens eine Forderung, die fast genauso alt ist wie die Hauptschulen selbst –

„hat ungeachtet vieler nachweisbarer Bemühungen bislang in keinem Bundesland zum Erfolg geführt, also die Abwärtsentwicklung gestoppt.“

Das sieht auch der Verband Bildung und Erziehung so, der in seiner Presseerklärung titelt:

„Demographische Entwicklung holt Hauptschulen ein – VBE: Schulreform zwingend erforderlich!“

Der VBE thematisiert, was Sie offensichtlich nicht wahrhaben wollen: Eltern lehnen die Schulform Hauptschule zunehmend ab, und das aus gutem Grund, mit realistischem Blick auf den Arbeitsmarkt. – Und Sie werden sie nicht zwangsbeglücken können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Vorhaben, auch noch die Bildungsinhalte und -standards schulformspezifisch zu gestalten, macht das Verhängnis für die Hauptschule sogar erst perfekt, indem Sie vermitteln, dass Sie die niedere Bildung weiter zementieren wollen.

Da blitzt es wieder auf, dass Sie sich noch nicht grundlegend davon verabschiedet haben, dass durch die drei Schulformen dreierlei Menschen repräsentiert werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Quatsch! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da sind sie stehen geblieben!)

1787 waren es drei Stände, für die sich Karl Abraham Freiherr von Zedlitz, der Leiter des preußischen Generaldepartments für Kirchen- und Schulangelegenheiten, drei Schulformen gewünscht hat.

(Unruhe)

– Wenn Sie Gesprächsbedarf haben, können wir das gerne im Ausschuss machen; dort lege ich Ihnen das noch einmal genau vor.

1955 hat der Psychologe Heinrich Weinstock die Gliederung des Schulsystems wie folgt begründet:

„Dreierlei Menschen braucht die Maschine: den, der sie bedient und in Gang hält; den, der

sie repariert und verbessert; schließlich den, der sie erfindet und konstruiert ... Offenbar verlangt die Maschine eine dreigliederte Schule: eine Bildungsstätte für die Ausführenden, also zuverlässig antwortenden Arbeiter, ein Schulgebilde für die verantwortlichen Vermittler und endlich ein solches für die Frager, die sogenannten theoretischen Begabungen.“

So der Psychologe 1955. – Das ist Vergangenheit, lassen Sie das doch endlich los! Menschen lassen sich nicht so sortieren und klassifizieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der VBE, dem die Lehrerinnen und Lehrer, die heute – Herr Recker, heute! – in der Hauptschule arbeiten, in großer Zahl angehören, hat ein wegweisendes Konzept vorgelegt, das Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Darin werden die Antworten auf die Frage der notwendigen Veränderung für die Hauptschule gegeben: schulrechtliche organisatorische und pädagogische Einheiten, die für alle Kinder von der fünften bis einschließlich zehnten Klasse verantwortlich sind und die Lernbarrieren, die um die Hauptschule gezogen werden, abbauen.

Sie blenden diese Notwendigkeiten systematisch aus und glauben, junge Menschen mit gescheiterten Rezepten des vorigen Jahrhunderts auf die individuellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben des neuen Jahrtausends vorbereiten zu können.

Deswegen kann die Schlussfolgerung nur heißen, die Schülerinnen, die jetzt noch im System Hauptschule stecken, durch ein verstärktes Unterstützungssystem zu fördern und gleichzeitig die notwendigen Schritte anzugehen, um die fatale, isolierende und hierarchische Struktur im Schulsystem zu verändern, die zulasten der Hauptschule ausgetragen wird. Darüber werden wir im Ausschuss reden müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Oft haben die Dinge zwei Seiten.

(Wolfgang Röken [SPD]: Nur zwei?)

Natürlich würde es mich nun jetzt reizen, auf meine Vorrednerin einzugehen. Ich gehe aber nur auf

ein Detail ein. Frau Hendricks – leider ist sie jetzt nicht da – sagte eben so vehement: Das, was Sie vorhaben, ist ein Rückschritt in die 50er-Jahre.

Sehen wir es doch mal anders! Wir müssen aufholen, aufholen, aufholen. Wir müssen die Zeit, die 40 Jahre aufholen!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rede heute über ein Lieblingsthema, die Ganztags Hauptschule. Ich bin der CDU und der FDP sehr dankbar dafür, dass ich ein Forum dafür bekomme. Qualitätsentwicklung an Hauptschulen ist ein zentrales Thema für unser Land.

Wir haben – das hat Frau Pieper-von Heiden eben schon deutlich gesagt – 20 Hauptschulen inzwischen in Ganztags Hauptschulen umgewandelt. Jetzt haben wir insgesamt 167. Das ist immerhin ein Anfang, und der Andrang ist sehr groß. Ich kann dies, liebe Frau Beer, nicht als Zwangsbeglückung verstehen. Denn Zwangsbeglückung wäre etwas sehr Drastisches. Ich sehe, wir haben zuhauf freiwillige Meldungen.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich würde gerne fortfahren.

Präsidentin Regina van Dinther: Okay.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: 24 Millionen € fließen in dieses Projekt. Sie sind im Landeshaushalt ausgewiesen, und ich glaube, das ist sehr ambitioniertes Vorhaben. Ich könnte jetzt sagen, das ist ein so ambitioniertes Vorhaben, wie wir in Deutschland kein Ähnliches finden. Ich sage aber: Man blickt auf unser Land und erwartet von uns Reformen und Innovationen – und die werden auch kommen!

(Zuruf von der SPD: Das war eine Drohung!)

Es kann nicht wirklich jemand gegen die Ganztags Hauptschule sein. Die Ergebnisse der Pisa-Studie, der Lernstandserhebungen machen uns deutlich: Die Hauptschüler haben keine grundlegenden Kompetenzen. Sie haben im Augenblick auch kaum eine berufliche Zukunft. Sie nehmen am gesellschaftlichen Leben nicht wirklich teil. Das muss geändert werden.

(Beifall von der FDP)

Ein Beispiel: Ich habe eine Schule besucht. Dort waren vorher die Fragen thematisiert worden: Wie

sehen eure beruflichen Chancen aus? Welche Sorgen habt ihr? – In allen Listen, die die jungen Leute aufgeschrieben haben, war zu lesen: Wir haben Angst vor der Zukunft, weil wir keine Arbeitsstelle bekommen. – Eine Bemerkung, die ein junger Mann in einem Begründungszusammenhang nicht ohne eine gewisse Ernsthaftigkeit aufgeschrieben hat, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: Keine Arbeit, keine Kohle, keine Weiber.

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass nach wie vor – das ist eben schon angeklungen – die soziale Stellung der Eltern entscheidend für schulischen Erfolg unserer Kinder und Jugendlichen ist. Ich möchte doch noch einmal, obwohl gerade sehr deutlich dagegen votiert worden ist, den Begriff „Restschule“ verwenden.

Ich blicke auf etliche Jahre in der Schulaufsicht zurück. Ich habe einen Kollegen – übrigens ein überzeugter Sozialdemokrat –, der angestrengt, motiviert und sehr vehement dafür gearbeitet hat, die Hauptschule auf Vordermann zu bringen. Am Ende seines beruflichen Lebens sagt er resigniert: In all den Jahren, in denen ich mich eingesetzt habe, habe ich so viel nicht erreichen können, weil es eben doch eine Schule war, die ein Schattendasein führt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können es uns nicht erlauben, die Hauptschule zu vernachlässigen. Sie ist eine Schule der Zukunft, aber auch ein zukünftiges gesellschaftliches Problem. Es geht nicht nur um Jugendliche und deren Erfolg, sondern es geht letztlich um das Überleben an sich in unserem Land.

Voraussetzung für den Erfolg der Bemühungen ist die Weiterentwicklung des Unterrichts auf der Grundlage eines pädagogischen Konzeptes der Hauptschule. Diese neue Ganztags Hauptschule in Nordrhein-Westfalen wird sich deutlich von den bisherigen Angeboten unterscheiden. Sie soll – ich wiederhole es an dieser Stelle so deutlich, weil es wie ein Dorn im Fleisch sitzt – einen Beitrag zur Entkopplung des schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder leisten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wird insbesondere einen vollwertigen und verbindlichen Ganztagsbetrieb in schulischer Verantwortung aufbauen. Schulen können jetzt mit großem Stolz sagen: Wir sind eine Ganztagschule.

Sie wird die Kompetenzen anderer Berufsgruppen für die Gestaltung des schulischen Angebots nutzen. Damit gewährleisten wir einen wichtigen Aspekt des Antrags, nämlich die Vernetzung von

Schule und zukünftigem Beruf. Sie wird ihren Schwerpunkt auch – auch das kann niemand wirklich infrage stellen – auf individuelle Förderung sowohl im Bereich von fachlichen Kompetenzen als auch bei der beruflichen Vorbereitung setzen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] –
Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich betone noch einmal: Die Regelungen kommen ins Gesetz und nicht in eine Richtlinie oder einen Lehrplan. Das haben wir lange hinter uns.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Lehrpläne haben immer schon individuelle Förderung verlangt, aber die Umsetzung dieser Vorgabe muss ich doch sehr in Zweifel ziehen.

Wir bringen die Hauptschule in die Fläche, und wir stellen uns Ganztags Hauptschulen dort vor, wo sie am notwendigsten gebraucht werden. Auch darüber, denke ich, werden wir einen Konsens finden. Sie müssen dort ihren Platz einnehmen, wo hohe Arbeitslosigkeit besteht, wo schlechte Wohnbedingungen herrschen und wo ein hoher Migrantanteil vorhanden ist.

Selbstverständlich – das liegt auch in der Verantwortung der Landesregierung – darf es in keinen Bereichen weiße Flecken geben. Darum ist es auch legitim, auch bei den Schulen, die diese Kriterien nicht unbedingt in erster Linie ausweisen, davon ausgehen zu dürfen, dass pädagogisch sinnvolle Konzepte erstellt worden sind und dass Schulen, auch Hauptschulen, in anderen Bereichen als den von mir gerade genannten Schwerpunkten sind.

Es steht mehr Zeit – das ist ein wichtiges Kriterium – für gezielten Förderunterricht zur Verfügung. In diesem Zusammenhang nenne ich auch deutlich die Mithilfe außerschulischer Partner wie der Jugendhilfeträger, der Sportvereine, von Kunst-, Musik- und Kultureinrichtungen. Wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen in kultureller, künstlerischer, musischer und sportlicher Hinsicht gefördert werden. Das ist das Konzept der Schule, und das wird sicherlich im schulischen Alltag individuell auch umgesetzt.

Über den finanziellen Beitrag haben wir eben schon etwas gehört. Ein Drittel des 30 %igen Ganztagszuschlages wird benutzt werden können, um diesen Anteil für Schulen zu kapitalisieren. Ich denke, von daher wäre es möglich, dass all die von mir genannten Elemente wie Jugendhilfeträger und Sportvereine ihren Platz in dem Ganztagskonzept finden werden.

Eine wichtige Rolle, meine Damen und Herren, spielen die Schulträger. Die Schulträger in Nordrhein-Westfalen – darauf setzen wir – sind am Aufbau der Ganztags Hauptschule stark beteiligt. Sie können sich darauf verlassen, dass sie bei einem entsprechenden Antrag finanzielle Unterstützung erfahren.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Ganztags Hauptschulen ein Mittagessen einnehmen. Wir denken auch nicht nur an die Kinder und Jugendlichen, sondern wir denken auch an die Lehrerinnen und Lehrer. Wir erwarten, dass die Lehrkräfte Räume zur Verfügung gestellt bekommen, in denen sie ungestört arbeiten können.

Die Hauptschulen, meine Damen und Herren – wie die anderen Schulformen auch –, werden mit mehr Eigenverantwortung ausgestattet. Konkrete Entscheidungen aber lassen sich vor Ort am besten treffen. Mir ist vor allem wichtig, dass sich alle am Prozess Beteiligten als Partner verstehen. Dabei beziehe ich deutlich die Eltern mit ein.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Alle anderen Hauptschulen, die nicht in die Form einer Ganztagschule übergehen, werden – das möchte ich betonen – weiterhin von uns unterstützt. 500 Lehrerinnen und Lehrer, die wir aus dem System hätten abziehen müssen, bleiben dem System erhalten.

(Beifall von der CDU)

Auch daran können Sie sehen, dass wir auch weiterhin an Fördermaßnahmen für diese Schulen denken.

Die Hauptschulen und die Hauptschulkinder und -jugendlichen bringen uns nicht nur – das ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt, da wir heute viel darüber gehört haben, was alles schlecht ist und wie schwierig das alles ist – Probleme, sondern – und das ist eigentlich das wichtigste Ergebnis, das ich aus den Pisa-Studien herausziehen konnte –: Die Kinder und Jugendlichen dieser Schulform haben ihr Potenzial noch nicht ausgenutzt. Da ist noch mehr drin. Also lassen Sie uns doch anpacken, und lassen Sie uns dort loslegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie uns an das anknüpfen, was richtig und wichtig ist, und lassen Sie uns gemeinsam – ich hoffe auf eine große Basis des Parlamentes – diesen Weg der Förderung dieser besonderen Schulform gehen.

Meine Damen und Herren, ich werbe ein Stück um Ihre Unterstützung. Ich denke, dass der von

uns eingeschlagene Weg diese Schulform stark unterstützt und den Jugendlichen und Kindern eine Perspektive gibt. Ich habe eben gesagt: Wir dürfen diese Schulform nicht vernachlässigen, es ist unsere Schulform. Helfen Sie mit, unterstützen Sie uns. Ich danke für den Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Schäfer das Wort.

Ute Schäfer^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in dieser Debatte noch einmal einen anderen Aspekt beleuchten, mit dem die Landesregierung die Qualitätsoffensive an den Start gebracht hatte. Ich möchte die Ministerin mit Ihren Worten vom 29. September 2005 zitieren. Sie haben damals auf einer Pressekonzferenz gesagt:

Wir konzentrieren den Aufbau der Ganztags Hauptschulen an den Stellen im Land, wo sie am dringendsten benötigt werden. Das sind vor allem städtische Ballungsräume. Viele Stadtteile – so sagten Sie – sind gekennzeichnet durch außergewöhnliche Belastungen und Probleme.

Dann haben wir alle voller Spannung auf den Erlass gewartet. Der Erlass kam am 25. Januar dieses Jahres. Darin konnte man nachlesen, dass die Schulträger, die am 1. Februar 2006 mit dem Ganztags beginnen wollten oder sollten, bis zum 15. Januar 2006 den Antrag bei der Bezirksregierung einzureichen hätten. Also: Der Erlass vom 25. Januar enthielt die Antragsfrist 15. Januar. Das ist schon ein Kunststück administrativen Handelns.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es wäre eigentlich eine lebenspraktische Aufgabe für die Beamten – eine Pisa-Aufgabe –, einmal aufzuzeigen, wie das in Einklang zu bringen ist und wie die Kommunen das lösen sollen. Wie machen wir das denn eigentlich?

Das fragte sich diese augenblickliche Landesregierung dann auch: Wie machen wir es, dass wir zum 1. Februar überhaupt Anträge haben? – Wir erinnern uns an die Aussagen städtische Ballungsräume, außergewöhnliche Belastungen.

Dann kommt die Liste der teilnehmenden Schulen. Verwundert reiben wir uns die Augen wegen

der städtischen Ballungsräume in Ahlen, Billerbeck, Steinfurt, Arnsberg und Emsdetten.

(Unruhe von der CDU)

Billerbeck hat in seinem „städtischen Ballungsraum“ eine Hauptschule mit 9 % Migrantanteil.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, wo sich diese Schulformen im Ganztage tatsächlich finden. Wer schickt Sie denn am 29. September, Frau Ministerin, in die Bütt, wohl wissend, dass Sie den erklärten Zielpunkt 1. Februar überhaupt nicht erreichen können? Oder, anders ausgedrückt: Warum steht das, was Sie sagen, in totalem Gegensatz zu dem, was Sie tatsächlich öffentlich umsetzen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben seitens der SPD-Fraktion eine Kleine Anfrage gestellt und hoffen, klare Antworten zu erhalten, nach welchen Kriterien diese 20 Hauptschulen ausgewählt worden sind. Mit Sicherheit sind sie nicht ausgewählt worden nach den von Ihnen in dem Erlass definierten Kriterien. Wir sind sehr gespannt, wie hoch sich der Migrantanteil an den einzelnen Hauptschulen darstellt. Außerdem beobachten wir sorgfältig, ob weiterhin Hauptschulen im ländlichen Raum bedient werden und wie sozial benachteiligte Gebiete überhaupt beteiligt werden.

(Michael Solf [CDU]: Wenn etwas polemisch ist, dann das! – Beifall von der CDU)

Völlig daneben ist im Übrigen – das sage ich jetzt einmal an die CDU-Fraktion und auch an die FDP-Fraktion gerichtet – der stereotyp vorgetragene Vorwurf, die Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen seien jahrzehntelang vernachlässigt worden.

(Zuruf von der CDU: Genau! – Beifall von der CDU)

Das ist eine üble Unterstellung.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Dass Sie das nicht hören mögen, kann ich mir ja vorstellen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Recker?

Ute Schäfer¹⁾ (SPD): Ich möchte gern meine Rede zu Ende führen und dann die Frage am Schluss entgegennehmen.

Ich behaupte, dass das eine Unterstellung ist. Ich möchte dafür ein paar Fakten ins Feld führen, damit dies auch belegt wird.

Wir haben 370 Stellen zur Sprachförderung in Klasse 5 und 6 eingerichtet. Wir haben an zwei Dritteln aller Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen bisher Ganztagsangebote. Sie haben dankenswerterweise gesagt, Frau Ministerin, dass sogar schon 148 Schulen bis jetzt in Ganztage gelaufen sind. 304 Hauptschulen mit 526 Gruppen wurden in der Vergangenheit vom Land bei Förder- und Betreuungsangeboten unterstützt. Wir hatten bis jetzt auch die finanzielle Förderung von 250 Sozialpädagogen übernommen, die Sie jetzt dankenswerterweise in Arbeitsverhältnisse übernehmen. Das hätten wir eventuell auch getan.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das konnten wir leider nicht unter Beweis stellen. Darum bin ich auch traurig.

Wir haben 60 Projekte für schulmüde Jugendliche ins Leben gerufen. 62 Beratungsstellen zum Übergang Schule/Beruf ergänzen dieses Programm. Wir haben 46 Jugendwerkstätten.

Die Hauptschulen haben und hatten bis jetzt immer eine außerordentlich günstige Schüler-Lehrer-Relation. Sie waren und sind mit Lehrerinnen und Lehrern gut versorgt.

Ich bitte Sie einfach, dieses Ammenmärchen wegzulassen, wonach die rot-grüne Landesregierung die Hauptschulen vernachlässigt habe. Glauben Sie nicht, dass Sie jetzt mit dem Ganztage all diese Probleme lösen werden, die wir nach wie vor an den Hauptschulen haben werden! An dieser Stelle begehen Sie einen Irrweg.

Ich möchte noch einen Blick in den aktuellen Haushaltsentwurf werfen. Schauen wir uns einmal an, wie Sie mit den Hauptschulen umgehen und wie wir mit den Hauptschulen umgegangen sind.

Im Haushaltsentwurf 2006 steht, dass an den Hauptschulen 1.300 Stellen gestrichen werden sollen. Unter Rot-Grün lag die Stellenzahl im Jahre 2005 an den Hauptschulen um 820 Stellen über dem eigentlichen Bedarf.

(Beifall von der SPD)

Unter Schwarz-Gelb ist diese Zahl mit 600 vergleichsweise kleiner.

(Beifall von Annegret Krauskopf [SPD])

Das ist unschwer auszumachen; das können Sie im Haushaltsentwurf nachlesen.

Jetzt kommen Sie und sagen, okay, wir richten 500 Stellen für den Ganzttag ein. Schauen wir aber noch konkreter in den Haushaltsentwurf hinein, wie ich es getan habe, entnehmen wir ihm: Sie streichen bei den Hauptschulen 73 Moderatorenstellen. Sie weiten auch die Anzahl der sogenannten Leerstellen, also der nicht besetzten, aber gezählten Stellen, um 72 aus. Und statt der 77 Stellen, die Referendare sozusagen durch den bedarfsdeckenden Unterricht erwirtschaften müssen, die im Jahre 2005 eingesetzt waren, setzen Sie jetzt 186 ein und nehmen damit wieder 109 eigentliche Planstellen von den Hauptschulen weg.

Wenn man das alles miteinander vergleicht, frage ich mich, wo im Stellenplan sich Ihre große Offensive wiederfindet.

(Beifall von der SPD)

Sie können in dem eingebrachten Haushaltsentwurf das eine oder andere noch einmal nachvollziehen. Er ist nicht ganz leicht lesbar. Wir arbeiten uns mühsam durch. Ich finde ihn etwas nebelkerzenartig. Aber wenn man sich einarbeitet, kommt man den Dingen schon ganz gut auf die Spur.

Ein abschließendes Wort möchte ich noch an die CDU-Fraktion richten. Der Fraktionsvorsitzende Stahl ist jetzt nicht da. Ich denke aber, ein Fraktionsvorsitzender achtet immer auf die Qualität der Anträge und auf die Formulierungen, die man dann im Landtag beschließen möchte. Ich möchte Sie alle mit der Nase auf eine Formulierung stoßen.

(Bernhard Recker [CDU]: Ich habe keine Frage gestellt!)

In Ihrem Antrag heißt es nämlich: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt: Der Landtag begrüßt die Qualitätsoffensive für die Hauptschulen der neuen Landesregierung.“ Wir sollen also hier und heute oder im Ausschuss beschließen, dass wir begrüßen. Schilda lässt grüßen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäfer. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Ellinghaus das Wort.

Horst-Emil Ellinghaus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schade, dass Frau Hendricks jetzt nicht mehr im Raum ist. Für sie wäre meine Antwort vielleicht auch ganz passend gewesen. Aber Frau Schäfer und Frau Beer sind noch anwesend. Insofern sitzen die richtigen Adressaten hier.

(Zuruf von der SPD: Adressatinnen!)

Die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben es sich zur vordringlichen Aufgabe gemacht, das Schul- und Bildungswesen im Allgemeinen und die Hauptschulen im Besonderen grundlegend zu reformieren. Dies ist dringend erforderlich, da sie, meine Damen und Herren von der Opposition – Frau Schäfer, jetzt müssen Sie sich das leider zum dritten Mal anhören –, in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren mit Ihrer Schulpolitik nachweislich speziell die Hauptschulen bewusst und gewollt auf das Größte vernachlässigt haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Falsch! Das ist eben widerlegt worden!)

Wenn ich nachher noch Zeit habe – ich bilde seit 28 Jahren aus –, kann ich Ihnen ein Beispiel aus der Praxis nennen.

(Beifall von der CDU)

Die Pisa-Ergebnisse belegen eindeutig, dass die Hauptschulen einer dringenden Förderung bedürfen, um bestehende Qualitätsmängel und Leistungsdefizite zu beseitigen.

Es hatte durchaus seine Berechtigung, als Ministerpräsident Rüttgers im Landtagswahlkampf sagte: Ich möchte, dass Hauptschüler wieder vernünftig rechnen, schreiben und lesen können. – Frau Schäfer, darüber hinaus hat Ihre Schulpolitik in den letzten Jahren nicht besonders dafür gesorgt – so ist jedenfalls mein Eindruck –, dass an den Schulen Allgemeinwissen vermittelt wird.

(Beifall von der CDU)

Unser Antrag soll dafür sorgen, dass die Hauptschule wieder den Stellenwert in der Gesellschaft erhält, der ihr zusteht. Wir wollen, dass die Schule ihre primäre Aufgabe, nämlich Wissen zu vermitteln, wieder an die erste Stelle stellt. Wir wollen, dass die Schule die Aufgabe übernimmt, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, in der Berufswelt zu bestehen. Wir wollen, dass die Schule auch wieder – ob Sie das jetzt hören wollen oder nicht – einen ernsthaften und wichtigen Erziehungsauftrag wahrnimmt,

(Beifall von der CDU)

und zwar in Verbindung mit einem zu verstärkenden Erziehungsauftrag im Elternhaus.

Woher kommt es wohl, verehrte Opposition, dass insbesondere die Hauptschule in unserem Bildungswesen heutzutage mit Abstand den schlechtesten Ruf hat? Woher kommt es, dass Arbeitgeber aus Handel, Handwerk und Mittelstand bei Perso-

naleinstellungen Hauptschüler in ihrer Auswahl zurückstellen? Woher kommt es wohl, dass ein so hoher Prozentsatz von Hauptschülern die Schule ohne Abschluss verlässt und somit kaum oder gar keine Chance im Berufsleben hat? Woher kommt es, dass in unserer Gesellschaft das böse Wort von der sogenannten „Restschule“ – Frau Ministerin Sommer hat es eben auch erwähnt – die Runde macht? Es ist so: Dieses Wort macht die Runde. – Als Letztes: Woher kommt es wohl, dass unsere Anspruchsgesellschaft – meiner Meinung nach – eine bedeutende Mitschuld im schlechten Ruf der Hauptschule hat? – Weil Sie und große Teile der Gesellschaft die Hauptschule bewusst schlecht geredet haben.

(Beifall von der CDU)

Sehr geehrte Frau Schäfer, sehr geehrte Opposition, all das sind die Auswirkungen und Ergebnisse von 39 Jahren roter bzw. rot-grüner Bildungspolitik: völlig verfehlt, Klassenziel nicht erreicht.

(Beifall von der CDU)

Unsere Politik ist aufgerufen, Schulen und Lehrern das erforderliche Handwerkszeug für einen Umschwung, eben für eine Qualitätsentwicklung der Hauptschule, an die Hand zu geben. Wir lassen die Hauptschulen nicht im Stich, während Sie jahrelang die Gesamtschulen bevorzugt haben.

(Beifall von der CDU)

Um eine praxisorientierte Ausbildung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern zu erreichen, wollen wir eine Verzahnung des Unterrichts mit unterrichtsergänzenden und außerschulischen Aktivitäten und Angeboten. So können die Schülerinnen und Schüler nicht nur Zusatzqualifikationen erwerben, sondern es können auch Neigungen und Interessen geweckt und gefördert werden, die eine spätere Ausbildungs- und Berufswahl erleichtern.

Wir wollen durch konkrete Maßnahmen, wie Berufsberatungen durch das Arbeitsamt, Besuche des Berufsinformationszentrums oder Betriebspraktika, oder durch die Mitwirkung in Netzen von Schulen und Unternehmen und in Projektwochen die Qualifikation von Hauptschulabgängern verbessern.

Dabei ist die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern bei der Gestaltung des Ganztagsangebots und des Unterrichts von großer Bedeutung. So können mit verschiedenen Firmen Veranstaltungen geplant werden, die den Jugendlichen einen Einblick in die spätere Arbeitswelt und mögliche Kontakte unter anderem für Praktika vermitteln.

Unser Ziel soll eine verstärkte Hinführung der Schülerinnen und Schüler zur Wirtschafts- und Arbeitswelt sein. Dafür werden sie ausgebildet, und darin müssen sie bestehen. Wir müssen vom Kopf her eine Richtungsänderung der Hauptschule wollen. Wir wollen unsere Kinder zu leistungsbereiten, leistungsfähigen und pflichtbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft erziehen: einen jeden nach seinen Fähigkeiten, Eigenschaften und Möglichkeiten. Es müssen eine neue Grundeinstellung und ein neuer Auftrag an Schule, Bildung und Erziehung vermittelt werden.

In diesem Zusammenhang drängt sich auch die Frage nach den elementaren Wertevorstellungen auf. So bedauerlich das ist: Wer spricht heute in Verbindung mit Schule noch von Vermittlung von Werten? Wer spricht heute noch von Begriffen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin? Wer spricht heute noch von Verantwortungsbewusstsein, Pflichten, Fleiß und Leistung? All dies sind in unserer heutigen Gesellschaft leider Fremdworte geworden, sowohl in der schulischen als auch bedauerlicherweise oft in der häuslichen Erziehung. Für uns sind das keine Fremdworte. Frau Ministerin Sommer, ich bin froh, dass unser neues Schulgesetz die Wiedereinführung von Kopfnoten vorsieht, um diese Werte wieder fest zu verankern.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen bei der Reform des nordrhein-westfälischen Schulwesens besonders eine Reformierung der Hauptschule. Grundvoraussetzungen sind hierbei Elemente wie Fordern und Fördern: Fördern bereits im vorschulischen Alter im Hinblick auf mögliche Sprachdefizite; Fördern im Hinblick auf unterschiedliche Fähigkeiten, was Rechnen, Schreiben und Lesen betrifft; Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulwesens, und zwar von unten nach oben; zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen, um eine Verbesserung der individuellen Förderung besonders in sozialen Brennpunkten zu erreichen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, kommen Sie langsam zum Schluss Ihrer Rede.

Horst-Emil Ellinghaus (CDU): Ich muss noch etwas schneller vortragen. Entschuldigung.

Vizepräsident Edgar Moron: Nein, Sie müssen einfach aufhören.

Horst-Emil Ellinghaus (CDU): Ein weiteres wesentliches Element wird, langfristig gesehen, die Schaffung von 50.000 Ganztagsplätzen sein, die

einen wesentlichen Beitrag zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern leisten. Nicht zuletzt werden diese Plätze auch geschaffen, um der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen.

Alle Schulen sind zu einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung verpflichtet.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: ein Schulgesetz aus einem Guss, ein Schulgesetz, dessen Einführung hoher Dringlichkeit bedarf, ein Schulgesetz, das langfristig zu einer erheblichen ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Horst-Emil Ellinghaus (CDU): ... Verbesserung von Schulen und Schülern führt, und – Sie mögen es nicht glauben – ein Schulgesetz, das sich im Schulleben zunehmender Wertschätzung erfreut – eben eine Qualitätsoffensive. Daran arbeiten wir. Wir bieten den anderen Fraktionen an, daran mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellinghaus. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ellinghaus, dies war Ihre erste Rede. Nehmen Sie meine folgende Bemerkung deswegen bitte nicht persönlich.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Vorsicht!)

– Ich finde das für die Erstlingsrede von der Form her perfekt. Der Präsident ist ja auch ...

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Jetzt lassen Sie es sein!)

– Ich will doch gar nicht so etwas sagen. Warten Sie doch erst einmal ab, was ich überhaupt sagen möchte, Herr Kuhmichel. – Der Sinn von Debatten – das ist mir bei meiner Erstlingsrede aber auch nicht anders gegangen und Ihnen vielleicht auch nicht – ist es ja auch, zuzuhören und zu überlegen, ob man gemeinsam ein Stückchen weiter kommt, und auf das vorher Gesagte zu reagieren. Ich habe den Beitrag der Kollegin Beer so verstanden, dass sie Sie auch einladen wollte, bestimmte Dinge zu hinterfragen.

Ich nehme den Vertretern der CDU auch ab, dass Sie es ernst meinen, die Hauptschule stärken zu

wollen. Das nehme ich Ihnen ab. Es müsste Ihnen aber doch zu denken geben – und darum hat Frau Beer geworben –, dass andere Bundesländer, in denen Sie schon länger regiert haben oder wieder regieren, dies auch versucht haben und jetzt zu dem Ergebnis gekommen sind, dass sie gescheitert sind. Deswegen gehen sie inzwischen andere Wege und sagen zum Beispiel: Obwohl wir die Hauptschule retten möchten, gehen wir pragmatisch daran – auch das hat die Kollegin Beer gesagt – und kommen zu dem Schluss, dass es nicht funktioniert hat.

Wir überweisen diesen Antrag heute ja. Ich möchte Sie dafür gewinnen, dass wir uns dann einen Radiobeitrag anhören, den ich persönlich mir vor der letzten Debatte, die wir dazu geführt haben, angehört habe. Ich fand ihn sehr eindringlich; denn darin haben jugendliche Hauptschüler und Hauptschullehrerinnen und -lehrer gesprochen. Ich plädiere dafür, dass wir uns diesen Beitrag gemeinsam anhören. Nur dafür werbe ich. Vielleicht nehmen Sie das dort Gesagte auf, wenn Sie es von uns schon nicht aufnehmen können.

Ich möchte einfach nur dafür werben, dass wir qualifiziert darüber sprechen, ob Sie – was ich Ihnen auch unterstelle – das, was Sie möchten, auch positiv möchten und bereit sind, sich nicht weiter einzumauern, sondern zuzuhören. Erst danach sollten wir weiter über den Antrag diskutieren. Dafür möchte ich werben; denn ich denke, dass wir nur so weiterkommen können. Nur so kommen wir aus den Käfigen und den Schützengräben heraus, die gemeinsame Bildungsentwicklung verunmöglichen. Diese alten Schuldzuweisungen helfen auch nicht weiter; denn eigentlich haben wir für die Kinder doch die gleichen Zielsetzungen.

Herr Kollege Ellinghaus, in meiner Klasse – an einer anderen Schulform – habe ich von Werten gesprochen. Ich bilde mir ein ...

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Löhrmann, die Zeit ist um.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Die Redezeit ist um, und ich komme zum Schluss. - Herr Recker will mich noch etwas fragen. Ich gucke ihn schon ganz ermunternd an, aber er wird noch nicht einmal gefragt, ob er darf. – Ich werbe also dafür, dass wir es uns zumuten, Sachen aufzunehmen, die vielleicht nicht direkt in die eigene ...

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Frau Löhrmann!

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): ... Schublade reinpassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Ihnen auch. Im Übrigen werbe ich dafür, dass wir unsere Redezeiten mal ein bisschen einhalten. – Meine Damen und Herren, es liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Auch diesen beiden Rednern steht nur noch wenig Zeit zur Verfügung. Zuerst Herr Witzel. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Ich denke, dass Sie mit allen nachfolgenden Rednern genauso kulant verfahren werden wie mit den letzten Rednern. – Wenn man sich über Neuausrichtungen Gedanken macht, ist natürlich entscheidend, sich die Eröffnungsbilanz anzuschauen. Das konnten wir heute alle tun; denn an alle Abgeordnete ist die Presseschau des Landtags verteilt worden. Darin können wir verschiedene Artikel über die neuen statistischen Veröffentlichungen lesen. Sinngemäß lauten sie alle so wie der mir gerade vorliegende Artikel der „Westfälischen Rundschau“ vom heutigen Tag. Ich zitiere:

„Hauptschule bei Übergängern kaum gefragt

Alarmierende Zahlen weist die neue nordrhein-westfälische Schulstatistik im Bereich der Übergängerklassen von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen aus. Erstmals liegt die Hauptschule auf dem letzten Platz. Nur noch 16,3 % der Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für diese Schulform.“

Weiter wird dort beschrieben, welche Veränderung es in Bezug auf die Gesamtschulen an dieser Stelle gegeben hat.

Dies ist die statistische Feststellung zu dem letzten Schuljahr unter Ihrer Verantwortung. Das Resultat Ihrer Arbeit ist, dass Sie die zum Zeitpunkt Ihres Regierungsantritts stärkste Schulform zu der mittlerweile schwächsten gemacht haben.

Deshalb ist es gut, dass wir heute zu neuen Beschlüssen bezüglich der Hauptschule kommen. Der letzte Beschluss des Landtags, der sich mit dem Thema Hauptschule beschäftigt, rührt nämlich vom 22. März 2000. Er ist entsprechend Drucksache 12/4808 mit dem Titel „Arbeiten und Lernen an der Hauptschule unterstützen und weiterentwickeln“ mit den Stimmen von SPD und Grünen gefasst worden.

Frau Beer, ich wünsche mir, dass Sie den Menschen die Wahrheit sagen. Dann dürfen Sie hier

nicht nur Fragen stellen, sondern müssen klar sagen, wie Ihr Modell aussieht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, natürlich!)

Denn es kann ja nicht sein, dass nach aktuell letzter Beschlusslage Grüne und SPD beschlossen haben, die Hauptschule zu stärken, und seitdem nichts passiert ist.

Allerdings stellen Sie längst dieses Ziel als solches infrage, weil Sie in Wahrheit zu Ihrer Einheitsschule wollen und die Hauptschule in Ihren bildungspolitischen Überlegungen für die konzeptionelle Entwicklung des Schulsystems überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Dann seien Sie aber doch ehrlich und formulieren Sie hier nicht nur Fragen, kritisieren Sie nicht nur und stellen Sie keine Gespenster ins Schaufenster, sondern teilen Sie den Menschen ganz klar mit, was Sie wollen. Ich hatte eben mit meinem Zwischenruf versucht, Sie darum zu bitten und dazu zu animieren. Diese Aussage sind Sie unschuldig geblieben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ich habe das sehr deutlich gesagt! – Frank Sichau [SPD]: Das hat sie gesagt! Ganz deutlich!)

Sie haben interessante Fragen gestellt. Sie müssen den Menschen aber auch die nötigen Antworten liefern, und das in aller Klarheit.

Was die alte, abgewählte rot-grüne Landesregierung in der letzten, der 13., Legislaturperiode getan hat, um die Hauptschulen zu stärken, geht aus der Landtagsdrucksache 13/633 hervor. Darin antwortet die Landesregierung auf die Frage der FDP-Landtagsfraktion, welche konkreten Maßnahmen denn für die Hauptschulen geplant seien: „Verbesserungen setzt die Finanzlage enge Grenzen“. – So viel an dieser Stelle dazu.

Insofern ein letzter Hinweis an Frau Schäfer, weil wir auch im Dialog standen in Bezug auf die Erfahrungen, die Sie in der Zeit, als Sie Bildungsministerin waren, gesammelt haben müssten: Natürlich gab es Ihrerseits kein Handeln, bei dem Sie speziell und spezifisch etwas gegen Hauptschulen gemacht haben. Sie haben aber umso mehr die Ganztags Hauptschulen – nämlich die Gesamtschulen –

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit! Hauptschulen sind keine Gesamtschulen! – Zuruf von der SPD: Das ist unverschämt, Herr Witzel!)

mit ganz vielen Vorteilen privilegiert. Sie sehen ja bei Ihren Lernstandstests und deren Ergebnissen

selber, wozu das geführt hat. Insofern haben die Gesamtschulen funktionierende Hauptschulen in unserem Land natürlich systematisch kaputt gemacht. Diesen Trend wird es mit dem neuen Schulgesetz so nicht mehr geben. – Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Witzel. – Frau Ministerin Sommer hat sich noch einmal gemeldet. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Landesregierung keine Redezeit mehr hat. Das heißt, dass die Redezeit, die die Ministerin jetzt in Anspruch nimmt, den anderen Fraktionen auch gewährt wird. – Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ganz kurz sprechen: Auch wenn Frau Löhrmann nicht mehr da ist, möchte ich deutlich sagen, dass ich keine Schuldzuweisungen machen will.

Meiner Vorgängerin, Frau Schäfer, möchte ich doch noch einige Dinge sagen: Sie beginnen Ihre Rede damit, sich über Daten wie den 15. oder den 25. zu amüsieren.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Frau Schäfer, war es vor dem Hintergrund der Schwere der Problematik, die wir zu bewältigen haben, wirklich angemessen, sich darüber zu amüsieren?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben gesagt: 250 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen hätten wir vielleicht auch weiter eingestellt. – Das haben Sie aber nicht, Frau Schäfer. Sie haben sie stattdessen mit Existenzängsten zurückgelassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wussten nämlich nicht, was aus ihnen werden würde. Keiner wollte Ihre Versprechungen hören. Keiner hat Ihnen mehr geglaubt.

Ein Letztes noch! Sie haben gesagt: Wenn man genau nachsieht, kommt man auf die Spur. – Auf welche Spur wollen Sie kommen? Sie sind eben noch als Ministerin angesprochen worden. Dann müssten Sie doch auch noch wissen, dass man den Lehrerbedarf aufgrund von Schülerzahlen berechnet. Dann stimmt es schon, dass ein System im einen oder anderen Jahr vielleicht Lehrer entbehren müsste.

Das, meine Damen und Herren, haben wir eben nicht getan. Die 500 Lehrer, die wir dem System hätten entziehen müssen, haben wir behalten. Das sind 500 Lehrer mehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Sommer. – Die anderen Fraktionen haben jetzt noch eineinhalb Minuten zusätzlich. – Die SPD will die Zeit in Anspruch nehmen? – Frau Schäfer, bitte schön.

Ute Schäfer* (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal auf zwei Aspekte hinweisen. Wenn Frau Ministerin Sommer sagt, der Beginn meiner Rede sei polemisch gewesen, muss ich ihr entgegenhalten, dass die Stadt Gelsenkirchen gerne mit vier von acht Hauptschulen eingestiegen wäre. Durch die zeitlichen Befristungen, die Sie gemacht haben, und dadurch, dass der Erlass erst so spät gekommen ist, konnte sie es überhaupt nicht schaffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sind die Fakten, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Das ist keine Polemik; ich habe über die harte Realität gesprochen. Daran muss sich auch eine Landesregierung messen lassen.

Ich will noch einmal auf die Zahlen eingehen: Es ist richtig, dass sich die Schüler-Lehrer-Relation aus der Anzahl der Schüler und der Anzahl der Planstellen ergibt. Das ist ganz klar. Aber der Ministerpräsident selber hat in der vergangenen Legislaturperiode immer deutlich auf die Kürzungen bei den Hauptschulen hingewiesen. Er war in der Attitüde, sich so zu verhalten, gar nicht zu bremsen.

Das habe ich aber gar nicht getan. Ich habe an dieser Stelle nur deutlich gemacht, dass wir 820 Stellen über Bedarf im System gelassen haben.

(Zuruf von der SPD: Und Sie nur 500!)

Sie lassen jetzt 600 Stellen über Bedarf im System und streichen an anderen Positionen Stellen wieder ab. Wenn man das gegeneinander stellt, kommt man auf einen interessanten Vergleich. Dann fragt man sich wirklich, wo denn die Kapazitäten liegen, die Sie uns hier immer anpreisen.

Aber das Ganze werden wir im Haushaltsverfahren noch verfolgen. Dort haben wir auch die Möglichkeit, uns auszutauschen. Ich bin ganz sicher, dass wir das auch mit Muße und Zeit machen werden. Dann kommen wir den Dingen schon gründlich auf die Spur. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Schäfer. – Für eine eineinhalbminütige Intervention hat Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, das ist doch schon ein Hohn: Sie beklagen mit Ihrem Wortbeitrag, dass die Landesregierung im Herbst eine Initiative verkündet und bereits am 1. Februar 2006, wenige Monate später, in der Lage ist, sie zum zweiten Halbjahr des laufenden Schuljahres umzusetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

In der Tat: Das haben Sie nie geschafft. Ich könnte eine Reihe von Vorhaben aufzählen, angefangen mit der selbstständigen Schule, bei der Sie über die Jahre gesagt haben: Schauen wir einmal, das eine oder andere Element werden wir schon umsetzen. Und dann, vielleicht ab 2007 oder ab 2009, ab 2010 ...

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie haben inzwischen hoffentlich gemerkt, dass diese neue Landesregierung Tempo in der Schulpolitik macht. Das ist auch dringend notwendig.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir können uns keinen weiteren Zeitverlust erlauben. Seien Sie ganz sicher: Alle Schulen, die sich so dringend an der Ganztags Hauptschule beteiligen möchten, werden – sofern sie die Voraussetzungen mitbringen und entsprechende Konzepte präsentieren – bereits ab dem neuen Schuljahr die Gelegenheit dazu haben. Sie haben Jahre gebraucht, solche Initiativen überhaupt nur zu diskutieren. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Jetzt hat sich noch Frau Beer gemeldet.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere wirklich, in welche Bahnen die Debatte jetzt zum Schluss gelangt ist. Ich hatte sie eigentlich anders angelegt. Meine Kollegin Frau Löhrmann hat auch noch einmal darauf hingewiesen, dass es nötig ist, Denkblockaden aufzuheben. Das wirkt bei Herrn Witzel nicht sofort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe auch keine Hoffnung, dass es sehr schnell wirken wird. Aber wir versuchen es immer

wieder, Herr Witzel. Wir setzen auf Lernfreude, Lernerfolg und Lernmotivation, selbst bei Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Eigentlich wollte ich den Artikel nicht herauskramen. Aber gerade für OWL ist die Hauptschulinitiative enttäuschend angelaufen. Im Mantelteil der „Neuen Westfälischen“ vom Freitag, dem 10. Februar, ist das sehr eindrücklich dargelegt worden: dass viele Schulen an den Start gehen wollten, aber nicht die Option erhalten haben, dass es handwerklich viel zu tun gibt, was an dieser Stelle noch nicht geleistet worden ist ... – Herr Winands sagt Nein.

Aber die Hauptschulen in der Region haben das Nachsehen. Die Schulen, die im Ganztagsbetrieb sind, würden ihn gerne ausweiten. Das ist in Ihrem Konzept noch gar nicht vorgesehen. Sie haben eine Menge Leerstellen hinterlassen. Das, was Sie hier vorführen, ist noch Stückwerk.

Leider hat es keine Zukunftsoptionen. Das habe ich eben schon ausgeführt. Damit müssen Sie sich auseinander setzen. Sie bekommen es nicht vernünftig an den Start. Die aktuelle Stärkung reicht nicht aus. Sie müssen Zukunftsoptionen für diese Schulform beschreiben, die darin bestehen, Veränderungen in der Struktur herbeizuführen. Um diesen Punkt kommen Sie leider nicht herum.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Beer. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Recker das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit die Mär endlich beendet wird: Wir hatten gerade eine Tagung der bildungspolitischen Sprecher der CDU der 16 Länder, bei der wir uns einstimmig für das gegliederte Schulwesen ausgesprochen haben. Allein da, wo es die demographische Entwicklung nicht mehr ermöglicht, gehen wir andere Wege. Das war eine einmütige Erklärung.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, Frau Beer, dass wir vor der Wahl gesagt haben, dass wir zum mehrgliedrigen Schulsystem stehen. Dafür haben uns die Wähler den Auftrag gegeben.

(Beifall von der FDP)

Ihre alte Strukturdebatte ist von gestern. Die machen wir nicht mehr mit. Was wir vor der Wahl ge-

sagt haben, setzen wir nun um, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn Sie wirklich meinen, es sei keine Benachteiligung: Nehmen Sie einen Ort, wo eine Gesamtschule mit einem Ganztagsangebot und daneben eine Hauptschule bestehen. Diese Hauptschule hat keine Chance. Sie hat eine ähnliche Schülerklientel. Wenn man ihr diese Benachteiligung anhaftet, dann hat sie keine Chance. Das ist landesweit so. Sie haben es verursacht, dass diese Schule in dieser Situation ist.

Ich hatte gerade ein Gespräch mit 60 Hauptschulleitern. Die atmen auf. Sie sagen: Endlich bekommen wir die Chance, die wir unter Rot-Grün nie gehabt haben. – Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Recker. – Ich schließe jetzt die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/1194** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung soll dort in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist diese Überweisung einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

6 Erhöhte Bundesverkehrsinvestitionen werden in Nordrhein-Westfalen dringend benötigt – die Landesregierung muss sich beim Bund für diese Mittel mehr engagieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1188

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion dem Abgeordneten Wißen das Wort.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne erinnern wir uns an den Landtagswahlkampf zurück. Damals verkündete die einstige Opposition bar jeder Ahnung von möglicher Regierungsbeteiligung ein Sonderprogramm „Verkehrsinfrastruktur 2010“. Hohe Erwartungen in der Wirtschaft und bei den Menschen wurden geweckt. Wie ein Mantra wurde dieses Programm auf jeder sich bietenden Podiumsdiskussion der

staunenden Öffentlichkeit vorgetragen. Hohe Erwartungen wurden erweckt und enttäuscht.

Auch hier gilt leider die für die schwarz geführte Landesregierung gefundene Formel „versprochen – gebrochen“. Denn wenn man einen Blick in den nun vorliegenden Haushaltsplanentwurf wagt, wird man vergeblich nach Mitteln für ein versprochenes Sonderprogramm „Verkehrsinfrastruktur 2010“ suchen.

Stand der heutige Ministerpräsident Rüttgers noch zu Wahlkampfzeiten auf der Poppelsdorfer Allee in Bonn und verkündete, unter seiner potenziellen Regierung würden 100 neue Baumreihen in Nordrhein-Westfalen entstehen, so ist auch hierzu im Haushalt nichts zu finden. Vergeblich suchen Mensch und Hund nach der ersehnten Flora.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der mittlerweile legendären integrierten Gesamtverkehrsplanung, genannt IGVP, kommt der Herr Minister zu einem jährlichen Neu- und Ausbaubedarf von 100 Millionen €. In den Ohren liegen uns noch die Rufe nach höheren Verkehrsinvestitionen, und die vielen Erhöhungsanträge in den entsprechenden Haushaltsberatungen können noch heute nachgelesen werden. Jetzt, kaum in der Regierungswirklichkeit angekommen, feiert sich der Herr Minister für die Tatsache, dass die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen so bleiben, wie sie auch unter der SPD-geführten Landesregierung gewesen sind. Wahnsinn!

(Christof Rasche [FDP]: Das hat doch mit dem Antrag nichts zu tun!)

Allerdings herrscht nicht nur bei den Investitionsmitteln Orientierungslosigkeit. Vergebliche Besserungen erhofften sich so manche Konservative ja auch von der strategischen Ausrichtung der Infrastruktur. Hier ist Geograf Wittke ohne Kompass im Lande unterwegs. Einerseits werden Schienen- und Straßenprojekte in die integrierte Gesamtverkehrsplanung gehoben, die niemand vor Ort und im Lande will. Ein Beispiel dafür habe ich letztes in Mönchengladbach mit dem Kollegen Hans Willi Körfges besucht. Bisher hat es keine Regierung geschafft, innerhalb so kurzer Zeit mit einem verkehrspolitischen Thema Tausende von Menschen derart auf die Palme zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Ungeachtet des Willens vor Ort und ohne Rücksicht auf die Interessen der Menschen wollen Sie eine Trasse durch ein Landschaftsschutzgebiet jagen.

Andererseits werden zugleich sinnvolle und bewährte Maßnahmen gnadenlos herabgestuft. Als schönen Gruß an Ihre münsterländischen Kolle-

ginnen und Kollegen werden Schienenprojekte so kleinteilig betrachtet, dass sie zwingend einen schlechten Kosten-Nutzen-Quotienten erhalten müssen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist wirklich ein Ding!)

Nicht zuletzt werden wirtschaftlich äußerst relevante Verkehrsverbindungen völlig ohne Not und an jeglicher Sachlage vorbei ins Gerede gebracht, wie zum Beispiel beim Eisernen Rhein.

(Christof Rasche [FDP]: Das hat mit dem Antrag nichts zu tun!)

– Herr Rasche, regen Sie sich nicht auf. Zu Ihrer Seite komme ich auch noch.

Aber auch die FDP kann sich im Verkehrsinfrastrukturbereich nicht mit Ruhm bekleckern. Seit Jahren hat sie unzweifelhafte Infrastrukturmängel aufgezeigt und Besserung gefordert. Allein in den vergangenen beiden Haushaltsjahren wollte sie den Landesstraßenbau über den rot-grünen Ansatz hinaus mit zusätzlich rund 170 Millionen € ausstatten. Diese Forderungen und Ankündigungen sind bei der FDP ganz schnell geplatzt. Herr Rasche, willkommen im wirklichen Leben.

(Beifall bei der SPD – Christof Rasche [FDP]: Das liegt aber an Ihrer Schuldenmacherei!)

Selbst wenn der parteipolitisch neutrale ADAC in Nordrhein-Westfalen seine Anmerkungen zum Landesstraßenbau als Agenda NRW 2006 den Fraktionen des Landtags überreichen will, glänzen CDU und FDP durch Abwesenheit. Anscheinend möchten sich die Regierungsfractionen nicht mehr mit ihren früheren Auftritten bei solchen Anlässen identifizieren. Kein Schlagloch war zu schade, um früher nicht von den heutigen Koalitionären besucht zu werden. Es gibt da nette Fotos mit Ihnen, Herr Rasche.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

So ändern sich die Zeiten: Früher aufbauschen, heute abtauchen.

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD hat sich dort, wo sie in der Regierungsverantwortung war oder ist, stets für die Sicherung der Mobilität engagiert, und dies für jeden Verkehrsträger entsprechend seiner Stärken und Kapazitäten. Für Sozialdemokraten gilt der Grundsatz, dass wir die Menschen möglichst sicher, günstig und qualitativ hochwertig von A nach B bringen wollen. Der Er-

folg seit dem Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes bestätigt uns dies.

Das gilt auch für die Verkehrsinnovationen wie für den Rhein-Ruhr-Express oder für das CargoCap-Projekt. Hierbei haben wir Visionen entwickelt, deren Umsetzung greifbar nahe war und eine nachhaltige, sozial- und stadtvträgliche Mobilität in der Zukunft gesichert hätte.

Sehr geehrte Damen und Herren, für solche Visionen und deren Realisierung zeichnet die SPD gern verantwortlich, wenn sie auf Bundesebene konkrete Impulse in fünf zentralen Bereichen für mehr Wachstum, Beschäftigung und Innovation mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Milliarden € für den Zeitraum 2006 bis 2009 anregt. Entscheidend für die Verkehrspolitik in unserem Lande ist selbstverständlich die Erhöhung der Verkehrsinvestitionen um zusätzliche 4,3 Milliarden € in diesem Zeitraum.

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichern zudem Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Bereichen. An dieser Erhöhung der Investitionsmittel sehen Sie, was tatsächlich ideologiefreie Verkehrspolitik ist. Denn die zusätzlichen Mittel kommen allen drei Verkehrsträgern zugute: Schiene, Straße und Wasserstraße.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

Die von Stauminister Wittke propagierte Ideologiefreiheit kennt nach seinen eigenen Worten nur noch den Verkehrsträger Straße. Ansonsten ist ihm der Ab- und Rückbau mehr zu Eigen. Die Kraft und den Mut, Verkehre zu verlagern, hat er nicht. Die radikale Kürzung des Mittelansatzes für nicht bundeseigene Eisenbahnen im vorliegenden Haushaltsentwurf ist hierfür ein deutliches Beispiel.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Aufteilung der Mittelerhöhung des Bundes erfolgt unter der Prämisse, schnell hohe Beschäftigungsimpulse zu erreichen. Dabei ist der Straßenbau aufgrund seiner relativ kleinteiligen Projekte in der günstigen Lage, die Investitionsmittel dynamisch und kurzfristig einzusetzen.

So ist es der damaligen rot-grünen Landesregierung stets gelungen, Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen, die weit über dem eingeplanten Zuteilungsschlüssel der Bundesinvestitionsmittel lagen. Auf diesem Wege haben wir in NRW den Anteil der Verkehrsinvestitionen des Bundes für

NRW von 12,6 % 1998 auf über 14 % 2005 gesteigert.

Der Bund wird in diesem Jahr seine zusätzlichen Investitionen überdurchschnittlich für den Verkehrsträger Straße zur Verfügung stellen, und dies mit dem Schwerpunkt Erhaltungsmaßnahmen. Darüber hinaus können Maßnahmen zur Beseitigung von Engpässen und Netzlücken beschleunigt beziehungsweise begonnen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, beim Schienennetz und bei den Wasserstraßen liegt der Investitionsschwerpunkt in den Jahren ab 2007, um die Zeit bis dahin noch für planerische und investive Vorarbeiten zu nutzen, für die der bisherige Finanzrahmen keinen Raum geboten hat. Alle Maßnahmen werden begleitet durch das möglichst rasche Inkrafttreten des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes und der ergänzenden Finanzierung durch Public Private Partnership.

Die Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen des Bundes kann den sich in Nordrhein-Westfalen abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen. Das kann für unser Land zum Erfolg werden. Daher ist die Landesregierung jetzt in besonderer Weise in der Pflicht, durch ihre Politik das Investitionsprogramm der Bundesregierung zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Das heißt konkret, Projekte und Maßnahmen der Bundesregierung müssen jetzt dort angemeldet werden, bevor es die anderen Bundesländer tun. Jetzt gilt es, neue, qualitätsvolle und sinnvolle Verkehrsinfrastrukturprojekte dem Bund zur Finanzierung vorzuschlagen und die Realisierung bereits begonnener Projekte zu beschleunigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dabei sind wir ganz auf Ihrer Seite.

Mit der Mittelbewilligung des Bundes besteht die klare Chance, Wachstum, Beschäftigung und Innovationen nach NRW zu holen. Daher appellieren wir an die Landesregierung, die Chance schnell und gut zu ergreifen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wißen. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schulte das Wort. Bitte schön.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Wißen haben unsere schlimmsten Befürchtungen zur Gewissheit werden lassen.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Ihr Antrag ist der klägliche, aber zum Scheitern verurteilte Versuch, Versäumnisse der abgewählten rot-grünen Landesregierung bei der Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen im Bundesverkehrswegeplan 2003 vergessen zu machen und zu vertuschen.

Wenn ich mir die Intention Ihres Antrages bei einem Angeklagten vor Gericht vorstelle, der beschuldigt wird, Vater und Mutter erschlagen zu haben,

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Bodo Wißen [SPD]: Das ist nicht zu fassen!)

komme ich bei Anwendung der jiddischen Chuzpe zu dem Ergebnis: Sie klagen auf mildernde Umstände, weil Sie jetzt Vollweise sind.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Wenn man die drei Punkte Ihres Antrages wertet, so ist Teil I die geschichtliche Schönfärberei ohne konkreten politischen Inhalt mit dem Ziel, von der eigenen Unfähigkeit abzulenken und sich für Ihre 39-jährige Verantwortung in der Verkehrspolitik selbst Absolution zu erteilen.

Teil II ist – zurückhaltend gesagt – eine geistige Anleihe bei der Bundesregierung, weil Sie das Investitionsprogramm von der Klausurtagung in Genshagen und von der Seite Regierung-online wörtlich abgeschrieben haben.

Teil III des Antrages beinhaltet den durchsichtigen Versuch, die selbst verursachten Verhältnisse der neuen Landesregierung in die Schuhe zu schieben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Schulte, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Horstmann.

Bernd Schulte (CDU): Aber immer doch.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann haben Sie das Wort, Herr Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Kollege Schulte, seitdem ein Christdemokrat für die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen Verantwortung trägt, erinnere ich mich zwar an ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel, welches wichtige Verkehrsprojekt der Minister nicht zu verwirklichen gedenkt, nämlich den Eisernen Rhein, aber an kein einzi-

ges Verkehrsprojekt, das er zusätzlich zu verwirklichen gedenkt. Teilen Sie diese Einschätzung?

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

Bernd Schulte (CDU): Herr Kollege Horstmann, ich komme noch auf Ihre Rolle beim Bundesverkehrswegeplan 2003 zu sprechen. In diesem Zusammenhang werde ich Ihre Frage beantworten.

(Unruhe)

Am 20. März 2003 wurde in Berlin der Referentenentwurf für den Bundesverkehrswegeplan vorgelegt. Das war kein guter Tag für Nordrhein-Westfalen, denn im Vorfeld dieses Referentenentwurfes hatten Ihre grünen Umweltkollegen Frau Höhn und Herr Trittin das Bundesamt für Naturschutz zur Speerspitze der Straßenverkehrsplanung in Nordrhein-Westfalen gemacht.

Dieser Vorarbeit fielen wesentliche Teile von wichtigen nordrhein-westfälischen Vorhaben zum Opfer. Herr Horstmann, Sie haben es erreicht, dass der Anteil von Nordrhein-Westfalen am Programmvolumen im Endeffekt von 20,6 % auf 19 % gesunken ist. Es war in ihrer Verantwortung. Ihre Ankündigung, 22 % zu erreichen, ist völlig im Sande verlaufen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben es ebenfalls nicht geschafft, die naturschutzrechtlichen Prüfungsaufträge aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen, sodass wir neben der Tatsache, dass der Anteil auf 19 % gesunken ist, auch die Tatsache zu verzeichnen haben, dass eine Menge von Projekten durch zusätzliche umweltrechtliche Prüfungsaufträge blockiert ist. Ich darf Ihre Antwort mit einem eigenen Zitat beantworten, Herr Kollege Horstmann.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, ich darf Sie noch einmal unterbrechen. Herr Kollege Horstmann würde gerne noch eine Frage stellen.

Bernd Schulte (CDU): Nein, im Moment will ich die erste Frage beantworten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Kommt die Antwort noch?)

Sie haben am 24. Juni 2004 im Verkehrsausschuss des Landtags gesagt:

„... man muss sich in Verteilungskämpfen darauf einstellen, dass man seine Forderungen nicht zu 100 % durchsetzen kann.“

Ich wandle ein anderes Zitat ab: Von Horstmann lernen heißt verlieren lernen.

(Beifall von der CDU)

Insofern war es Ihre Verhandlungsposition beim Bundesverkehrswegeplan 2003, die uns in Nordrhein-Westfalen in diesen Rückstand gebracht hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben das bezahlt. Das Land ist Verlierer beim Bundesverkehrswegeplan und steht anders und schlechter da als andere Bundesländer. Viele Infrastrukturaufwendungen sind an Nordrhein-Westfalen vorbei geflossen. Die Ergebnisse erlebt der staunende Verkehrsteilnehmer, wenn er neue Autobahnen oder Ortsumgehungen in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen oder Rheinland-Pfalz erlebt. Das hätten wir in Nordrhein-Westfalen auch haben können, wenn Sie sich seinerzeit in der Koalition nicht blockieren lassen und im Düsseldorf Signal nicht ein Rotsignal für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen gegeben hätten.

Herr Ministerpräsident Rüttgers hat am 23. Oktober 2005 an die nordrhein-westfälischen Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen in Berlin appelliert, notwendige Finanzmittel für die Modernisierung des Schienennetzes bereitzustellen, die naturschutzrechtlichen Planungsaufträge im Bundesverkehrswegeplan zu streichen und den Ausbau sowie Lückenschlüsse im Interesse zeitnaher Realisierung finanziell abzusichern.

Es ist für die Landesregierung und für die sie tragenden Koalitionsfraktionen eine Selbstverständlichkeit, die 2003 durch Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf versenkten oder auf die Zeitschiene gehievt Schienen-, Autobahn- und Ortsumgehungsprojekte erneut auf die Rampe zu schieben, weil Handlungsspielraum durch die Absicht der Bundesregierung entsteht, zusätzlich Geld bereitzustellen.

Durch die angekündigten zusätzlichen Bundesverkehrsinvestitionen wird nur ein Teil der in den letzten Jahren vorgenommenen Mittelkürzungen zurückgenommen. Darauf will ich aufmerksam machen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Welche machen Sie denn überhaupt?)

– Herr Kollege Horstmann, das ist Ihr Verdienst. Davon sollten Sie auch nicht durch einen scheinheiligen Antrag ablenken.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was verwirklichen Sie denn zusätzlich? Was machen Sie denn jetzt?)

Im Ausschuss für Bauen und Verkehr werden wir diese Diskussion fortsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das war es jetzt?)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Abgeordneter Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schulte, mit den Vergleichen ist es eben manchmal schwierig. Sie haben wieder einen sehr makaberen Vergleich gezogen. Ich glaube, den kann ich für alle – außer für Sie selbst – zurückweisen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind nicht nur ein schlechter Vergleicher, Sie sind auch ein ganz schlechter Märchenerzähler. Das finde ich schon ziemlich übel. Wenn Sie Märchen erzählen, vor allen Dingen dann, wenn Sie versuchen, wahre Märchen zu erzählen, müssen Sie versuchen, sich ein bisschen an die Wahrheit zu halten.

Herr Kollege Schulte, was Sie über den Bundesverkehrswegeplan erzählt haben, entbehrt wirklich vieler Grundlagen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Frage, wie wir in unserem Land mit naturschutzrechtlichen Belangen umzugehen haben.

Nachdem ich die beiden Beiträge gehört habe, möchte ich den Schwerpunkt auf das verlagern, was im Antrag steht, und auf das, worauf es aus unserer Sicht ankommt, wenn man sich vornimmt, 4,3 Milliarden € mehr in Verkehrsinvestitionen zu lenken. Im Prinzip ist nichts dagegen zu sagen. Die Frage ist, was man mit dem Geld macht.

Herr Kollege Wißen, ich bin überrascht, dass Sie eine Art großkoalitionären Antrag eingebracht haben und – das sage ich in aller provokanten Freude – den drei Fraktionen, die wir im Landtag als Betonfraktionen kennzeichnen dürfen, im Grunde genommen aus der Seele sprechen.

Sie sagen ganz klar: Es soll Geld in die Hand genommen werden, um möglichst noch mehr zu bauen und die Verkehrsinfrastruktur noch mehr auszuweiten. Die Menschen auf der Straße, auf der Schiene und sogar diejenigen in der Schifffahrt sehen, dass wir ganz andere Probleme haben.

Wir haben eines der dichtesten Verkehrsinfrastrukturnetze weltweit. Was in dem Antrag steht,

stimmt. Wir haben in unserem Land mehr Straßen, als wir sie in benachbarten europäischen Ländern zusammenzählen können. Wir haben ein riesiges Schienennetz. Wir haben viele marode Brückenbauten und Tunnelbauten, die saniert werden müssen, weil sie altern.

Wir haben einen riesigen Bedarf im Verkehrsinfrastrukturbereich, der sich nicht auf den Neubau, sondern vor allen Dingen auf den Erhalt bezieht. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass das zum Teil in Berlin so vorgesehen ist. Ich habe mit großem Interesse die aktuelle Berliner Debatte dazu verfolgt.

Sie haben in Ihrem Antrag eine Reihe von Stichworten eingebracht. Dem will und muss ich ein paar Punkte entgegenstellen, weil es sonst schwierig ist, diese Debatte sachlich zu führen.

Unser Problem liegt nicht darin, dass wir neue Straßen brauchen. Unser Problem liegt vor allen Dingen darin, den vorhandenen Bestand zu bewahren. Unser Problem liegt nicht darin, dass unsere Schienennetze wunderbar funktionieren. Wir haben wahnsinnig viele Stellen überall in der Republik, an denen nur langsam gefahren werden kann. An allen Ecken und Enden fehlt das Geld, um diese Schienennetze vernünftig ausgebaut vorzufinden. Wir haben im Schienenbereich auch Neubaubedarf. Das ist völlig richtig, wenn wir über den Eisernen Rhein sprechen. Es ist völlig richtig, wenn wir über die Betuwe-Linie sprechen.

Es ist aber doch gleichzeitig abstrus, wenn wir wissen, dass die Deutsche Bahn AG in den letzten Jahren rund 1,4 Milliarden € für Infrastrukturmaßnahmen nicht abgerufen hat. Warum hat sie es nicht getan? Den Anteil, den sie dazutun müsste, hat sie lieber in den Ankauf von Logistik gesteckt. Das ist doch die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vor dem Hintergrund unterstütze ich ausdrücklich die Forderung, die unsere Kolleginnen und Kollegen von den Grünen in Berlin gestellt haben, dass nämlich die 4,3 Milliarden € nach Möglichkeit ausschließlich in ein Sofortprogramm zur Sanierung der Bundesschienenwege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen fließen. Dies soll nach dem Verteilungsschlüssel 45:45:10 geschehen. Das ist richtig so. Das wäre das, was erforderlich ist.

Das wäre das, was den Menschen konkret bei der täglichen Bewältigung ihrer Verkehre weiterhelfen würde: weil man auf den Straßen mit Schlaglöchern kämpfen muss, weil man bei der Bahn immer wieder mit Verspätungen zu tun hat, weil vieles eben genau von den bisher nicht bewältigten

Sanierungsmaßnahmen abhängig ist. Vor diesem Hintergrund sind auch die Kapazitäten des Güterverkehrs auf dem Schiff noch nicht ausgeschöpft.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Wir wissen, dass 13 % der Schienenwege vor 1973 gebaut wurden. Bei den Bundesfernstraßen sind es sogar 18 % und bei den Wasserstraßen sogar 25 %. Das ist die Faktenlage. Wir alle nehmen doch mit Schrecken zur Kenntnis, dass es eben einen enormen Sanierungsbedarf gibt – nicht nur bei Brücken und Tunnelbauten.

Insofern müssen wir hier, glaube ich, völlig anders ansetzen als das der Antrag tut, Kollege Wißen. Deshalb habe ich mich auch ein bisschen gewundert. Im ersten Teil Ihres Antrags beschreiben Sie eine ganze Menge Dinge ganz richtig, aber das, was Sie dann an Forderungen an die Landesregierung stellen, entspricht im Prinzip nicht dem, was eine zukunftsweisende Verkehrspolitik braucht, die auch intelligent mit den Fragen der Mobilität umgeht. Das ist alles ausgeblendet zugunsten einer aus meiner Sicht nur auf mehr Straßenbau abzielenden Politik. Die Betonung liegt vor allen Dingen auf Straßenbau, auf mehr Ausbau und Neubau von Strecken, und zu wenig auf dem, was eigentlich erforderlich ist, nämlich dass wir das, was wir in den letzten Jahren alles neu gebaut haben, auf Dauer erhalten. Dafür brauchen wir einfach viel Geld. Dieses Geld ist nicht vorhanden. Wenn dann so ein Sofortprogramm möglich wäre, sollte man das Geld da investieren.

Ich möchte noch kurz etwas sagen zum Thema Verkehrswegeplanbeschleunigungsgesetz. Das ist ein wunderbares Wort, das kaum jemand richtig aussprechen kann. Dieses Wort wird ja in Berlin ständig hin- und hergewogen. Neuerdings heißt es Infrastrukturbeschleunigungsgesetz. Das klingt ein bisschen kürzer, will aber im Prinzip dasselbe. Wir alle wissen, es war gedacht in den 90er-Jahren, um im Osten des Landes, also in den neuen Bundesländern, die entsprechenden Nachholbedarfe zu organisieren.

Wir haben immer davor gewarnt, dieses Instrument als ein demokratiefeindliches, ein bürgerunfreundliches Instrument zu benutzen, weil es eben letztlich nur dazu dient, Verfahren so zu beschleunigen, dass dabei möglicherweise die berechtigten Interessen derer, die von diesen Verfahren betroffen sind, zu kurz kommen.

Ich habe mit Interesse gerade heute die Meldung gelesen, dass eine Turboplanung an der A 33 vorgenommen werden soll. Das ist dann möglicherweise schon ein solcher Versuch, ein solches Beispiel.

(Beifall)

– Klopfen Sie mal nicht zu früh! Denn diejenigen, die in diesem Zusammenhang über 30 Jahre in der Verantwortung standen, waren nicht die Grünen. Die Problematik, die wir an der Stelle haben, ist ja im Prinzip durch eine entsprechende Vereinbarung gelöst worden. Jetzt käme es darauf an, sich an diese Vereinbarung zu halten und das, was man da miteinander vereinbart hat, umzusetzen.

Ich habe nichts gegen beschleunigte Verfahren. Für mich ist entscheidend, dass die Demokratie, die Transparenz und die Bürgerfreundlichkeit bei diesen Verfahren gewahrt bleiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alles andere widerstrebt mir.

Dasselbe gilt übrigens auch für naturschutzfachliche Belange. Bei dem täglichen Flächenverbrauch, den wir in dieser Republik haben – gerade in NRW, weil wir durch die Infrastruktur ein stark beanspruchtes Land sind –, ist es doch Unsinn, diese Dinge einfach auszublenden und zu sagen: Wir brauchen keinen naturschutzfachlichen Belang, das nehmen wir einfach alles wieder weg, so wie Sie es gefordert haben, Herr Schulte. – Ich weiß, dass das auch die SPD immer gefordert hat. Darüber haben wir in unserer Koalition auch, wie ich meine, zu Recht gestritten. Aber es ist doch ein Unding, das auszublenden, denn diese Belange sind doch Teil unserer gesetzgeberischen Zusammenhänge. Wir haben FFH-Gebiete, wir haben Naturschutzgebiete, wir haben Landschaftsschutzgebiete. Die rechtfertigen eben einen gesetzeskonformen Umgang damit. Deshalb kann man nicht so wie Sie sagen: Das macht alles keinen Sinn. Das muss weg. Hier muss gebaut werden auf Teufel kommt raus. – Am Ende stehen Sie dann vor maroden Bauwerken, deren Erhalt und Sanierung Sie, weil Sie das Geld immer nur für Neubau ausgegeben haben, nicht bezahlen können.

In diesem Sinne werden wir uns mit dem Antrag sicher weiter auseinander setzen. Er ist ein Stück weit der Versuch, noch einmal zusammenzufassen, worauf es aus Sicht der SPD ankommt. Ich hoffe, ich habe deutlich gemacht, dass wir da einen etwas anderen Standpunkt vertreten haben und weiter vertreten und vor dem Hintergrund immer dafür sind, wenn wir Geld im Verkehrsbereich in die Hand nehmen, es zunächst einmal in die Sanierung der vorhandenen Strecken und Straßen, aber auch der Schienen zu stecken. Wir sind dafür, da, wo wir Schiene brauchen, Schiene zu erneuern. Deswegen haben wir uns immer für

eine Schienenvorrangpolitik ausgesprochen. Im Übrigen wollen wir dem Verkehrsträger Wasserstraße weiter mehr Gewicht geben, weil wir alle wissen, dass das ein ökologisch sinnvoller und auch ökonomisch ausgesprochen konkurrenzfähiger Weg ist, Güter zu transportieren.

Das ist das entscheidende Problem. Die künftigen Verkehre auf der Straße werden wir doch sicher nicht dadurch bewältigen, dass wir weiter Straßen ausbauen. Wir müssen vielmehr eine intelligente, fortschrittliche, nach vorne weisende Verkehrspolitik betreiben. Und die hat nichts mit dem zu tun, was im Antrag steht, nämlich Neubau zu fordern. Sie hat etwas damit zu tun, dass man das Vorhandene erhält und an den Stellen intelligent ausbaut, an denen Verkehrspolitik dringende Bedarfe hat: auf der Schiene und auf dem Wasser. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringung dieses Antrages durch den Kollegen Wißen, den ich ansonsten sehr schätze, war schon interessant, denn rund drei Viertel seines Vortrages befassten sich in keiner Weise mit dem Antrag. Er hat über IGVP geredet. Davon steht nichts im Antrag. Er hat über Landesstraßen geredet. Auch davon steht nichts im Antrag. Wir werden beide Themen behandeln. Ich gehe jetzt auf Ihren Antrag ein. IGVP werden wir noch ausführlich behandeln.

Sie müssen nur wissen, dass die Ergebnisse, die bei IGVP herausgekommen sind, auf Ihrem Auftrag beruhen. Sie haben das eingeleitet. Sie haben all die Straßenprojekte und Schienenprojekte genannt, die untersucht werden sollten. Ich verstehe nicht, warum Sie sich heute darüber beklagen, dass da etwas untersucht worden ist. Und über das Ergebnis dürfen Sie sich auch nicht beklagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Der nächste Redner der alten Koalition war Herr Keymis. Herr Keymis, wir haben einen erheblichen Bedarf in der Verkehrsinfrastruktur, einen erheblichen bei der Sanierung – da gebe ich Ihnen Recht –, aber auch einen erheblichen beim Ausbau. Denn wir haben in den nächsten Jahren unglaubliche Verkehrszuwächse. Die können wir mit dem bestehenden Verkehrsinfrastrukturnetz nicht bewältigen.

Herr Keymis hatte zu Beginn seiner Rede eine sachliche Debatte eingefordert und beklagte sich bei seinen beiden Vorrednern. Er hat sich nur leider selber nicht daran gehalten. Was an den Argumenten sachlich war, das muss mir mal einer erklären.

Das Problem von Herrn Keymis ist nämlich die Einseitigkeit, die hundertprozentige Aufstellung gegen den Verkehrsträger Straße. Diese Einseitigkeit ist falsch. Das belastet das Vorgehen der Grünen. Das hat übrigens früher auch die Koalition von Rot-Grün belastet.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich habe doch Herrn Horstmann beobachten können, wie er bei der Rede von Herrn Keymis immer weiter im Sessel versunken ist und wahrscheinlich an alte Tage gedacht hat, als es um Verhandlungen zum Straßenbau ging.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine ausgewogene Verkehrspolitik, die wirklich alle Verkehrsträger – dazu gehören die Straße, die Schiene, die Luftfahrt, die Binnenschifffahrt und auch moderne Technologien – ausgewogen betrachtet und entsprechend in sie investiert. Genau an dieser Ausgewogenheit hat es der alten Koalition total gefehlt.

Wenn ich dann von Herrn Keymis höre, die Grünen seien für Demokratie und Transparenz, mit anderen Worten, die anderen drei Fraktionen, nämlich CDU, SPD und FDP, seien dagegen, muss ich sagen: Herr Keymis, wo leben Sie denn mit Ihren Vorwürfen? Wenn alle Leute in diesem Plenum eine andere Auffassung hätten als Sie: Sie würden bei Ihrer bleiben, Sie würden kein Stück dazulernen, Herr Keymis, kein Stück.

Ich komme jetzt zum Antragsinhalt. Da muss ich den Kollegen der SPD ein Kompliment machen, es ist ihnen nämlich gelungen, einen wirklich hübschen Antrag zusammenzubasteln. Sie fordern den sechsstreifigen Ausbau von Autobahnen, eine zügige Realisierung von Ortsumgehungen und Lückenschlüssen sowie eine schnellstmögliche Verschiebung des Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie erfinden die SPD-Verkehrspolitik gerade völlig neu. Denn während Ihrer langjährigen Regierungsverantwortung haben Sie diesen Bereich völlig vernachlässigt

(Zuruf von der SPD: Das ist gar nicht wahr!)

und sind den im Antrag formulierten Forderungen nicht nachgekommen. Ich werde Ihnen das gleich erklären.

Warum übrigens haben Sie einen solchen Antrag nicht bereits in der 13. oder der 12. Legislaturperiode eingebracht? Mehr Bundesmittel für den Verkehrsinfrastrukturhaushalt hätten wir auch damals schon gebrauchen können. Ich habe eine Ahnung: Sie hätten diesen Antrag bei Ihrem Koalitionspartner niemals durchbekommen. Nehmen wir doch nur die folgende Aussage – Zitat –:

„Die künftige wirtschaftliche Bedeutung Nordrhein-Westfalens ist somit unmittelbar davon abhängig, dass die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes den Anforderungen der Wirtschaftsentwicklung gerecht wird.“

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Rasche, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Horstmann?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Wenn Sie die Zeit bitte anhalten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ja, natürlich wird die angehalten. – Bitte, Herr Horstmann.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Die läuft immer noch.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege Rasche, dass schon in der Regierungszeit der letzten Landesregierung sämtliche Autobahnabschnitte der A 1, A 2 und A 3 um das Ruhrgebiet herum – das sogenannte Ruhrgebietsdreieck – und sämtliche Bauabschnitte der A 1, A 3 und A 4 auf dem Kölner Ring für den sechsstreifigen beziehungsweise teilweise sogar achtstreifigen Ausbau in Angriff genommen worden sind?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Das ist mir sehr wohl bekannt. Ich frage mich nur, warum dann Ihre Fraktion in ihrem Antrag genau diesen sechsspürigen Ausbau fordert. Vielleicht ist das Ihrer eigenen Fraktion nicht bekannt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist doch klar!)

– Dass der nicht bekannt ist, ist mir schon klar.

So richtig die Feststellung, die ich gerade zitiert habe, auch ist, sie ist mit dem grünen Ziel in der Verkehrspolitik, nämlich der Verkehrsverhinderung, zumindest auf der Straße und in der Luft, nicht zu vereinbaren. Es ist für die SPD aber zu einfach, alles auf den alten Koalitionspartner abzuschieben. Sie haben die entscheidenden Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Transport, zwischen Arbeitsplätzen und Verkehrsinfra-

struktur einfach nicht erkannt oder sind sie nicht offensiv angegangen.

Selbstverständlich freuen wir uns als Landespolitiker darüber, dass der Bund beabsichtigt, mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen. Was diese Absichtserklärung wert ist, wird sich noch zeigen. Ich möchte nur an das damalige Versprechen des Bundes erinnern, die Nettoeinnahmen aus der LKW-Maut zusätzlich für Verkehrsinvestitionen einzusetzen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, woher die 4,3 Milliarden € kommen sollen. Im Koalitionsvertrag in Berlin heißt es sehr nebulös, dass die Mehrausgaben für das gesamte 25-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramm der Bundesregierung etwa zur Hälfte über einen Zukunftsfonds finanziert werden sollen, der sich aus der Mobilisierung bundeseigenen Vermögens speist. Nach der rot-grünen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre dürfte hier aber nicht mehr allzu viel zu holen sein. Über die andere Hälfte wird erst gar nichts gesagt.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass der Bund die Mittel tatsächlich im zugesagten Umfang bereitstellt, ist die Freude darüber doch etwas getrübt. Die SPD weist in ihrem Antrag darauf hin, dass das Volumen der Verkehrsinvestitionen durch das Konjunkturprogramm von 8 Milliarden € auf 9 Milliarden € erhöht wird. Das ist okay. Zwei Dinge wurden dabei jedoch verschwiegen: erstens dass die Aufstockung des Etats auf 9 Milliarden € lediglich frühere Kürzungen der rot-grünen Bundesregierung rückgängig macht, zweitens dass 9 Milliarden € immer noch viel zu wenig sind. Damit kann man nämlich noch nicht einmal den Bundesverkehrswegeplan finanzieren, der ein Volumen von jährlich 10 Milliarden € für die Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser vorsieht. Die Regierungskommission zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung, die sogenannte Pellmann-Kommission, hat zur Sicherung und notwendigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur – also sämtlicher Verkehrsträger – sogar einen Bedarf von 12 Milliarden € pro Jahr festgestellt.

Meine Damen und Herren, das zeigt: 4,3 Milliarden € zusätzlich für vier Jahre reichen nicht aus, um den enormen Investitionsstau aufzulösen. Deshalb sind sie auch kein Grund, um sich in Berlin oder hier in Düsseldorf feiern zu lassen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, letztlich kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass die SPD von ihrem eigenen verkehrspolitischen Scheitern ablenken will. Fakt ist doch, dass auf Nordrhein-Westfalen ein Anteil von nur 16 % an den Investi-

tionen aus dem Bundesverkehrswegeplan entfällt, und zwar trotz der wiederholten Forderung der alten Landesregierung, den Anteil auf 22 % zu erhöhen. Tatsache ist auch, dass auf Betreiben der rot-grünen Landesregierung etliche NRW-Projekte aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans entfernt oder mit dem Vorbehalt eines naturschutzfachlichen Planungsauftrages versehen wurden. Alles Ihre Politik!

Meine Damen und Herren, die von der SPD gestellten Forderungen in dem uns vorliegenden Antrag stehen im völligen Gegensatz zu Ihrer Arbeit in der alten rot-grünen Regierung. Sie haben damit vielleicht eine Gelegenheit genutzt, um Ihre neue Verkehrspolitik bekannt zu machen. Sie werden es mit diesem Antrag aber nicht erreichen, von Ihren großen Versäumnissen und Fehlern in der Verkehrspolitik der Vergangenheit abzulenken. Nordrhein-Westfalen und seine Bürger werden noch lange unter den Folgen der rot-grünen, ideologisch gegen Straße angelegten Verkehrspolitik leiden.

Wir arbeiten seit Monaten daran, endlich möglichst viel Baurecht für Verkehrsinfrastrukturprojekte zu bekommen. Genau diesem Ziel ist die alte Regierung nicht gefolgt. Sie wissen selbst, wie lange Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern. Sie hätten vieles einstufen müssen. Heute beklagen Sie, dass wir zu wenig Straßenbaurecht haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Ich komme sofort zum Schluss. Letzter Satz!

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Keymis will allerdings noch eine Zwischenfrage stellen.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Das kann er anschließend tun. Okay. – Die CDU und die FDP werden diese Fehler abarbeiten und dafür sorgen, dass der Zusammenhang von Wirtschaft und Transport tatsächlich wieder in den Vordergrund rückt – für alle Verkehrsträger, Herr Keymis.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Rasche, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es nicht an Verfahrensfragen im Sinne von Gerichtsverfahren liegt, dass bestimmte Pläne nicht so schnell umgesetzt werden, wie sie umgesetzt werden könnten, und

dass nur 5 % dieser Verfahren überhaupt in eine höhere Instanz gehen, dass das also nicht der entscheidende Punkt ist?

Sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass es eigentlich im Wesentlichen oft oberflächliche Planung ist, dass falsche Voraussetzungen die Grundlage gebildet haben und deshalb Pläne oft lange gelegen haben? Das hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern einfach mit der bisherigen Art, mit diesen Dingen umzugehen.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Keymis, Sie haben sich an dieses Rednerpult gestellt und gesagt, Sie seien gegen den Ausbau, gegen den Neubau von Straßen. Das haben Sie klar gesagt. Und das war die falsche Ausrichtung.

(Beifall von der FDP)

Sie haben während Ihrer Regierungsverantwortung sowohl in Berlin als auch in Düsseldorf alle Möglichkeiten genutzt, möglichst viele Stellenschrauben einzubauen, um die Planungs- und Genehmigungsverfahren endlos zu verlängern. In Nordrhein-Westfalen warten viele Städte und Gemeinden 30 bis 40 Jahre auf Umgehungsstraßen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Das gibt es über 20 Jahre!)

In Holland und in Belgien warten sie fünf bis sechs Jahre darauf. Sie, Herr Keymis, sind für die Politik der Verhinderung des Bauens von Straßen verantwortlich. Genau das wird die neue Politik von CDU und FDP verändern. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat der zuständige Minister, Herr Wittke, das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir erleben in diesen Tagen häufiger, dass hier Staatsminister a. D. ohne Vergangenheit auftreten. Aber es ist eine neue Qualität, dass zum ersten Mal eine Fraktion ohne Vergangenheit einen Antrag in dieses Plenum einbringt.

In der Tat haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, keine Vergangenheit, wenn Sie so tun, als hätten Sie nichts damit zu tun, dass in sieben Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung in Berlin Jahr für Jahr die Mittel im Fernstraßenbau, Jahr für Jahr die Mittel in der In-

frastrukturplanung zusammengestrichen worden sind.

(Beifall von der CDU)

Sie haben keine Vergangenheit, wenn Sie so tun, als hätten Sie nichts damit zu tun, dass unter Ihrer Verantwortung die LKW-Maut nicht so eingesetzt wurde, wie es gesetzlich vereinbart worden ist.

Sie haben keine Vergangenheit, wenn Sie so tun, als hätten wir in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit möglichst viele Bundesmittel ins Land geholt. Sie haben es nicht geschafft, Planungsreserven anzulegen, während die Bayern allein in den letzten zehn Jahren über 680 Millionen € zusätzlich bekommen haben, unter anderem aus Nordrhein-Westfalen, weil Mittel ungenutzt zurückgeflossen sind.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon dreist, wenn Sie so tun, als hätten Sie mit all dem nichts zu tun gehabt. Sie haben hier die Verantwortung getragen, und Sie haben zu verantworten, dass es an der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen an allen Ecken und Enden hapert.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Regierungswechsel 1998 in Berlin sollte ja alles besser werden. Das Volumen des Bundesverkehrswegeplanes sollte finanzierbar festgeschrieben werden, sollte realistisch und transparent sein.

Natürlich hat der grüne Koalitionspartner das anders verstanden, nämlich so, dass über das Finanzvolumen der Bedarf möglichst vieler Straßen zu verneinen und ergänzend durch die Sternchenaktion mit dem Ökostern die Planung zu erschweren sei.

Herr Keymis, es ist eben nicht richtig, dass es an den Verfahren lag. Es war Ihre Umweltministerin a. D., Frau Höhn, die in Blankenheim öffentlich erklärt hat: Ich kann den Lückenschluss bei der A 1 in der Eifel zwar nicht verhindern, aber ich werde ihn so lange verzögern, wie es in meiner Macht steht.

(Beifall von der CDU)

Es ist kein Geheimnis: Von der LKW-Maut gehen, anders als angekündigt, keine zusätzlichen Impulse für die Straßenfinanzierung mehr aus, weil die Haushaltsfinanzierung gekürzt wurde. Drei Jahre nach Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans haben wir immer noch kein Fünfjahresprogramm als Handlungsprogramm, weil es kein be-

lastbares Finanzierungskonzept gegeben hat. Und es ist wahr: Rund ein Drittel der Vorhaben des Bundesverkehrswegeplanes sind nicht mehr finanziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute geht es der SPD, die in der fraglichen Zeit die Verkehrspolitik in Berlin und Düsseldorf zu verantworten hatte, darum, festzustellen, dass Nordrhein-Westfalen künftig dringend mehr Mittel benötigt und die neue Landesregierung sich mehr engagieren muss. Diese Aufforderung ist allerdings nicht notwendig, weil die neue Regierung, während Sie noch Anträge und Papiere schreiben, schon längst gehandelt hat.

(Beifall von der CDU)

Wir haben in den letzten Monaten dafür gesorgt, dass wir endlich wieder Planungsreserven anlegen können, damit nicht am Jahresende Mittel nach Berlin zurückgegeben werden müssen, wie es unter Ihnen, Herr Horstmann, jahrelang der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU)

Wir haben in den wenigen Monaten, in denen wir jetzt regieren, dafür gesorgt, dass Planverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigt werden, indem sie – wie bei der Bezirksregierung Detmold – an einer Stelle konzentriert und Arbeiten nicht mehr doppelt gemacht werden, wie es früher unter Ihrer Verantwortung geschehen ist.

(Beifall von der CDU)

Und vor allem haben wir ideologische Blockaden gelöst und dafür gesorgt, dass einfacher, gesunder Menschenverstand, ganz normale Vernunft wieder Einzug hält in die Verkehrsinfrastrukturplanung in unserem Land.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Davon merkt man aber nichts!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Bilanz der SPD zum Antrag, die von den Versäumnissen ablenken soll, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Menschen nach wie vor im Stau stehen, weil in der Vergangenheit nicht engagiert genug Verkehrspolitik gemacht worden ist, weil Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen im Grunde genommen überhaupt nicht stattgefunden hat.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Sie kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Straßenengpässe nicht beseitigt wurden und auch der Ballungsraum Rhein-Ruhr bei der Verteilung der Schieneninvestitionen leer

ausgegangen ist. Sie sind jahrelang einer Schimäre namens Metrorapid hinterhergelaufen und haben Millionen versenkt, ohne auch nur einen einzigen Euro in die tatsächliche Verbesserung der Infrastruktur zu stecken.

(Beifall von der CDU)

Sie haben Hirngespinnst hinterhergetrauert, statt tatsächlich aktive Nahverkehrspolitik, statt aktive Schienenverkehrspolitik hier in Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Das machen Sie doch auch nicht!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist keine Frage: Wir freuen uns auf die angekündigten zusätzlichen Bundesverkehrsinvestitionen. Allerdings geht es nicht um eine Aufstockung der Investitionsmittel des Bundes für den Verkehrswegeplan. Es geht vielmehr darum, einen kleinen Teil der Kürzungen der Vergangenheit rückgängig zu machen. Die Landesregierung begrüßt das ausdrücklich – das will ich fürs Protokoll festhalten.

Im Ergebnis werden wir statt einer Absenkung des Volumens auf 8 Milliarden € pro Jahr künftig nur noch eine Absenkung auf 9 Milliarden € pro Jahr haben. Immerhin haben wir 1 Milliarde € pro Jahr mehr und eine mittelfristige Verstetigung bis 2009. Das ist in der Tat erstmals eine Trendwende.

Wir müssen jetzt aber keine zusätzlichen Projekte erfinden, sondern können die erforderlichen Projekte des Bundesverkehrswegeplans besser ausfinanzieren.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Ich dachte, da gebe es keine!)

Gleichwohl wird die Finanzierungslücke nicht voll geschlossen sein. Dazu wären weitere 2 Milliarden € pro Jahr erforderlich. Die Landesverkehrsminister und die Pellmann-Kommission haben den Bedarf für den Fahrplan des Bundesverkehrswegeplans rechtzeitig benannt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Erkenntnis, dass erhöhte Bundesverkehrsinvestitionen in Nordrhein-Westfalen dringend benötigt werden, ist in der Tat richtig. Bei der SPD-Fraktion hätte diese Erkenntnis jedoch schon vermittelt werden müssen, als sie noch Regierungsverantwortung trug. Offenkundig sind die Defizite und die Probleme bei Schiene und Straße in den vielen Jahren Ihrer Regierungsverantwortung angehäuft worden. Zusätzliche Mittel sind vor allem deshalb erforderlich, um den Nachholbedarf, den Sie uns hinterlassen haben, Stück für Stück abzarbeiten.

Ich erlaube mir, einmal vom eigentlichen Thema abzuweichen, weil auch der Kollege Wißen dieses Recht für sich in Anspruch genommen und viel über Landesverkehrspolitik gesprochen hat, obwohl sich der Antrag nur mit Bundesverkehrspolitik beschäftigt.

Dies gilt im Übrigen nicht nur für den Bundesfernstraßenbau; da haben Sie in fahrlässiger Weise zugelassen, dass Mittel, die für Nordrhein-Westfalen vorgesehen waren, nicht ins Land gelassen wurden. Das gilt auch für den Landesstraßenbau. Sie haben uns alleine beim Landesstraßenbau einen Sanierungsbedarf von über 300 Millionen € hinterlassen. Darum ist es gut, dass wir im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2006 wenn auch bescheidene, aber immerhin doch mehrere Millionen Euro zusätzlich eingestellt haben, um dieses Defizit Ihrer Hinterlassenschaft Stück für Stück abzubauen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, besonders traurig ist, dass Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit beim Einsatz und bei der Vergabe der knappen Bundesmittel für Verkehrswegeinvestitionen weit hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies, weil wichtige Verkehrsprojekte häufig nicht mit der notwendigen politischen Rückendeckung der gesamten Landesregierung vorangebracht werden konnten!

Ich will jetzt durchaus die Kollegen der Sozialdemokratie in Schutz nehmen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Oh je!)

Es ist nicht Ihnen anzulasten, dass beispielsweise die Ortsumgehung in Heek oder der Autobahnanschluss Langenfeld an die A 3 oder viele andere Verkehrsprojekte, die längst zum vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes gehören könnten, dort nicht zu finden sind.

Ich freue mich, dass wir jetzt in einer großen Koalition in Berlin diese gemeinsamen Fehler von SPD und Grünen in der Landespolitik von Nordrhein-Westfalen Stück für Stück rückgängig machen können.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich erwähnte bereits, dass in Bayern zwischen 1990 und 2001 mehr als 680 Millionen € mehr in das Fernstraßennetz investiert worden sind als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hätte aber nach dem bundesweiten Verteilungsmaßstab

das höhere Investitionsvolumen haben müssen, denn wir sind das Verkehrsland Nummer eins und nicht irgendein anderes Bundesland in Süddeutschland. Es fehlte aber aufgrund politischer Blockaden vor allem an Baurecht, weil die Planverfahren unnötig verlängert, ideologisch befrachtet und unendlich verzögert wurden.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, der Abgeordnete Keymis möchte eine Zwischenfrage stellen.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Wenn Sie die Uhr anhalten, will ich sie gerne entgegennehmen und beantworten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ja klar. – Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Mir ist lieber, dass der Präsident die Uhr anhält als Sie.

Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in den von Ihnen gerade genannten Jahren, von 1990 bis 2000, die CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn beziehungsweise Berlin über sieben oder acht Jahre die Mittel in Deutschland maßgeblich mit verteilt hat? Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in dem Zeitraum, den Sie genannt haben, auch die deutsche Einheit maßgeblich zu bewältigen war und dass von daher die von Ihnen hier verbreitete Illusion, das Geld wäre abgreifbar gewesen, eine völlig falsche ist?

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind immer neue Ausreden!)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Keymis, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Mittel erst dann abgerufen werden können, wenn Baurecht besteht? Sind Sie darüber hinaus bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Jahr für Jahr am Jahresende aus rückläufigen Mitteln, auch aus Nordrhein-Westfalen, zusätzliche Millionen nach Bayern geflossen sind?

Das war Ihr Versäumnis, das war das Versäumnis Ihrer Politik. Sie waren nicht in der Lage, eine ordentliche Verkehrspolitik voranzubringen, die Planung auf Vorrat macht und Bundesmitteleinsatz damit überhaupt erst möglich macht.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Kann man denn eine Antwort hören? Nicht gegenfragen! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wie ist es mit der Antwort?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Landesregierung hält es für notwendig, die dringlichen Projekte des Bundesverkehrswegeplanes nunmehr zügig voranzutreiben. Aus diesem Grunde wird sie nicht nur darauf drängen, das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz des Bundes möglichst rasch zu verabschieden, sondern auch alle eigenen Möglichkeiten zur Planungsbeschleunigung voll nutzen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, der Abgeordnete Keymis möchte gerne eine zweite Zwischenfrage stellen.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Wenn wir die Uhr wieder anhalten, gerne.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ja, die halten wir gerne noch mal an. – Bitte schön, Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es einen Widerspruch gibt zwischen dem, was Sie hier ausführen? Einerseits sagen Sie, es sei ein Stau entstanden, wir hätten mehr Maßnahmen, als wir finanzieren könnten. Andererseits behaupten Sie, dass es nicht genügend baubereite Maßnahmen gäbe. Da besteht aus meiner Sicht ein Widerspruch. Wären Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Keymis, ich will jetzt keinen Vortrag in Planungsrecht halten. Ich glaube, dass ich davon etwas verstehe, weil ich mich darum während meines Studiums und auch danach gekümmert habe. Es muss aber doch für Sie einsichtig sein, dass eine Straße erst dann geplant werden kann, wenn sie im Bundesverkehrswegeplan steht – darin sind viele Maßnahmen, die nicht ausfinanziert sind –, und erst dann gebaut werden kann, wenn tatsächlich Baurecht besteht.

Und darum geht es. Wir brauchen schneller Baurecht in Nordrhein-Westfalen, damit wir das Geld, das für unser Land zur Verfügung steht, auch tatsächlich verbauen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Es kann doch nicht so schwer zu begreifen sein; das muss doch selbst einem Dramaturgen eingängig sein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der Vergangenheit hat es an vielem gemangelt. Für prioritäre Projekte wird die Landesregierung ein systemati-

sches Planungs- und Projektmanagement einrichten. Mit den angekündigten zusätzlichen Mitteln des Bundes müssen vorrangig die Kürzungen früherer Jahre ausgeglichen werden. Eine Entscheidung auf Bundesebene zur Fortschreibung der Bauprogramme steht zeitlich erst nach den Entscheidungen des Bundeskabinetts zum Haushaltsplan 2006 und zum Finanzplan bis 2009 an.

Die Vergabe von Bauleistungen ist erst dann möglich, wenn der Bundeshaushalt tatsächlich verabschiedet ist. Das wird voraussichtlich erst im Juli dieses Jahres der Fall sein. Vorschnelle Erwartungen für Investitionen und Beschäftigung dürfen derzeit deshalb noch nicht geweckt werden. Vor allem muss zunächst Klarheit über die möglichen Kürzungen und Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Landesregierung handelt bereits, während die SPD-Fraktion noch redet und Anträge verfasst. Sie hat die Vorbereitungen für eine Ausschöpfung der Möglichkeiten für Investitionen in die Bundesverkehrswege in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Über Einzelheiten zur weiteren Umsetzung des Bundesverkehrswegeplanes will ich dem Landtag und dem entsprechenden Fachausschuss nach den anstehenden Gesprächen mit dem Bund gerne berichten.

Der Antrag der SPD-Fraktion ist offensichtlich von den Versäumnissen der eigenen Vergangenheit geprägt und daher mehr als flüchtig, nämlich überflüchtig. Der Antrag ist früher nicht gestellt worden, weil Sozialdemokraten in der rot-grünen Koalition gefesselt waren. Es reicht eben nicht aus, eine gute Zukunft zu erhoffen. Vertrauen und Zuversicht brauchen solide Fundamente. Und genau daran arbeiten wir. Da, wo wir keine Fundamente vorgefunden haben – das ist in vielen Bereichen der Infrastrukturplanung in Nordrhein-Westfalen der Fall –, werden wir dafür sorgen, dass es endlich Fundamente für eine ordentliche Verkehrswegeplanung in Nordrhein-Westfalen gibt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren! Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Horstmann, SPD-Fraktion, gemeldet.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine gewisse Schärfe in der Debatte, die dem Haus wohl keinen Abbruch tut. Deshalb will ich deutlich antworten.

Herr Minister Wittke, all das, was Sie zurzeit in der Verkehrspolitik tun – dort, wo Sie Ergebnisse vorzeigen können –, baut auf Fundamenten auf, die andere gelegt haben. Es gibt nichts an verkehrspolitischen Erfolgen, die Sie bisher zustande gebracht hätten, die nicht auf Leistungen von Vorgängern beruhen würden, um dies in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Und da, wo Sie sich an Neuem versuchen, warten wir alle hier auf die Einlösung von Ankündigungen, zum Beispiel bei Ihrem neuen Baustellen- und Projektmanagement.

(Beifall von der SPD)

Danach ist schon mehrfach gefragt worden. Außer den kuriosen Beiträgen des Herrn Kollegen Wolf – etwa Wenden auf der Autobahn – ist bisher nichts zu sehen.

Fakt ist nur, inzwischen hat auch die „Bild-Zeitung“ festgestellt, dass Sie es geschafft haben, die gefährlichste Baustelle auf einer nordrhein-westfälischen Autobahn einzurichten, die es bisher überhaupt gegeben hat, nämlich auf der Autobahn 57.

(Beifall von der SPD)

Das ist von vielen Menschen bemängelt worden: Todesfälle, Schwerstverletzte. Sie haben den Zustand immer noch nicht geändert, obwohl wir Sie dazu aufgefordert haben. Also: Wo bleibt Ihr Baustellen- und Projektmanagement? Bevor Sie uns mit großen Konzepten kommen, bringen Sie mal eine Verbesserung in diesem konkreten Fall, damit auf einer Ihrer Baustellen, die Sie zurzeit in Nordrhein-Westfalen betreiben, nicht ständig Menschen zu Schaden kommen!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

– Hören Sie gut zu! – Wenn es darum geht, Forderungen in Berlin zu stellen, hatten Sie, was die Berliner Bühnen angeht, einen ersten Auftritt, der gar nicht mit der Lautstärke und Entschlossenheit zu vergleichen war, womit Sie das Parlament hier mit Ihrem Redebeitrag beglückt haben.

Sie waren der erste Verkehrsminister aller 16 Länder, der eifertig gegenüber der Bundesregierung gesagt hat: Jawohl, die Regionalisierungsmittel, mit denen wir die Schienenwege in der Bundesrepublik Deutschland ausbauen, können abgesenkt werden: noch nicht im Jahre 2006, aber im Jahre 2007. Das waren Sie, Herr Minister Wittke, der

als Erstes gegenüber Berlin einen Diener gemacht hat,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

obwohl es hier nicht um Parteipolitik geht, sondern um Verteilungsinteressen.

Wo wir gerade bei dem Thema sind: Das wird dazu führen, dass viele Projekte nicht realisierbar sein werden. Wenn Sie so weitermachen und beispielsweise der Stadt Düsseldorf eine teure unterirdische Messeunterführung finanzieren wollen, aber etwa keine oberirdische Stadtbahnstrecke in Bielefeld in Ihre Pläne aufnehmen, wird sehr viel weniger an Infrastruktur für das Verkehrsland Nummer eins in Nordrhein-Westfalen herauskommen.

Ihre Zusage, Nahverkehrsmittel in Nordrhein-Westfalen erst im Jahre 2007 zu streichen, haben Sie nicht eingehalten. Der Haushaltsentwurf, der diese Woche eingebracht worden ist, bringt 27 Millionen € weniger Geld für die Schülerbeförderung in Nordrhein-Westfalen, von der wir wissen, dass diese öffentlichen Mittel besonders für die Mobilität von jungen Menschen in den ländlichen Regionen unseres Landes von essenzieller Bedeutung sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben Ihr Wort gebrochen, Herr Minister Wittke, um es ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Die Maßnahmen, die gegenwärtig im Verkehrswegebau in Nordrhein-Westfalen stattfinden, sind Folgen der Verkehrspolitik seit 1998. Erst nach 1998 haben sozialdemokratische Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen und in Berlin ein Anti-Stau-Programm miteinander vereinbart.

Dass wir in den 90er-Jahren in Nordrhein-Westfalen so wenig an Autobahnbau realisieren konnten, hat auch seine Ursache darin, dass die damalige Verkehrspolitik in Berlin ihre Augen nur nach Osten und nach Süden der Bundesrepublik Deutschland gerichtet hat und nicht nach Westen.

(Beifall von der SPD)

Erst Verkehrsminister wie Müntefering und Bodewig haben daran etwas geändert.

Dass wir jetzt in Nordrhein-Westfalen so viele Baustellen auf den Autobahnen haben – das bedauern viele Autofahrerinnen und Autofahrer, auch ich, begrüßen es aber gleichzeitig, weil die Baustellen nicht das Problem, sondern die Lösung des Problems darstellen –, ist doch auf Vereinba-

rungen eines sozialdemokratisch geführten Verkehrsressorts auf Landesebene mit einem sozialdemokratisch geführten Verkehrsressort auf Bundesebene zurückzuführen – nachdem unter Helmut Kohl für Nordrhein-Westfalen im Bundesfernstraßenbau lange Jahre nichts getan worden ist. Verdrehen Sie doch nicht die Tatsachen!

(Beifall von der SPD)

Wir haben diesen Antrag doch nur gestellt, Herr Minister Wittke, um Sie in Ihren Bemühungen, jetzt mit dem Rückenwind der Bundesregierung mehr Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen, nachhaltig zu unterstützen.

Nur: Nennen Sie doch bitte endlich einmal eine Maßnahme! Was wollen Sie denn zusätzlich machen? Sie kennen sich doch im Detail aus. Sie haben doch gewusst, dass wir den Eisernen Rhein nicht brauchen und ihn nicht realisieren müssen. Da konnten Sie sich doch aufgrund des Widerstands vor Ort festlegen, um sich dort beliebt zu machen.

(Beifall von der SPD)

Aber wo Sie zusätzliche Mittel investieren wollen, haben Sie bisher mit keinem Wort gesagt. Sie haben hier gegenüber dem Parlament eine Bringschuld. Wir wollen endlich wissen, welche Infrastrukturpolitik aus Ihren lautstarken Bemerkungen hervorgeht. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Lorth, CDU-Fraktion, gemeldet. Bitte schön.

Gerhard Lorth (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute zum wiederholten Male das Vergnügen, auf den abgewählten Landesverkehrsminister antworten zu dürfen, der heute in so „leisen“ Tönen die lauten Worte von Verkehrsminister Wittke gezeißelt hat und bis in die Zeit der Kohl-Regierung zurückgreifen musste. Herr Horstmann, ich kann mir das viel einfacher machen.

(Zurufe von der SPD)

Denn für das jahrzehntelange Versagen beim Erhalt des gesamten Verkehrsnetzes in Nordrhein-Westfalen trägt insbesondere die SPD und in den letzten zehn Jahren Rot-Grün die Verantwortung. Sie waren nicht sehr lange Verkehrsminister. Ich kann mich noch gut daran erinnern – ich war auch Mitglied im Unterausschuss „Metrorapid“, einem

Leuchtturmprojekt –, wie Sie und der verkehrspolitische Sprecher der SPD morgens vor der Ausschusssitzung im Autoradio gehört haben, dass Ministerpräsident Steinbrück Ihnen dieses Spielzeug weggenommen hat. Bei Ihnen herrschte geradezu blankes Entsetzen. Aber es war eine richtige Entscheidung. Und wenn die alte Regierung eine richtige Entscheidung getroffen hat, wollen wir Sie durchaus auch loben.

(Beifall von Bernhard Schemmer [CDU])

Aber wir hoffen, Sie natürlich auch an unserer Seite zu haben, Herr Horstmann. Sie hatten hier sehr viel über Landesstraßen und andere Projekte – IGVP – gesprochen, die wir auch kennen. Wir wissen aber wenig über Ihren heutigen Antrag zu Berlin, mit dem Sie den Eindruck zu erwecken versuchen, der Berliner Koalition und uns allen und unserem Land zu helfen. Hier jedoch haben Sie mehr Beschimpfungen gegenüber Minister Wittke und der Landesregierung vom Stapel gelassen, aber nicht gesagt, wie Sie uns tatsächlich tatkräftig unterstützen wollen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Schauen Sie in den Antrag!)

Deshalb will ich Ihnen noch einmal Ihr Untätigsein in der Landespolitik in Erinnerung rufen. Bei Ihnen kann man ja mehr über Untätigsein als über Tätigkeit reden.

Die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen war dadurch gekennzeichnet, dass wir kein Planungsrecht hatten. Das hatte viele Gründe. Mal haben die Grünen, mal von den Grünen unterstützte Bürgerinitiativen Planungsrecht verhindert, mal waren es zusätzliche Maßnahmen wie der naturschutzrechtliche Planungsbedarf, der in einer großen oder kleinen Koalition zwischen Frau Höhn und Herrn Trittin entstanden ist, und gegen den Sie zunächst auch waren, sich aber nicht trauten oder sich in Ihrer Landesregierung nicht durchsetzen konnten. grotesken Situation, dass sich diese Koalition bei der Beratung des Bundesverkehrswegeplanes 2003 bei mindestens 50 für Nordrhein-Westfalen wichtigen Projekten nicht hat verständigen können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Horstmann?

Gerhard Lorth (CDU): Nein, ich möchte das im Zusammenhang vortragen. Er hat in den vergangenen Jahren viel Zeit gehabt, mir das zu erklären und nicht erklären können.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte jetzt hier in dieser Sache vortragen.

Bei den 50 Projekten, die Ihr Haus und Ihre Mitarbeiter für sinnvoll ansahen, sind Sie komplett eingeknickt. Ich kann Ihnen noch Ihre Presseerklärungen vortragen, in denen Sie sich dafür einsetzen wollten. Sie sind aus Berlin zurückgekommen, und dieser Vorbehalt besteht nach wie vor.

Die SPD hat jetzt die einmalige Chance, bei den Verhandlungen in Berlin diesen Vorbehalt wegzubekommen. Denn all diese Dinge werden bei dem komplizierten Planungsrecht in Deutschland längst mit berücksichtigt. Diese naturschutzrechtlichen Abwägungen finden sehr wohl statt. Insofern kann man das sicherlich schneller machen.

Es ist sicherlich auch ein Fehler gewesen, dass wir im Rahmen der deutschen Einheit das Beschleunigungsrecht, das für die Projekte im Rahmen der deutschen Einheit galt, nicht auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt haben. Jetzt, wo die SPD mit im Boot sitzt, finde ich es ganz gut, dass wir dann sehr schnell einvernehmlich zu einer Beschleunigung des Planungsrechtes kommen.

In Richtung der Grünen sage ich: Die Demokratie der Republik geht nicht unter, wenn wir bei einfachsten Projekten nicht 15 oder 20 Jahre Planungszeit haben und über diese Zeit ganze Protestgenerationen versterben und das Projekt wieder neu geplant werden muss. Das geht durchaus auch in der anderen Form.

Hier in Düsseldorf ist wirklich immer mit der Methode verfahren worden: Was Frau Höhn ansagt, wurde gemacht, und Herr Horstmann kam aus Berlin als Verlierer zurück. Ich habe ja einmal eine Stunde lang an einer Debatte im Ausschuss teilgenommen, in der ich mich bei Herrn Schwanhold entschuldigen sollte, weil ich damals gesagt habe, dass sich die Leistung dieser Landesregierung dadurch auszeichnete, dass sie ständig neue Projekte – wie bei Herrn Clement als gelernten Journalisten natürlich auch üblich – mehrfach verkaufte und der Eindruck erweckt wurde, es gebe mehr Mittel, obwohl es immer weniger Mittel waren. Das war das Zeichen der damaligen Koalition.

Das Antistauprojekt, Kölner Ring – Sie haben es eben angesprochen –, haben sie verkauft, obwohl es bereits vier Jahre vorher in Bau gehen sollte. Projekte sind verzögert worden und sind nicht so gelaufen, wie es sein sollte.

Noch ein Wort zu der LKW-Maut, um die es ja auch sehr leise geworden ist: Die Einnahmen aus der LKW-Maut sollten eigentlich in Verkehrsinfra-

strukturmaßnahmen fließen. Die damalige rot-grüne Landesregierung beziehungsweise der Finanzminister in Berlin hat zum Beispiel 500 Millionen € im Verkehrsetat gekürzt. Das heißt im Klartext, dass nicht nur die Maut zweckentfremdet ist, sondern der Verkehrshaushalt sogar noch zurückgefahren wurde. Das soll ja nun alles in Berlin dank der großen Koalition verändert werden.

Noch ein Wort zu Ihren Leistungen zur Erhöhung der Quote für Nordrhein-Westfalen: Ich möchte nicht bis in die 50er-Jahre zurückgehen, aber in der letzten Legislaturperiode haben Sie es nicht geschafft, von den 19 % auf die von Ihnen in mehreren Pressemitteilungen verkündeten 22 % zu kommen. Das heißt: Dem Land sind 1,1 bis 1,2 Milliarden € entgangen. Das ist der Punkt. Hinzu kommt noch, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen dadurch auszeichnen, dass wir sogenannte Planungslöcher haben und wir selbst dann, wenn wir bauen wollten, nicht weiterkommen.

Insofern können Sie uns dabei unterstützen, dass das Beschleunigungsgesetz möglichst schnell durch den Bundesrat geht.

An dieser Stelle darf ich für die CDU-Fraktion Herrn Minister Wittke noch einmal ganz herzlich dafür danken, dass er die Verordnung auf den Weg gebracht hat, dem Regierungspräsidenten in Detmold, der OWL-Modellregion, die Planungsaufgabe und die Planfeststellung zuzuweisen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gerhard Lorth (CDU): Auch das ist ein Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Beschleunigung von Verfahren. Da sind wir auf dem richtigen Weg.

Also, kommen Sie mit ins Boot! Versuchen Sie aber nicht, Ihren Antrag dazu zu missbrauchen, zu anderen Themen zu sprechen. Über IGVP werden wir uns in diesem Plenum und im Ausschuss noch hinreichend zu unterhalten haben. Auch dort haben Sie in der Vergangenheit keine besonderen Leistungen vollbracht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Doch, Herr Wittke möchte noch einmal sprechen. Das würde die Debatte entspre-

chend verlängern, da die anderen dann auch noch einmal antworten dürfen. – Bitte schön.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Horstmann! Wir werden es Ihnen nicht mehr durchgehen lassen, dass Sie so tun, als hätten Sie in den vergangenen Jahren mit Politik in Nordrhein-Westfalen überhaupt nichts zu tun gehabt. Sie sind kein Minister ohne Vergangenheit, sondern Sie sind ein Mann ohne Zukunft.

(Beifall von der CDU)

Darum möchte ich Ihnen nur drei Dinge sagen:

Erstens. Sie waren es, der beim SPD-Bundesparteitag einem Koalitionsvertrag zugestimmt hat, der Mittelkürzungen bei den Regionalisierungsmitteln vorsieht. Sie haben Ihren Arm für die Kürzung der Regionalisierungsmitteln gehoben, indem Sie diesem Koalitionsvertrag auf dem Bundesparteitag zugestimmt haben.

(Zustimmung von der CDU)

Zweitens. Sie waren es, der dem damaligen Ministerpräsidenten Steinbrück die Hand geführt hat, als es darum ging, gemeinsam mit dem hessischen Ministerpräsidenten beim öffentlichen Personennahverkehr kräftig zu kürzen. Sämtliche Kürzungen, die in diesem Jahr beim öffentlichen Personennahverkehr vorgenommen werden, sind allein auf das Koch/Steinbrück-Papier zurückzuführen, das Sie in Ihrer Regierungsverantwortung mit zu verantworten hatten.

(Beifall von der CDU – Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Drittens. Wo haben Sie denn beim Lückenschluss der A 52, beim Lückenschluss der A 44, beim Lückenschluss der A 46, beim Lückenschluss der A 30, beim Lückenschluss der A 33 oder beim Lückenschluss der A 1 Planungen vorangetrieben? Beim Eisernen Rhein, bei der Betuwe-Linie oder beim Rhein-Ruhr-Express – nirgendwo haben Sie Planungen vorangetrieben.

(Beifall von der CDU)

Ganz im Gegenteil: Sie haben sich durch ihren damaligen grünen Koalitionspartner blockieren lassen.

Sich jetzt hierhin zu stellen, und so zu tun, als hätten Sie mit all dem nichts zu tun, da muss man schon eine Chuzpe besitzen wie kaum ein anderer. Darum noch einmal: Sie sind nicht ein Staats-

minister a. D. ohne Vergangenheit, sondern ganz klar ein Mann ohne Zukunft.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, Herr Minister Wittke hat seine Redezeit um eine Minute überzogen. Ich bitte Sie also, wenn Sie nun antworten, auch zu versuchen, Ihre Gedanken auf eine Minute zu komprimieren. – Herr Abgeordneter Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lasse die Verbalinjurien einfach unkommentiert. Wir wissen alle, dass Minister Wittke schon genügend Schwierigkeiten mit seinen eigenen Leuten aufgrund dieser Ausfälle hat.

(Beifall von der SPD – Oh-Zurufe von der CDU)

Ich möchte gern zwei Feststellungen treffen, weil wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt worden sind.

In den letzten Jahren ist in Nordrhein-Westfalen der Einsatz zusätzlicher Mittel nie daran gescheitert, dass hier kein Planungsrecht zur Verfügung gestanden hat. Das ist nicht zutreffend.

(Minister Oliver Wittke: Natürlich!)

In meiner Amtszeit als Verkehrsminister hatten wir stets im Bundesfernstraßenbau eine Planungsreserve von ca. 100 Millionen €. Es ist oft so gewesen, dass Nordrhein-Westfalen sogar am Jahresende noch zusätzliche Mittel vom Bund abgerufen und in den Bundesfernstraßenbau gesteckt hat. Herr Minister Wittke, lassen Sie sich davon überzeugen, lassen Sie sich die Zahlen geben. Es ist tatsächlich so.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Horstmann, wollen Sie trotz der kurzen Redezeit eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schemmer zulassen?

Dr. Axel Horstmann (SPD): Bitte.

Bernhard Schemmer¹⁾ (CDU): Herr Minister a. D. Horstmann, warum haben Sie, obwohl der Landesbetrieb Straßenbau an der B 70 zum Beispiel – ich will das vervollständigen, was Herr Wittke gesagt hat – eine Planung fix und fertig vorliegen hatte, von der Sie auch selber überzeugt waren, dass sie in Ordnung war, von der der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Kemper, Sprecher der NRW-Abgeordneten, ebenfalls überzeugt war,

diese Maßnahme unter naturschutzfachlichen Vorbehalt gestellt, wenn es nicht darum ging, Ihnen und der damaligen Koalition Straßenbau, der notwendig ist, nicht zum Zuge kommen zu lassen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Schemmer, Sie haben es geschafft, die Frage länger zu halten, als eigentlich der Redebeitrag sein sollte.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bitte, Herr Kollege Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Ich kann nur freimütig sagen, Herr Kollege Schemmer: Ich bekenne mich zur Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes auch beim Straßenbau, auch beim Verkehrswegebau. Ich kann jedem, der Verkehrswege plant, nur raten, das auch zu tun.

(Beifall von der SPD)

Dabei bleibt es. Ich kann Ihnen Beispiele dafür nennen, wo Straßen erst dann realisiert werden konnten, als der Naturschutz entsprechend beachtet worden ist. Ich kenne dafür konkrete Beispiele. Ich stecke tief in den Details. Das dürfen Sie mir abnehmen.

Noch eine zweite Bemerkung: Herr Minister Wittke, Sie haben wahrheitswidrig behauptet, dass die Kürzungen, die wir im Bereich des Schülerverkehrs im Jahr 2006 haben, nur auf die Vereinbarungen auf der Bundesebene zurückzuführen seien. Stichwort: Koch/Steinbrück-Papier. Das ist nicht wahr.

Sie haben mit Erlass von Ende Dezember den Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, dass die Zahl der zukünftig anrechenbaren Gültigkeitstage von 240 auf 200 abgesenkt wird.

(Beifall von der SPD)

Sie wissen ganz genau, dass Mobilität für Schülerinnen und Schüler, für junge Menschen gerade auch im ländlichen Raum auch dann wichtig ist, wenn keine Schule stattfindet. Sie ist an mancher Stelle dann besonders wichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Kollege Horstmann, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Sie sparen dort 27 Millionen € ein. Sie haben erst gesagt, es gebe keine Kürzungen von Landesmitteln beim ÖPNV

im Jahre 2006. Das Wort haben Sie gebrochen. Sie haben eben gesagt, es gebe nur Kürzungen aufgrund des Koch/Steinbrück-Papiers. Auch das ist unwahr. Das stelle ich im Angesicht des Hohen Hauses fest. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Wittke, ich möchte gern, dass die anderen Fraktionen erst ihre Beiträge leisten können. Wer meldet sich für die CDU-Fraktion? – Das sind zwei Meldungen. Könnten Sie sich einigen? – Gut, Herr Schemmer hat das Wort.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Jetzt droht der Höhepunkt der Debatte!)

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verkürzungen à la Horstmann: naturschutzfachlicher Vorbehalt, Planung seit 1975, dreimal fertig, dreimal geändert, umgeplant. Es wird eine alte Bahntrasse benutzt. Es gibt einen lokalen Konsens. Alles ist fix und fertig. Es gab nur eine einzige Gruppe, die dagegen war. Das war nicht die SPD, auch nicht die SPD vor Ort, sondern es war ein kleines grünes Häuflein. Das wurde nicht einmal registriert. Dieses Häuflein hat dann ein bisschen in die Landtagsfraktion nach Düsseldorf und zu Frau Höhn durchgesteckt. Die wiederum hat durchgesteckt zu Herrn Trittin nach Berlin. Dann wurde – an diesem Beispiel Heek exemplarisch für 100 Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen erklärt – jede geordnete vernünftige Straßenplanung zu Fall gebracht und von Ihnen nicht durchgeführt.

Insofern kann ich nur sagen: Minister Wittke sagt zu Recht, Ihr Tun der Vergangenheit ist das Ergebnis.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was machen Sie denn jetzt?)

Wir müssen zusehen, dass wir Straßenbau angemessen, zur Natur passend, nach vorne bringen. Leisten Sie dazu Ihren Beitrag. Ich höre sogar, dass in Berlin Ihre Truppen das tun. Verstehen Sie es langsam auch. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Keymis gemeldet.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Kollege Schemmer, ich hätte mich gar nicht mehr melden wollen, weil man sich den Streit zwischen

dem Nachfolgeminister und dem Vorgängerminister in Ruhe ansehen kann. Aber Ihr Beitrag reizt natürlich noch einmal zur kurzen Gegenrede.

Sie berücksichtigen überhaupt nicht die Geschichte solcher Projekte. Wenn Sie selber von 1975 sprechen, können Sie mit mir übereinstimmend sagen, dass es zu dem Zeitpunkt bestimmte gesetzliche Bedingungen überhaupt nicht gab, die wir in den 80er- und 90er-Jahren gemeinsam einzuhalten hatten. Der Kollege Horstmann hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass diese naturschutzfachlichen Belange, über die wir zu diskutieren haben, etwas mit der Rechtslage zu tun haben, mit der Ausweisung von entsprechenden Gebieten. In einem solchen Zusammenhang kann man eben nicht hingehen, wie Sie das tun, Herr Kollege Schemmer, und sagen, das sei alles nicht wichtig, nehmt den Vermerk weg und lasst es. Vielmehr hat man diese Belange mit zu berücksichtigen.

Das betrifft nicht nur ein Grüppchen irgendwelcher verstreuter Grüner, sondern das ist eben der Belang des Naturschutzes. Der wird auch von verschiedenen Verbänden vertreten. Es gibt manchmal auch betroffene Bürger in diesem Bereich. Lassen Sie uns also nicht darüber diskutieren, dass diese grundlegenden Verhältnisse in einer Demokratie dazugehören, wenn man Infrastrukturmaßnahmen umsetzen will. Das ist ein völlig normales Prozedere, und das macht einen Sinn, weil immer verschiedene Interessen gerade in diesen Bereichen aufeinander stoßen, die eben ausgeglichen werden müssen. Das ist ja auch für Sie nichts Neues.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Keymis, möchten Sie eine Frage von Herrn Schemmer beantworten?

Oliver Keymis (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön, Herr Schemmer. Aber die Zeit läuft uns ein bisschen weg.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Ich versuche, das auch in aller Kürze zu machen. – Herr Keymis, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass gegenüber der ursprünglichen Planung, die sicherlich die Landschaft belastet hätte, unter den geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen man ausdrücklich auf die alte Bahntrasse gegangen ist, um so den Eingriff in Natur und Landschaft quasi auf null zurückzuführen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nicht alle kennen sich im Kreis Borken so gut aus wie Sie, Herr Schemmer. – Herr Keymis, bitte schön.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Dann hätte ich mich dazu gar nicht geäußert, Herr Präsident!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Wir haben natürlich auch über das Projekt B 70 sehr umfangreich und genau diskutiert. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass verschiedene Versuche gemacht wurden, die Trasse naturverträglicher zu gestalten. Gleichwohl gab es – das war das Ergebnis unserer Beratungen – noch bestimmte Einwände in Bezug auf die naturschutzfachlichen Fragen. Aus diesem Grunde hat das Projekt damals diesen Vermerk bekommen.

Ich habe auch an einer Reihe von anderen Stellen sehr konkret darüber diskutieren müssen. Ich bleibe dabei, dass vor dem Hintergrund einer sachlichen Debatte diese Fragen immer mit zu berücksichtigen sind. Wenn sich an der Stelle nur noch die Grünen für den Naturschutz einsetzen, ist das eben so. Dann werden wir das den Menschen draußen auch deutlich sagen und machen damit Ihnen natürlich den Vorwurf, dass Sie darauf abzielen, den Beton in die Landschaft zu stellen, was am Ende den Menschen nichts nützt, der Natur sowieso nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun spricht der Abgeordnete Rasche für die FDP-Fraktion.

Christof Rasche¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist beileibe kein Geheimnis, dass in der alten Koalition von Grünen und SPD völlig unterschiedliche Ziele in der Verkehrspolitik verfolgt wurden. Dass unterschiedliche Ziele verfolgt wurden, führte bei zahlreichen Projekten zum Stillstand. Viele Kollegen aus der SPD haben uns in der vergangenen Legislaturperiode ihr Leid geklagt. Sie haben gesagt: Wir würden ja gern, aber wir können das mit Rücksicht auf den Koalitionspartner nicht.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Herr Rasche, gucken Sie nach vorne und nicht nach hinten!)

– Herr Keymis, vielleicht sollten wir in der Tat mit der Vergangenheit abschließen. Die SPD sagt einfach: Das war damals so, in einigen Teilbereichen ist das nicht so gelaufen, wie wir das wollten, das lag am Koalitionspartner, und in der Tat schauen wir jetzt nach vorne und können vielleicht gemeinsam, vielleicht die drei Fraktionen, wichtige

Verkehrsinfrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen verwirklichen. Die CDU und die FDP zumindest werden das machen.

(Zuruf von Oliver Keymis [GRÜNE])

– Herr Keymis, hören Sie doch zu, wenn man mit Ihnen redet. Ein kleines bisschen Anstand tut es auch. – Sie haben sich darauf berufen, Sie würden sich für die Natur einsetzen. In Wahrheit – wenn Sie ehrlich wären, würden Sie das zugeben – nutzen Sie den Bezug auf die Natur aus, um Verkehrsprojekte zu verhindern, die Sie nicht wollen. Wir alle setzen uns für die Natur ein. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Minister Wittke noch einmal um das Wort gebeten.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin versucht, Bert Brecht zu zitieren. Ich mache das aber nicht, weil ich nicht noch mehr Salz in die Wunde streuen will. Sie kennen dieses Zitat, in dem es darum geht, was der, der die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, im Gegensatz zu dem ist, der die Wahrheit nicht kennt und ein Dummkopf ist. Was Ersterer ist, will ich hier nicht sagen.

Herr Kollege Horstmann, ich will hier aber festhalten: Im Jahr 2006 wird es von der Landesseite aus keinerlei Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr geben. Es wird kein einziger Euro gekürzt. Die Summe, die Sie genannt haben, ist allein dadurch entstanden, dass Ihr ehemaliger Ministerpräsident, unter dem Sie als Verkehrsminister gedient haben, mit dem hessischen Ministerpräsidenten eine Vereinbarung getroffen hat. Fragen Sie Ihren Mitarbeiter, der wird Ihnen das bestätigen. Er hat Ahnung davon, offenbar im Gegensatz zu Ihnen, also schütteln Sie nicht den Kopf.

Darum noch einmal: In diesem Jahr wird von Landesseite kein einziger Euro gekürzt. Es ist wahr, wir haben angekündigt, im nächsten Jahr die Zahl der Schülertage zu verringern. Darum wird es im nächsten Jahr, also 2007, einen Kürzungsbetrag geben. Wir haben gleichzeitig den Nahverkehrsunternehmen angeboten, über Ausgleichs zu verhandeln. Da stehen wir in sehr fruchtbaren Gesprächen.

Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis, dass es in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen keinen ein-

zigen Euro weniger an Mitteln für den öffentlichen Personalnahverkehr geben wird, mit einer einzigen Ausnahme, und die bezieht sich auf das, was Sie als damaliger Landesverkehrsminister zu verantworten haben.

(Zurufe von der SPD)

– Aber sicher, Frau Kollegin, das ist das Koch/Steinbrück-Papier. Frau Kollegin, ich erkläre Ihnen das gern und zeige Ihnen gern die Unterlagen. Dann werden Sie es vielleicht einsehen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, der Abgeordnete Horstmann möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Wenn es der Wahrheitsfindung dient, gern, Herr Präsident.

(Zurufe von der SPD)

Dr. Axel Horstmann (SPD): Ich möchte ungern, dass die Öffentlichkeit – auch wenn es sich um eine begrenzte Öffentlichkeit handelt – ein falsches Bild gewinnt. Herr Minister Wittke, Sie haben mit einem Erlass vom Dezember 2005 mit Wirkung von diesem Jahr an, 2006,

(Minister Oliver Wittke: Richtig!)

die Zahl der Gültigkeitstage für den Schülerverkehr von 240 auf 200 herabgesetzt, mit den entsprechenden finanziellen Folgen.

(Minister Oliver Wittke: Richtig!)

Dass im Haushalt 2006 dieselbe Zahl wie für 2005 auftaucht, liegt nur daran, dass Sie 2006 für 2005 zahlen und erst 2007 für 2006. Die Verkehrsunternehmen müssen mit diesen Kürzungen aber schon jetzt rechnen und sie auch finanziell als Kürzungen behandeln,

(Minister Oliver Wittke: Falsch!)

und dementsprechend werden wir bereits 2006 die entsprechenden finanziellen und verkehrlichen Konsequenzen zu gewärtigen haben. Ihre Ausgleichsverhandlungen mit den Verkehrsunternehmen sind bei der von mir genannten Zahl von 27 Millionen € bereits berücksichtigt worden. Stimmt das, oder stimmt es nicht?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Nein, das ist nicht richtig, Herr Abgeordneter Horstmann. Der erste Teil Ihrer Aussage war richtig. Ich habe in der Tat mit Erlass vom Dezember vergangenen Jahres die Zahl der relevanten Tage gekürzt. Das wird in diesem Jahr keine finanziel-

len Auswirkungen haben. Das, was es in diesem Jahr an Kürzungen im ÖPNV gibt, haben allein Sie zu verantworten mit dem Koch/Steinbrück-Papier, das Sie als Verkehrsminister mit erarbeitet haben.

(Beifall von der CDU)

Streuen Sie den Menschen also bitte keinen Sand in die Augen.

Da wir gerade beim Sand-in-die-Augen-streuen sind: Sie sind uns die Antwort schuldig geblieben, ob Sie uns beim Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem großen Koalitionsvertrag von Berlin zugestimmt haben oder nicht. Wenn Sie ihm zugestimmt haben – und ich vermute, dass es so war –, haben Sie Ihren Arm dafür gehoben, dass die Regionalisierungsmittel in dieser Legislaturperiode um 2,5 Milliarden € gekürzt werden. Dafür haben Sie den Arm gehoben, und jetzt stellen sie sich hierhin und tun so, als hätten Sie damit überhaupt nichts zu tun. Aus der Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Sind Sie am Koalitionsvertrag nicht auch beteiligt?)

Letzte Bemerkung! Herr Kollege Keymis, damit wir uns nicht missverstehen: Auch wir wollen Umwelt- und Naturschutz bei den Infrastrukturplanungen in Nordrhein-Westfalen berücksichtigen. Das ist ganz selbstverständlich. Das muss gemacht werden. Wir wollen aber auch den Schutz der Bevölkerung berücksichtigen.

(Beifall von der CDU)

Vor allem wollen wir eines: Wir wollen Umwelt- und Naturschutz wieder in ein Gleichgewicht mit den ökonomischen Erfordernissen bringen, die in diesem Land auch von Bedeutung sind. Deshalb geht es nicht darum, zu verzögern, zu verhindern und aus ideologischen Gründen Verkehrsprojekte nicht durchzuführen, sondern darum, umweltverträglich, naturschonend und den Menschen dienend Infrastrukturpolitik für Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

Das ist in den vergangenen zehn Jahren in diesem Lande ein Stück weit aus der Waage geraten. Wir bringen jetzt die Belange von Natur und Umwelt sowie ökonomische Belange zur Entwicklung dieses Landes wieder in Einklang. Daran werden wir uns messen lassen. Das werden wir in den nächsten Jahren Stück für Stück hier in diesem Parlament durchsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schließe ich die Beratungen.

(Zuruf von Gerhard Lorth [CDU])

– Herr Lorth, für Sie hat eben der Abgeordnete Schemmer gesprochen. Alles, was mit dem Haushalt 2006 zusammenhängt, können wir in den Haushaltsberatungen noch ausgiebig beraten. Von daher würde ich die Debatte jetzt gerne schließen; denn sonst eröffnen wir eine weitere Runde aller Fraktionen.

(Zuruf von der CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Dann schließe ich die Beratung. Über den Antrag kann ja im Ausschuss und notfalls auch darüber hinaus noch ausgiebig diskutiert werden.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1188** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Empfehlung ist damit einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu:

7 UN-Menschenrechtskommission untersucht deutsches Schulsystem

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1198 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. - Für die antragstellende Fraktion hat zunächst Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde es jetzt mit einem ruhigen Aufschlag versuchen, um die Aufregung in diesem Haus wieder ein bisschen nach unten zu holen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Zur Einbringung und Diskussion über den vorgelegten Antrag „UN-Menschenrechtskommission untersucht deutsches Schulsystem“ möchte ich zu Anfang einige Vorbemerkungen machen. Dass Deutschland nach Ländern wie Kolumbien oder Indonesien nun auf der Besuchsliste von Herrn

Muñoz steht, sollte uns wahrhaftig zu denken geben. Es ist kein alltäglicher und normaler Besuch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht heute nicht darum, festzustellen, wer der Einäugige unter den Blinden ist. Sie können die Pisa-E-Rankings mit den Bundesligatabellenplätzen also gleich wieder in der Schublade verschwinden lassen. Es geht darum – und das ist bedauerlicherweise nun einmal so –, dass es keinem Bundesland – ich betone: ohne Ausnahme keinem Bundesland – gelingt, Leistung und Chancengleichheit im Verbund auf international hohem Niveau zu entwickeln.

Die Bildungsforscher Klemm und Block haben sehr differenzierte Untersuchungen und Auswertungen der Pisa-E-Daten im Bundesländervergleich 2003 vorgenommen und darauf hingewiesen, dass Faktoren der unterschiedlichen Lebensverhältnisse wie Demographie und Ökonomie sowie institutionelle und familiäre Bedingungen des Lernens Einfluss auf die Pisa-Ergebnisse in den Ländern haben. Sie haben außerdem dargestellt, dass sich die Ergebnisse unter Berücksichtigung dieser Faktoren in vielen Bezügen nicht mehr signifikant unterscheiden.

Ich will jedoch ausdrücklich betonen, dass Klemm und Block dabei aber nicht die Defizite Nordrhein-Westfalens in Bezug auf die Leistungsentwicklung und Chancengleichheit schönreden. Ich werde das auch nicht tun, meine Damen und Herren. Ich schließe mich sogar ausdrücklich der Kritik der Herren Klemm und Block an, die der letzten Landesregierung vorgeworfen haben, dass sie nicht den Mut gefunden hat, das gegliederte Schulsystem zu überwinden, obwohl die Schwächen des Systems zuletzt noch eindeutig durch die Pisa-Studie offen gelegt worden sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Aha! Katze aus dem Sack!)

Wie wenig mutig ist die Politik doch insgesamt gewesen – gerade auch nach den ersten Pisa-Ergebnissen, die für die Bildungsexperten und -expertinnen doch wahrlich keine Überraschung waren! Jetzt hatte es die Öffentlichkeit allerdings endlich auch schwarz auf weiß.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war in den letzten Jahren doch Ihre Politik!)

Die Bildungspolitik muss sich doch insgesamt vorwerfen lassen, dass sie nicht früh genug und weitreichend genug gehandelt hat, dass die politischen Lager sich gegenseitig blockiert haben – so, wie Herr Witzel auf seinen Denkblockaden beharrt – und sich weiter blockieren und dass die

roten und schwarzen Bildungsministerinnen und Bildungsminister in der KMK sich nur getraut haben, an dem Bereich der Frühförderung anzusetzen, aber um die heilige Kuh der Sekundarstufe in unheiliger Allianz einen großen Bogen gemacht haben.

Damit an dieser Stelle kein Missverständnis aufkommt: Die Stärkung des Elementar- und Primarbereichs ist ohne Alternative. Das Entwickeln von Sprachkompetenz in der Muttersprache und Deutsch als Zweitsprache ist ohne Alternative.

Damit ich gleich noch einige Vorbehalte bei Ihnen ausräume: Ein positives Leistungsverhältnis in der Schule ist – gerade, um Chancengleichheit zu entwickeln – ohne Alternative. Das gilt gerade auch für Kinder in benachteiligten Lebenslagen.

Meine Damen und Herren, es ist allerdings eine der Gretchenfragen, wie Leistung entwickelt und befördert wird. Manfred Spitzer als einer der Protagonisten der Hirnforschung hat doch gründlich damit aufgeräumt, dass Lernleistung wehtun muss und sich nur unter Druck entwickelt. Nein, Lernleistung und Lernfreude gehören zusammen. Sich in der Schule wohl und angenommen fühlen, Ermutigung und Lernleistung gehören zusammen.

Gerade das wurde in ideologischer Debatte aber als Kuschelpädagogik diffamiert. Und gerade die Kuschelpädagogen und -pädagoginnen der Grundschule haben in Iglu in Bezug auf die Leistungsentwicklung und Entwicklung von Chancengleichheit besser abgeschnitten als die Sekundarstufe in Pisa.

Die Entwicklung eines professionellen Ethos der Verantwortung für jeden einzelnen Schüler – so formuliert Jürgen Baumert – ist eine der zentralen Fragen der Qualitätsentwicklung und eine Herausforderung an die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und das Unterstützungssystem, das die Schule braucht.

Die Entwicklung eines professionellen Ethos der Verantwortung für jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin ist eine Forderung, die hoffentlich alle in diesem Haus unterstützen werden. Wenn das aber so ist, dann müssen alle Bedingungsfaktoren auf den Tisch und auf den Prüfstand.

Dazu gehört auch die Strukturfrage, die Sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser, meine Damen und Herren. Wir müssen aber darüber sprechen, weil mit der Struktur des Bildungswesens eine spezifische Funktionslogik verbunden ist, wie der Ludwigsburger Erziehungswissenschaftler

Karl Zenke schreibt, die in Deutschland in der Dominanz einer Pädagogik ihren Niederschlag findet, die Schulerfolge beziehungsweise -misserfolge primär den einzelnen Schülerinnen und Schülern zuschreibt und folglich auf Defizitfeststellung und damit zu begründende Segregation und Selektion abhebt.

Ich sage es noch einmal deutlich, damit auch Sie das bitte verstehen: Es geht nicht um die Struktur um der Struktur willen. Es geht darum, wie sich Schulbedingungen – dazu gehört auch die Struktur – auf das Lehrerhandeln und die Philosophie des Systems auswirken. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, und geben Sie Antworten darauf, wie Sie dieses Problem lösen wollen.

Der Besuch des Sonderkommissars ist in der Tat der Wink mit dem Zaunpfahl, innezuhalten und noch einmal aufrichtig zu prüfen, ob die Maßnahmen, die Sie mit der Schulgesetznovelle vorlegen, dazu geeignet sind, die Rechte der Kinder nach der UN-Kinderrechtskonvention und nach der UN-Menschenrechtskonvention zu gewährleisten und Chancengleichheit und Leistung im Verbund auszubauen.

Das Fatale ist, dass mit dem Schulgesetzentwurf dem Entwicklungsziel, ein professionelles Ethos der Verantwortung für jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin zu entwickeln, ein Bändendienst erwiesen wird. Es ist ethisch nicht zu verantworten, sich das Recht herauszunehmen, eine negative Gewissheit über Menschen fassen zu wollen, ein Lernurteil über Kinder von neun Jahren zu fällen und eine offensichtliche Nichteignung für eine hochwertige Bildung festzustellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es widerspricht nicht nur der Landesverfassung, sondern vielmehr auch Artikel 26 der UN-Menschenrechtskonvention, Eltern das Recht zu entziehen, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Wenn Sie den Bildungsgang Gymnasium abkoppeln, verringern Sie die Durchlässigkeit. Auch die Hilfskonstruktion, die Sie dann im Gesetz in Bezug auf die Übergänge von Hauptschule und Realschule in der Sekundarstufe I bemühen, sind Krücken und lediglich kosmetische Maßnahmen, die die Durchlässigkeitsproblematik nicht lösen.

Dass der UN-Sonderberichterstatte morgen in einer Schule in NRW zu Gast ist, die auf Leistung und Chancengleichheit setzt, die die Integration von Menschen mit Behinderungen in der allgemeinbildenden Schule lebt, ist ein gutes Zeichen

und hat meiner Meinung nach eine Vorbildfunktion für NRW.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Schulgesetzentwurf ruhen zu lassen und noch nicht einzubringen. Setzen Sie sich zunächst fachlich mit dem Bericht des UN-Sonderkommissars auseinander und machen Sie das Schulsystem auf der Grundlage der aktuellen fachlichen Diskussion zum so oft propagierten Wohl der Kinder zukunftsfähig.

Ich will uns aber alle mahnen, den Skandal im deutschen Bildungssystem gemeinsam zu bewältigen und dafür zu sorgen, dass in der Schule Chancengleichheit nicht noch verstärkt wird, sondern abgebaut werden muss, wie das erfolgreiche Pisa-Länder vormachen.

Deshalb überreiche ich Ihnen, Frau Ministerin, zum Schluss meiner Ausführungen ein Symbol. Es soll an die Verantwortung erinnern, in der Bildungspolitik nicht zu ideologisieren, sondern dafür zu sorgen, dass nicht eines Tages Blauhelme in deutschen Schulen – und damit auch in Schulen in NRW – dafür sorgen müssen, dass alle Kinder den nicht diskriminierenden Zugang zu hochwertiger Bildung erhalten und eine demokratische Gesellschaftsentwicklung gefördert wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE] überreicht Ministerin Barbara Sommer einen blauen Helm – Zuruf: Aufsetzen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU die Kollegin Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Beer, wenn man Ihren Antrag liest, glaubt man erst gar nicht, dass er von wirklich der grünen Fraktion stammt. Sie sprechen von eklatanter Verletzung der Chancengleichheit, die Pisa dargelegt hat. Sie sprechen auch von schweren Versäumnissen im bundesdeutschen Bildungssystem, die dokumentiert worden sind.

Da haben Sie wirklich Recht. Dem können wir nur zustimmen. Aber haben Sie sich einmal überlegt, wer denn die Verantwortung für Bildung in Deutschland hat? – Das sind die Länder.

(Beifall von CDU und FDP)

Und wer hat die Bildungspolitik 39 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen bestimmt? -Das waren Sie.

(Beifall von der FDP – Oliver Keymis [GRÜNE]: Wir nicht!)

– Das waren Sie, jawohl, 39 Jahre lang.

Wessen Erbe sind dann die eklatanten Verletzungen der Chancengleichheit? – Das ist Ihre Bilanz, das ist Ihr Zeugnis.

Jetzt sollten wir uns fragen, was Sie denn in all den Jahren getan haben, dem entgegenzusteuern – nichts, gar nichts, was auch nur den Schein einer Verbesserung hatte. Nehmen Sie einmal Pisa 2000 und 2003. Da haben andere Länder eine Verbesserung geschafft und sind im Ranking der einzelnen Länder vorangekommen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben es nicht geschafft.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Doppmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel in Gestalt von Frau Beer?

(Heiterkeit)

Ursula Doppmeier (CDU): Ich möchte erst zu Ende vortragen. -Nun, wo wir uns jetzt endlich mit ganzer Kraft bemühen, das Bildungsschiff mit einem leistungsgerechten Schulgesetz wieder flott zu bekommen, was die individuelle Förderung des einzelnen Kindes, auf die Sie hier so abheben, zur Grundlage hat, fällt Ihnen nichts Besseres ein als zu rufen: Halt! Stopp! So auf gar keinen Fall.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Genauso werden wir vorangehen. Wir ergreifen jetzt konkrete Maßnahmen, um endlich die Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft zu beseitigen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Antworten Sie doch auf das, was ich gesagt habe! – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Darauf kann man gar nicht antworten!)

Wir machen es folgendermaßen: Wir beginnen mit der Sprachförderung sowohl von Kindern mit Migrationshintergrund als auch von Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen schon ab dem vierten Lebensjahr in den Familienzentren. Wir wollen gleiche Bildungschancen. Sie haben sich eben dafür ausgesprochen. Aber etwas getan, das dem entsprochen hätte, haben Sie in den ganzen Jahren nicht.

Sie haben immer von Integration geredet, aber keine konkreten Hilfen angeboten. Wir fangen jetzt mit der individuellen Förderung an. Das haben Sie eben auch gefordert. Das Schulsystem in

Nordrhein-Westfalen war doch durchlässig, aber wie: immer nur von oben nach unten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja meinen Sie, jetzt wird's besser?)

Sie haben die hohen Rückläuferzahlen immer nur zur Kenntnis genommen und nichts dagegen unternommen. Sie haben den Kindern, die durchaus das Potenzial hätten, rechtzeitig zu einer höheren Schulform zu wechseln, den Wechsel erschwert oder sogar verwehrt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie sollten sie erst gar nicht sortieren!)

Das werden wir ändern – durch verbindliche Grundschulgutachten. Wir sind überzeugt: Hier werden wir den Kindern eine realistische Chance für ihre Schullaufbahn ermöglichen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Doppmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schäfer?

Ursula Doppmeier (CDU): Nein, im Moment nicht. – Danke.

(Ute Schäfer [SPD]: Das hab ich mir doch gedacht!)

Wenn Sie so gerne mit den diversen Studien gegen die Grundschulgutachten argumentieren, haben Sie doch sicherlich auch die Lau-5-Studie gelesen. Dort wird nämlich genau belegt, dass natürlich außer den Zensuren auch sachfremde Einflüsse eine Rolle spielen, zum Beispiel der Bildungsstand der Eltern.

Viel wichtiger ist aber, dass die gleiche Studie zu dem Ergebnis kommt, dass Eltern mit einem höheren Bildungsniveau die Bildungschancen ihrer Kinder realistischer einschätzen und ihre Kinder durchaus zur Realschule schicken, um ihnen dort einen guten Start beziehungsweise bei Eignung einen späteren Wechsel auf das Gymnasium zu ermöglichen. Die Rückläuferquote dieser Kinder mit bildungsnaher Herkunft ist geringer. Die Rückläuferquote bei den Kindern aus bildungsfernen Haushalten ist höher – genau das besagt die Studie –, weil dort die Eltern eher auf ein Risiko setzen.

Wir wollen die bisherige Praxis beenden. Sie ging nämlich zulasten der Kinder, die zurückgeschult wurden. Denn diese sind immer die Schwachen im Klassenverband und erhalten die schlechten Noten. Dies ist für kein Kind gut. Rückläufer zu sein, das tut jedem Kind weh, und es ist nicht einfach, das zu verarbeiten.

Mit dem neuen Schulgesetz werden wir das Gegenteil erreichen, indem wir erst bei einem Notendurchschnitt von 2,0 den Blick auf das Hochschulniveau der Kinder legen.

(Beifall von CDU und FDP)

Somit helfen wir ihnen, in eine höhere Schulform zu kommen.

Wenn Sie nun mit Ihrem Antrag den Eindruck erwecken, als ob der Sonderberichterstatter der UN nach NRW käme, weil die Politik der CDU/FDP-Koalition Chancengleichheit eklatant verletzte, dann erinnere ich daran, wer Bildung hier geprägt hat. Wir tragen erst seit einem halben Jahr die Regierungsverantwortung und haben uns vorgenommen, im Schul- und Familienbereich neue Dinge auf den Weg zu bringen, Dinge, die mehr Chancengleichheit ermöglichen, was Sie sich zwar immer in Worten auf Ihre Fahne geschrieben, aber nie konkret gemacht haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Doppmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Beer?

Ursula Doppmeier (CDU): Am Ende. -Die schweren Versäumnisse im Bildungsbereich gehen doch auf Ihr Konto. Wir werden dieses Konto jetzt ausgleichen. Wir werden allen Kindern in diesem Land, gleich welcher Herkunft, welchen sozialen Status, ob Mädchen oder Junge, ob behindert oder nicht behindert, die gleichen Chancen geben. Wir werden unser Schulsystem so nach vorne bringen, dass Kinder in ihren individuellen Kompetenzen gestärkt werden. Wir werden somit begabungsgerechte Schulen bekommen und allen Kindern in diesem Lande die Chance geben, die optimale Bildung für ihren weiteren persönlichen Lebensweg zu erhalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier, die jetzt noch der Kollegin Beer die Möglichkeit zur Zwischenfrage geben möchte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Doppmeier, ist Ihnen bekannt, dass der UN-Sonderberichterstatter die gesamte Bundesrepublik besucht und in mehrere Bundesländer reist und dass die internationalen Pisa-Ergebnisse die entsprechenden Befunde für die strukturellen Mängel des deutschen Systems geliefert haben, nämlich dass es keinem Bundesland und auch Deutschland insgesamt nicht ge-

lingt, Chancengleichheit und Leistung im Verbund auf internationalem Niveau zu entwickeln?

Ursula Doppmeier (CDU): Das ist mir bekannt. Aber Sie müssen sich doch fragen, warum Sie es in NRW, wo Sie viele Jahre Regierungsverantwortung getragen haben, nicht geschafft haben,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dass die soziale Herkunft kein ausschlaggebender Faktor mehr ist, wenn Ihre Politik doch angeblich so viel besser war als die Politik in anderen Ländern.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Bayern haben zumindest ein höheres Leistungsniveau erreicht. Auch das haben Sie ja nicht geschafft. Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft und niedriges Leistungsniveau – viel Spaß mit dem Ergebnis Ihrer Politik.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Doppmeier. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ war am 14. Februar unter dem Titel „Der UN-Sonderberichterstatter kommt“ eine Karikatur abgedruckt. Sie zeigte ein Klassenzimmer mit mehreren Schülern, die sich vor dem Lehrertisch aufgestellt hatten. Ein verzweifelt aussehender Lehrer hörte sich die Forderungen der Schüler an. Ich zitiere:

Wenn Sie den Schnitt unserer Klausur anheben,

so die Schüler,

könnten wir davon absehen, uns in unseren Menschenrechten eingeschränkt zu fühlen.

Dieses Bild würde ganz gut zu dem Wegfall des Drittelerrlasses in Nordrhein-Westfalen passen. Droht uns also demnächst eine Welle von Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen im Unterricht?

Wenn man die Medienberichterstattung verfolgt, könnte man diesen Eindruck gewinnen. Dort war vom UNO-Schul-TÜV die Rede, und der UN-Sonderberichterstatter wurde als Schul-Sheriff bezeichnet. Das hörte sich so an, als käme nun ein Rechtsprofessor und Erziehungswissenschaftler aus dem fernen Costa Rica beziehungsweise aus Genf in das bildungspolitische Entwicklungsland Deutschland.

Auch die Liste seiner bisher besuchten Länder – Botswana, Kolumbien, Indonesien, China, USA – ließ Schlimmes erahnen. Da bedurfte es nur noch des Hinweises auf die Pisa-Ergebnisse, um das Schreckensszenario abzurunden.

Die Ministerien auf Bundes- und Landesebene reagierten zunächst gelassen auf den angekündigten Besuch. Dieses sei kein außergewöhnlicher Vorgang, sondern reine Routine. Angesichts der Umstände des Besuchs, vor allem des knappen Zeitbudgets, war gar von einer eher kuriosen Reise die Rede. Im Übrigen wurde zur Beruhigung auf die schon eingeleiteten Reformen verwiesen. Beinahe wäre die Untersuchung also in aller Stille abgelaufen nach dem Motto: Stell dir vor, der UN-Sonderbeauftragte kommt, und keiner merkt's.

Dieses Bild der Gelassenheit hat sich in den letzten Tagen vor dem Hintergrund der Medienberichte gewandelt. Die Ruhe ist offensichtlich der Hektik gewichen. Es wird an einer Strategie gebastelt, wie Deutschland ein möglichst gutes Bild abliefern kann.

Der UN-Sonderberichterstatter besucht in Potsdam eine Kita und eine Förderschule, in Berlin eine Grundschule, in München eine Hauptschule und in Nordrhein-Westfalen, in Bonn, eine Gesamtschule.

Ich finde es interessant, dass offensichtlich für NRW eine Vorzeigegesamtschule in Bonn ausgewählt wurde, um die gelungene Integration von Migranten und Behinderten zu belegen. Wer hätte das gedacht: eine nordrhein-westfälische Gesamtschule als pädagogischer Leuchtturm, mit dem die Landesregierung und die Bundesbildungsministerin beim UN-Sonderbeauftragten punkten möchten?

(Zuruf von der SPD: Schöne neue Welt!)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen wir einmal die Aufregung in den Medien und Ministerien um die möglichen Untersuchungsergebnisse beiseite und entdramatisieren wir den Vorgang. Der UN-Sonderberichterstatter wird sich einen Einblick in das bundesdeutsche Bildungssystem mit seinen föderalen Verästelungen verschaffen. Das kann bei dem Besuch von vier sicherlich nicht repräsentativ geltenden Schulen nur ein oberflächlicher Eindruck sein. Ob er realistisch sein wird, sei auch dahingestellt. In jedem Fall ist er zunächst nur eine Momentaufnahme.

Erst im Jahr 2007 soll dann ein Bericht vorgelegt werden. Die eigentliche Bedeutung des Besuchs liegt daher in der öffentlichen Debatte, die durch ihn angestoßen wurde. Über den Tag hinaus rückt die Frage nach den Beurteilungsmaßstäben für

unser Bildungssystem in den Mittelpunkt, nämlich: Bildung als ein Menschenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, die 1992 in Kraft getreten ist. In Artikel 28 ist das Recht auf Bildung verankert. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere ...“

Dann folgt eine Auflistung wichtiger Punkte. Dazu gehören die Sicherstellung des Besuchs der Grundschule, der Zugang zu verschiedenen Formen weiterbildender Schulen und schließlich der Zugang zu den Hochschulen.

Angesichts dieser völkerrechtlich verbindlichen Maßstäbe stellt sich doch die Frage, ob das gegliederte und angeblich begabungsgerechte deutsche Schulsystem insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Schichten und aus Migrantenfamilien die geforderte Chancengleichheit garantiert.

Hierbei gelange ich zu ganz anderen Ergebnissen als die Kollegin Doppmeier. In Nordrhein-Westfalen müssen wir uns doch fragen, ob die beabsichtigte Aufhebung der Schulbezirke nicht über einen verstärkten Schultourismus zu einer weiteren sozialen Trennung führt und

(Ralf Witzel [FDP]: Nein! Das gerade nicht!)

eine weitere Homogenisierung der Lernmilieus

(Fortgesetzt Zurufe von Ralf Witzel [FDP] – Dieter Hilser [SPD]: Mein Gott!)

das Leistungsvermögen eher abschwächt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens ist zu prüfen, ob die verbindliche Grundschulempfehlung vonseiten der Schule nicht das Risiko falscher Schulformzuweisungen erhöht.

(Beifall von der SPD)

Kollegin Doppmeier hat gerade darauf hingewiesen, dass es vor allen Dingen die Elterneinschätzungen seien. Es zeigt sich aber anhand empirischer Untersuchungen, dass sehr viel mehr Fehlurteile vonseiten der Lehrerschaft auftreten.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Die Grundschulempfehlungen sind sozial selektiv. Sie führen eher dazu, dass der Zugang zum Gymnasium noch stärker von der sozialen Herkunft abhängt.

Drittens ist zu klären, ob die geplante Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulformen in der Sek. I durch die unterschiedlichen Schulzeiten nicht die Durchlässigkeit einschränkt und zum Abbau von Bildungsbeteiligung führt. De facto heißt das nämlich in Zukunft: Durchlässigkeit nur noch nach unten, während der Aufstieg immer unwahrscheinlicher wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Eben nicht! – Gegenruf von der SPD: Doch!)

Schließlich: Wie sieht es eigentlich aus mit der Stärkung der Menschenrechtserziehung und mit der Behandlung der Kinderrechte, zu denen auch Partizipationsrechte gehören,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

wenn die Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler in der Schulkonferenz abgebaut werden?

Auf viele Fragen hat bereits Johannes Rau bei einem Festakt zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Philologenverbandes im Jahre 2003 eine Antwort gegeben. Ich zitiere noch einmal mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wie können wir also dieser folgenreichen Ungleichheit entgegenwirken, die die Kinder schon von zu Hause mitbringen? Gewiss nicht dadurch, dass wir durch eine verfrühte Auslese die Unterschiede noch verstärken. Eine Pädagogik, die sich die Auslese von Spreu und Weizen zum Leitbild macht, verfehlt ihr Ziel. Sie bringt viele Einzelne um ihre Lebenschancen und sie schadet unserer ganzen Gesellschaft.“

(Beifall von Frank Sichau [SPD] und den GRÜNEN)

Überweisen wir also diesen Antrag als Anregung an den Schulausschuss, um dort das Recht auf Bildung auf Grundlage der Chancengleichheit weiter zu diskutieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bovermann. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP die Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Beer, wenn Herr Muñoz, der Sonderberichterstatte für das Recht auf Bildung beim UN-Hochkommissar für Menschenrechte, in der vergangenen Legislaturperiode seinen Besuch zur

Inspektion des deutschen und damit auch des nordrhein-westfälischen Schulsystems angekündigt hätte,

(Frank Sichau [SPD]: Das ist doch seine Sache!)

hätte ich Ihre Forderung zur Rücknahme Ihrer Bildungspolitik sehr gut verstanden.

(Beifall von FDP und CDU)

Denn Rot-Grün hat es tatsächlich über Jahre und Jahrzehnte nicht geschafft, die notwendige Chancengleichheit im nordrhein-westfälischen Schulsystem zu schaffen. Sie haben Ihre Bildungspolitik selbst ad absurdum geführt. Sie wollten etwas für die Schwachen und für die Benachteiligten tun und haben es nicht geschafft, denn Sie haben nicht einmal versucht, sie zu fördern. Nein, Sie wollten das schaffen, indem Sie das Niveau zu den Betroffenen senken

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

und nicht, indem Sie sie in ihrer Fähigkeit fördern, ihr Potenzial zu entfalten. So war es.

(Beifall von FDP und CDU)

So ist die Situation. Wir haben das beim Abitur gesehen. Sie haben das Abitur immer weiter nivelliert und die Qualität immer weiter gesenkt, um zu erreichen, dass möglichst viele Schüler ihr Abitur machen konnten.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Sie haben zu keinem Zeitpunkt dafür gesorgt, dass man diese Kinder inhaltlich in ihrem Potenzial gefördert hätte, um sie zu befähigen, tatsächlich höhere Schulabschlüsse zu erreichen.

(Frank Sichau [SPD]: Nonsens!)

Die Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund sind doch die von Ihnen zu verantwortenden Bildungsverlierer. Diese Botschaft hat Ihnen Pisa gleich zweimal ins Stammbuch geschrieben.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Ich wundere mich. Ich bin vom Glauben abgefallen. Sie haben tatsächlich die Stirn und fordern in Ihrem Antrag, die von Schwarz-Gelb auf den Weg gebrachte Novellierung des Schulgesetzes auszusetzen.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Ist dieser Antrag etwa Ihr Beitrag zum Karneval? – Jedenfalls ist er eine Steilvorlage für uns. Er entspricht in dieser Schlussfolgerung doch eigentlich

nicht tatsächlich Ihrem intellektuellen Anspruch, Frau Beer.

Sie haben eine Geschichte aufgebaut, erzählt und dann die Schlussfolgerung daraus gezogen, dieses neue Schulgesetz bedeutete die Verletzung der Menschenrechte schlechthin und deshalb müssten wir es zurücknehmen. Das möchte ich jetzt wirklich nicht weiter kommentieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Machen Sie es auch besser nicht!)

– Ja, ja, das mache ich auch nicht weiter.

Frau Beer, ich frage Sie nur: Haben Sie schon vergessen, dass FDP und CDU erstmals die individuelle Förderung aller Kinder in einem Gesetz festschreiben? Haben Sie vergessen, dass wir jeweils mehr als 500 Lehrkräfte aus Demographiegewinnen zusätzlich für die individuelle Förderung an unseren Grund- und Hauptschulen belassen? Haben Sie auch vergessen, dass wir ebenso Förder- und Beratungsinstrumente im Falle besonderer Begabungen und bei drohendem Leistungsversagen im Schulgesetz verankern?

Wollen Sie uns unterstellen, dass wir Kinder mit Behinderungen von chancengleicher Bildung ausschließen?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Allerdings!)

Wir machen uns doch auf den Weg, um die notwendige Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Angriff zu nehmen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Gemeinsamer Unterricht!)

Wir mahnen doch seit Jahren an, nicht wegzuschauen, wie Sie es tun, wenn der Anteil sonderpädagogischer Betreuung im gemeinsamen Unterricht oder in integrativen Lerngruppen nicht mehr ausreicht. Ich könnte diese Aufzählung fast endlos fortsetzen.

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, FDP und CDU sind seit dem 22. Mai unermüdlich dabei, erst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die Schulprobleme im Land zu lösen, die Sie uns hinterlassen haben. Wir sind dabei, das Schulgesetz so zu gestalten, dass der notwendige Bildungserfolg, eine Chancengerechtigkeit und Bildungsteilhabe aller endlich auch Wirklichkeit werden können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Pieper-von Heiden, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Beer?

Ingrid Pieper-von Heiden^{*)} (FDP): Frau Beer hat großes Glück. Ich habe – protokollarisch nachzulesen – einmal zugesagt, an geraden Tagen zu antworten. Ich glaube, heute ist der 16. und somit ein gerader Tag. – Bitte, Frau Beer.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön. Das war Ihr Beitrag zum Karneval.

Frau Pieper-von Heiden, darf ich den Zwischenruf Ihres Kollegen Herrn Witzel, der gerade gesagt hat, der gemeinsame Unterricht sei gescheitert, so deuten, dass Sie auch an dieser Schraube weiterhin die Diskriminierung im Schulgesetz befördern wollen?

(Zuruf)

Ingrid Pieper-von Heiden^{*)} (FDP): Sie pflegen eine Ausdrucksweise: die Diskriminierung weiter pflegen! – Ich kann Ihnen zum gemeinsamen Unterricht sagen: Wir besitzen so viel Verantwortung hinzuschauen, ob er verantwortbar durchgeführt wird und hinreichend sonderpädagogische Förderung beinhaltet.

Wenn Sie einmal mit den Leitern von Sonderschulen sprechen, werden Sie bestätigt bekommen, dass sich Eltern dann, wenn die Kinder die Grundschule durchlaufen haben, zunächst noch für den gemeinsamen Unterricht an weiterführenden Schulen einsetzen, aber dann, wenn die Kinder die Pubertät erreicht haben, zu den Sonderschulen – den Förderschulen, wie sie heute heißen – kommen und händeringend darum bitten, die Kinder so schnell wie möglich aufzunehmen.

(Beifall von der FDP)

Diese Förderschulen stellen dann fest, dass die Kinder bei der sonderpädagogischen Förderung eklatant ins Hintertreffen geraten sind.

(Beifall von der FDP)

Diesen Zustand werden wir definitiv ändern – ja.

(Beifall von der FDP)

Die Schulprobleme, die Sie uns in diesem Land hinterlassen haben, müssen wir erst einmal lösen. Wir sind dabei, das Schulgesetz so zu gestalten, dass alle in den Schulen Chancengerechtigkeit vorfinden.

Die Diskussion über die Hauptschulen liegt gerade ein paar Stunden zurück. Haben Sie das schon vergessen?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir stärken die Hauptschulen in unserem Land mit einem beispiellosen Kraftakt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir werden ihren Schülerinnen und Schülern durch das neue pädagogische Konzept qualifizierte Ganztagsangebote zur Bildungs- und Ausbildungsteilnahme anbieten. Wir holen die Hauptschulen doch aus ihrem Schattendasein heraus.

Frau Beer, ich finde es wirklich ausgesprochen schade, dass Ihr Antrag in seiner bizarren Schlussfolgerung, den Entwurf des Schulgesetzes zurückzunehmen, von dem überaus begrüßenswerten Anliegen der UN-Menschenrechtskommission ablenkt, nämlich die deutsche Bildungsreform im Nachgang zu den Pisa-Ergebnissen zu bewerten,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist keine Reform! Das ist ein Rückschritt!)

die Bildungschancen benachteiligter und behinderter Kinder zu begutachten, die Vorschulerziehung unter die Lupe zu nehmen und anderes mehr. Das ist wirklich ein wichtiges Vorhaben der UN.

Wir nehmen Señor Muñoz mit offenen Armen auf. Ich bin sicher: Das Schulministerium wird ihn über alle geplanten Schritte zur Verbesserung der Bildungsqualität und der Chancengerechtigkeit in unserem Land eingehend informieren und ihn auch davon überzeugen können, dass die Bildungspolitik endlich auf einem guten Weg ist und bei uns in Nordrhein-Westfalen auf die richtige Schiene gesetzt wird. Señor Muñoz soll nicht nur mit dem Eindruck, sondern mit der Gewissheit zurückkehren und der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Bildung berichten, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen endlich alles auf einen guten Weg gebracht wird. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat Frau Ministerin Sommer für die Landesregierung das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, seine Herkunft oder sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung.

Darüber hinaus ist es aber ein gesellschaftlicher Skandal – ich glaube, darüber sind wir uns alle einig –, dass der Schulerfolg in Deutschland und

insbesondere in Nordrhein-Westfalen noch viel zu eng an die soziale Herkunft gekoppelt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit der bildungspolitischen Neuakzentuierung, mit der Novelle des Schulgesetzes übernimmt die neue Landesregierung eine erhebliche Verantwortung, nämlich die aus dem sozialen Gleichgewicht geratene Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem wesentlich zu verbessern.

Aus Sicht der Landesregierung ist es daher durchaus begrüßenswert, dass der Sonderberichtersteller der Vereinten Nationen auch in Nordrhein-Westfalen Station macht. Sein Besuch eröffnet die Möglichkeit, die von uns eingeleiteten Prozesse darzustellen, zu erläutern und zu bewerten. Wenn es aus dem Sekretariat der KMK heißt – Herr Bovermann hat es eben schon gesagt –, es handele sich hierbei nur um einen Routinebesuch, so stimmen dieser Aussage offenbar nicht alle zu. Ich darf zitieren:

„Dass ihn der Weg nach Deutschland führt, hat mit der eklatanten Verletzung der Chancengleichheit zu tun, wie sie die Pisa-Studien offen gelegt haben.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, dieses Zitat stammt aus Ihrem Antrag. Sie werden es kennen. Wenn es tatsächlich zu diesen eklatanten Verletzungen gekommen ist, wenn es um Chancengleichheit oder Chancenungleichheit geht, dann kann man sich an dieser Stelle kaum die Frage verkneifen, welchen Anteil Sie, sehr geehrte Frau Beer und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion, daran haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Da Sie aber, sehr geehrte Frau Beer, sehr deutlich moderate Töne angeschlagen haben und meine Kollegin Frau Doppmeier auch schon einiges dazu gesagt hat, möchte ich diese Frage nicht weiter vertiefen. Ich hoffe aber, dass ich in den zehn Punkten, die ich Ihnen jetzt nennen möchte, doch einige Antworten auf die von Ihnen gestellten Fragen geben kann.

Wir werden in Nordrhein-Westfalen die Chancengerechtigkeit verbessern und entwickeln. Dazu sind unter anderem zehn Aufgabenfelder wichtig.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch vorschulische Sprachförderung, durch die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch von Kindern, deren Sprache noch nicht altersgemäß entwickelt worden ist. Die anstehende

Novelle des Schulgesetzes stellt diese unterschiedlichen Ausprägungen des Förderbedarfs einander ausdrücklich gleich. Die Sprachförderung beginnt zudem künftig ab dem vierten Lebensjahr.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch das Vorziehen des Einschulungsalters. Damit werden entwicklungsbedingte Lernfenster sinnvoll genutzt. Kinder aus bildungsfernen Schichten erhalten damit eine frühestmögliche Förderung.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch individuelle Förderung. Mit der Novellierung des Schulgesetzes wird das Recht aller jungen Menschen auf individuelle Förderung in der Schule deutlich festgeschrieben. Ich habe eben schon in einem anderen Zusammenhang gesagt: Wir setzen es nicht nur in eine Richtlinie, sondern wir bringen es in ein Gesetz. Bereits in diesem Jahr werden hierfür 600 Grundschullehrerinnen und -lehrer zur Verfügung gestellt.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit, indem wir zukünftig Versetzungen als Regelfall betrachten. Mit der Aufnahme des Kindes in die Schule übernimmt diese Schule die Verantwortung für seine Förderung. Damit soll gleichzeitig die hohe Zahl von Abstiegen in der Sekundarstufe I wegen Nichtversetzung durch Fördermaßnahmen verringert werden.

Wir verbessern die Chancengleichheit durch höhere Durchlässigkeit. Mit der Novellierung des Schulgesetzes sollen die Schulen stärker als bisher ermutigt werden, die Möglichkeit eines Aufstiegs häufiger zu überprüfen. Die schulrechtlichen Vorschriften sind so gefasst, dass der Wechsel der Schulform guter Schüler bis zum Ende der Klasse 8/Beginn Klasse 9 und danach wieder in die gymnasiale Oberstufe möglich ist.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch Ganztagsangebote. Dazu ist heute an dieser Stelle schon sehr viel gesagt worden. Ich beschränke mich auf das, was wir vorher schon erörtert haben.

Wir verbessern die Chancengleichheit durch Integrationsstellen. Nordrhein-Westfalen ist ein Zuwandererland. Die demographische Entwicklung zeigt, dass derzeit rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat, und diese Gruppe wächst weiter. Um die Belastungen zu reduzieren und durch Förderarbeit die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich zu steigern, vergibt das Land zusätzlich über 3.000 Lehrerstellen.

Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch das Fach Islamkunde. Mit der Islamkunde in deutscher Sprache leistet die Schule einen wichtigen Beitrag zur Integration der muslimischen Bevölkerung. Das Fach dient damit der Identitätsfindung dieser Schülerinnen und Schüler. An mehr als 120 Schulen mit rund 8.000 Schülerinnen und Schülern wird dieses Fach in Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Dafür stellt das Land 150 Stellen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch muttersprachlichen Unterricht. Dadurch werden bereits vorhandene Sprachkompetenzen der Kinder gewürdigt. Mehrsprachigkeit ist Kennzeichen einer modernen Gesellschaft und Ausdruck kultureller Vielfalt.

Nicht zuletzt: Wir verbessern die Chancengerechtigkeit durch zusätzliche Lehrerstellen. Mit der Schaffung von 4.000 zusätzlichen Lehrerstellen wollen wir in Nordrhein-Westfalen die wesentlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass pädagogisch sinnvoll gefördert und integriert werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, meine Damen und Herren, sind nur zehn Punkte eines Programms, das dem Hohen Kommissar für Menschenrechte verdeutlichen wird, wie ernst wir es mit der Erhöhung der Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen nehmen. Lassen Sie mich nochmals aus dem Antrag zitieren:

„Es ist Zeit, internationale Erkenntnisse ernst zu nehmen,“

(Beifall von den GRÜNEN)

„das Kurieren an Symptomen zu beenden und eine umfassende Reform unseres Bildungssystems in Angriff zu nehmen, ...“

In diesem Punkt, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstütze ich Ihren Antrag voll und ganz.

Sie wissen es doch selbst: Seit acht Monaten sind wir dabei, die von Ihnen und von uns festgestellten Mängel zu beheben, Mängel, die behoben werden müssen mit einem unendlich hohen Einsatz an finanziellen Mitteln.

Bei all den in Ihrem Antrag aufgelisteten Versäumnissen aus der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung ist mir dabei allerdings völlig unverständlich, dass Sie mit diesem Antrag die Novelle des Schulgesetzes zu stoppen beabsichtigen.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Ihr Antrag mir die Gelegenheit gegeben hat, noch einmal die besonderen Herausforderungen hervorzuheben und Ihnen die Möglichkeiten darzustellen, die die Landesregierung im Sinne einer Chancengerechtigkeit zu erreichen beabsichtigt.

Noch ein Wort zu meinem Geschenk, liebe Frau Beer: Ich danke Ihnen für den Blauhelm. Der Blauhelm riecht noch etwas verdächtig, weil er angesprayed ist. Er ist blau angesprayed. Wenn man genau hinschaut, dann sieht man, dass er darunter gelb ist. Also ist es offensichtlich nicht unbedingt nur ein Blauhelm, sondern möglicherweise auch ein Bauhelm. Ich zitiere da Herrn Witzel, der eben sagte: Wir reißen Grenzen ein. Ich setze also diesen Bauhelm auf. Reißen wir Grenzen ein! Reißen wir Mauern ein! Beginnen wir zu bauen, und zwar ein neues Schulgesetz, meine Damen und Herren! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Kollege Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Beer, Sie wissen, dass ich Ihre Anträge immer mit großer Aufmerksamkeit lese. Das habe ich auch in diesem Fall getan. Insbesondere die Überschrift hat meine Neugierde in besonderer Weise erregt. Allerdings war ich bei der Lektüre Ihres Antrags sehr enttäuscht, und zwar deshalb, weil Sie den Besuch des Sonderberichtserstatters der UN zwar begrüßen – wir alle sollten ihn wertschätzen, begrüßen und froh sein, dass die Chance da ist, in einen Dialog einzutreten –, aber diese Chance eigentlich vergeben, weil Sie die Gelegenheit nutzen, um die üblichen parteipolitischen Klischees zu unterlegen.

Der Beitrag von Herrn Bovermann war das beste Beispiel dafür, dass man – wenn jemand von der UN unser Bildungssystem von außen betrachtet und vielleicht Hinweise zur Verbesserung des Systems gibt – die parteipolitische Polemik zu den Schuleinzugsbezirken bringt. Das ist meines Erachtens nicht angemessen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist auch richtig, dass wir darüber nachdenken, wie Chancengleichheit besser verwirklicht werden kann. Ich versuche, auf Ihren Beitrag einzugehen, der mich eingangs anders gestimmt hat. Ich habe mich gefragt, ob mein Manuskript überhaupt rich-

tig ist. Der Rückblick war zunächst sehr kritisch, auch selbstkritisch. Nur: Das Erklärungsmuster ist wieder ein bisschen einfach. Damit kommen wir nicht weiter. Erklärungsmuster war: Alle in Deutschland haben Probleme damit. Nach dem Motto: Alle haben Probleme, dann können wir mit einer einfachen Lösung antworten. – Das ist falsch. Unser Anspruch muss sein, zunächst in Deutschland am besten zu werden und dann international in die Spitzenklasse vorzurücken. Das ist der bildungspolitische Anspruch.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Vielleicht hat das eine mit dem andern zu tun!)

Jetzt stellt sich folgende Frage: Wie sieht die Strategie aus, dieses Ziel zu erreichen? Wir könnten sagen: Die Lösung ist einfach, wir müssen nur die Strukturdebatte neu eröffnen. – Ich glaube aber, das wesentliche Kriterium zur Verbesserung unseres Schulsystems besteht darin, guten und besseren Unterricht vorzuhalten. Das ist nicht durch eine Strukturdebatte gelöst.

(Beifall von der CDU)

Deshalb lautet unsere Grundsatzentscheidung: Wir versuchen, in der Reform des dreigliedrigen Schulsystems mehr Durchlässigkeit, mehr Qualität und mehr Chancengerechtigkeit zu erlangen, weil das für uns der pragmatische Weg ist, dieses Ziel zu erreichen.

Schauen Sie sich das Schulgesetz einmal an. Es gibt wohlwollend kritische Meinungen zu diesem System, die sagen, es handele sich dabei um ein hoch anspruchsvolles politisches Programm, im dreigliedrigen System mehr Durchlässigkeit nach oben zu erhalten. Wir wollen nicht – wie es 39 Jahre lang Rot oder Rot-Grün geschaffen hat – Bildungsverlierer haben, sondern wir wollen das Bildungssystem umkehren und Bildungsgewinne haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Kaiser (CDU): Wir wissen sehr wohl, dass das ein hoch anspruchsvolles Programm ist, das auch der Begleitforschung bedarf. Wir wissen, dass das nicht von alleine geht, auch nicht alleine durch neu gefasste Paragraphen, sondern dahinter steckt eine neue Schulkultur.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Beer?

Klaus Kaiser (CDU): Natürlich gestatte ich die.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich danke Ihnen, Herr Kaiser. Eben habe ich bereits gesagt: Struktur ist kein Selbstzweck, sondern hat immer eine dienende Funktion.

(Klaus Kaiser [CDU]: Genau!)

Stimmen Sie mir darin zu, dass Struktur eine der Unterrichtsbedingungen ist, die auch Einfluss auf die Professionalität des Lehrerhandelns hat, auf Lehrerhaltung und Lehrereinstellung zu den Kindern, die sich in bestimmten Lernarrangements und Lernumgebungen befinden?

Klaus Kaiser (CDU): Ich glaube, mindestens so wichtig, wenn nicht sogar wichtiger ist, eine Kooperationsstruktur zwischen Schulen, den Handelnden, Lehrerinnen, Lehrern und Schulen zu finden. Eine wesentliche Idee, die wir in diesem Zusammenhang haben, ist, dass Schulen miteinander kooperieren und ins Geschäft kommen. Bis heute ist es so, dass sie nebeneinander herarbeiten. Das wird gerade durch unsere Festlegung auf die Durchgängigkeit des Systems neu in Angriff genommen. Das sind die wesentlichen Punkte, die wir als Erfolgskriterien ansehen.

Die Idee von mehr Bildungsgewinnern, also mehr Aufsteigern als Absteigern, ist eine ganz neue Verantwortlichkeit für die einzelne Schule. Das wird das Erfolgskriterium sein, über das wir nach vorne kommen.

Mit anderen Worten: Die Behauptung, wir würden das Ziel nur über eine Systemdebatte erreichen, wird uns nicht nach vorne bringen, weil wir uns darin verlieren werden. Ansatz muss vielmehr sein, jede Schule zu fordern und zu fördern. Wir müssen jeder Schulform die Unterstützung geben, die auf sie zugeschnitten ist. Im Bereich der Hauptschule bedeutet das zum Beispiel, dass wir mit dem Ganztag anfangen. Das hat Frau Sommer sehr deutlich ausgeführt. Die zehn Punkte, die sie vorgetragen hat, sind allesamt Teil der neuen Kultur, die kommt, ein hoch anspruchsvolles Programm darstellen und sicherlich dazu führen, dass wir erhebliche Qualitätsgewinne generieren werden. Daran müssen wir in den nächsten Jahren arbeiten.

Zu glauben, wir müssten nur die Strukturdebatte aufladen und könnten dann alles andere vergessen, ist der falsche Ansatz. Wir brauchen die selbstständigen Schulen mit einer Kontrolle von außen. Wir brauchen selbstständig steuernde Schulen mit Qualitätsanalyse. Dann ist sehr zu begrüßen, dass Herr Muñoz zu uns kommt und

den Blick von außen auf unser Schulsystem wirft. Der Blick auf unser Schulsystem ist für uns hilfreich, weil wir Qualitätsmanagement betreiben wollen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Kaiser (CDU): Deshalb ist es wichtig, seinen Besuch wertzuschätzen, und deshalb ist es falsch, ihn parteipolitisch vereinnahmen zu wollen.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]:
Ich hatte eine Frage angemeldet!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Witzel für die FDP-Fraktion. – Herr Witzel, bitte.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich anschaut, wo das nordrhein-westfälische Bildungswesen heute steht, wird klar, dass wesentliche Entwicklungsprozesse in den letzten Jahren kumuliert stattgefunden haben und dass die Ergebnisse, die wir heute vorfinden, auch das Resultat dessen sind, was in den letzten Jahren unter rot-grüner Verantwortung entstanden ist. Insofern hatte ich bei einigen Rednern der heutigen Opposition den Eindruck, dass man recht schnell vergisst, wofür man die letzten Jahre selbst verantwortlich war. Leicht ist man bei der Hand mit Schuldzuweisungen an diejenigen, die jetzt versuchen, die Defizite zu beseitigen und dabei naturgemäß noch nicht all die Reformen einleiten konnten, die notwendig sind.

Wahr ist auch, dass wir niemandem versprochen haben – das geht von der Logik her auch gar nicht –, dass über Nacht blühende Landschaften emporsprossen. Selbstverständlich brauchen wir diese Legislaturperiode Zeit, um insgesamt zu guten Ergebnissen zu kommen, weil verschiedene Maßnahmen erst nach und nach wirken. Insofern setzen wir uns gerne ergebnisoffen mit den Beiträgen auseinander, die uns auch internationale Berichterstatter in ihrer Analyse als Material zur Verfügung stellen.

Ein Gedanke ist mir sehr wichtig, auf den dankenswerterweise meine Kollegin Ingrid Pieper-von Heiden schon hingewiesen hat: Wir sollten fest im Blick behalten, dass wir insbesondere in Nordrhein-Westfalen beim Thema Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft enorme Probleme haben. Es gibt kein anderes Bundesland, das in den Kernkompetenzen wie der Lese-

kompetenz so eindeutige Zusammenhänge aufweist.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn wir diesen Zustand überwinden wollen, hilft es den Betroffenen gerade nicht, auf Leistung zu verzichten. Der alte Ansatz, der jahrzehntelang von der früheren Regierung verfolgt wurde, lautete: Wir helfen den Schwachen dadurch, dass wir auf Leistung verzichten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben mir nicht zugehört! Das ist unglaublich!)

Wir sind als FDP-Landtagsfraktion der festen Auffassung: Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Erst mal zuhören!)

Frau Beer, dass am Ende von Bildungsprozessen unterschiedliche Resultate stehen, ist nur logisch. Jeder Mensch hat unterschiedliche Anlagen. Jeder Mensch ist unterschiedlich lernmotiviert. Entscheidend ist aber, dass die Ursache für unterschiedliche Bildungsergebnisse am Ziel nicht in der sozialen Herkunft begründet sind,

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ralf Witzel (FDP): ... sondern in den Kenntnissen, in der Anstrengungsbereitschaft, in der Lernkultur. Deshalb müssen wir Menschen zu mehr Leistungen befähigen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Ralf Witzel (FDP): Ich schließe, Frau Präsidentin, deshalb mit einem legendären Wort von John F. Kennedy, das auch Sie, Frau Beer, sich zu Eigen machen sollten: „Wir helfen den Schwachen nicht dadurch, dass wir die Starken schwächen.“ – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Witzel, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/1198 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstim-

men? – Enthaltungen? – Mit Zustimmung aller Fraktionen ist der Antrag so überwiesen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8 Energiewirtschaft und Industrie beim Emissionshandel entlasten, Bauwirtschaft und Handwerk ankurbeln

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1187

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Hilser für die antragstellende Fraktion das Wort. Bitte.

Dieter Hilser (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es bedauerlich, dass, obwohl sich Kollege Witzel als „Überbrücker“ betätigt hat, der zuständige Minister immer noch nicht im Raum ist. Von daher müssen wir die Debatte offensichtlich ohne ihn führen.

Der Bausektor, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Schlüsselbranche für Wachstum und Beschäftigung. Mehr als 50 % aller Investitionen gehen in Deutschland in den Baubereich. Daher war und ist es Ziel sozialdemokratischer Politik, Investitionen in diesem Bereich zu stärken, die Investitionskraft der Eigentümer, der Wohnungswirtschaft und der Industrie zu stärken.

Warum habe ich eingangs – ich lege jetzt einmal die Rede zur Seite – das Fehlen des Ministers bemängelt? – Ich habe gestern die Haushaltsdebatte sorgfältig verfolgt. Ich habe auch heute die Reden gehört, die sich immer wieder mit der Rolle einer gewissen Bärbel Höhn als „Investitionshemmnis“ beschäftigen.

Und jetzt zeige ich Ihnen eine Zeitung von heute: „Bauminister“ – gemeint ist Ihrer – „kritisiert Karstadt-Neubau in Essen“. Dieser Karstadt-Neubau ist eine Bauinvestition, ein Projekt in Höhe von 300 Millionen €, davon 100 Millionen €, die das Unternehmen Karstadt beisteuert. Bei Karstadt in der Hauptverwaltung in Essen arbeiten 1.600 Menschen. In der Filiale am Limbecker Platz, über die wir reden, arbeiten zwischen 500 und 600 Beschäftigte.

Wir hatten in Essen lange Diskussionen, ob sich Karstadt zum Standort Essen und damit zum Standort Ruhrgebiet bekennt und in Essen als Unternehmen verbleibt. In dieser Situation als Bauminister öffentlich ein solches Projekt zu kritisieren und Karstadt für diese Entscheidung in der

Öffentlichkeit negativ darzustellen, ist unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eins: Der Bauminister scheint sich zu Bärbel Höhn in Schwarz-Gelb zu entwickeln, wenn er so weitermacht. Ich halte dieses Vorgehen nicht nur für fahrlässig, sondern für höchst unverantwortlich. Ich bedauere, dass er immer noch nicht hier im Raum ist. Geben Sie es ihm bitte in der Form weiter.

(Minister Oliver Wittke [vom Rande des Plenarsaals aus rufend]: Ich habe das mitbekommen!)

– Jetzt wiederhole ich nicht alles noch einmal. Das müssen Sie nachlesen.

Die alte Landesregierung hat umfangreiche Wohnungsbauprogramme gestartet und in einem Volumen von nahezu 1 Milliarde € pro Jahr durchgeführt. Diese Maßnahmen und Programme sind in Absprache mit der Bauwirtschaft und der Immobilienwirtschaft durchgeführt worden. Ergänzend wurden Maßnahmen zur rationellen Energienutzung in die Programme aufgenommen. Wir bedauern sehr, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in zwei Bereichen Abschied von dieser Politik nimmt:

Erstens wird das Landeswohnungsbauvermögen unnötigerweise um 40 Millionen € gekürzt, weil die Zinszahlungen an den Bund nicht mehr über den Landeshaushalt geregelt werden, sondern das Wohnungsbauförderungsvermögen mit den Zahlungen befrachtet wird.

Zweitens. Die Zusatzprogramme zur rationellen Energieverwendung und Energienutzung werden in diesem Haushalt für 2006 erheblich zurückgefahren und erhalten zusätzlich neue Zweckbindungen. Der sozialdemokratische Bauminister auf Bundesebene ist hierzu das wohlthuende Gegenstück. In kürzester Zeit wurden durch die Bundesregierung in Berlin neue Programme aufgelegt, unter anderem das 25-Milliarden-Bauprogramm für Wachstum und Beschäftigung, mit dem die Bundesregierung nach schwierigen Jahren die Bauwirtschaft weiter stabilisieren will.

(Beifall von der SPD)

Im Gegensatz zur Landesregierung – ich habe das gerade angesprochen –, die jeden ökologischen Ansatz bekämpft, hat sich die SPD auf Bundesebene dafür eingesetzt, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf ein Fördervolumen

von mindestens 1,5 Milliarden € pro Jahr zu erhöhen.

(Beifall von der SPD)

Mit diesem Programm werden drei Ziele verfolgt:

Erstens geht es um Arbeit und Beschäftigung. Jede in den Gebäudebestand investierte Milliarde Euro sichert und schafft rund 25.000 Arbeitsplätze im Bauhandwerk und im Baugewerbe.

Zweitens geht es darum, Energie zu senken, einzusparen, um die Energiekosten zu reduzieren. Die Durchschnittskosten für Heizung und Warmwasser liegen nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes für eine 85-Quadratmeter-Wohnung inzwischen bei monatlich etwa 70 € – mit steigender Tendenz.

Drittens soll mit diesen Aktivitäten der CO₂-Ausstoß verringert werden, was der Umwelt zugute kommt und hilft, die Klimaschutzziele des Kyoto-Abkommens zu erreichen.

Gerade dieser ökologische Ansatz bekommt – im Gegensatz zur Politik der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – eine besondere Bedeutung: Diejenigen, die etwas für die Umwelt tun, werden belohnt. Je energiesparender die Maßnahme ist, die jemand einsetzt, desto günstiger ist der Zinssatz, den er für die entsprechenden Kapitaleinsätze bewilligt bekommt. Das bedeutet für die Programme „CO₂-Gebäudesanierung“, „Wohnraum Modernisieren“ und „Ökologisch Bauen“ einen Zinssatz von nominal 1 % pro anno.

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes im Sommer dieses Jahres werden aber auch günstige Kredite für Kommunen zur regenerativen Sanierung von Kindergärten und Schulen bereitgestellt. Dies ist klar und deutlich eine familienfreundliche Handschrift der Bundesregierung, für die die SPD durch Bundesbauminister Tiefensee in diesem Punkt maßgeblich Verantwortung trägt.

(Beifall von der SPD)

Das unterscheidet sich wohltuend von dem, was die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Haushalt 2006 gerade im Sozial-, Jugend- und Kinderbereich veranstaltet.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Mit der unsozialen Politik in Nordrhein-Westfalen und der damit verbundenen Abkehr von jedem ökologischen Ansatz werden Sie dieses Land zusätzlich spalten. Es ist völlig unverständlich, wieso Sie in dieser Situation den Flughafen Münster/Osnabrück mit 11 Millionen € für Infrastrukturmaßnahmen zusätzlich begünstigen. Die SPD hat

in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit nie Geld für Infrastrukturmaßnahmen an Flughäfen ausgegeben. Es ist das erste Mal, dass eine Landesregierung dies in dieser Form tut. Das ist angesichts der Finanzsituation des Landes im Prinzip nicht zu rechtfertigen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, bei diesem Bundesprogramm wird es nur Gewinner geben: die Investoren, die Umwelt und das Handwerk, in dem die Beschäftigung hoffentlich zunehmen wird.

Jetzt stehen die Kommunen und die Länder in der Pflicht, dieses Investitionsprogramm der Bundesregierung durch ihre Politik zu unterstützen. Deshalb unser Antrag!

Entscheidend ist zusätzlich und weiterhin die Rolle der Wirtschaft. Sie steht jetzt ebenfalls in der Verantwortung, den erweiterten Rahmen zu nutzen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Begleitend müssen selbstverständlich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gerade auch in den Unternehmen verstärkt und erhöht werden.

Für den Erfolg ist es jetzt von entscheidender Bedeutung, dass die verantwortlichen Kräfte des Landes ihr Handeln auf das gemeinsame Ziel von Innovation, Wachstum und Beschäftigung ausrichten, damit das Vertrauen der Menschen in eine gesicherte Zukunft wachsen kann. Dazu fordern wir die Landesregierung mit dem von uns vorgelegten Antrag auf. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Hilser. – Für die CDU spricht nun der Abgeordnete Sahnen.

Heinz Sahnen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hilser, was Ihre Anmerkungen zu Karstadt und zu den Ausführungen von Minister Wittke in diesem Zusammenhang zu suchen haben, kann ich überhaupt nicht verstehen. Er hat meines Erachtens völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Innenstädte gestärkt werden müssen – das ist sein Thema gewesen – und dass dem das Bauen von Einkaufszentren auf der grünen Wiese genau entgegensteht. Wir müssen uns schon entscheiden, was wir wollen. Da ist unsere Entscheidung ganz klar.

(Dieter Hilser [SPD]: Karstadt baut in der Innenstadt!)

Ich weiß nicht, welche Rolle der Flughafen Münster/Osnabrück in diesem Zusammenhang spielt. Das hat mit Energieeinsparungen überhaupt nichts zu tun.

Wir sollten uns konkreter dem – ich sage ausdrücklich – gemeinsam von der Bundesregierung verabschiedeten Thema Energieeinsparung widmen. Ich denke, dass dieses Thema sehr aktuell ist, dass da mindestens über drei Fragestellungen diskutiert wird.

Erstens. Sie haben zu Recht auf den Energieverbrauch von Haushalten hingewiesen. Gerade die Haushalte machen sich Gedanken über steigende Energiepreise.

Zweitens haben sich die Betriebe die Kostenstruktur und in besonderer Weise den Block Energiekosten näher anzusehen und müssen die steigenden Energiepreise bei ihrer Kalkulation berücksichtigen.

Drittens müssen wir uns natürlich unter dem Gesichtspunkt nationaler und internationaler Überlegungen über CO₂-Belastungen unterhalten.

Die Kosten für Energie sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Die Knappheit von Ressourcen wird problematisiert. Natürlich wird auch das Problem der CO₂-Belastung immer deutlicher diskutiert. Einig ist man sich, dass Energiesparen der entscheidende Weg ist, um den Kostenentwicklungen, den Problemen der Knappheit und den ökologischen Belastungen nachhaltig entgegenzutreten.

Den von Ihnen im Antrag dargestellten kausalen Zusammenhang von Emissionshandel, nationalen Allokationsplänen und Energieeinsparung durch bauliche Veränderungen finde ich in diesem Zusammenhang mehr als theoretisch.

(Dieter Hilser [SPD]: Überhaupt nicht!)

Unser Augenmerk sollte auf praktische Wege energetischer Verbesserungen ausgerichtet sein.

Die Möglichkeiten des Staates zur Energieeinsparung sind vielfältig, aber häufig auch nur in Verbindung mit Anreizen wirksam. Ganz aktuell kann in diesem Zusammenhang das jetzt von der Bundesregierung vorgelegte 25-Milliarden-Programm genannt werden.

Zum 1. Februar 2006 wurde das Förderprogramm „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau auf den Weg gebracht. Der Zinssatz liegt bei einer zwanzigjährigen Laufzeit effektiv bei 1 % pro Jahr, und der Förderbeitrag wird auf 50.000 € pro Wohneinheit festge-

legt. Dies ist ein guter Anreiz, der aus der Sicht der Wohnungswirtschaft nur begrüßt werden kann.

Um Wachstum und Beschäftigung zu befördern, wurde ein Gebäudesanierungsprogramm aufgelegt. Es geht darum, durch mögliche bauliche Verbesserungen Bauwirtschaft und Beschäftigung anzukurbeln, es geht aber auch um die Reduzierung von CO₂-Ausstößen.

Das umfangreiche energetische Modernisierungsprogramm sieht verschiedene Maßnahmen vor. Wesentliche Bestandteile sind Verbesserungen und Erneuerungen von Heizungsanlagen sowie Maßnahmen zur Wärmedämmung. Ziel ist es, größere Wirkungsgrade beim Einsatz von Energie zu erzielen. Die eingesetzte Energie muss in Gebäuden wirksam werden und darf nicht an der frischen Luft verpuffen.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass das Förderprogramm auch Investitionen in die soziale Infrastruktur berücksichtigt. Es ist bekannt, dass gerade Kindergärten in früheren Jahren sehr häufig in Leichtbauweise errichtet wurden und hier in besonderer Weise schlechte energetische Wirkungsgrade anzutreffen sind. Die Träger von Einrichtungen, unter anderem auch die Kirchen, sollten ermutigt werden, für die Verbesserung von energetischen Wirkungsgraden Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

Dass gerade bei den Altbauten Handlungsbedarf besteht, ist an einigen wenigen Tatbeständen abzuleiten:

Erstens. Fast jede zweite Wohnung in Nordrhein-Westfalen wurde in den Jahren 1948 bis 1959 erbaut.

Zweitens. Die in früheren Jahren eingesetzten Baustoffe entsprechen zum größten Teil nicht mehr der heutigen Qualität.

Drittens. Wärme- und Schallschutz konnten aufgrund der vorhandenen baulichen Mittel – denken wir zum Beispiel an Einfachverglasung – nur unzureichend berücksichtigt werden.

Beim ersten Lesen Ihres Antrags habe ich mich gefragt, Herr Hilser, warum eine Förderung von Neubaumaßnahmen ausgespart wird. Mir ist dann allerdings klar geworden, dass dies richtig und logisch ist. Denn bei Neubaumaßnahmen werden entsprechende energetische Standards vorgegeben. Bei Altbauten können Qualitätsverbesserungen nur über Investitionen in Sanierungsmaßnahmen erreicht werden.

Die Initiative der Bundesregierung zur Förderung des Mittelstandes und zur Belebung der Wirt-

schaft wird von uns ausdrücklich begrüßt. Hierzu wird der Kollege Knieps gleich noch einiges ausführen.

Dem Hausbesitzer und Wohnungseigentümer werden Anreize für energetische Verbesserungen gegeben. Damit werden sicherlich Einspareffekte beim Energieverbrauch spürbar. Energiesparen ist ein sehr umfangreiches Feld mit Chancen für Hausbesitzer und Betriebe, aber auch Grundlage für ein wirksames Wirtschaftsförderungsprogramm. Wir als CDU-Landtagsfraktion werden zum Thema Energiesparen alsbald eine Fachtagung für Hauseigentümer, für Wohnungsbaugesellschaften und für die Bauwirtschaft durchführen.

Wir stimmen der Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – federführend – und den Ausschuss für Bauen und Verkehr – mitberatend – zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sahnen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will mich auf den Gegenstand des Antrags konzentrieren, der aus zwei unterschiedlichen Teilen besteht.

Zum einen wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung angesprochen. Dazu habe ich mich – auch öffentlich – schon geäußert. Das ist ein positiver Schritt, der zu begrüßen ist, der besser ist als das, was Rot-Grün vorher gemacht hat, wenn er umgesetzt wird. Ich sehe natürlich mit einer gewissen Skepsis, dass im Koalitionsvertrag noch 1,5 Milliarden € standen, während in Genshagen 1,4 Milliarden € pro Jahr vereinbart wurden. Die Differenz ist nicht groß, entscheidend ist die weitere Umsetzung.

Positiv ist zu bewerten, dass die KfW-Zusagen, was die Zinsmodalitäten angeht, relativ schnell erfolgt sind. Aber zu der Ankündigung, dass es nicht nur Kredite, sondern auch direkte Zuschüsse gibt, fehlen mir noch die konkreten Zahlen. Es wäre zu begrüßen, wenn auch das schnell ginge, denn viele Leute wollen, auch wenn der Kreditsatz günstig ist, keine Kredite in Anspruch nehmen, weil sie sich nicht verschulden wollen, wollen lieber einen festen Zuschuss, mit dem sie kalkulieren können, und den Rest finanzieren.

Mir fehlen – ich bin gespannt, ob das nach Ihrer Fachtagung kommt – Initiativen der Landesregierung, um möglichst viel von dem Bundespro-

gramm in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Das wäre aus meiner Sicht wichtig.

Natürlich ist eine gewisse Skepsis angebracht. Die Bundesregierung hat das Programm angekündigt. Es folgt die Umsetzung. Bestimmte Modalitäten werden erst etwas später festgelegt. Und schließlich freut sich der Bundesfinanzminister, wenn er am Ende des Haushaltsjahres von den 1,4 Milliarden € die Hälfte übrig hat. So ist die Praxis.

Das kann nicht unser Interesse sein. Deswegen – wir hatten das schon einmal diskutiert – wäre es richtig, wenn das Landesbauministerium und die Landesregierung größere Wohnungsbaugesellschaften, aber vor allen Dingen auch Kommunen, die oft sanierungsbedürftige Schulen, Schwimmbäder, Gemeindeverwaltungen haben, ermutigen würden, das Programm nutzen. Damit sorgt das Land dafür, dass das Geld aus Berlin nach NRW kommt.

Bei der Frage, wie der Haushaltssektor bei den CO₂-Emissionen im Vergleich zum Energie-, Verkehrs und Industriesektor eingestuft wird, ist die Zahl im SPD-Antrag aus meiner Sicht nicht ganz korrekt. Dort steht: Die Haushalte emittieren ca. 120 Millionen t CO₂ pro Jahr. – Real hatten die Haushalte folgende CO₂-Emissionen: 142 Millionen t in 1996, 138 Millionen t in 1997 und 131 Millionen t in 2001.

Ich will auf Folgendes hinaus:

(Zuruf von der SPD)

– Ja, vorsichtig! – Der Antrag zielt darauf ab, den erwarteten Gewinn aus den Emissionen, die durch dieses Bundesprogramm reduziert werden, als Verfügungsmasse beim Emissionshandel – Nationaler Allokationsplan – im Bereich Industrie und Energiewirtschaft zu nehmen. Ich bin skeptisch, dass da viel übrig bleibt. Das wird man nachher sehen. Aber ich bin sehr vorsichtig, nur aus der Ankündigung des Programms konkrete Zahlen herzuleiten. Wenn ich mir die realen Zahlen des Haushaltssektors ansehe und berücksichtige, dass die Haushalte ihre Emissionen auf 120 Millionen t reduzieren müssen, stellt sich die Frage, wie viel tatsächlich übrig bleibt.

Um einmal die Relationen klar zu machen: Der Bereich Industrie und Energie, der unter den Emissionshandel fällt, hat 637 Millionen t CO₂ in 1990 emittiert, und 495 Millionen t sind das Ziel für die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012. Das heißt, selbst dann, wenn man die 1,6 Millionen t, die bisher für die Haushalte veranschlagt waren, verdreifachen oder vervierfachen könnte, liegt

das, was übrig bleibt, bei 4 bis 5 Millionen t – nicht mehr. Ich glaube, dass wir das brauchen können, weil wir beim Emissionshandel und beim Klimaschutz im Prinzip die Bereiche Industrie und Energieerzeugung zusammenrechnen, die dem Emissionshandel unterliegen, sowie die Bereiche Haushalt und Verkehr zusammenrechnen. Wir werden sehen müssen, ob die Emissionsminderungen im Verkehrsbereich erreicht werden. Deswegen bin ich da vorsichtig.

Dritter Punkt – da will ich doch ein paar kritische Worte zum Emissionshandel gerade in der Energiewirtschaft sagen –: Wir haben in Nordrhein-Westfalen immer wieder öffentlich das Projekt BoA-Niederaußem abgefeiert, einer der großen Neubauten im Braunkohlekraftwerksbereich, bei dem Bundeskanzler Schröder schon im Jahre 2002 die Inbetriebnahme gefeiert hatte. Damals ist gegenüber dem Regionalrat Köln zugesagt worden, dass für dieses BoA sechs alte 150 MW-Anlagen Frimmersdorf vom Netz gehen. Das rechnet sich aus Klimaschutzgründen positiv. Denn wenn sechs 150 MW-Anlagen, die zum Teil fast 50 Jahre alt sind und einen sehr schlechten Wirkungsgrad haben, vom Netz genommen werden und eine neue Anlage mit einem wesentlich besseren Wirkungsgrad errichtet wird, entsteht eine deutliche CO₂-Einsparung.

Fakt ist aber, dass bisher – also nach vier Jahren – nur ein einziger 150 MW-Block in Frimmersdorf herausgenommen wurde. Weitere sind nach meinem Kenntnisstand zurzeit nicht geplant. Deshalb gibt es im Prinzip keine Entlastung, sondern eine erhöhte Kraftwerksleistung. Die alten Anlagen laufen noch. Und das BoA wird immer als Beitrag zum Klimaschutz abgefeiert. Wenn das die Art ist, in der die Energiewirtschaft ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet, dann müssen wir kritisch darüber reden, denn das darf man eigentlich nicht durchgehen lassen.

Im Weiteren reden wir über Neurath, wo zum Glück festgelegt worden ist, was an Altanlagen entfernt werden muss. Aber beim BoA Niederaußem ist die Energiewirtschaft dies noch schuldig.

Insgesamt, meine ich, ist es ein Antrag und eine Themenstellung, die es lohnt, sich im Wirtschaftsausschuss damit zu befassen. Wir stimmen der Überweisung also gerne zu und werden dann über die Frage der weiteren Umsetzung gerade bei den Gebäuden hier in Nordrhein-Westfalen miteinander reden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Priggen. – Als Nächster spricht für die FDP der Abgeordnete Rasche.

Christof Rasche¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits vor vier Wochen haben wir uns hier im Plenum mit dem Gebäudesanierungsprogramm des Bundes beschäftigt. Dabei waren wir uns alle einig, dass sich aus der energetischen Sanierung von Gebäuden enorme Potenziale zur Einsparung von Energie und zur Verringerung von Treibhausgasemissionen ergeben.

Schließlich entfallen über 30 % des gesamten Energieverbrauches auf die Haushalte. Über 90 % der in den Wohngebäuden eingesetzten Energien dienen der Wärmegewinnung, vor allem Raumwärme und Warmwasser. Diese Wärmegewinnung wird zu ca. 76 % aus fossilen Energieträgern erzielt, sodass unsere Haushalte bundesweit jährlich – darüber kann man vielleicht streiten, Herr Priggen – 120 Millionen t CO₂ emittieren. Dieses Volumen ist mit den CO₂-Emissionen im Straßenverkehr vergleichbar.

Mein Kollege Brockes hat bereits in der letzten Debatte zu diesem Thema begrüßt, dass der Bund die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf jährlich 1,4 Milliarden € erhöhen und seine Wirksamkeit und Attraktivität verbessern will. Das Programm wird damit zur Minderung der CO₂-Emissionen beitragen und die Nebenkostenbelastung der Eigentümer und Mieter senken. Darüber hinaus lässt es einen Beschäftigungsschub für die Bauwirtschaft und das Handwerk in Nordrhein-Westfalen erwarten. Das sollten wir begleiten und das sollten wir nutzen.

Mit dem vorliegenden Antrag erhält das Thema allerdings eine neue Dimension. Die Intention der SPD ist, die Entlastungswirkung des Gebäudesanierungsprogramms beim Nationalen Allokationsplan II zur Entlastung der heimischen Energiewirtschaft und Industrie zu nutzen.

Aus Sicht der FDP ist es von größter Bedeutung, dass der Zweite Nationale Allokationsplan für die Jahre 2008 bis 2012 so ausgestaltet wird, dass er wirtschaftliches Wachstum berücksichtigt und internationale Wettbewerbsverzerrungen vermeidet.

Hierzu gibt es ein hervorragendes Positionspapier, das das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium zusammen mit den Gewerkschaften IG BCE und IG Metall, den Industrie- und Handelskammern und den vom Emissionshandel betroffenen Branchen erarbeitet hat. Wir setzen nun

darauf, dass die Adressaten dieser Stellungnahme, nämlich Bundeswirtschaftsminister Glos und Bundesumweltminister Gabriel, die NRW-Vorschläge in den anstehenden Verhandlungen mit der EU erfolgreich umsetzen werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt, um die nordrhein-westfälische Industrie bei der Anwendung des Nationalen Allokationsplans zu entlasten, könnte in der Tat die von der SPD vorgeschlagene Umschichtung von CO₂-Minderungszielen sein. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob die für den Sektor Verkehr und Haushalte vorgesehenen Minderungsziele – auch das hat Herr Priggen angesprochen – überhaupt erreicht werden können.

Zu den im Zuteilungsgesetz für die Periode 2008 bis 2012 bereits festgeschriebenen 7 Millionen t kämen Einsparungen von geschätzten 1,6 Millionen t CO₂ aus dem Gebäudebereich hinzu. Ob eine Gesamtminderung von 8,6 Millionen t realistisch erzielt werden kann, vermag heute niemand verlässlich zu sagen.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass im Sektor Verkehr und Haushalt höhere CO₂-Einsparungen erzielt werden – das wäre sicherlich wünschenswert –, stellt sich die Frage, wem genau diese zusätzlichen Einsparungen im Sektor Energie und Industrie zugute kommen sollen und in welcher Form dieses geschehen soll.

Ich bin gespannt, ob wir diese und andere Fragen, die der Antrag der SPD aufwirft, im Rahmen der Ausschussberatung klären können. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Rasche. – Für die Landesregierung spricht der Minister Uhlenberg. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der SPD betrifft das Gebäudesanierungsprogramm der KfW, das von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 mit einem Fördervolumen für vier Jahre auf mindestens 1,5 Milliarden € erhöht und damit in seiner Wirksamkeit und Attraktivität entscheidend verbessert worden ist.

Auf der Grundlage der Genshagener Beschlüsse wurden die Konditionen des Gebäudesanierungsprogramms zum 1. Februar 2006 attraktiver gestaltet, indem die Zinssätze abgesenkt, die förder-

baren Objekte erweitert und der Förderhöchstbetrag angehoben wurde.

Für Mitte 2006 sind weitere Fördermaßnahmen vorgesehen, insbesondere die Förderung der energetischen Sanierung kommunaler Einrichtungen, zum Beispiel Schulen und Kindergärten.

Betroffen sind nach Expertenschätzungen knapp sechs Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen. Zurzeit wird jährlich etwa 1 % des Gebäudebestandes modernisiert. Bei einer Verdoppelung dieser Sanierungsrate entstünden rund 50.000 Arbeitsplätze bei der Bauwirtschaft und beim Bauhandwerk in Nordrhein-Westfalen.

Meine Kollegin Frau Thoben hat deshalb bereits am 20. Januar dieses Jahres die Initiative ergriffen und mit dem Mitglied des Vorstandes der KfW-Bankengruppe Frau Matthäus-Maier die gemeinsame Umsetzung des Gebäudesanierungsprogramms in Nordrhein-Westfalen mit dem Wirtschaftsministerium verabredet. Ziel ist es, möglichst viele Gebäude möglichst schnell zu sanieren.

Um zu erreichen, dass möglichst viele Hauseigentümer von den vorteilhaften Konditionen Gebrauch machen, wollen die KfW und das Wirtschaftsministerium gemeinsam für das Gebäudesanierungsprogramm werben.

Auf Landesebene unterstützt die Energieagentur Nordrhein-Westfalen Private und Kommunen bei der rationellen Energieanwendung und der Nutzung erneuerbarer Energien im Rahmen der Erstberatungen. Das Gebäudesanierungsprogramm der KfW wird dabei mit einbezogen.

Selbstverständlich unterstützen wir auch die Kommunen. Das tun wir schon aus eigenem Antrieb. Dazu brauchen wir auch keine Ermahnung der Opposition. Vergessen Sie aber bitte nicht, dass der Bund die Finanzmittel für kommunale Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten erst Mitte des Jahres bereitstellen will.

Das Gebäudesanierungsprogramm umfasst auch den weiteren und sehr wichtigen Klimaschutzaspekt. Nach Berechnungen der Bundesregierung können in der vierjährigen Programmlaufzeit rund 1,6 Millionen t CO₂ eingespart werden. Auch darauf bezieht sich ja der Antrag der Fraktion der SPD. Sie fordert nun heute, die CO₂-Einsparungen durch das Gebäudesanierungsprogramm zur Entlastung der heimischen Energiewirtschaft und Industrie zu nutzen. Wir sind ja durchaus erfreut, dass sich auch die Opposition für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen einsetzen will. Aber es hilft dem Anliegen nicht wirklich, wenn Sie hier

ständig Anträge stellen, die den Eindruck vermitteln wollen, die Landesregierung sei in dieser Frage säumig. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Ich weise auch die völlig unqualifizierten Angriffe gegen meinen Kollegen Oliver Wittke zurück, die Sie eben auf den Weg gebracht haben. Das war wirklich völlig überzogen.

Meine Damen und Herren, das ist das Muster, das wir schon mit dem SPD-Antrag vom 15. Dezember 2005 zum Nationalen Allokationsplan II erleben durften: „Nationaler Allokationsplan II: Die Landesregierung muss die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen frühzeitig in den Willensbildungsprozess der Bundesregierung einpeisen“.

Sie wissen inzwischen, dass die Wirtschaftsministerin genau dies schon zwei Tage vorher getan hat, nämlich am 13. Dezember 2005. Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung weiter und zeitnah an diesem Thema dran ist. Dabei kann man aber nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Wer den Klimaschutzsektor übergreifend sinnvoll gestalten will – darauf heben Sie ja heute ab –, der braucht dafür den klaren Überblick darüber, wie sich das gesamte Mengengerüst für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr und Haushalte sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen seit der Einführung des Emissionshandels am 1. Januar 2005 konkret entwickelt hat. Dieser Überblick ist gegenwärtig noch nicht vorhanden.

Das für den Emissionshandel in der Bundesregierung federführende Bundesumweltministerium bereitet zurzeit den Nationalen Allokationsplan II und den Referentenentwurf des Zuteilungsgesetzes 2012 für die Periode 2008 bis 2012 vor. Die Einzelheiten sind auch in den zu beteiligenden Bundesressorts noch nicht bekannt. Die Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung der CO₂-Emissionen seit Beginn des Emissionshandels ab dem 1. Januar 2005 steht für alle Sektoren aus.

Ich füge als Umweltminister hinzu: Inwieweit die prognostizierte Reduktion von 1,6 Millionen t CO₂ im Mengengerüst des nationalen Zuteilungsplanes für die Emissionshandelsperiode 2008 bis 2012 berücksichtigt werden kann, ist zurzeit noch nicht absehbar. Bereits die Planungen im ersten Nationalen Allokationsplan sehen für diesen Zeitraum im Sektor Haushalte und Verkehr eine Reduktion von 7 Millionen t CO₂ gegenüber der ersten Handelsperiode vor.

Eine sektorenübergreifende Verlagerung von Klimaschutzzielen muss sich immer an den Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls für die Bundes-

republik Deutschland orientieren und darf diese nicht gefährden. Eine Verlagerung solcher Ziele in größerem Umfang auf die Sektoren private Haushalte und Verkehr zugunsten des Sektors Industrie muss auch deshalb kritisch betrachtet werden, weil in den Sektoren private Haushalte und Verkehr keine Sanktionen möglich sind. Angesichts der Gefahr, die klimapolitischen Ziele zu verfehlen, verbliebe dem Staat nur die Möglichkeit, über steuerregulierende Maßnahmen beziehungsweise über eine Erhöhung der Energiekosten durch höhere Ökosteuersätze eine Senkung der CO₂-Emissionen zu bewirken. Diese Maßnahmen sind jedoch aufgrund der Lage der öffentlichen Haushalte und der schon jetzt bestehenden Belastung der Verbraucher politisch nur schwer oder gar nicht durchsetzbar.

Bei dieser Fragestellung muss auch geprüft werden, in welchen Sektoren die notwendigen Minderungen der CO₂-Emissionen am kostengünstigsten erreicht werden können. An dieser Fragestellung setzt gerade der Emissionshandel an, der erreichen soll, dass die Reduktion dort erfolgt, wo sie am wirtschaftlichsten zu realisieren ist.

Wenn der Antrag, wie vorgesehen, in die Ausschüsse überwiesen wird, dann trifft er dort wieder mit Ihrem Antrag vom Dezember 2005 zusammen. Dann sollten auch beide gemeinsam behandelt werden. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. Februar 2006 haben Sie selbst den Vorschlag gemacht, Ihren Antrag vom Dezember 2005 zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen weiterzuentwickeln. Darüber zu reden – dabei sollten wir die Intention Ihres heutigen Antrages mit bedenken – ist sicherlich lohnenswert.

Wenn wir gemeinsam etwas für Nordrhein-Westfalen erreichen wollen, dann wird die Grundbotschaft dafür allerdings die Position berücksichtigen müssen, die die Wirtschaftsministerin schon zwei Tage vor Ihrem Antrag an die Bundesregierung übermittelt hatte. Das Material liegt Ihnen ja längst vor.

Die Landesregierung würde sich freuen, wenn ihre Bemühungen um die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen im Bereich des Emissionshandels auch vom Landtag einhellig unterstützt werden.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Ausschussberatungen. Ich freue mich darauf, was das Thema Umweltschutz angeht. Aber ich kann das auch für die Kollegin Thoben sagen, die an der entsprechenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sicherlich teil-

nehmen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Uhlenberg, ich bin froh, dass Sie zum Ende Ihres Vortrags, auch mit Blick auf die Gemeinsamkeiten, die wir im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in Bezug auf das Einbringen einer gemeinsamen Initiative für den Nationalen Allokationsplan II festgestellt haben, doch noch die Kurve gekriegt und bestätigt haben, dass es eine solche Initiative geben soll. Ich hoffe, dass es sie auch geben wird. Wir sind nämlich selbstverständlich auch in diesem Ausschuss in der Debatte darüber, wie wir mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft unsere Position als Nordrhein-Westfalen in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam verdeutlichen können, schon Schritte nach vorne gekommen.

Ich habe mich bei den Wortbeiträgen der Kollegen aus den Regierungsfractionen auch darüber gefreut, dass es viel Zustimmung für das, was wir hier vorgelegt haben, gegeben hat. Wir haben nämlich den Eindruck – trotz Ihrer Hinweise auf die Gespräche, die die Wirtschaftsministerin geführt hat –, dass es auch noch der Anstöße bedarf, damit die Landesregierung die Chancen, die sich aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ergeben, für Nordrhein-Westfalen nicht nur nutzen, sondern durch eigene Initiativen vor allen Dingen auch verstärken kann. Ich glaube, dazu bedarf es auch dieses Anstoßes.

(Beifall von der SPD)

Als Zweites möchte ich in dem Zusammenhang gern herausarbeiten: Uns geht es darum, mit diesem Antrag noch einmal ausdrücklich den Zusammenhang zwischen notwendiger, von Ihnen auch nicht bestrittener Gebäudesanierung – vor allem mit Blick auf die CO₂-Emissionen –, höherer Energieeffizienz und damit auch mehr Umweltschutz herauszustellen. Dies hat – darauf hat mein Kollege Hilser bereits hingewiesen – für die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in unserem Land eine große Bedeutung.

Es ist unbestritten, dass es sowohl in öffentlichen als auch in privaten Gebäuden bei den CO₂-Emissionen ein großes Einsparpotenzial gibt, das wir auch gemeinsam nutzen wollen. Herr Minister

Uhlenberg, deshalb ist es wichtig, dass die Landesregierung mehr tut, als nur Gespräche zu führen. Sie muss auch dem Parlament und der Öffentlichkeit deutlich machen, wo sie selbst, zusätzlich zu dem, was die Bundesregierung macht, eigene Anstrengungen unternehmen will.

(Beifall von der SPD)

Das will ich gern zugeben. Das, was die Bundesregierung – Herr Priggen hat darauf hingewiesen – mit einem ambitionierten und sehr ehrgeizigen Programm in diesem Prozess jetzt zustande gebracht hat, ist mehr, als ich erwartet habe. Ich habe nicht erwartet, dass es mit einer Großen Koalition in Berlin gelingen könnte, ein solches Programm zustande zu bringen.

Aber weil es so ehrgeizig und ambitioniert ist und für das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstarke Bundesland so große Chancen bietet, darf die Landesregierung nicht nur abwarten, was aus Berlin kommt, sondern muss auch in Nordrhein-Westfalen eigene Initiativen ergreifen,

(Beifall von der SPD)

damit daraus im Interesse der Wirtschaft, der Bauwirtschaft, des Handwerks und selbstverständlich auch des Umweltschutzes etwas Gutes gemacht werden kann.

Ich glaube, deshalb kommt es sehr darauf an, dass wir dann auch im Wirtschaftsausschuss – deshalb sind wir damit einverstanden, dass dieser Ausschuss die Federführung haben soll – eine Verknüpfung mit den Dingen herbeiführen können, die wir im Nationalen Allokationsplans II als Ziele für Nordrhein-Westfalen erreichen wollen.

Wir haben damit überhaupt keine Festlegung getroffen. Einig sind wir uns, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken wollen und sollen. Wenn es ein Weg sein kann, die bei dem großen Einsparpotenzial möglichen Einsparungen so zu erzielen und umzuleiten, dass sie der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen insgesamt helfen, kommen wir damit einen guten Schritt weiter.

Herr Minister Uhlenberg, in dem Sinne sollten Sie es ohne große Verrenkungen und auch ohne großes Beleidigtsein als einen notwendigen und wichtigen Anstoß verstehen, den wir mit diesem Antrag auf den Weg gebracht haben. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Römer. – Es spricht jetzt noch Herr Knieps für die CDU.

Franz-Josef Knieps (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Eine vom grünen Koalitionspartner befreite SPD-Fraktion stellt Anträge zur Entlastung von Energiewirtschaft und Industrie und zur Ankurbelung von Bauwirtschaft und Handwerk.

(Zuruf von der SPD: Eine in Berlin regierende SPD!)

Das ist zumindest ein guter Anfang. Die Kohlendioxid-Reduzierung und der Emissionshandel beschäftigen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit nun bereits seit einigen Jahren. Nach der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Jahr 2000 hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2012 die CO₂-Emissionen um 21 % im Vergleich zu 1990 zu verringern. Eine Verringerung um 19 % haben wir bereits erreicht. Von 2000 bis 2002 hat es allerdings unter der rot-grünen Regierung einen Anstieg bei Kraftwerken und Privathaushalten gegeben.

Im Oktober 2003 hat das EU-Parlament eine Richtlinie für das System des Emissionshandels erlassen. Dies führte im Jahr 2004 dazu, dass Deutschland den ersten sogenannten Nationalen Allokationsplan erlassen hat. In diesem ersten Plan von 2005 bis 2007 werden 859 Millionen t Emissionszertifikate an die Antragsteller verteilt. Für die Jahre 2008 bis 2012 sollen es 844 Millionen t sein. Hiervon entfallen fast 60 % auf Energiewirtschaft und Industrie.

Bis zum 30. Juni 2006 muss der zweite Nationale Allokationsplan für den Emissionshandel bis 2012 der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei der Überarbeitung soll vor allen Dingen eine Vereinfachung der Zuteilungsregeln erfolgen, insbesondere eine Reduzierung der 58 möglichen Zuteilungsvarianten, die kleine und mittlere Betriebe nur schwer durchschauen können.

Übrigens verursachen 52 % der 1.849 in Deutschland emittierenden Anlagen nur 2 % der Gesamtemissionen. Auch hier wäre aus Gründen der Entlastung für die Betriebe und Verwaltungen über eine Entbürokratisierung nachzudenken.

Ich nenne das Stichwort Bagatellschwelle. Es ist von untergeordneter Bedeutung, wo der Ausstoß an Treibhausgasen gesenkt wird. Wichtig ist, dass er gesenkt wird. Der Einsatz von Technologien, die dazu beitragen, wird durch die Ausgabe han-

delbarer Emissionsreduktionseinheiten wirtschaftlich gefördert. Die nationalen Zertifikate werden in Deutschland auch weiterhin kostenfrei erteilt und sind innerhalb der EU frei handelbar.

Dass dies ein schwieriges Thema ist, kann belegt werden. Ich erinnere hier nur an den Konflikt in der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung im März 2004, wo insbesondere Minister Clement als Oberlobbyist der Kohleindustrie von den Grünen kritisiert wurde.

Meine Damen und Herren, eines der Hauptziele für Energiewirtschaft und Industrie ist die Sanierung von Altanlagen, da hier erhebliche Minderungspotenziale auszuschöpfen sind. Genau darin liegt unsere Stärke. Nutzen wir unsere Forschungskapazitäten in Nordrhein-Westfalen! Nutzen wir die Pffiffigkeit unserer Ingenieure und unserer technischen Handwerksbetriebe! Hier können wir uns in Deutschland und in NRW neue Arbeitsfelder für die Zukunft erschließen. Deutschland und NRW verfügen über breit gefächerte Industriestrukturen und leistungsstarke Branchen mit großer Innovationsdynamik. Unser technologisch hoher Standard steht mit an der Weltspitze. Unsere Qualität und Verlässlichkeit zeichnen Deutschland im Wettbewerb aus.

Meine Damen und Herren, nicht umsonst konnten wir den Zeitungen kürzlich entnehmen, dass in Nordrhein-Westfalen neue Kraftwerke geplant sind. In Deutschland sind derzeit 24 neue Kraftwerke in Planung, davon allein zehn in Nordrhein-Westfalen. Ich nenne nur die Standorte für Gas in Hürth und Hamm sowie für Steinkohle in Duisburg und Datteln. Hier werden die weltweit modernsten Kraftwerke mit der modernsten Technologie errichtet – und sie werden damit zu Musterfällen für Export von Spitzentechnologie aus Deutschland. Unsere Politik muss alles daran setzen, dass die Kraftwerksprojekte zügig umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, es ist aktive Klimaschutzpolitik, neue Techniken nicht zu behindern. Insofern wäre unser Handeln hier effektiver, wenn wir nicht nur eine recht magere Unterstützungsaussage für unsere Kommunen beim Gebäudesanierungsprogramm machen, wie es die SPD heute fordert.

Selbstverständlich müssen wir bei der Sanierung unserer Gebäude voranschreiten. Hier zeichnen sich vor allen Dingen kleine und mittlere Firmen und Handwerksbetriebe durch ein großes Fachwissen aus. Dieses Wissen aus der täglichen Arbeit an der Sanierungsfront müssen wir auch ins Ausland exportieren. Das haben CDU und SPD in

der Bundesregierung so auch in den Genshager Beschlüssen im Januar festgehalten

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass der Fortschritt der Gebäudesanierung in Deutschland weltweit höchstes Niveau erreicht hat. Deutschland und die deutschen Köpfe haben der Welt viele zurzeit angewandte Technologien geschenkt. Heute müssen wir der Welt neue Technologien schenken, um negative Folgen der älteren Ideen abzumildern.

Die Bundesregierung und somit Deutschland gehen vorbildlich voran, wenn im Gebäudesanierungsprogramm bis 2009 mindestens 1,5 Milliarden € Kreditvolumen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau Kommunalkredite für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden in Höhe von 17 Milliarden € bereitgestellt werden. Durch den Energiepass werden Fördermaßnahmen unbürokratischer und zügiger ausgeteilt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, die Landesregierung habe nichts getan, kann ich Ihnen entgegnen, dass der „Gebäude-Check Energie“ weitergeführt wird, den die alte rot-grüne Regierung zum 31. Dezember 2005 hat auslaufen lassen. Noch wichtiger und vor allen Dingen effektiver ist die Möglichkeit der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen; denn ohne die Handwerker ist das Gebäudesanierungsprogramm wohl kaum durchzuführen. Diese Möglichkeit wird das Sanierungstempo beschleunigen.

Einige Prozesse – das wurde eben schon gesagt – sind noch offen und müssen vorangetrieben werden. So fehlen uns beispielsweise noch die Daten der Emissionen von 2005. Daher schlägt die CDU-Fraktion ebenso wie die SPD vor, diesen Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zu überweisen – in der Hoffnung, dass die Bundesministerien bis dahin die entsprechenden Zahlen liefern können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Knieps. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zur Abstimmung.

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben sich die Fraktionen inzwischen darauf verständigt, die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/1187** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend –, den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** sowie den **Unterausschuss „Bergbausicherheit“** zu empfehlen. Die abschließende Beratung und Ab-

stimmung soll dann im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich komme nun zur Abstimmung über diese Überweisungsempfehlung. Wer ist damit einverstanden, dass wir so verfahren? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Überweisung einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Dr. Berger von der CDU das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen haben wir in diesem Plenum über einen Antrag der SPD-Fraktion zur Europafähigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Damals sollte ein sogenannter Masterplan „Europafähigkeit der Kommunen“ dazu beitragen, dass die Kommunen in Europa ihre Interessen bestmöglich wahrnehmen können.

In der Aussprache haben wir von der CDU-Fraktion klar gemacht, dass wir dies nicht für den richtigen Weg halten. Folgenlose Überschriften sind für uns nicht der richtige Weg zur Stärkung der Kommunal- und Europafähigkeit. Deswegen debattieren wir jetzt hier über unseren Antrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der einen anderen Weg weisen will, nämlich hin zu einer neuen Realität im europäischen Zusammenleben, und dessen Lektüre ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, wärmstens ans Herz lege.

Worum geht es konkret? In unserem Antrag fordern wir, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden auszubauen und qualitativ zu stärken. Im zusammenwachsenden Europa der Gegenwart kommt dem vitalen Zusammenspiel der Regionen eine immer stärkere Bedeutung zu. Das ist auch bisher in diesem Haus Konsens aller Fraktionen gewesen.

Zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden bestehen seit langer Zeit besonders enge Kontakte. Die aktive Mitarbeit unseres Landes in den vier Euregios entlang der nordrhein-westfälischen Grenze zu Belgien und den Niederlanden ist dabei wohl die sichtbarste Form der Zusammenarbeit.

Und es war meine Fraktion – wir erheben also Anspruch auf die Urheberschaft –, die in der Vergangenheit die parlamentarischen Initiativen zur weiteren Ausgestaltung und Fortentwicklung dieser Zusammenarbeit im Rahmen der Euregios angestoßen hat.

Wir haben in diesem Hause dann – auch das sei zur Vollständigkeit erwähnt – gemeinsame Initiativen aller Fraktionen eingeleitet, an die wir mit unserem heutigen Antrag nahtlos anknüpfen. Einiges ist in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch erreicht worden. Minister Breuer hat jüngst mit den Regierungspräsidenten und den Kommissaren einen viel beachteten Vorstoß unternommen.

In der letzten Legislaturperiode haben wir einen umfassenden Bericht der damaligen Landesregierung erhalten, aber dabei ist es letztlich auch geblieben. Wir müssen uns nun einer aktiven und handlungsorientierten Politik auf diesem Feld zuwenden. 15 Jahre nach Abschluss des Anholter Abkommens und zehn Jahre nach Abschluss des Mainzer Abkommens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit brauchen wir jetzt eine detaillierte Bestandsaufnahme.

Im Anschluss an eine solche Bestandsaufnahme gilt es, den Dialog mit allen Akteuren zu intensivieren, das ist völlig klar, gemeinsame Verbesserungspotenziale zu identifizieren und zu definieren und Vorschläge zu deren Umsetzung zu erarbeiten. In diesem Arbeitsprozess sollten auch die Erfahrungen einbezogen werden, die von anderen Regionen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemacht werden. Ich denke hier beispielsweise an den im Oktober 2005 gebildeten Eurodistrikt im deutsch-französischen Grenzraum.

Am Ende der Bestandsaufnahme muss das Ziel stehen, weiterführende Lösungen für die Probleme, die sich aus der alltäglichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergeben, zu erarbeiten. Ich nenne Ihnen einige exemplarische Punkte: vor allem die Kooperation von mittelständischen Unternehmen, die Vereinfachung grenzüberschreitender Rechtsvorschriften für den Mittelstand und das Handwerk und die bessere Vernetzung und

Abstimmung der Raumordnung und der Verkehrsinfrastruktur.

Das alles verdeutlicht, was für einen ambitionierten Antrag wir vorgelegt haben. Unsere parlamentarische Initiative weist den richtigen Weg in die europäische Zukunft, die bürgernah in den Regionen gestaltet und gelebt werden muss und nicht bürokratieverliebt mit sogenannten Masterplänen daherkommen kann. Diesen Weg werden wir im Interesse der Menschen in diesem Land auch weiterhin kraftvoll beschreiten.

Ich freue mich auf eine weniger parteipolitisch gefärbte Diskussion im Hauptausschuss. Ich freue mich auf eine sachorientierte Diskussion, wie wir sie in der vergangenen Periode im Europaausschuss, wie ich denke, doch sehr konstruktiv geführt haben. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Berger. – Für die FDP spricht nun der Abgeordnete Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa wächst an seinen Grenzen zusammen. Dort ist die Gemeinschaft Europas für die Bürger unmittelbar erfahrbar. Dies gilt auch und besonders für die Menschen, die entlang unserer Grenze zu Belgien und den Niederlanden leben. Zu diesen beiden Ländern besteht seit langer Zeit ein besonders enger und intensiver Kontakt.

Das Verhältnis gerade des Landes Nordrhein-Westfalen zu seinen westlichen Nachbarn gründet sich dabei nicht nur auf die geographische Nähe, sondern basiert natürlich auch auf Gemeinsamkeiten in den Kulturlandschaften und ähnlichen Mentalitäten, die die Grenzregion gemeinsam kennzeichnen.

Zusammen mit Belgien und den Niederlanden bildet Nordrhein-Westfalen einen Wirtschaftsraum, in dem insgesamt über 40 Millionen Menschen leben. Die beiden Länder sind in der Vergangenheit mit die wichtigsten Handelspartner für Nordrhein-Westfalen gewesen und werden es voraussichtlich auch zukünftig sein. So exportierten nordrhein-westfälische Unternehmen allein im Zeitraum von Januar bis November 2005 Waren im Wert von 22 Milliarden € genau in diese beiden Länder.

Die großen Schritte auf dem Weg hin zu einem geeinten Europa werden somit eben nicht oder nicht nur in Brüssel, Berlin oder Paris gemacht, sondern vor allem von den Menschen in den eu-

ropäischen Grenzregionen selbst. Denn dort, wo grenzüberschreitendes Leben, Studieren und Arbeiten zum Alltag gehören, sind auch die Auswirkungen verbleibender bürokratischer Hürden besonders störend.

Unsere Aufgabe ist es, diese Hürden konsequent zu beseitigen und die vorhandenen Potenziale in den Regionen besser als bisher zu nutzen. Dies wird uns jedoch nicht nur durch weitere staatliche Vorschriften gelingen. Auch der von der SPD vorgeschlagene Masterplan zur Steigerung der Europafähigkeit der Kommunen bringt uns unseres Erachtens in diesem Zusammenhang nicht wirklich weiter. Möglicherweise schafft er sogar mehr Bürokratie.

Unser Ansatz ist ein anderer: Wir müssen stattdessen den Menschen vor Ort sowie den Gemeinden und Regionen mehr Freiheit und größere Spielräume bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geben. Vor allem die Kommunen spielen hierbei naturgemäß eine wichtige Rolle. Denn es sind die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden, die bereits eine Vielzahl an Erfolgen und Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorweisen können.

Seit Jahren beteiligt sich eine große Anzahl von ihnen aktiv an einer der vier Euregios entlang der nordrhein-westfälischen Grenze zu Belgien und den Niederlanden. Um die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit auf eine dauerhaft gesicherte öffentlich-rechtliche Grundlage zu stellen, schlossen die beteiligten Regierungen bereits in den 90er-Jahren zwei grundlegende Staatsverträge: 1991 vereinbarten Deutschland und die Niederlande sowie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen das sogenannte Anholter Abkommen, das für den deutsch-niederländischen Grenzraum maßgeblich ist. 1996 folgte für das deutsch-belgische Grenzgebiet das sogenannte Mainzer Abkommen.

Die in diesen beiden Abkommen getroffenen Vereinbarungen können und dürfen jedoch aus unserer Sicht nur der Anfang sein. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gilt es künftig, vor allem zwei Dinge zu beachten: Zum einen muss es unser Ziel sein – ich denke, es ist das Ziel aller vier Fraktionen dieses Hauses –, Grenzen zu überwinden, indem wir Alltagshürden abbauen und Mobilität fördern.

Dies erfordert eine gründliche Bestandsaufnahme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das ist jedoch nur im Dialog mit sämtlichen betroffenen Akteuren möglich. Hierzu zählen neben den

entlang der Grenze lebenden und arbeitenden Bürgern vor allem grenznahe Unternehmen, Kommunen sowie auch Bildungs- oder Forschungseinrichtungen.

Zum anderen muss es unser Ziel sein, in möglichst vielen Bereichen Lösungen für die Probleme des grenzüberschreitenden Alltags zu finden. Hierzu müssen die Zuständigkeiten der beteiligten Gebietskörperschaften gebündelt und eine neue Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschaffen werden.

Eines der Mittel, so auch formuliert in dem Antrag der Reformkoalitionsfraktionen, mit dem wir diese Ziele erreichen wollen, sind die Eurodistrikte. Die Regionen entlang der deutsch-französischen Grenze experimentieren bereits seit Jahren erfolgreich mit der Schaffung von Eurodistrikten. Eine erste Vereinbarung über die Gründung eines Eurodistrikts wurde am 17. Oktober 2005 zwischen dem Ortenaukreis, der Stadt Offenburg, der Stadt Lahr, der Stadt Kehl, der Stadt Oberkirch und der Stadtgemeinschaft Straßburg geschlossen.

Mit der Schaffung von Eurodistrikten soll – das wäre kontraproduktiv – kein neuer Verwaltungsapparat geschaffen werden. Vielmehr sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, die kommunalen Aufgaben so zu bündeln, dass diese gemeinsam besser und für den Bürger effizienter erledigt werden können.

Eurodistrikte sind nach unserem Verständnis Zukunftswerkstätten, in denen neue Ideen entwickelt und getestet werden, die später Fortschritte in ganz Europa ermöglichen.

Eurodistrikte sind ein bürgernahes europäisches Projekt, denn sie bauen auf konkreten Alltagserfahrungen auf, und sie tragen zu einer transnationalen, grenzüberschreitenden regionalen Identität bei. Dies kann dazu führen, dass sich die Menschen auf beiden Seiten der Grenze als Bewohner einer einzigen Region verstehen, dass Grenzen nicht mehr als Trennungslinien, sondern als Ansporn zur Kooperation verstanden werden.

Die Gründung von Eurodistrikten bietet nach unseren Vorstellungen neue Chancen zu einer umfangreichen und systematischen Zusammenarbeit, bei der die vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten thematisch und institutionell unter einem Dach gebündelt werden.

Wir verfolgen somit einen bürgernahen Ansatz, bei dem es um pragmatische, problemorientierte Lösungen für Fragen des grenzüberschreitenden Lebens und Arbeitens geht. Wir wollen den Spielraum der Kommunen vor Ort erweitern und ihnen

die europäische Dimension eröffnen, statt sie mit Vorgaben von oben einzuschränken oder ihren Alltag bürokratischer zu gestalten.

Ich lade daher alle Fraktion in diesem Hause, also auch die Oppositionsfraktionen, ein, uns bei diesem Ziel zu unterstützen und gemeinsam zu überlegen, wie wir den europäischen Geist in der Praxis nach vorne bringen können. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, für alle politischen Kräfte Nordrhein-Westfalens eine starke eigenständige Grenzregion zu schaffen, mit denen sich die dort lebenden Menschen identifizieren und die als Wirtschaftsstandorte attraktiv sind.

Europa wächst an den Grenzen zusammen, aber das Zusammenwachsen ist immer ein gemeinsamer Prozess, der sowohl die formalen Strukturen betrifft, aber auch im Herzen gelebt werden muss. In diesem Sinne verstehen Sie bitte die Einladung der Koalitionsfraktionen an die anderen Kräfte hier im Haus. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir zum Vorteil unseres Landes den europäischen Gedanken weiter kultivieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Herr Töns spricht nun für die SPD-Fraktion.

Markus Töns (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorausschicken: Herr Berger, Herr Witzel, Sie haben süffisant erwähnt, dass bezüglich des Masterplans zur Europafähigkeit der Kommunen der Antrag der SPD vollkommen daneben liege. Vielleicht haben Sie nicht in den Haushaltsplanentwurf gesehen. Dort steht der Masterplan noch drin. Das ist Ihnen vielleicht entgangen. Sie sollten einmal dort genau hineinschauen.

(Beifall von der SPD)

Das ist schon merkwürdig. Vielleicht wollen Sie es ja doch machen. Herr Witzel, vielleicht wissen Sie nicht genau, was Sie an der Stelle genau tun wollen. Hier sind Sie nicht ganz klar.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ich komme lieber auf Ihren Antrag zu sprechen. Wenn man den Antrag von CDU und FDP zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liest, könnte man den Eindruck gewinnen, dass in den Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden alles auf gutem Wege

ist und es nur eines weiteren qualitativen Ausbaus bedarf.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Eben nicht!)

Liest man den Antrag weiter, so wird dem aufmerksamen Betrachter deutlich, dass gerade in den letzten 20 Jahren die Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Staaten immer von besonderem Interesse für die Landesregierung war. In der Tat, meine Damen und Herren, waren es immer sozialdemokratische Ministerpräsidenten, die die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit Belgien und den Niederlanden weiter intensiviert haben.

So möchte ich Sie nur auf drei Aspekte hinweisen, nämlich auf die Aktivitäten des damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement für die Nordwestregion, die von Peer Steinbrück initiierte Konferenz Niederlande/Nordrhein-Westfalen, bei der rund 300 Teilnehmer aus beiden Ländern zusammenkamen – im Übrigen war es zugleich die erste offizielle Konferenz zwischen einem Mitgliedstaat der EU und einem Bundesland –, sowie die Einrichtung des Beauftragten für die Beziehungen zwischen den Hochschulen Nordrhein-Westfalens und den Benelux-Staaten, was ich hier immer ganz gerne erwähne.

Das Königreich der Niederlande ist der zweitwichtigste Handelspartner Nordrhein-Westfalens, und zwar mit wachsender Tendenz. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Belgien sind ebenfalls von sehr großer Bedeutung. Betrachtet man die räumliche Nähe, die wirtschaftlichen Beziehungen und die kulturellen Wurzeln dieser drei Länder, so wird die Bedeutung der politischen Beziehungen deutlich. So haben Sie ja durchaus Recht, wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass die Beziehungen zu unseren Nachbarländern Niederlande und Belgien noch intensiviert werden sollen.

(Ilka Keller [CDU]: Genau das wollen wir!)

Aber genau dies hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren stetig getan,

(Beifall von den GRÜNEN)

und zwar – lassen Sie mich das erwähnen – immer mit großem Interesse und Unterstützung aus Belgien und den Niederlanden. Die Beziehungen waren gut und sind gut. Zumindest waren sie in den vergangenen Jahren gut.

Ob das gute Klima so bleibt, ist zum großen Teil davon abhängig, in welchem Maße die Landesregierung diese Beziehungen auch künftig pflegt. Hier sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht. So scheint es gerade in der Staatskanzlei

und beim zuständigen Minister Breuer, wenn man es vorsichtig formuliert, große Abstimmungsprobleme zu geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er muss sich um das Image kümmern, der Arme!)

– So ist das leider!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie fordern in Ihrem Antrag die Landesregierung auf, grenzüberschreitende Kooperationen von mittelständischen Unternehmen zu verbessern. Das findet bereits seit Jahren statt. Sie fordern des Weiteren zu einer gegenseitigen Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen auf. Eine Annäherung findet seit 2004 statt.

Sie fordern eine bessere Vernetzung der Raumordnung und der Infrastruktur. Eine gemeinsame Geodateninfrastruktur zur Entwicklung raumbezogener Anwendung ist bereits im Aufbau.

Sie fordern den Ausbau eines leistungsfähigen, grenzüberschreitenden ÖPNV und SPNV. 2004 wurde bereits eine Taskforce vereinbart. – Wissen Sie das eigentlich nicht? Lesen Sie die Papiere nicht?

So ist Ihr Antrag, meine Damen und Herren, von Unkenntnis der realen Beziehungen zu unseren Nachbarländern geprägt. Vielleicht ist das der Grund, warum Sie die Landesregierung auffordern, eine Bestandsaufnahme zum gegenwärtigen Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchzuführen.

Sie reden von „Bestandsaufnahmen“ und vom „Prüfen“. Aber irgendwann sollten Sie versuchen zu regieren – wenn es auch schwer fällt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Warum – ich frage Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP und mit Ihnen Ihren Minister Pinkwart – streichen Sie erst einmal die Stelle des Beauftragten für die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und in den Benelux-Staaten, ohne zu prüfen, Herr Berger, und ohne eine Bestandsaufnahme der geleisteten Arbeit in den vergangenen 30 Jahren durchzuführen?

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Der Beauftragte wird mit einem Federstrich weggefegt.

Kosten von lächerlichen 50.000 € werden eingespart. Aber in einem gemeinsamen Antrag steht, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

von Hochschulen und Universitäten intensiviert werden müsse.

(Zustimmung von Dr. Stefan Berger [CDU])

Gleichzeitig stellt Minister Pinkwart fest, dass der ehemalige Beauftragte, Herr Wielenga, Projektanträge stellen könne. Das ist – mit Verlaub – schon ziemlich perfide und hat mehr mit Chaos als mit Chaosforschung bei Herrn Pinkwart zu tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch ein Beispiel für die sich abkühlenden Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu unseren Nachbarstaaten Niederlande und Belgien ist der Landeshaushalt 2006. Bei der Kofinanzierung der Interreg-Mittel wird um 440.000 € gekürzt. Stattdessen spricht Ihr Antrag von der Gründung von „Eurodistrikten“, was immer das auch sein soll. Konzentrieren Sie sich auf vorhandene, funktionierende Strukturen, meine Damen und Herren, anstatt neue zu schaffen, bei denen der Verwaltungsaufwand und der Kostenaufwand noch völlig ungeklärt sind.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie sparen am falschen Ende, so auch im Geschäftsbereich des Europaministers Breuer. Die Zuschüsse zu den Euregios werden um 20 % gesenkt – Herr Witzel, vielleicht haben Sie es nicht gesehen, wo Sie doch die Arbeit in den Euregios begrüßen. Stellen Sie nicht fest, dass im Haushalt 20 % eingespart werden?

Hatte Herr Breuer nicht noch im Dezember gesagt, er wolle dem Haushalt nicht vorgreifen und die Opposition solle nicht nervös werden, was die Euregios betrifft?

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Fakt ist, dass die jetzt eingestellten Kürzungen genau unseren Befürchtungen entsprechen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Markus Töns (SPD): Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Töns, könnten Sie sich vorstellen, dass die Aussage des Kollegen Witzel, der die Zusammenarbeit in den Euregios begrüßt, nicht zwangsläufig damit verbunden ist, öffentliche Mittel einzusetzen?

Markus Töns (SPD): Herr Ellerbrock, um auf diese Frage zu antworten, muss ich Ihnen sagen, dass bei der Kofinanzierung der Euregios auch der Einsatz von Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen notwendig ist. Wenn man sie einspart, spart man natürlich auch an der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Belgien oder den Niederlanden. Das ist vollkommen klar.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Man muss es effizienter gestalten!)

– Wir sind sehr gespannt. – Fakt ist, dass es Kürzungen gibt. Ich führe gern Herrn Willeme, Bürgermeister der Gemeinde Dinkelland in den Niederlanden, als Zeugen für die Befürchtungen an. Die Niederlande hatten im Herbst, also schon sehr früh, berechtigterweise auf die Reduzierung der Kofinanzierung hingewiesen.

Was bedeutet das für die Beziehung Nordrhein-Westfalens zu den Niederlanden und zu Belgien?

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

Wie intensiv kümmert sich die Landesregierung ... Besser gefragt: Kümmert sich die Landesregierung überhaupt um die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten?

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ach, Junge!)

Mit einem noch unter Peer Steinbrück vereinbarten Staatsbesuch in den Niederlanden ist es nicht getan.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen selbst aktiv werden. Damit scheint Kollege Breuer genauso überfordert wie mit den anderen Aufgaben in seinem Geschäftsbereich.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Ihr Antrag ist schlichtweg ein Armutszeugnis für die Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP)

Sie zählen die Arbeit der vorherigen Landesregierungen auf, ohne Neues zu benennen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung beschädigt nachhaltig das Ansehen Nordrhein-Westfalens bei unseren Nachbarn. – Glück auf!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: So, jetzt ist es für Zwischenfragen zu spät, weil der Abgeordnete bereits das Rednerpodium verlassen hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es keine Bestimmung in der Geschäftsordnung unseres Landtages gibt, nach der Sie die Redezeit voll ausschöpfen müssen.

(Allgemeiner Beifall)

Sie können sich auch kürzer fassen. Das ist nur ein Angebot an Sie alle, weil, wie Sie merken, die Öffentlichkeit nur noch beschränkt von uns Kenntnis nimmt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Frau Löhrmann hat das Wort für die Grünen. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen, Ihrem Appell zu folgen, Herr Präsident. Ich will auch die relativ friedliche Stimmung am Abend nicht sonderlich stören.

Der Antrag hat für mich ein Gutes: Ich habe Herrn Witzel noch nie so ruhig und emotionslos einen Antrag begründen hören wie jetzt.

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Obwohl er vom „Herz für Europa“ gesprochen hat, habe ich davon nicht sehr viel gemerkt.

Aber zum Antrag selbst. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen: Ja, Sie haben Recht – ich zitiere –:

„Im stetig zusammenwachsenden Europa kommt dem vitalen Zusammenspiel der Regionen eine immer stärkere Bedeutung zu.“

– Ja. –

„Zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden bestehen seit langer Zeit besonders enge und intensive Kontakte.“

Ja. – Noch ein Zitat: Die nordrhein-westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden

„können in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Vielzahl an Erfolgen und Erfahrungen vorweisen.“

Genau. – Das alles gibt es. Das alles ist passiert. Das alles ist nicht erst seit Mai letzten Jahres passiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ja, aber dann hätten Sie das etwas deutlicher machen können, als nur zu sagen: Alles neu macht der Mai. Davon ist nun wirklich nicht viel zu spüren.

Ja, mehr noch: Auch die Schlussfolgerung und Ihre sich daraus ergebende Forderung ist völlig richtig. Ich möchte sie wegen ihrer Ausführlichkeit nicht vorlesen, sondern sie, indem ich dem Aufruf des Präsidenten folge, folgendermaßen zusammenfassen:

Nach acht Monaten in der Regierungsverantwortung wird es tatsächlich allerhöchste Zeit, dass die Regierung Rüttgers/Pinkwart endlich anfängt, etwas im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu tun. Es wird allerhöchste Zeit, dass die Regierung endlich einmal ein Konzept dafür vorlegt, wie sie die vielen erfolgreichen Projekte der Vergangenheit fortsetzen und weiterentwickeln will.

Falls Sie sich daran nicht mehr erinnern sollten: Ein Arbeitsprogramm „Benelux Kooperation“ hat die Vorgängerregierung bereits geschaffen. Herr Kuschke hat in seiner Funktion als zuständiger Minister zuletzt im Oktober 2004 hierüber berichtet.

Es mag zwar sein, dass Ihnen das Arbeitsprogramm in einzelnen Punkten nicht gefallen hat. Tatsache ist aber, dass es ein solches Programm gab und die Vorgängerregierung dieses auch erfolgreich abgearbeitet hat. Das belegen die vielen Beispiele, die Sie selbst in Ihrem Antrag aufzählen.

Selbstverständlich kann und darf man sich auf einem solchen Erfolg nicht ausruhen, unabhängig davon, ob es der eigene Erfolg oder der der Vorgängerregierung ist. Herr Uhlenberg, das gilt auch für Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Regierung muss darum endlich in die Pötte kommen und sagen, wo und wie sie dieses Arbeitsprogramm weiterentwickeln und umsetzen will. Es reicht nicht, das bis zur Mitte der Legislaturperiode zu machen, wie Sie es in Ihrem letzten Spiegelstrich fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir möchten, dass es sehr viel eher geschieht.

Ein Blick auf Ihren eigenen Antrag zeigt, was auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten alles schon läuft. Das ist uns und Ihnen offensichtlich im Wesentlichen bekannt, auch wenn Sie auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes die von Frau Ministerin Höhn sehr geförderte Zusammenarbeit im grenzüberschreiten-

den Naturschutz oder die langjährige Zusammenarbeit mit den niederländischen Nachbarprovinzen Limburg, Gelderland und Overijssel mit dem Schwerpunkt Emissionsschutz in Ihrem Antrag nicht erwähnt haben.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Dann hätten Sie das wenigstens sagen können.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Gut, dann sagt das jetzt Herr Breuer. In Ihrem Antrag ist das, was Frau Höhn in guter Kooperation mit den Sozialdemokraten eingeleitet hat, nicht erwähnt.

Die Details sollten außerdem kurzfristig im Ministerium abrufbar sein. Dafür benötigen wir keine aufwändige Bestandsaufnahme. Das ist viel Papier. Das ist Bürokratie. Dagegen sind Sie doch sonst immer.

Wenn ich Ihren Antrag richtig interpretiere, wollen Sie zuerst zwei kostbare Jahre ins Land gehen lassen, bevor endlich etwas auf den Tisch kommt. Das ist nicht mehr Tempo NRW, sondern aus unserer Sicht sehr langsam.

Vielleicht reicht es aber schon aus, wenn Sie einmal einen Blick auf die Homepage der Landesregierung werfen. Unter www.europa.nrw.de finden Sie unter dem Button „Benelux-Zusammenarbeit“ eine ausführliche Aufstellung der bestehenden Abkommen, gemeinsamen Erklärungen und Aktivitäten.

Ein Blick auf den Aktivitätenkalender „Politische Gespräche und Termine“ macht allerdings auch deutlich, wie stiefmütter- oder stiefväterlich die Regierung Rüttgers/Pinkwart das Thema Benelux bisher behandelt hat. Seit ihrem Regierungsantritt finden sich in diesem Aktivitätenkalender „Politische Gespräche und Termine“ gerade einmal zwei Termine. Es sind der Besuch von Herrn Rüttgers in den Niederlanden im Juni – Herr Töns hat schon gesagt, wie er zustande gekommen ist – und die feierliche Eröffnung des Euregio-Forums der Euregio Rhein-Waal in Anwesenheit von Frau Ministerin Christa Thoben im November.

Es waren in den letzten acht Monaten also zwei Termine. Für die Zeit der Vorgängerregierung finden sich in diesem Kalender mehr als 20 Termine innerhalb von eineinhalb Jahren.

(Zuruf)

– Wenn die Termine nicht alle enthalten sind, ist Ihre Internetseite nicht ordentlich gepflegt. Dann

ist es auch kein gutes Aushängeschild für die Regierung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: Ja, ja! So ist das!)

Einen wichtigen Punkt möchte ich noch erwähnen, der im Antrag von CDU und FDP gar nicht angesprochen wird. Das sind die Finanzen. Herr Töns hat auch das gesagt. Es muss eine ausreichende Finanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sichergestellt werden. Die EU-Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit NRW, Belgien, Niederlande werden vermutlich im Zeitraum 2007 bis 2013 – neue Ziel-3-Mittel – im Vergleich zu 2000 bis 2006 – Interreg-Programm – sinken. Wir brauchen in diesem Bereich daher mehr Landesmittel. Die Grenzgemeinden und -kreise können das nicht allein stemmen.

Mein Fazit zu Ihrem Antrag in Kurzform: Ja, die alte Landesregierung hat viel im Bereich der Benelux-Kooperation getan. NRW hat also viel zu verlieren. Ja, die neue Landesregierung ist dringend gefordert, ein strategisches Konzept vorzulegen. Nein, wir haben nicht bis zur Mitte der Legislaturperiode Zeit.

Herr Breuer und Herr Rüttgers, der Worte sind genug gewechselt. Lassen Sie uns Taten sehen.

Wir stimmen der Überweisung zu. Der von Ihnen vorgeschlagene Beratungsgang durch ganz viele Ausschüsse lässt allerdings darauf schließen, dass Ihre Regierung offensichtlich zum Ende dieses Beratungskarussells noch ein bisschen Zeit braucht, damit sie sich bis dahin eine Meinung gebildet haben und etwas vorlegen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie scheinen noch sehr viel Zeit zu brauchen. Wir finden, das Thema war bisher in guten Händen. Wir wünschen uns an und für sich etwas mehr Tempo. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Breuer das Wort.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Ich will nur ganz wenige Anmerkungen machen und den Hinweisen des Landtagsvizepräsidenten gerne Rechnung tragen.

Ich will zunächst ausführen, dass die Qualität unserer Beziehungen zu Belgien und zu den Niederlanden in Europa in jeder Hinsicht ihresgleichen sucht und auch wichtig ist.

Ich bin überaus überrascht, dass Sie das jetzt zu einer Generalabrechnung über das zu machen, was wir alles nicht machen und was Sie gemacht haben, Frau Löhrmann und Herr Töns.

In den vergangenen Jahren wurde viel gemacht. Ich habe überhaupt kein Problem damit, zu sagen: Was gemacht wurde, war richtig. Ich bitte Sie, aber auch so fair zu sein, das in Rechnung zu stellen, was in den letzten Monaten gelaufen ist.

Das Anliegen „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ war in diesem Hause nie ein politisch kontroverses Thema. Nach wie vor bin ich der Auffassung, dass das bei aller Auseinandersetzung im Detail auch so bleiben sollte.

Ich füge hinzu: Der Stellenwert, den unsere Regierung dem Verhältnis zu den Nachbarländern beimisst, ist uneingeschränkt hoch. – Das brauche ich nicht zu betonen. Dass wir wenige Tage nach der Wahl des Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr ein überdeutliches Signal gesetzt und einen ganzen Tag in den Niederlanden verbracht haben, ist ein gutes Zeichen.

Den luxemburgischen Premierminister, Jean-Claude Juncker, haben wir im Oktober des vergangenen Jahres als Ehrengast zum Jahrestreffen der Ministerpräsidenten in Aachen eingeladen. Sie werden vielleicht darüber gelesen haben, dass vorgestern der flämische Ministerpräsident Letermé in Düsseldorf zu Gast gewesen ist.

Ich könnte und möchte auf dieser Ebene viele Punkte ansprechen. Aus Zeitgründen mache ich das jetzt nicht. Ich hätte es fair gefunden, wenn Sie das auch erwähnt hätten.

Die Enge unserer Beziehungen über die Grenzen hinweg wird naturgemäß nirgends deutlicher als in den Grenzregionen unseres Landes. Für die Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen sind die grenzüberschreitenden Maßnahmen überaus wichtig.

Allerdings ist das ein Alltag, der in vielerlei Hinsicht doch noch von Hindernissen geprägt ist. Ich nenne nur Zugverbindungen, die vor der Grenze aufhören, bestimmte sprachliche Barrieren und Unterschiede im Steuer- und Sozialrecht sowie Fragen der räumlichen Planung, bei denen noch oft an der Grenze Ende ist.

Wir alle wissen, dass niemand das Ziel verfolgt, die staatlichen Grenzen selbst abzuschaffen. Sie

sind ja nicht nur – wenn manchmal gleichwohl – ein Hindernis, sondern auch Ausdruck eines besonderen Raumes und Gefühls der Zusammengehörigkeit und der Identifikation. Umgekehrt gilt aber, dass wir weiterhin alle Anstrengungen unternehmen sollten, um die Grenzen so durchlässig wie eben möglich zu machen.

Was den Antrag anbelangt, freue ich mich auf die Beratungen und Diskussionen im Hauptausschuss. Ich möchte allerdings noch deutlich machen, dass wir in den letzten Wochen und Monaten sehr wohl eine Fülle von Themenfeldern angesprochen haben, von denen Sie auch alle schon Kenntnis genommen haben und über die Sie in den verschiedenen Ausschüssen übrigens auch diskutiert haben.

Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung, die gemeinsame Raum- und Infrastrukturplanung, die Bereiche Umwelt und Landwirtschaft.

Es geht auch um ganz konkrete Aktivitäten:

Eckhard Uhlenberg und sein Staatssekretär Dr. Schink haben mit ihren niederländischen Amtskollegen und mit unseren niederländischen Grenzprovinzen beispielsweise verschiedene Gespräche zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz, Luftqualität und Hochwasserschutz geführt.

Der Kollege Dr. Wolf hat am 7. November 2005 mit seinen Amtskollegen aus Belgien und den Niederlanden ein neues euregionales Polizeiinformations- und Kooperationszentrum in Heerlen eröffnet.

Frau Kollegin Thoben hat mit dem niederländischen Staatssekretär für Außenhandel am 23. November 2005 in Kleve eine Vereinbarung zur Intensivierung der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit getroffen.

Das war schon Gegenstand: Ich selber habe mich mit den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Köln und Münster und den Kommissaren der Königin unserer niederländischen Grenzprovinzen am 23. Januar getroffen und eine strategische Agenda für die traditionelle Zusammenarbeit zwischen den Regierungspräsidien und den Provinzen vereinbart. Das ist ein neuer Ansatz. Das können Sie kritisieren, aber es ist wichtig, dass wir das tun.

Herr Staatssekretär Stückradt war am 25. Januar zu politischen Gesprächen in Den Haag, um die Zusammenarbeit mit den Niederlanden auf den Feldern Innovation, Forschung, Wissenschaft und Technologie weiterzuentwickeln.

Ab Juni 2006 wird zum ersten Mal ein auch politisch besetzter Grenzpendlerausschuss Niederlande/NRW eingerichtet, der sich der Probleme annehmen wird, die durch unterschiedliche nationale Regelungen im Bereich der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung verursacht werden und grenzüberschreitendes Arbeiten noch immer erschweren.

Das ist nur ein Teil. Ich weise auch gerne darauf hin, dass es in den letzten Wochen und Monaten verschiedene große grenzüberschreitende Übungen gegeben hat: zum Hochwasserschutz, zum Katastrophenschutz, zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft, zum Tierseuchenschutz usw.

Ich meine schon, dass es fair gewesen wäre, wenn Sie das alles auch erwähnt hätten. Das hat in Teilen der Fachausschüsse sehr wohl eine Rolle gespielt. Ich will das aber nicht vertiefen, sondern mich an die Vorgaben halten und es kurz machen.

Ich freue mich auf die Debatte im Hauptausschuss und bitte um ein Stück mehr Fairness und Anerkennung auch dessen, was wir sehr wohl auch in Kontinuität der alten Landesregierung leisten. Ich glaube, wir haben da einen sehr, sehr guten Aufschlag gemacht. Die vielen, vielen hochrangigen Gesprächskontakte in den letzten Wochen belegen, dass Nordrhein-Westfalen ein sehr gefragter Gesprächspartner bei den Beneluxpartnern ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Breuer, auch dafür, dass Sie Ihre Redezeit nicht voll in Anspruch genommen haben, was Frau Löhrmann auch nicht getan hat.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1193** an den **Hauptausschuss** – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**, den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**, den **Innenausschuss**, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**, den **Kulturausschuss**, den **Rechtsausschuss**, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Sportausschuss**, den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz**, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Hauptausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

10 Zickzackkurs der Bundesregierung bei der Besteuerung von Biokraftstoffen gefährdet zukünftige Investitionen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1197

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil nach mir noch die beiden Geburtstagskinder Uhlenberg und Leuchtenberg sprechen, beschränke ich mich auch auf zwei von fünf Minuten Redezeit.

Hauptkritikpunkt – wir beraten es ja im Weiteren noch im Ausschuss – unseres Antrags ist, dass die Bundesregierung beabsichtigt, die Gassteuerbefreiung, die die frühere Bundesregierung bis 2020 ausgesprochen hatte, und die Befreiung für Biotreibstoffe, die bis Ende 2009 gedacht war, jetzt im August 2006 beziehungsweise 2015 auslaufen zu lassen.

Hauptkritik dabei ist, dass die Verlässlichkeit für diejenigen, die wir für Investitionen gewonnen haben, damit durchbrochen wird. Wir sind in der vergangenen Legislaturperiode ja durchaus zusammen bei der Zuckerindustrie gewesen und haben versucht, sie dafür zu gewinnen, dass sie in Biotreibstoff ein Potenzial sieht, wenn wir Schwierigkeiten mit der Rübe bekommen. Ich greife das als ganz konkretes Beispiel auf.

Dann haben die uns gesagt, 2009 reicht ihnen nicht aus, und wir sollten auf 2012 gehen. Dann haben wir gesagt: Wir gehen nach Berlin, wenn ihr uns etwas Konkretes sagen könnt.

Wenn so etwas, wie es jetzt angedacht ist, passiert, dann brauchen wir niemandem mehr zu sagen: Vertraut auf das Gesetz und investiert bitte! Das Gesetz garantiert euch Zeiträume, in denen sich eure Investitionen rentieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das darf man nicht machen. Das ist das, was mich hauptsächlich stört. Wir können über alles reden, auch darüber, dass im Prinzip ein gewisser Steueranteil teilweise gar nicht unverhältnismäßig ist. Wir können über alles reden. Aber wenn ich die Industrie einmal für Investitionen gewinne und das dann durchbreche, dann brauche ich bei der nächsten sinnvollen Maßnahme, auch wenn sie von Ihnen kommt, nicht wieder loszugehen.

Was mich stört, ist: Wir haben es mit der SPD zusammen hier und in Berlin unterstützt. Die CDU hat einen Antrag eingebracht, der auch genau das forderte. Jetzt verspielt die große Koalition in Berlin im Prinzip ein Vertrauen, das wir beide brauchten. Das ist schade.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den Rest besprechen wir dann im Ausschuss. Ich habe die Zeit eingehalten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Das ist ganz toll, Herr Priggen. Vielen Dank. – Als nächstem Redner erteile ich für die Fraktion der CDU Herrn Weisbrich das Wort. Herr Weisbrich, das sind Vorgaben. Das können Sie noch toppen.

Christian Weisbrich¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Herr Priggen so kurz gesprochen hat, will ich auch nur so viel feststellen: Wir misstrauen etwas der Argumentation des Bundesfinanzministers und sind nicht sicher, ob das wirklich EU-rechtliche Gründe sind oder ob das fiskalpolitische Gründe sind, die da im Vordergrund stehen. Deswegen sehen wir diese überfallartige Steuerattacke auf Biokraftstoffe mit einer gewissen Skepsis.

Wir glauben auch nicht, dass es sehr viel Sinn macht, in einem derartigen Umfang Biokraftstoffe mit zusätzlichen Steuern zu belasten, weil dann vermutlich das Gleiche passiert, was uns bei der Tabaksteuer schon passiert ist, nämlich dass die Verbraucher einfach ihr Verhalten ändern und dann unter dem Strich vielleicht sogar weniger dabei herauskommt als vorher.

Wir teilen an und für sich die Auffassung, dass die Bürger Anspruch auf Kontinuität gerade bei Steuerooperationen haben, die zu Investitionen in nicht unbeträchtlichem Umfang geführt haben.

Wir sind – anders als die Antragsteller – allerdings sicher, dass diese Argumente bei unserer Landesregierung in besten Händen sind, dass sich die Erzeuger von Biokraftstoffen darauf verlassen können, dass sich die Landwirtschaft darauf ver-

lassen kann und dass diese Landesregierung das ganze Gewicht von Nordrhein-Westfalen auch gegenüber der Bundesregierung zum Tragen bringen wird. Denn zuständig unter dem Strich ist ja nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung.

Wir gehen bei der Verhandlungsführung von drei Eckpunkten aus:

Erstens. *Pacta sunt servanda*. Wer im Vertrauen auf eine Steuerbefreiung bis zum Jahr 2009 investiert hat, der muss Vertrauensschutz genießen.

Zweitens. Die deutsche Landwirtschaft ist im europäischen Wettbewerb gebeutelt genug. Biokraftstoffe, die von Landwirten zum Eigenverbrauch verwendet werden, müssen steuerfrei bleiben.

Drittens. Die vom Bundesfinanzministerium geplanten Steuersätze dürfen nicht nach fiskalischen Begehrlichkeiten festgesetzt werden, sondern dürfen nur so hoch sein, dass sie dem EU-Recht gerade noch entsprechen. Sonst verfehlen wir unsere Ziele.

Ich will es dabei belassen. Der Überweisung in die Fachausschüsse stimmen wir natürlich zu. – Herr Priggen, jetzt habe ich auch nur zwei Minuten Redezeit ausgenutzt. Ich denke, dass wir doch noch vor Mitternacht fertig werden. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU, GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ganz toll, Herr Weisbrich. Herzlichen Dank. – Der Herr Abgeordnete Leuchtenberg für die SPD-Fraktion hat jetzt ein Problem.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich werde es ganz schnell machen. Ich könnte fast sagen: Ich schließe mich den Vorrednern an, dann machen wir Schluss. Aber nein, ich muss ja etwas sagen.

Biokraftstoff muss weiter gefördert werden. Förderung und Fördermöglichkeiten müssen jedoch von Zeit zu Zeit überprüft und den neuen Gegebenheiten unter Umständen angepasst werden. Aber Biokraftstoff muss trotz der angedachten Versteuerung konkurrenzfähig bleiben.

Wir müssen uns allerdings von der Vorstellung lösen, dass Biodiesel nur durch Subventionen eine Chance auf dem Markt hat. Wir müssen seine Vorteile herausstellen. Wir haben während der Einführungsphase, die immer noch läuft, die Verpflichtung, den Markteinstieg und die Marktfestigung durch finanzielle Förderung zu begleiten.

Dies bedeutet allerdings nicht Steuerbefreiung auf alle Ewigkeit.

Biodiesel in Reinform wird durch die seit 2004 geltende völlige Steuerbefreiung in Höhe von 15 Cent pro Liter und Biodiesel als Beimischung in Höhe von 10 Cent pro Liter gefördert. Hier muss die Frage erlaubt sein und es muss überprüft werden, ob diese Förderhöhe noch gerechtfertigt ist.

Zugesagte Förderungen – an der Stelle stimme ich Ihnen zu – müssen aber eingehalten werden. Notwendige Anpassungen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die Fortschritte beim Absatz von Biodiesel und der weitere Aufbau eines Biodieselmärktes gefährdet werden. In Deutschland ist Biodiesel derzeit der einzige am Markt breit eingeführte Biokraftstoff. Das muss weiter unterstützt werden.

Auch wir sind der Auffassung, dass eine im Verhältnis zu Kraftstoffen aus Mineralölen geringere Besteuerung für Biokraftstoffe sinnvoll ist, um zukünftige Investitionen in Produktionsanlagen oder aber auch in die Umrüstung von Fahrzeugen so attraktiv wie möglich zu machen. Ebenso sind wir der Auffassung, dass die Landesregierung ein Gesamtkonzept zur Förderung von Biokraftstoffen vorlegen sollte, auch und besonders damit zukünftig Biodieselproduktionsanlagen in NRW verstärkt angesiedelt werden können.

Wir stimmen der Überweisung in den Ausschuss zu und freuen uns auf die Beratung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Danke schön, Herr Leuchtenberg. – Herr Ellerbrock, Sie haben das Wort für die FDP.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist gesagt worden. Ein großes Maß an Übereinstimmung ist festzustellen. Ausdrücklich stimme ich dem Kollegen Priggen zu: Geschlossene Verträge sind einzuhalten! Kalkulationssicherheit für die Betroffenen muss gewährleistet sein! Man mag im Einzelfall durchaus eine andere Ansicht vertreten, aber das, worauf man sich verständigt hat, muss eingehalten werden. Punktum Ende.

Zum Kollegen Weisbrich: Ihre Überlegung, Biodiesel für den Eigenverbrauch steuerfrei zu halten, ist sicherlich interessant. Auch das stand schon einmal im Raume. Darüber müssen wir nachdenken.

Herr Kollege Weisbrich, Sie haben auch noch auf eine andere Sache im Antrag Bezug genommen.

Dabei geht es um den Beimischzwang. Das verursacht bei mir eine Menge Stirnrunzeln. Deshalb hatten wir uns damals bei Ihrem Antrag enthalten. Ich kann als relativ unverdächtigen Zeugen Carl Christian von Weizsäcker benennen, der in der „FAZ“ vom 29. Dezember das sagt, was ich nicht besser hätte ausdrücken können:

„Die bisherige Steuerbefreiung von Biokraftstoff und eine mögliche Steuerbegünstigung von anderen ökologisch unbedenklichen Formen von Kraftstoff schaffen den Anreiz, Motoren und Kraftstoffe zu entwickeln, die leistungsmäßig und preislich mit den mineralischen Kraftstoffen wettbewerbsfähig sind.

Diese Kraftstoffe können auch zu 100 % verwendet werden. Auf diesem Wege ist zu erwarten, dass ganz unterschiedliche Beimischungsverhältnisse gewählt werden, nicht das, was vorgesehen war als ein konstanter Betrag.

Damit würde man einen Fortschritt in Entwicklung, Produktion herbeiführen.

Demgegenüber ist eine prozentuale starre Beimischungspflicht nicht innovationsanregend, denn diese kann sich nur nach dem erreichten Stand der Technik richten ... Sie ist ein Anreiz, sich mit einem grauen Einheitsökologismus zufriedener zu geben.“

Hier sollten wir ein dynamisches Element mit hineinbringen und das weiter vertreten, um zu einer Entwicklung zu kommen. Ansonsten reden wir darüber im Ausschuss. – Frohes Schaffen allerseits! Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Herr Minister Uhlenberg, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich hier um einen Referentenentwurf des Finanzministeriums, nicht einen Gesetzentwurf der Bundesregierung.

Ich muss aber der Vollständigkeit halber auch für die weitere Debatte darauf hinweisen, dass schon die alte rot-grüne Bundesregierung in einem Bericht vom Juni vergangenen Jahres festgestellt hat, dass die komplette Steuerbefreiung für Biotreibstoffe zu einer Überkompensierung und Wettbewerbsverzerrung führt. Vorgeschlagen wird – ich bitte darum, das mitzunehmen –, Biodiesel in Reinform mit 5 Cent pro Liter und Biodiesel als Beimi-

schung in Höhe von 10 Cent pro Liter zu besteuern. – Also auch in dieser Diskussion geht es nicht um Schwarz-Weiß.

Ich möchte auch sagen, dass mir die Vorschläge des Bundesfinanzministers zu weit gehen. Gerade im Hinblick auf den Klimaschutz und die Abhängigkeit von Energieimporten müssen wir neue Wege beschreiten, brauchen Planungssicherheit. Ich hoffe, dass wir insgesamt ein Konzept finden, das dem Rechnung trägt. Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. Das war der absolut kürzeste Beitrag. Großes Kompliment, Sie waren die Nummer eins in dieser Runde.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratungen angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1197** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend. Dort wird in öffentlicher Sitzung die Abstimmung erfolgen. Mitberatend beteiligt sind der **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie der **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages:

11 Gegen neue Bürokratie und Gebühren: Keine „Waldmaut“ in NRW!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1196

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Rimmel das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN)

– Noch hat er doch gar nichts gesagt.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Zumindest für meine Fraktion reicht das schon für Begeisterungstürme, Herr Präsident!

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es klingt wie ein vorgezogener Aprilscherz, aber es ist keiner. In NRW wird die Einführung einer Waldmaut diskutiert. In Zukunft könnte es sein, dass Veranstaltungen von Volksläufen, organisierte Wanderungen beispielsweise am Rothaarsteig, Radtouren, Kutschenfahrten und Ähnliches einer Gebührenpflicht unterzogen werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

Auslöser einer solchen Überlegung ist die Waldpolitik der neuen Landesregierung.

Dass das nicht an den Haaren herbeigezogen ist, lässt sich aus einem Schreiben des Waldbauernverbandes entnehmen, das allen Fraktionen zugegangen ist, in dem das genau angekündigt wird, nämlich sich für Großwanderwege wie den Rothaarsteig oder Nordic-Walking-Parcours, Radwege, Bikearenas, Kutschenwege oder Ähnliches bei zukünftigen Veranstaltungen auch über Gebühren gütlich zu halten.

Auslöser dieser Überlegung ist, wie gesagt, die Waldpolitik der Landesregierung, indem ein jahrzehntelanger Konsens in diesem Lande aufgekündigt wird: auf der einen Seite ein kostenloses Waldbetretrungsrecht, auf der anderen Seite eine kostenlose Beratungsleistung des Landes. Dies wird jetzt durch den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf aufgekündigt. Das ist der Grund für unseren heutigen Antrag.

Wir haben allerdings heute auch zu verzeichnen, dass der Minister Geburtstag hat. Früher zumindest war es bei Kaisers Geburtstag üblich, dass Sklaven oder Leibeigene in die Freiheit entlassen wurden.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das gab es nur bei der Familie Siegen-Wittgenstein, sonst aber nie!)

Herr Minister, vielleicht wäre das ein Anlass, das Gesetz heute zurückzunehmen und den alten Zustand wieder herzustellen,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass das freie Betretungsrecht des Waldes gilt. Herr Minister, Sie können die Debatte gleich schnell beenden. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Rimmel. Jetzt hat für die CDU-Fraktion Herr Pick das Wort.

(Marie-Luise Fasse [CDU] und Helmut Stahl [CDU] haben ihre Stühle im Gang zusammengerückt.

– Bitte Platz machen, damit der Abgeordnete freien Zugang zum Rednerpult hat.

(Allgemeine Heiterkeit)

Clemens Pick (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man hat den Eindruck, dass die Grünen unbedingt einen Antrag stellen mussten, der nicht notwendig war und nicht notwendig ist. Zum Ersten steht in der Regierungserklärung, dass die CDU gegen Bürokratie und für deren Abbau ist. Zum Zweiten steht nirgendwo, dass es zu keiner Waldmaut kommt. Insofern ist die Überschrift schon falsch. Das steht auch in keinem Gesetzentwurf, Herr Rimmel.

„Die Landesregierung kündigt den Konsens“, sagen Sie. Es wird kein Konsens gekündigt. Insofern haben Sie auch in dem Punkt völlig Unrecht. Wir werden das, wenn es um das Haushaltsbegleitgesetz geht, fachlich diskutieren und nicht emotional, wie Sie das hier aufführen.

Dass Sie daraus für sich den Schluss ziehen, dass die Einführung der Waldmaut die Folge wäre, ist schlicht und ergreifend ebenfalls falsch. All das, was Sie aufgezeigt haben, Herr Rimmel, ist schon heute möglich.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Insofern sind die Konsequenzen, die Sie hier aufgezeigt haben, ebenfalls total daneben.

Sie befürchten ferner, dass die walddpolitischen Ziele nicht mehr erreicht würden. Wir haben doch unter Rot-Grün, vor allen Dingen unter Grün, überhaupt keine Waldpolitik mehr gehabt. Die neue Landesregierung wird eine neue Waldpolitik formulieren, die den Anliegen der Menschen in unserem Land Nordrhein-Westfalen gerecht wird.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wir hätten diese Debatte sehr schnell beenden können, wenn Sie direkte Abstimmung beantragt hätten. Dann hätten wir das Thema nicht noch im Ausschuss.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Insofern ist der Antrag völlig überflüssig. Das, was zu diskutieren ist, wird diskutiert. Der Abend ist eigentlich zu schade, um über solchen Unsinn zu debattieren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Pick. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Watermann-Krass das Wort. Bitte.

Annette Watermann-Krass¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben überlegt, ob ich meine Rede zu Protokoll gebe oder ausführe. Aber jetzt habe ich mich mit dem Thema so beschäftigt, dass ich doch ausführen möchte.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Ja, Herr Uhlenberg, Sie wissen, dass wir bei der Diskussion im Ausschuss auch schon darauf gestoßen sind.

In dem Gespräch mit dem Waldbauernverband war das Thema Waldmaut noch kein Thema. Aber man wusste natürlich sehr genau, dass beim Landesbetrieb vieles im Umbruch ist, und man war ganz Ohr, was da nun kommen sollte.

Im Landesforstgesetz steht:

„Die Betreuung erfolgt gegen Entgelt. Die Höhe der Entgelte wird durch den Landesbetrieb Wald und Holz in einem Entgeltverzeichnis festgelegt.“

Darum geht jetzt die ganze Aufregung.

Was wird auf die Waldbesitzer zukommen? Wird die Betreuung durch Rat und Anleitung kostenpflichtig? Wenn wir uns vor Augen führen, dass sich die Hälfte des Waldes im mittleren, Klein- und Kleinstwaldprivatbesitz mit einer durchschnittlichen Größe von 8,6 ha befindet, dann wird klar, welche Befürchtungen bestehen.

Man muss sich vorstellen: Der Landesbetrieb arbeitet jetzt erst seit gut einem Jahr. Dieser Betrieb wurde unter rot-grün geführter Landesregierung vor gut einem Jahr gegründet, um den Bereich Wald und Forst voranzubringen, damit in NRW die Holzwirtschaft an Wirtschaftskraft gewinnt und auch Arbeitsplätze sichert. Damit sollte vor allen Dingen der ländliche Raum gestärkt werden. Denn wir wissen aus der Clusterstudie: Im Holz- und Waldbereich gibt es erhebliche bislang weitgehend ungenutzte Wirtschaftspotentiale.

Jetzt muss man das Ganze mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf verknüpfen. Darin steht: Es wird um 5 Millionen € gekürzt. Darin enthalten ist eine Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich Dienstleistungen von 20,8 Millionen € auf 9 Millionen €. Das entspricht für diesen zukunfts-wichtigen Bereich einer Kürzung um rund 11,8 Millionen. Und das wird wirklich zu empfindlichen Ver-

änderungen im Landesbetrieb führen. Dessen sind wir uns sicher.

Zwar erklärt Minister Uhlenberg, er halte am Fortbestand der Landesforstverwaltung als Einheitsforstverwaltung fest. Aber bei den jetzt vorliegenden Kürzungsvorschlägen müssen wir feststellen: Es finden sich Kürzungen der Landeszuschüsse an den Landesbetrieb in so erheblichem Maße, dass sich der Eindruck aufdrängt – das gilt übrigens nicht nur für uns –: Die Landesregierung ist an einer erfolgreichen Weiterarbeit des Landesbetriebes Wald und Forst nicht wirklich interessiert.

(Beifall von der SPD)

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die in der Zwischenzeit bekannt gewordenen und im vergangenen Plenum diskutierten Pläne zur Zukunft oder – besser – zur zukünftigen Vergangenheit der Landesbetriebe.

Oder sollen jetzt die beabsichtigten Gebühren diese fehlenden Landesmittel ersetzen? Der vermehrte Einschlag in den landeseigenen Wäldern hat schon in den letzten Jahren zur Haushaltssanierung beigetragen. Das wird in dieser Form in Zukunft nicht mehr gehen.

Oder ist jetzt daran gedacht, dass der Privatwald den Landesbetrieb sanieren soll? Oder soll dieses durch noch weiteren Personalabbau geschehen?

(Zuruf Christian Weisbrich [CDU])

Zum vorliegenden Antrag der Grünen: Die Überschrift hört sich zunächst richtig an. Wir wollen alle keine zusätzliche Bürokratie, obwohl wir das in manchen Anträgen der Grünen anders lesen. „Keine Waldmaut in NRW“ ist eine kräftige bildliche Darstellung, die auch gerne von den Medien wahrgenommen wird. Aber so einfach darf man sich diese Diskussion nicht machen.

Der Landesbetrieb, der seit gut einem Jahr seine Arbeit macht, muss in der Gesamtheit gesehen werden. Es sind bis zu diesem Zeitpunkt viele Reformen umgesetzt worden. Mittlerweile sind wir das Land mit den wenigsten Beschäftigten in der Landesforstverwaltung. Der Landesbetrieb Wald und Forst hat bis jetzt noch keine Möglichkeit gehabt darzustellen, wie effektiv seine Arbeit nach der Umstellung geworden ist.

Die Vorschläge des Landesbetriebes zu seiner Finanzentwicklung und Strukturanpassung wurden ja von Ihrem Haus, Herr Minister Uhlenberg, abgelehnt. Jetzt wird wie bei der Landwirtschaftskammer ein externer Gutachter beauftragt, der bis Ende Februar ein Gutachten unter Beteiligung der

Fachverbände vorlegen soll. Mal schauen, wann wir das zur Einsicht bekommen.

Im eingebrachten Landeshaushalt stellen wir fest: Die Zuschüsse, die Transferzahlungen werden um 5 Millionen € gekürzt, und der Ausgleich des Verlustvortrages aus dem Jahre 2005 von 2 Millionen € ist auch noch zu erbringen. Wir meinen, wenn wir schon einen eigenen Landesbetrieb haben – und dafür sprechen eingangs dargelegte gute Gründe – und die jetzige Landesregierung daran festhält, dann sollte doch dieser Landesbetrieb Wald und Forst wie andere Landesbetriebe auch selbst festlegen können, wie er eine Strukturanpassung umsetzt.

Der Landesbetrieb sollte ebenso wie die Landwirtschaftskammer eine solide und faire Finanzausstattung haben. Die Gebührenentgelte sollte der Landesbetrieb daher grundsätzlich selbst festlegen können.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Mit dem Antrag der Grünen würden wir diese Entscheidungskompetenzen und Eigenständigheiten des Landesbetriebs aufgeben.

Abzuwarten ist auch die Entscheidung des Bundeskartellamtes, das zurzeit prüft, ob die kostengünstige Betreuung des Privatwaldes durch die Landesforstverwaltung als wettbewerbswidrig einzustufen ist.

Ein weiterer Aspekt wird die ELER-Verordnung sein. Wird es ab 2007 jetzt auch Zuschüsse zur Beratung der Waldbesitzer geben?

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Remmel? – Herr Remmel, bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Kollegin, sind Sie sich darüber im Klaren, dass Sie mit der Position, die Sie gerade vertreten, die bayerische Regelung vertreten? Genau so ist es in Bayern, nämlich dass der Landesbetrieb entsprechende Gebühren für Waldbenutzung ausweist und festlegt.

Annette Watermann-Krass^{*)} (SPD): Ja, das ist mir bekannt. In Bayern ist das wohl so eingeführt: Da ist das Maximum gefordert worden. Nach heftigen Diskussionen, die mir bekannt sind, hat man das jetzt auf ein anderes Maß gestellt. Darauf komme ich gleich noch.

Die ELER-Verordnung muss also berücksichtigt werden. Da wird es ab 2007 Zuschüsse für Beratung geben. Wer bekommt die – die Besitzer, der

Landesbetrieb, die Privaten? Aus Sicht der Waldbesitzer ist das Interesse vorhanden, Herr Remmel, am Gewinn beteiligt zu werden, wenn Veranstaltungen gewerblicher Art wie Marathonrennen, Mountainbike- und Nordic-Walking-Veranstaltungen in großem Umfang im Wald stattfinden. Vom Verband gefordert wird, dass Benutzerentgelte den Waldbesitzern zur Verfügung gestellt werden.

Abschließend stelle ich fest: Das Thema Landesbetrieb Wald und Holz wird uns in der nächsten Zeit noch intensiv beschäftigen. Die Diskussion darf sich nicht nur um Effizienzsteigerung drehen, auch nicht nur um Waldmaut – ja oder nein. Die Diskussion muss vielmehr die Erkenntnisse aus der Clusterstudie einbeziehen. Ziel muss es sein, eine Entwicklung anzustoßen, die Waldbewirtschaftung für Privat- und Kommunalwaldbesitzer wieder wirtschaftlich interessant zu machen und bisher ungenutzte Potenziale zu erschließen. Gebühren allerdings, die nicht bezahlbar sind, sind gerade im Bereich Beratung und Aufklärung für eine nachhaltige Forstwirtschaft nicht angebracht.

Ich hoffe, diese Diskussion findet im Dialog mit allen, auch mit den politischen Parteien, offen und zielführend statt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit zu so später Stunde.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Watermann-Krass. – Herr Ellerbrock spricht für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Kollegin Watermann-Krass, ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie deutlich gemacht haben, dass der Antrag, vorgetragen vom Kollegen Remmel, zuförderst auf einem Missverständnis oder auf einer Lesechwäche beruht, denn er hat den Begriff „Betretung“ mit dem Begriff „Betreuung“ verwechselt.

Dass die Betretung des Waldes, aus der dann eine Waldmaut abzuleiten wäre, überhaupt nicht im Raume steht, kann ich Ihnen nur versichern. Bei der FDP stehen ein Betretungsverbot und eine Betretungsgebühr gegebenenfalls sozial gestaffelt nach Geschlechtern, religiöser Zugehörigkeit und Kinderanzahl überhaupt nicht im Raume. Die Gespräche mit der CDU, die wir hier sehr intensiv zu später Stunde nicht unter Berücksichtigung erweiterten Bewusstseinsstandes gerade mit dem Kollegen Pick geführt haben, haben gezeigt, dass auch dort solche Gedanken überhaupt nicht Platz greifen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel? – Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Kollege Ellerbrock, ist Ihnen der Brief des Waldbauernverbandes vom 7. Februar – wahrscheinlich auch an Ihre Adresse gegangen – bekannt, in dem der Waldbauernverband sagt, zukünftig beispielsweise für Radwege, für Großwanderwege wie den Rothaarsteig Gebühren zu nehmen und entsprechende Entgelte einzutreiben? Insofern frage ich, wo die Leseschwäche liegt – bei Ihnen oder bei mir?

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, der Brief ist mir bekannt. Gleichwohl hebt er darauf ab – lassen wir das Betretungsverbot einmal weg –: Leistung muss sich lohnen. Wenn im Walde kommerzielle Großveranstaltungen, zum Beispiel Bulldozerrennen, stattfinden, von denen Hoteliers in besonderem Maße profitieren, und spezielle Wanderwege als besondere Leistung hergerichtet werden, muss man mit den Waldbauern, mit den Waldbesitzern darüber reden, wie man diese zusätzlichen Leistungen finanziert. Das hat aber mit dem Betretungsrecht nichts zu tun.

Kollegin Watermann-Krass hebt auf die Clusterstudie ab. Dem kann ich nur zustimmen; das ist eine vernünftige Sache.

Ich stelle jetzt einfach nur für meine Fraktion Folgendes fest: Eine Betretungsgebühr für den Wald steht nicht zur Debatte. Für Sonderleistungen, Großveranstaltungen, muss eine Finanzierung erfolgen. Damit haben wir keine Probleme.

Ansonsten hat sich mir die Sinnfälligkeit Ihres Antrags nicht erschlossen, bis auf die Tatsache, dass Frau Kollegin Watermann-Krass deutlich gemacht hat, es handelt sich um die Betretungsfrage. Die Betretungsfrage steht für uns überhaupt nicht im Raum. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Als letzter Redner des heutigen Tages hat Minister Uhlenberg die Gelegenheit, sich zu äußern.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei der Frau Kollegin Watermann-Krass für Ihre

Unterstützungsrede, was Finanzierung der Landwirtschaftskammer angeht, bedanken.

(Beifall von der CDU)

Ihre Ausführungen haben dazu geführt, dass die Fraktionsvorsitzende, die in ihrer tollen Rede gestern noch genau das Gegenteil erklärt hat, sofort zu Ihnen geeilt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Da finden Sie sicher noch einen gemeinsamen Weg. Wenn mich schon einmal ein Teil der SPD-Fraktion in dieser wichtigen Frage unterstützt, vor dem Hintergrund eines Gutachtens des früheren Finanzministers Dieckmann die Agrarverwaltung in Nordrhein-Westfalen, in der 6.000 Jugendliche ausgebildet werden, auf eine solide Grundlage zu stellen, finde ich das prima. Vielen Dank für diese Unterstützung.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun zum Antrag mit dem Titel „Gegen neue Bürokratie und Gebühren: Keine ‚Waldmaut‘ in Nordrhein-Westfalen!“ Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Remmel, hiermit wollte ich auch Ihnen noch einen schönen Abend bereiten.

Ich erkläre: Es gab und gibt keine Pläne der Landesregierung, eine Waldmaut einzuführen. In Nordrhein-Westfalen gilt das allgemeine Waldbetretungsrecht. Dieses Waldbetretungsrecht ist in § 14 des Bundeswaldgesetzes und in § 2 des Landesforstgesetzes geregelt. Ich kann Ihnen versichern, dass niemand in der Landesregierung die Absicht hat, eine Waldmaut einzuführen. Daran ändert auch ein Brief des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen nichts. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1196 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.** Dort wird die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung stattfinden. Sind Sie damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 15. März 2006, 10 Uhr.

Ich wünsche all denjenigen, die gestern Abend gezeigt haben, dass sie doch zu den leidenschaftlichen Karnevalisten gehören, auch in den nächsten 14 Tagen schöne Stunden beim heimischen Brauchtum. Viel Spaß im Karneval!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:49 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.